Sozialökonomische Anschauungen der freien Gewerkschaften über die Rationalisierung.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen

vorgelegt von

Hans-Erich Meyer
aus Altona a. d. Elbe.

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Dezember 1930.

Erlangen

Druck der Buch- und Akzidenzdruckerei Höfer & Limmert
1931

82/13

Referent: Professor Dr. Hero Moeller.
Dekan: Professor Dr. Schmeidler.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Inhaltsverzeichnis III
Abkürzungsverzeichnis VI

Einleitung.

Die Motive der heutigen Rationalisierung und die Lage der freien Gewerkschaften zu ihrem Beginn 1

Teil I.

Die Rationalisierung, insbesondere die moderne Rationalisierungsbewegung 5

Kap. 1. Ursprung des Rationalisierungsstrebens, Wesen der Rationalisierung 5
Abschn. 1. Die „Lebensnot" als Wurzel alles Rationalitätsstrebens 5
Abschn. 2. Der freie Wettbewerb als Veranlasser der Rationalisierung im Rahmen der Verkehrswirtschaft 6
Abschn. 3. Das Kriterium der Rationalität in der kapitalistischen Wirtschaft 7
Kap. 2. Inhalt der Rationalisierung, Rationalisierungsmaßnahmen 10
Abschn. 1. Kommerzielle und technische Rationalisierung 10
Abschn. 2. Die Gottlschen Darlegungen über die Rationalisierung 12
1. Darstellung der Prinzipien der Rationalisierung 12
2. Rationalität des betrieblichen Vollzugs . . 14
3. Die Rationalität des Großbetriebs 15
4. Die Erzielung letzter Rationalität 17
Abschn. 3. Die modernen Rationalisierungsmaßnahmen . . 17
1. Die modernen Rationalisierungsmaßnahmen im allgemeinen 17
2. Die Normung 19
a) Produktion und Normung 19
b) Konsum und Normung 21
3. Die Fließarbeit 24
4. Rationalisierung der Arbeit 26
a) „Prinzipienlehre" und Arbeitsrationalisierung 26
b) Das Taylorsystem 27
c) Arbeitsphysiologie 28
d) Arbeitspsychologie 28
5. Die modernen Rationalisierungsmaßnahmen als Teil der kapitalistischen Rationalisierungstendenz 31
Abschn. 4. Die Besonderheiten der modernen Rationalisierung 32
1. Häufung der Rationalisierungsmaßnahmen . 32
2. Die Rationalisierung greift über die Grenzen des Einzelbetriebes hinaus 32

Seite

a) Die Anschauung, daß das „Übergreifen" die Wendung zu einer anderen Wirtschaftsordnung bedeutet 32
b) Die durch Rationalisierung veranlaßte Konzentrationsbewegung 34
c) Ausscheidung des Handels als Folge und als Mittel der Rationalisierung . . 35
d) Planmäßige Eingriffe von überbetrieblicher Seite als Rationalisierungsmaßnahmen 37
aa) Gemeinschaftsarbeit 37
bb) Moderne Rationalisierung und die Organisation der Volkswirtschaft . 39
3. Zusammenfassung 41

Teil II.

Die freien Gewerkschaften und der Charakter der sie beherrschenden sozialökonomischen Theorien 43
Vorbemerkung. Rationalisierung und Arbeiterpsyche 43
Kap. 1. Wesen und Aufgaben der freien Gewerkschaften . . . 44
Kap. 2. Der Charakter der die Gewerkschaften beherrschenden ökonomischen Anschauungen 47
Abschn. 1. Der marxistische Untergrund 47
1. Die Lehren des Liberalismus 47
2. Der Marxismus als Reaktion auf den Liberalismus 48
3. Marx und die Gewerkschaftsarbeit . . . 50
Abschn. 2. Marxismus und Gewerkschaftstätigkeit . . . 53
1. Marxismus als Ergänzung gewerkschaftlicher Betätigung 53
2. Unfähigkeit der Gewerkschaften, eine eigene Theorie aufzustellen 55
3. Marxismus und Kriegs- und Nachkriegserfahrungen der Gewerkschaften 56

Teil III.

Sozialökonomische Anschauungen der freien Gewerkschaften zur Rationalisierung 59
Kap. 1. Betrachtungen im Rahmen des Kapitalismus 59
Abschn. 1. Rationalisierung und Erwerbslosigkeit 59
1. Die Rationalisierung setzt Arbeiter frei . . 59
2. Die Kompensation bei Marx 61
3. Gewerkschaften und Kompensation in den allgemeinsten Bezügen 64
a) Allgemeines zum Thema Gewerkschaft und Rationalisierung 64
b) Allgemeines zum Thema Gewerkschaften und Kompensation 67
Abschn. 2. Preissenkung und Kompensation 69
1. Die Gewerkschaften über die Rolle der Preissenkung bei der Kompensation . . . 69
2. Übereinstimmung in dieser Frage mit „bürgerlichen" Nationalökonomen 70
3. Das Scheitern des gewerkschaftlichen Gedankenganges in der Praxis 72
4. Die Enttäuschung der Gewerkschaften über den Verlauf der Rationalisierung 74

Seite

Abschn. 3. Rationalisierung und Lohnfragen 75
1. Lohnerhöhung statt Preissenkung zur Behebung der Unterkonsumtion 75
2. Die bisherigen gewerkschaftlichen Lohntheorien 76
3. Das Kaufkraftargument 79
a) Allgemeines 79
b) Amerikanische Ideologien und das Kaufkraftargument 79
c) Das Kaufkraftargument bei Nölting . . 81
d) Die Ausgestaltung dieser Theorie bei Tarnow 83
e) Massars Theorie der Lohnsteigerung . . 90
f) Marxsche Lehren und die Lohnsteigerungstheorie 99
Abschn. 4. Rationalisierung und Fragen der Kapitalbeschaffung 100
1. Die Gewerkschaften über die Rolle des Kapitals im Produktionsprozeß 100
a) Anerkennung seiner Notwendigkeit . . 100
b) Das Kapital und seine Bedeutung für die Verursachung der Depression des Jahres 1929 103
2. Kapitalnotwendigkeit und Kaufkrafttheorie 107
Abschn. 5. Kritiker der gewerkschaftlichen Anschauungen 112
1. Allgemeines 112
2. Cassels Kritik 114
3. Röpkes Anstände und Konzessionen, Wunderlichs und Wilbrandts Urteile . . . 115
4. A. Weber und seine Schule als Kritiker . . 117
5. Herkners Meinung 118
6. Strigls Deduktionen 119

Kap. 2. Rationalisierung und Gestaltung der sozialistischen Wirtschaftsordnung 121
Abschn. 1. Der Weg zum Sozialismus 121
1. Der Weg zum Sozialismus nach Marx . . 121
2. Die revisionistische Anschauung 124
3. Das Streben nach Wirtschaftsdemokratie als Weg zum Sozialismus 124
Abschn. 2. Die Rationalisierung und ihre Wirkung auf die Erringung des Sozialismus 127
1. Die Wirkung der Rationalisierung nach der orthodoxen Theorie 127
2. Die Wirkung der Rationalisierung auf die Erringung des Sozialismus nach der gewerkschaftlichen Anschauung 129
Abschn. 3. Die Rationalisierung, kritisiert an den Vorstellungen von einer sozialistischen Wirtschaftsordnung 131
1. Die Unrationalität der heutigen Wirtschaft . 131
2. Die von den Gewerkschaftern an die Rationalisierung gestellten Anforderungen . . . 133

Literaturverzeichnis 136

Abkürzungsverzeichnis.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund = ADGB.

Archiv für exakte Wirtschaftsforschung = Arch. f. ex. Wirtschaftsf.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik = Arch. f. Soz. W.

Gewerkschafts-Archiv = Gew. Arch.

Gewerkschaftszeitung = Gew. Ztg.

Grundriß der Sozialökonomik = G. d. S.

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik = Jb. f. N. u. St.

Reichsarbeitsblatt = RArbBl.

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit = RKW.

Sozialistische Monatshefte = Soz. Monatsh.

Soziale Praxis = Soz. Prax.

Vossische Zeitung = Voss. Ztg.

Weltwirtschaftliches Archiv = Weltw. Arch.

Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen, für die Funktionäre herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, vom Allgemeinen freien Angestelltenbund und vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, Berlin 1930 = W.K.F.

Einleitung.

Die Motive der heutigen Rationalisierung und die Lage der freien Gewerkschaften zu ihrem Beginn.

In einer Zeit der größten wirtschaftlichen Schwäche Deutschlands gewann über Nacht ein Wort magischen Charakter, weckte die Hoffnung auf baldige Besserung der ökonomischen Lage: das Wort „Rationalisierung". Mit derartiger Intensität klammerte sich das allgemeine Denken an die Wunderhilfe der mit diesem Worte bezeichneten Maßnahmen, daß jeder glauben mochte, hier sind neuartige Kräfte, neue Wirtschaftsprinzipien am Werke.

Und es schien wirklich so; denn seit langem war der Wirtschaft der Kampf um die „rationelle" Gestaltung der Wirtschaftsprozesse nebensächlich geworden. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt hatte mit Deutschlands Absperrung während des Krieges ihre anstachelnde Wirkung eingebüßt, der befruchtende Gedankenaustausch über technische Fragen war ebenfalls zum Teil entfallen; aber selbst wenn er bestanden hätte, wäre die Möglichkeit, Verbesserungen des Produktionsapparates einzuführen, gering gewesen: der ungeheure Kriegsbedarf hatte der Wirtschaft seinen Stempel aufgeprägt, ließ sie in den ihr aufgezwungenen neuen Bahnen immer schneller kreisen, sodaß keine Zeit blieb, Betriebsverbesserungen vorzunehmen, vielleicht war auch wegen der von der Heeresverwaltung bewilligten guten Preise nicht der rechte Anreiz dazu gegeben. Am Ende des Krieges war die deutsche Wirtschaft mit einem veralteten Maschinenpark ausgerüstet, war durch die Kriegszwangswirtschaft ihrem Friedensberuf entfremdet und ihre empfindliche Marktorganisation dadurch und durch schnell zurückflutende Arbeitermassen, durch Kämpfe im Innern, Gebietsabtretungen usw. in Mitleidenschaft gezogen.

Auf dieses graue Bild wurden durch das Hineingleiten in die Inflationskonjunktur freundlichere Töne gezaubert, die Produktion für den Friedensbedarf begann sich zu heben. Von einem rationellen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft konnte aber keine Rede sein; denn das Organisationsprinzip

der kapitalistischen Wirtschaft war durch die Geldentwertung in mehrfacher Weise an seiner Entfaltung gehemmt. Einesteils erhöhte die Furcht vor dem Sinken der Mark die Bereitwilligkeit zum Kauf, andererseits verminderte die Geldentwertung die Bedeutung der Gestehungskosten. Auf diese Weise wurde die Konkurrenz zwischen Unternehmungen verschiedenen technischen Gütegrades weitgehend aufgehoben, es fand keine Ausscheidung unrationell arbeitender Betriebe statt. Die Folge davon war die Fehlleitung mancher Kapitalinvestition. Der verklingende Rausch machte es offenbar: Deutschland ist ärmer denn zuvor, es hat sich „ausverkauft". „Bei der Stabilisierung zeigte es sich, daß das deutsche Volk verarmt war und daß die während der Inflation geschaffenen Sachwerte in ihrer überwiegenden Mehrzahl sich nicht als geeignet erwiesen, um ihm die Möglichkeit einer wirksamen Konkurrenz auf dem Weltmarkte neu zu erschließen"[1]).

Damals fiel der Blick aus dem Dunkel der deutschen Wirtschaftslage auf das faszinierende Bild eines grandiosen Wirtschaftsaufschwungs in den Vereinigten Staaten. Der Krieg hatte dort wenig wirtschaftszersetzend wirken können, hatte nicht das alltägliche Streben nach Rationalität im Produktionsprozesse so in Vergessenheit geraten lassen wie in Deutschland. Dennoch setzte gerade in diesem Lande eine umfassende nationale Bewegung unter der Leitung Hoovers ein: der Kampf gegen den „waste in industry" und um die „prosperity", dem es gelang, die auf reicher Bodengrundlage ruhende Wirtschaft zum „amerikanischen Wirtschaftswunder" zu machen. Scharen deutscher Techniker und Sozialökonomen fuhren nach den Vereinigten Staaten, um des „Wunders" Ursachen zu ergründen und die Hauptattraktion in der Schau der „prosperity", die Ford-Betriebe, zu untersuchen.

Man muß sich diese Tatsachen vergegenwärtigen, wenn man verstehen will, mit welcher Intensität sich das deutsche Wirtschaftsleben der Rationalisierung aufschloß. Es sollte wieder um jedes Unkostenprozent gekämpft werden, und so sehr hatte man dies in einem Jahrzehnt verlernt, daß es als etwas Neues erschien.

Die große Gruppe der Arbeiter hatte, wie die meisten anderen Bevölkerungsteile auch, unter den mißlichen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden. Dieser ökonomische Nachteil

---

1) F. Demuth im Vorwort zu „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben", Berlin 1928, S. 6.
Vgl. ferner C. Schiffer, Die ökonomische und sozialpolitische Bedeutung der industriellen Rationalisierungsbestrebungen, Karlsruhe 1928, S. 5 ff.

wurde anfangs dadurch ausgeglichen, daß die soziale Bedeutung der Arbeiterschaft stieg: die Gewerkschaften[2]) wurden von der Regierung herangezogen zur Mitwirkung beim Aufbau der Kriegsproduktion, obligatorische Betriebsvertretungen wurden geschaffen. Kurz nach dem Zusammenbruch der alten Gewalten, am 15. November 1918, wurden die Gewerkschaften von Unternehmerseite als die berufenen Vertreter der Arbeiter anerkannt und eine Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der sozialen Probleme ins Leben gerufen. Den Gipfel der Macht erstieg die Arbeiterschaft, als ihr im November 1918 die Staatsgewalt in den Schoß fiel. Im Überschwang des ersten Jubels glaubte man die Zeit für die Sozialisierung gekommen, um bald erkennen zu müssen, daß sich auf einer ausgemergelten Wirtschaft kein Sozialismus aufbauen ließe und daß, selbst wenn dies möglich gewesen wäre, keine Vorstellung darüber bestand, wie der Sozialismus nun zu verwirklichen sei, welche Maßnahmen zur Überführung in eine unklar vorgestellte sozialistische Wirtschaftsordnung zu treffen seien, ohne daß Millionen Menschen Hungers sterben müßten. Marx hatte hier eine Lücke gelassen, und die Gewerkschaften hatten die Zeit versäumt die Lücke auszufüllen[3]).

Die kapitalistischen Mächte konsolidierten sich wieder, als es offenbar wurde, daß die Zeit einer ernsthaften Sozialisierung noch nicht gekommen war, und Schritt für Schritt wurde die Arbeiterschaft aus ihrer Machtposition verdrängt: die Reaktion setzte ein und errang mit Unterstützung der durch die Inflation geschaffenen wirtschaftlichen Lage bedeutsame Erfolge. Das Ende der Inflation sah finanziell ruinierte Gewerkschaften und minimale Löhne[4]).

In dieser Lage mußte der Ruf nach Rationalisierung einen besonderen Eindruck auf die Arbeiterschaft machen; es ist von Reiz, nicht nur zu untersuchen, welche ökonomischen und sozialen Folgen die Rationalisierung für sie haben muß[5]), sondern auch zu sehen, welche Bedeutung sie selber und insbesondere die Gewerkschaften ihr einräumen, ob sie für oder

---

2) Wenn im folgenden von den „Gewerkschaften" die Rede ist, sind immer die freien Gewerkschaften gemeint.

3) Vgl. dazu Th. Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf, 2. Aufl., Halberstadt 1930, S. 310.

4) W. Zimmermann, Die Arbeiterfrage in Deutschland nach dem Kriege, Berlin 1925, S. 15 und S. 29 ff.

5) Vgl. zu diesem Fragenkomplex z. B. C. Schiffer, a. a. O. und Br. Rauecker, Rationalisierung und Sozialpolitik, Berlin-Zehlendorf 1926; ferner J. Gerhardt, Arbeitsrationalisierung und persönliche Abhängigkeit, Tübingen 1925.

gegen sie auftreten und was sie von ihr erhoffen[6]). Es wird dabei erkennbar, ob sich die sozialökonomischen Anschauungen der freien Gewerkschaften unter dem Einfluß des Erlebens von 1914—1924 geändert haben.

6) Vgl. dazu E. Schalldach, Rationalisierungsmaßnahmen der Nachinflationszeit im Urteil der deutschen freien Gewerkschaften, Jena 1930. Die Schalldachsche Arbeit behandelt freigewerkschaftliche Meinungsäußerungen zur Rationalisierung und zwar sowohl ökonomisch-theoretischer, wie politischer und soziologischer Art, welche ihrem Inhalt nach untersucht werden. Die vorliegende Arbeit hingegen betrachtet allein die ökonomisch-theoretischen Ausführungen der freien Gewerkschaften zum Thema Rationalisierung und sucht deren Zusammenhang mit Marxschen Lehren sowie deren Bedeutung für die neueren ökonomischen Anschauungen der Gewerkschaften aufzuspüren.

Teil I

Die Rationalisierung, insbesondere die moderne Rationalisierungsbewegung.

Kapitel 1:

Ursprung des Rationalisierungsstrebens. Wesen der Rationalisierung.

Abschnitt 1:

Die „Lebensnot" als Wurzel des Rationalitätsstrebens.

Die der kranken deutschen Wirtschaft verordnete Medizin „Rationalisierung" ist, so wenig das schien, keine Erfindung der jüngsten Zeit, kein neues, mit Wunderkraft begabtes Prinzip, sondern eine der geistigen Struktur des Menschen entsprungene Tendenz, seine Kräfte im Kampfe gegen die „Lebensnot" (Gottl-Ottlilienfeld), d. h. gegen die durch die Abhängigkeit von der Außenwelt hervorgerufene Spannung zwischen Bedürfnis und Deckungsmittel[1]), möglichst zu schonen, seine Maßnahmen möglichst zweckmäßig einzurichten, m. a. W. nach dem „ökonomischen Prinzip" zu verfahren. „Aus der Lebensnot, die überhaupt erst der Technik Sinn und Dasein verleiht, entspringt ein Prinzip, dem sich alles Handeln beugen muß, wenn es anders ein vernünftiges Handeln bleiben will: das sogenannte „wirtschaftliche Prinzip"[2]). Muß sich „alles Handeln" ihm beugen, wieviel mehr dann das „wirtschaftliche" Handeln, d. h. „. . . . diejenige menschliche Tätigkeit . . . ., die in der Beschaffung von Gütern zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse besteht"[3]). Der Grundsatz der Rationalisierung ist somit keineswegs etwas Neues, eine Feststellung, die in kaum einer Abhandlung über die Rationalisierung fehlt. Sehr pointiert spricht M. J. Bonn dies

1) Fr. von Gottl-Ottlilienfeld, Wirtschaft und Technik (G. d. S. 2. Abtlg. 2. Teil), 2. Aufl., Tübingen 1923, S. 10 und 11.
2) Gottl, a. a. O. S. 12.
3) Hero Moeller, Die Lehre vom Gelde, Leipzig 1925, S. 1.

aus: der Nationalökonom „. . . kann sich . . . . einer gewissen Verwunderung schwer erwehren, daß die Technik diese Selbstverständlichkeit[4]), die ihm die Grundlage alles wirtschaftlichen Fortschritts war, heute wie ein neugefundenes Heilmittel leidenschaftlich empfehlen muß“[5]).

Abschnitt 2:
Der freie Wettbewerb als Veranlasser der Rationalisierung im Rahmen der Verkehrswirtschaft.

Im Rahmen des Kapitalismus offenbart sich die „Lebensnot“ im Walten der „freien Konkurrenz“, welche den Mechanismus darstellt, durch den hindurch diese zu immer weiteren Rationalisierungen anreizt. Die von ihr veranlaßten Rationalisierungsmaßnahmen waren die Ursache dessen, daß aus dem ärmlichen Agrarstaat des 18. Jahrhunderts Deutschland zum mächtigen Industriestaat wurde, daß der Weg von der Wind- und Wassermühle zur Dampfmühle, von der Postkutsche zum modernen Cadillac führen konnte. Die Rationalisierung ist also seit langem am Wirken, wenn sie auch ihren Namen noch nicht gefunden hatte; sie hieß noch „Arbeitsteilung, Arbeitsvereinigung und Produktionsumweg“[6]). In Adam Smith' System ist sie enthalten. Sein „homo oeconomicus“ ist der Prototyp eines Wirtschafters, der durch den Mechanismus der freien Konkurrenz gezwungen wird, auf die Rationalisierung seines Betriebes bedacht zu sein; denn die in der sozialen Gebundenheit des Mittelalters mit seiner stagnierenden Technik, mit seiner konservativen Wirtschaft gelegene ökonomische Sicherung der Einzelperson ist verloren. Sie muß unter dem Druck des Wettbewerbs täglich neu errungen werden durch die Anwendung der Rationalisierungsmittel, welche die ihrer traditionalen Fesseln ledig gewordene Technik bereitstellt. Gelingt ihr das nicht, so droht im Konkurrenzsystem die schwerste Strafe: der wirtschaftliche Untergang. Auf diese Weise wird die Marktwirtschaft zu einer Wirtschaftsordnung, in deren Rahmen die Anwendung des technischen Fortschrittes, die fortlaufende Rationalisierung besonders stark verbürgt erscheint. Und in dem Versagen des Konkurrenzmechanismus erblickt M. J. Bonn einen Grund dafür, daß die heutige Ra-

4) Gemeint ist die Rationalisierung.

5) M. J. Bonn, Technische oder finanzielle Rationalisierung? (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 2, 1926, Nr. 11) S. 321.

6) J. Hirsch, Wandlungen im Aufbau der deutschen Industrie, Abhandlung in „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft“, Berlin 1929, 2. Aufl., Bd. 1, S. 208.

tionalisierung als ein „neugefundenes Heilmittel“ betrachtet wird: der Sozialökonom „... sieht darin das Eingeständnis der Tatsache, daß Krieg und Inflation die deutsche Wirtschaft jener leidenschaftlich vorwärts treibenden Kräfte beraubt haben, die in der Atmosphäre selbstzufriedenen Monopolismus nicht gedeihen, und die, solange wir eine kapitalistische Wirtschaft haben, nur bei freiem Wettbewerb lebendig sind“[7]).

Abschnitt 3:
Das Kriterium der Rationalität in der kapitalistischen Wirtschaft.

In einer kapitalistischen Wirtschaft bedeutet „Rationalisieren“ nicht einfach die kritiklose Anwendung technischer und organisatorischer Verbesserungen des Produktionsprozesses. Ein solches Vorgehen würde zwar den „spezifischen Aufwand“ d. h. die „Summe des auf die Einheit des Produktes entfallenden Aufwandes“[8]) vermindern und damit die „Ertriebswucht“ (Gottl), die technische Leistungsfähigkeit steigern können. Aber die technisch beste Leistung braucht im Rahmen des Kapitalismus keineswegs auch die wirtschaftlich beste zu sein; denn es kann vorkommen, daß sie nicht dazu dienen kann ein Bedürfnis zu befriedigen, was bedeutet, daß sie wirtschaftlich „unrationell“ ist[9]).

In der modernen Verkehrswirtschaft bringt jeder Produzent weit über seinen persönlichen Bedarf hinaus „Waren“ hervor. Er ist demnach, will er seine Bedürfnisse befriedigen, auf den Absatz seiner Produkte auf dem Markt angewiesen: es wird für den Markt produziert, und die Verhältnisse des Marktes sind entscheidend dafür, inwieweit eine Produktion als gelungen anzusehen ist. Nicht die Lage auf dem Markt des betreffenden Produkts allein ist dafür maßgebend, ein gewichtiges Wort kommt auch den Verhältnissen der Produktionsmittelmärkte und des Arbeitsmarktes zu, auf denen die für die Produktion nötigen Rohstoffe, Maschinen und Hilfsstoffe erstanden werden müssen; denn die Produktion selber ist nur ein Glied in der Kette der Betriebsvorgänge, das eingeschaltet ist zwischen Einkauf und Verkauf. Wird bei der geldmäßigen Verrechnung der Ein- und Verkaufsvorgänge ein Gewinn von genügender Höhe erzielt, so ist die Produktion ge-

7) M. J. Bonn, a. a. O. S. 321.
8) Gottl, a. a. O. S. 22.
9) Vgl. M. J. Bonn, Rationalisierung als finanzielles Problem (Archiv f. Soz. W. Bd. 56, Heft 2), S. 289.

lungen, denn sie ist „rentabel". Auf die „Ertragswucht", wie Gottl die Rentabilität nennt, kommt es an, nicht allein auf die „Ertriebswucht", die technische Effizienz der Produktionsmittelkombination[10]). Die Verbesserungen technischer Art im Betrieb müssen also, wenn man ihre Anwendbarkeit prüfen will, eingeordnet werden in den Rahmen des volkswirtschaftlichen Preissystems, betrachtet werden in ihrer Kostenqualität[11]) und nicht in ihrer technischen, naturhaften Leistungsfähigkeit.

Dennoch hängen die Möglichkeit der Rentabilitätserzielung und die technische Effizienz eines Betriebes eng zusammen; denn es „. . . . gründet sich jene „Rentabilität" des Betriebes ganz unmittelbar auf seine Ertriebswucht"[12]), die letztere ist einer der wichtigsten Faktoren zur Erzielung der Rentabilität. Immer aber ist die Steigerung der technischen Leistungsfähigkeit nur wirksam, sofern die Marktkonstellation es erlaubt. So berichtet beispielsweise Devinat über die Eigenheiten der Märkte und deren Rückwirkung auf die Produktionsmethoden: „In der Automobilindustrie sind die Methoden der wissenschaftlichen Betriebsführung sehr verbreitet, und es lassen sich auf diesem Gebiet zwei verschiedene Richtungen unterscheiden: In der einen Kategorie geht nach Fordschem Beispiel das Bestreben vor allem darauf, die Zahl der gebauten Typen auf ein Mindestmaß herabzusetzen, um die Massenfabrikation zu ermöglichen . . . . Der anderen Kategorie gehören diejenigen Fabriken an, in denen man sich bemüht, den Bedürfnissen jeder Art von Kunden durch eine große Anzahl verschiedener Modelle zu entsprechen"[13]). Daraus ergeben sich dann, wie Devinat weiter ausführt, zwei verschiedene Arten von Fabriken. Ihre technische Ausstattung wird sehr verschieden voneinander sein: was „Ford" angemessen ist, kann für „Maybach" höchst unrationell sein; denn wenn letztere Firma ihre technische Leistungsfähigkeit in Fordschem Ausmaße steigern würde, so würde die Folge davon sein nicht etwa eine Verbesserung der Rentabilität, sondern ein Rückgang der Gewinne: „Obwohl im allgemeinen gilt, daß höhere Ertriebswucht der Betriebe . . . . umschlägt in höhere Ertragswucht der Unternehmung, so gilt auch dies bloß innerhalb gewisser Grenzen"[14]). Denn eine ge-

10) Gottl, a. a. O. S. 25.
11) Vgl. J. Gerhardt, Art. Rationalisierung in der Industrie (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Erg.-Bd., Jena 1929), S. 710.
12) Gottl, a. a. O. S. 27.
13) Paul Devinat, Wissenschaftliche Betriebsführung in Europa, Genf 1927, S. 116.
14) Gottl-Ottlilienfeld, a. a. O. S. 27.

steigerte technische Effizienz pflegt Kosten zu verursachen, legt oft Riesensummen von Kapitalien fest, deren Kosten durch die Produktpreise ersetzt werden müssen. Man nehme etwa das Beispiel der Ford-Werke: welche ungeheuren Mengen von organisatorischer Vorarbeit und von Kapitalaufwand sind dort vereinigt! Sollen derartige Anlagen rentieren, so müssen ihre Kosten auf eine entsprechende Produktenmenge umgelegt werden, d. h. das Angebot wird vermutlich steigen, sodaß weniger kaufkräftige Bevölkerungsschichten als Konsumenten herangezogen werden müssen. Das bedeutet aber eine Preissenkung, sodaß die Gewinnaussichten sich vermindern. Den Ausweg aus diesem gefährlichen Zirkel eröffnet die Tatsache, daß einige Gruppen von Kosten bei der Steigerung der Produktenmenge nicht im gleichen Verhältnis steigen oder sogar konstant bleiben, z. B. Verwaltungskosten, Aufwand für Gebäude, Verzinsung der festgelegten Kapitalien, sodaß ihr relatives Gewicht gegenüber den variablen Kosten, das sind etwa Ausgaben für Material und Arbeitslöhne, abnimmt, je mehr die Produktenmenge anschwillt — jedenfalls innerhalb gewisser Grenzen. Die auf die Produkteinheit entfallende Kostensumme sinkt in einem Maße, das es erlaubt, den zur Erzielung der Rentabilität notwendigen Preis niedriger anzusetzen[15]).

Dieser Ausweg kann gegeben sein, braucht es aber keineswegs. In dem erwähnten Ford-Beispiel konnte er in der Tat beschritten werden, weil die Marktlage es erlaubte, mit einer derartigen technischen Wucht zu fabrizieren. Wie wäre aber beispielsweise die Sachlage, wenn Ford statt der Automobile Tapetendruckmaschinen am laufenden Band fabrizieren würde? Es ist sicher, seine Produktionsweise würde unanwendbar sein, sie würde scheitern an der mangelnden Größe des Absatzmarktes. Diese kann sich aus vielen Gründen herleiten, so etwa aus der natürlichen Begrenztheit des Bedarfs — der Tapetendruckmaschinenbau ist ein Beispiel dafür —; oder, wenn diese Schranke nicht gegeben ist, also tatsächlich ein Bedürfnis nach dem betreffenden Produkt besteht, so kann es der mangelnde Reichtum der Volkswirtschaft sein, der die Bevölkerung dazu zwingt, erst wichtigere Bedürfnisse zu befriedigen, sodaß das in der Tat bestehende Bedürfnis nicht zu einer wirksamen Nachfrage werden kann; oder schließlich kann der Fall so liegen — ohne daß eine natürliche Grenze der Aufnahmefähigkeit und mangelnder „Reichtum" festzustellen wären —, daß aus irrationalen, aus emotionalen Grün-

15) Vgl. K. Bücher, Das Gesetz der Massenproduktion, abgedruckt in „Die Entstehung der Volkswirtschaft", 2. Sammlung, 7. Aufl., Tübingen 1922, S. 89 ff.

den einem in Massenfertigung, in technisch rationellster Weise hergestellten, vielleicht selbst noch rationalisierten Produkt vom Markte die Aufnahme verweigert wird. In dem Falle wären „. . . . die Optima technischer Leistung und wirtschaftlicher Wertung . . . nicht zur Deckung zu bringen. Die technische Vernunft, die den einmal rege gewordenen Verbrauchswillen zu befriedigen bestrebt ist, kann nicht den Verbrauchswillen selbst auch vernünftig machen“[16]). Wie schwer es ist, die „emotionalen“ Bestimmungsgründe der Nachfrage zu beeinflussen, und d. h. wie leicht technische und wirtschaftliche Rationalität auseinanderfallen, darüber urteilt Vershofen: „. . . . das hat auch die russische, das hat die amerikanische Gesellschaft nicht zu erreichen vermocht, daß auf den Verbrauch weniger rationell hergestellter Produkte verzichtet wird zugunsten rationeller hergestellter, solange die emotionalen Bedarfsimpulse mit ins Gewicht fallen resp. sich mit den rationalen nicht decken“[17]).

In all diesen Fällen ist die „ertriebswuchtigste“ Fertigung nicht auch die „ertragswuchtigste“: der Markt versagt ihr die Sanktion: „Vom Standpunkt der Unternehmung aus darf man die technische Rationalisierung[18]) niemals blindlings betätigen, vielmehr stets nur in jener Richtung und auch nur in jenem Ausmaß, als dies noch von günstigem Einfluß auf den Ertrag bleibt“[19]). Denn: „Zweckmäßig im Sinne der modernen kapitalistischen Wirtschaft heißt immer nur dem Zweck des Kapitalismus entsprechend. Inhaltlich rationell also ist die moderne Wirtschaft in dem Sinne, daß sie den Interessen des Kapitalismus gemäß gestaltet wird . . . Der oberste Sinn der kapitalistischen Wirtschaft ist aber die Erzielung von Gewinn“[20]).

Kapitel 2:
Inhalt der Rationalisierung, Rationalisierungsmaßnahmen.

Abschnitt 1:
Kommerzielle und technische Rationalisierung.

Die Tätigkeit der Unternehmung besteht im Einkaufen der Rohstoffe und Produktionsmittel, im Fabrizieren und im Ver-

16) W. Vershofen, Die Grenzen der Rationalisierung, Nürnberg 1927, S. 28.

17) Vershofen, a. a. O. S. 47.

18) Vielleicht ist es zweckmäßiger, die Bedeutung des Wortes „Rationalisierung“ auf die wirtschaftliche Rationalität zu beschränken.

19) F. v. Gottl-Ottlilienfeld, Vom Sinn der Rationalisierung (R.K.W.-Veröffentlichungen Nr. 31, Jena 1929), S. 17.

20) W. Sombart, Die Rationalisierung in der Wirtschaft, Leipzig-Erlangen 1928, S. 11.

kauf der Produkte. Rationalisierungsmaßnahmen können an diesen drei Punkten ansetzen und müssen im Einklang miteinander vollzogen werden: „Rationalisierung als Grundzug des ganzen Produktionsprozesses und seiner Organisation ist natürlich weit mehr als „Taylorismus" oder „Fordismus" oder eines der etwa auf bestimmte Intensivierungsmethoden der menschlichen Arbeit eingeschränkten modernen Entlöhnungssysteme, da letztere nur auf die technische Betriebsführung und ihre kostensparende, auf Mehrerzeugung gerichtete Umgestaltung sich beschränken, die Rationalisierung aber stets den gesamten Produktions- und Absatzprozeß, also die technische und die kommerzielle Seite des Betriebes zu erfassen und nach Grundsätzen erhöhter privatwirtschaftlicher Prosperität zu gestalten sucht"[1]).

Diesen Ausführungen liegt der gleiche Gedanke von der Überordnung der wirtschaftlichen Gegebenheiten über die technischen Möglichkeiten zugrunde, der bereits dargelegt wurde[2]). Der Sicherung der Ertragswucht, der Rentabilität, dient die Tätigkeit des Kaufmanns in der Unternehmung, der die Märkte beobachtet, dem Betriebsleiter die Aufgabe stellt und auf diese Weise die technische Rationalisierung auch zu einer kommerziellen zu machen sucht. Die Betonung dieser Funktion des Kaufmannes in der Unternehmung ist nicht unwichtig: „Es ist . . . nicht unbekannt, daß der deutsche Ingenieur sich in der Erfüllung seines Berufes vorwiegend in konstruktiven Gedankengängen bewegt und seine Tätigkeit, sei es die Herstellung von Erzeugnissen oder selbst die Leitung von Unternehmungen betreffend, an dieser konstruktiven Einstellung zu regulieren versucht. Die Arbeitsrichtung des amerikanischen Ingenieurs dagegen ist rein wirtschaftlich fundiert und von universellem Gepräge. Für ihn besteht der Sinn der Technik darin, die große Masse des Volkes mit billigen Gütern in ausreichender Güte zu versehen"[3]). Dieser Einstellung des deutschen Ingenieurs gegenüber ist es umso notwendiger, die Vorhand der Wirtschaft gegenüber der Technik zu betonen und festzustellen, daß der Kaufmann ihm die Aufgabe einzu-

1) E. H. Vogel, Amerikanische Betriebssysteme und ihre Anwendbarkeit auf das deutsche Wirtschaftsleben (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. 70, Heft 5), 1926, S. 441.

2) Siehe oben Teil I, Kapitel I, Abschnitt 3.

3) A. Schilling, Die Lehre vom Wirtschaften, Berlin 1925, S. VII. In der Vossischen Zeitung heißt es zur gleichen Frage: „Es ist überall das gleiche Bild: nach 10 Jahren stürmischer Rationalisierung auf technischem Gebiet erkennt man, daß die Rationalisierung auf kaufmännischem Gebiet zurückgeblieben ist. Ja, daß der Übereifer des Technikers vielfach sogar dem Kaufmann die Arbeit erschwert hat. Nun soll der Kaufmann den Betriebsleiter

grenzen hat, damit die Steigerung der Ertriebswucht sich auch zu einer solchen der Ertragswucht auswirken kann.

Die Steigerung der Ertriebswucht, d. h. die Senkung des spezifischen Aufwands, ist innerhalb der bezeichneten Grenzen eines der wichtigsten Mittel die Rentabilität zu erhöhen. Sie als die innerbetriebliche Form der Rationalisierung kann erzielt werden durch die Steigerung des technischen Gütegrades der Apparatur und durch Verbesserung der betrieblichen Organisation.

Abschnitt 2:
Die Gottlschen Darlegungen über die Rationalisierung.

1. Darstellung der „Prinzipien" der Rationalisierung.

Die Grundsätze einer vernunftgemäßen Gestaltung der Produktion sind auf das Genaueste von Gottl-Ottlilienfeld abgeleitet und beleuchtet worden[4]).

Er unterscheidet folgende Prinzipien: 1. Das Prinzip des kausalrichtigen Vollzugs[5]). Es erfordert genaues Durchdenken der Produktion und die Wahl eines unter mehreren zur Verfügung stehenden Verfahrens. 2. Das Prinzip des „vereinfachend abgestuften Vollzugs"[6]), dem die Arbeitszerlegung angehört, d. h. die Zerspaltung einer Handlung in mehrere einfache Akte. Es erleichtert die Anwendung von Maschinen an Stelle der Arbeitskraft. 3. Das Prinzip des „kausalgerechten Vollzugs"[7]) umschließt eine lange Reihe von Anforderungen an die Gestaltung des technischen Vorgangs. Es läuft darauf hinaus, das Produkt mit tunlichster Exaktheit herzustellen. Dem dient die Benutzung spezieller Werkzeuge, die Anwendung von Maschinen, insbesondere von Spezialmaschinen, da ihre Bewegungen zwangsläufig erfolgen, was bewirkt, daß das Produkt in der nötigen, sich immer wiederholenden Genauigkeit hergestellt wird, ferner die „exakte Dimensionierung", damit keine tote Last beim Lauf der Maschine, bei der Bewegung des Werkzeugs und des Werkstoffs mitgeschleppt zu

---

darüber aufklären, was und wie er produzieren müsse, um Absatz zu finden. Noch vor 2 Jahren hörte man bei internen Beratungen der Industrie oft die Klage, daß der Techniker sich vom Kaufmann nicht beraten lassen wolle. Heute hat man den Spieß umgedreht und erklärt: der Fabrikant würde gern lernen, aber der Kaufmann weiß ihn nichts zu lehren." (Voss. Ztg. Jahrg. 1930 Nr. 156, 2. Juli: Der Kaufmann als Lehrmeister.)

4) Gottl, Wirtschaft und Technik, a. a. O.
5) Gottl, a. a. O. S. 68.
6) Ebenda, S. 68.
7) Ebenda, S. 69 ff.

werden braucht und damit möglichst wenig Abfall entsteht, vielmehr höchste Ausbeute erzielt und Lehrlauf vermieden wird. Der Zusammenfassung vieler kleiner Arbeitshandlungen zu einer großen dient 4. das Prinzip des „wuchtigen Vollzugs“[8]). 5. Das Prinzip des „ein für allemal vorbereiteten Vollzugs“[9]) lenkt das Augenmerk auf die Erstellung von „Vorkehrungen“, von Einrichtungen in der Art von Schablonen, Spezialmaschinen, speziellen Werkzeugen. Die menschliche Arbeit an ihnen wird reduziert von der herstellenden auf die auslösende, die eine automatisch arbeitende Maschine nur beaufsichtigende Tätigkeit. Diese Vorkehrungen bedeuten durchweg die Festlegung von Kapital. Das Prinzip erfordert weitgehende Vereinheitlichung, Normalisierung und Typisierung: die „Massenhaftigkeit“ ist, wie sich hier zeigt, eine Konsequenz der technischen Vernunft. Die Produktenmenge zu vermehren, das bewirkt auch 6. der Grundsatz des „stetigen Vollzugs“[10]), der darauf hindrängt, den gleichen Akt ohne Unterbrechung dauernd und zwar möglichst rhythmisch zu wiederholen. Unter diesen Grundsatz fällt das Streben nach Schichtarbeit, nach Verlängerung der Arbeitszeit, damit die Maschinen nach Möglichkeit dauernd laufen. 7. Das Prinzip des „bündigen Vollzugs“[11]) erheischt, verschiedene Akte zusammenzufassen zu einem einzigen neuen Akt, der inhaltlich von den früheren Akten verschieden ist. Der Zusammenfassung inhaltlich gleicher Akte dient 8. das Prinzip des „wuchtig zusammenfassenden Vollzugs“[12]): ein großer Motor arbeitet beispielsweise rationeller als ein kleiner, wenn die Vergrößerung sich innerhalb gewisser Grenzen vollzieht. — Die Akte sind verschiedenster Art. Sie können sich stören und sich fördern. Das Nebeneinander der verschiedenen Akte zur möglichsten gegenseitigen Förderung auszunutzen, darauf weist hin 9. das Prinzip des „richtig verbundenen Vollzugs“[13]), der richtigen Kombination der Akte. Ein weites Feld für Rationalisierungen wird hier eröffnet, wie die Beispiele ahnen lassen: Mahlen und Bleichen des Papiers im „Holländer“, Ausnutzung der Hochofenwärme durch Verbindung mit Bessemerbirnen und Walzenstraßen, Ausnutzung der Schiene als mechanische Führung und als Stromrückleitung, Ausnutzung der Reste, etwa zur Brikettherstellung, oder der Rückstände zur

8) Ebenda, S. 72.
9) Ebenda, S. 73 ff.
10) Ebenda, S. 76 ff.
11) Ebenda, S. 78.
12) Ebenda, S. 79.
13) Ebenda, S. 82.

Fabrikation von Teerfarben. — Auf die Vermeidung von gegenseitigen Störungen der nebeneinander vollzogenen Prozesse lenkt das Augenmerk 10. das Prinzip des „glatten Vollzugs“[14]): ungestört muß der Arbeiter sein, reibungslos der Übergang der Werkstücke von einem zum anderen Arbeitsplatz sich vollziehen. Der Sicherung des glatten Vollzugs dient die Verteilung von Risiken, etwa derart, daß statt einer Kraftmaschine von 150 PS drei zu je 50 PS gehalten werden.

2. Die Rationalität des betrieblichen Vollzugs.

Die Kenntnis dieser Prinzipien ist das geistige Rüstzeug des Ingenieurs, das Gedankensystem, das es ihm erlaubt, die dem Produktionsfaktor „Boden“ entspringenden Widerstände zu meistern. Nach Gottl geschieht diesen abstrakten Forderungen, diesen Ideen der Rationalisierung am besten Genüge in einer betriebsmäßigen Produktion, die zugleich arbeitsteilig und maschinell organisiert ist; denn sie ermöglicht die weitgehende Anwendung der oben genannten Prinzipien: „Betrieb, Arbeitsteilung und Maschinenverwendung sind bloß darum von technischer Vernunft, sie begünstigen nur deshalb das Verhältnis von Aufwand und Erfolg innerhalb der Produktion, weil sie die rechte Gelegenheit dazu schaffen, die Produktion im Geiste der bisher entwickelten Prinzipien zu rationalisieren“[15]). Und zwar wirken sie so, weil „. . . jedes um einen Schritt weiter dem Ziele zuführt, den Verlauf der Produktion so reihenhaft wie nur möglich zu gestalten“[16]), weil die Massenhaftigkeit es ist, welche die Voraussetzung für die Anwendung vieler der Prinzipien bildet. „Eine fortlaufende Produktion wird „betriebsmäßig“ vollzogen, sobald ihre wiederkehrenden Vorgänge eine geschlossene Reihe bilden und dabei gemeinsam die nämlichen Hilfsmittel verwenden; vom Material natürlich abgesehen, das jeder der Vorgänge für sich allein verarbeitet“[17]).

Mit der Anwendung der betrieblichen Form der Produktion wird nicht nur erreicht, daß die oben erwähnten „Prinzipien“ in weitem Maße angewandt werden können, daß „Verwebungen“ statthaben können, wie Gottl das nennt; sie zeitigt außerdem eine „mittelbare Leistung“, „. . . . weil er[18]) die notwendige Grundlage darstellt für alle weitere Rationalisierung des Verlaufs der Produktion ‚weil schon in seiner ein-

14) Ebenda, S. 86.
15) Ebenda, S. 90.
16) Ebenda, S. 90.
17) Ebenda, S. 91.
18) Gemeint ist der Betrieb.

fachsten Gestalt die Produktion die so bedeutsame Wendung ins Reihenhafte nimmt“[19]).

Und ebenso steht es mit dem „arbeitsteiligen Vollzug“: „In der Tat muß erst der arbeitsteilige Vollzug die geschlossenen Reihen gleicher Akte liefern, dann erst sind jene Verwebungen möglich, die hier den Ausschlag geben; sie erst rationalisieren die Produktion, steigern die Ertriebswucht“[20]).

Von noch umfassenderer Wirkung ist die maschinelle Produktion, die Fabrikation. „Die Maschine ist jener Mechanismus, also jener körperliche Träger einer Einheit innerlich erzwungener Bewegung, der bloß auslösender Handgriffe bedarf, um zugeführte Kraft oder Kraftstoffe umzusetzen in bestimmte Arbeitsleistungen“[21]). Sie genügt einmal den obenerwähnten Forderungen der technischen Vernunft, worüber Gottl urteilt: „Fast von jedem der vielen Prinzipien gipfelt seine Anwendung in der Maschine“[22]). Aber damit hat sie ihre Mission noch nicht erfüllt. Sie soll nicht nur angewendet werden, auch die ihr eigentümliche „Kraft der Rationalisierung, die in ihr schlummert“[23]), soll nutzbar gemacht werden. Die Kraft besteht darin, daß die eine Arbeitszerlegung voraussetzende Maschinenverwendung die zerteilte Arbeit noch weiter spaltet und zwar in „Maschinen-, Antriebs- und Bedienungsleistung“[24]). „Diese Spaltung ist das wesentlich Neue, das die Maschine in den Betrieb hineinträgt. Erst von da aus wird es möglich, jenen wesentlichen Schritt über die Arbeitsteilung hinaus zu tun, den die Mechanisierung des Betriebs in sich schließt“[25]).

3. Die Rationalität des Großbetriebs.

Schon bei der Betrachtung der „Prinzipien“ zeigt es sich, daß viele von ihnen erst bei einem massenweisen Vollzug ihre Rationalisierungsfähigkeit voll entfalten können; und die Massenhaftigkeit der Produktion, die weitere Wandlung der Fabrik zum Großbetrieb ist es, welche bedeutsame neue Rationalisierungsmöglichkeiten darbietet. Gottl hebt gerade diese Eigenschaft des Großbetriebs in ihrer Bedeutung für die moderne Rationalisierung besonders hervor[26]).

---

19) Ebenda, S. 92.
20) Ebenda, S. 93.
21) Ebenda, S. 95.
22) Ebenda, S. 99.
23) Ebenda, S. 100.
24) Ebenda, S. 100.
25) Ebenda, S. 101.
26) F. v. Gottl-Ottlilienfeld, Vom Sinn der Rationalisierung, Jena 1929, S. 27 ff.

Er enthält nach Gottl in sich drei Quellen der rationalen Produktionsgestaltung, die zum Ausdruck kommen in dem Satz von der „fallenden Quote", von den „auftauchenden Möglichkeiten grundlegender Verbesserung" und schließlich in dem Satz von der „steigenden Wichtigkeit des Kleinen".

Der erste Satz wurde bereits von Bücher in seinem „Gesetz der Massenproduktion"[27]) dargestellt. Gottl formuliert ihn so: „Je mehr ein Betrieb zunimmt an Ertrieb, desto kleiner wird die Quote, die auf die Einheit des Ertriebs von jenem Aufwand entfällt, der ein für allemal zu leisten ist, je für eine mehr oder minder unbestimmte Vielheit der Vorgänge, die innerhalb des Betriebes wiederkehren"[28]). Es handelt sich um die außerordentlich bedeutsame Tatsache, daß der „Gemeinaufwand" (Gottl), also etwa der Aufwand für Fabrikationsanlagen, gleichbleibt, mit der wachsenden Zahl der Produkte so quotenmäßig fällt und von immer geringerer Gewichtigkeit wird gegenüber dem „Sonderaufwand" (Gottl), der für jede Produkteinheit in gleicher Höhe zu leisten ist, also proportional der Menge der Produkte zunimmt. Das bedeutet, daß bei einer relativ großen Absatzmöglichkeit Fabrikationsmethoden eingeschlagen werden können, welche, trotzdem sie einen riesenhaften Voraufwand darstellen, dennoch „rationell" sind.

Den Großbetrieb unterstützen darin seine beiden weiteren die Rationalisierung begünstigenden Eigenschaften, zunächst die der „auftauchenden Möglichkeit grundlegender Verbesserungen": „Je mehr der Betrieb zunimmt an Ertrieb, je massenhafter in ihm die gleichen Vorgänge wiederkehren, in desto größerem Zuge wird es möglich, sie so sinnvoll zu verbinden oder mit Vorführungen auszustatten, daß Aufwand weitgehend eingespart wird"[29]). Diese weitere Steigerung der Rationalität kann erzielt werden beispielsweise durch „bessere Gliederung des Betriebs", also etwa durch Einführung der Fließarbeit, oder durch „Ausrüstung des Betriebs mit besserer Apparatur" (S. 33), so besitzt z. B. Ford eine Spezialbohrmaschine, die 49 Löcher auf einmal bohren kann[30]). In einer deutschen Automobilfabrik würde eine solche Maschine der hohen Kosten und der fehlenden Massenhaftigkeit der Produktion halber schwerlich rationell sein können.

---

27) Siehe oben Teil I, Kapitel I, Abschn. 3.
28) Gottl, a. a. O. S. 27.
29) Gottl, a. a. O. S. 32.
30) J. Ermanski, Theorie und Praxis der Rationalisierung, Wien-Berlin 1928, S. 284.

Endlich gewinnen auch bei der Massenhaftigkeit des Vollzugs im Großbetrieb Kleinigkeiten, welche im kleinen Betriebe unbeachtet gelassen werden und sogar gelassen werden müssen, ein solches Gewicht, daß hier eine weitere Rationalisierung ansetzen kann; Gottl nennt diese Tatsache die der „steigenden Wichtigkeit des Kleinen": „Je mehr der Betrieb zunimmt an Ertrieb, desto lebhafter wimmelt es in ihm von kleinen Möglichkeiten, durch eine feinere Durchbildung seiner Vorgänge und durch ihre betriebsmäßige Ergänzung an Aufwand zu sparen"[31]). Als Beispiele seien erwähnt, daß die verschiedenen Maschinenkategorien, die zum Betriebsgang nötig sind, in genauerer Proportion verwandt werden können und daß relativ nebensächliche Tätigkeiten im Großbetrieb sich derart summieren, daß sie in der Form von „Betrieben" und damit rationeller als im Rahmen des Kleinbetriebes vollzogen werden können.

4. Die Erzielung letzter Rationalität.

Die Fabrikation im Großbetrieb bedeutet trotz der vielen Rationalisierungsmöglichkeiten, die sich bei ihm ergeben, noch nicht letzte Rationalität. Denn neben der rationalisierenden Wirkung des Umfanges, wie sie im Großbetrieb zutage tritt, ist noch das Tempo[32]) der Produktion für den Grad ihrer Rationalität maßgebend: je intensiver eine Anlage genutzt wird, desto weniger fallen z. B. die Zinslasten ins Gewicht, oder es erübrigt sich bei Steigerung des Produktionstempos unter Umständen eine weitere Investierung von Kapital, wenn die Ausbringung erhöht werden soll. — Endlich darf nicht vergessen werden, daß die Rationalisierung des Umfanges, des Tempos und die Anwendung der verschiedenen Prinzipien nicht völlig unabhängig voneinander erfolgen können, sie sind vielmehr miteinander in Einklang zu bringen, damit ein „harmonischer Vollzug"[33]) und letzte Rationalität erzielt werden können.

Abschnitt 3:

Die modernen Rationalisierungsmaßnahmen.

1. Die modernen Rationalisierungsmaßnahmen im allgemeinen.

Gottls Arbeit stellt dar eine Theorie der technischen Rationalisierung und, damit verbunden, der aus ihr folgenden organisatorischen Maßnahmen. In der Praxis des Wirtschafts-

31) Gottl, a. a. O. S. 34.
32) Gottl, Wirtschaft und Technik (Grundriß der Sozialökonomik 2. Abt.) 2. Aufl., Tübingen 1923, S. 116.
33) Gottl, a. a. O. S. 129.

lebens verdichten sich die theoretischen Sätze zu praktischen Maßnahmen, nehmen die Gottlschen Abstraktionen die vielfältige konkrete Gestalt an, welcher die Formenfülle des Daseins bedarf. Und welche Vielzahl von Ratschlägen, entstanden aus minutiösester Untersuchung der Betriebe auf Grund der technischen Vernunft, werden von der modernen Rationalisierungsbewegung den Männern der Praxis bereitgestellt, in wie breiter Front schreitet sie vor! Ein Blick in das „Handbuch der Rationalisierung“[34]) beweist es, wie sehr die heutige Rationalisierungsbewegung bemüht ist, die graue Theorie zu blutvollem Leben zu erwecken, die Diskrepanz zwischen der Tatsachenwelt in den Betrieben und der durch Forschung auf technischem oder organisatorischem Gebiete ermöglichten Verbesserungen der Produktionsverhältnisse auszufüllen, die Produktion dem Stand der Erkenntnisse wieder anzugleichen. Die Maßnahmen erstrecken sich auf weitere Gebiete als die „Prinzipienlehre“ Gottls; denn zur Erzielung von Ertrag ist ja nicht allein die Ertriebswucht, sondern auch rationeller Ein- und Verkauf und die Beeinflussung des Verbrauchs von Bedeutung, ferner ist das Augenmerk zu richten auf einen wichtigen Faktor im Betriebe, den arbeitenden Menschen. Demzufolge ist die Zahl der möglichen Rationalisierungsmaßnahmen, die vom Handbuch der Rationalisierung in der Form von Anregungen und praktischen Winken gegeben werden, ganz ungeheuer. Das Handbuch weiß zu berichten vom Prämienlohn und von Liefernormen, vom Lochkartenverfahren und von Lehrmitteln für Installateure, von Fließarbeit und Raumbeleuchtung, es erzählt von Psychotechnik und von Seilbefestigungen, von Normung und von Schmiernuten, handelt über Marktanalyse und Zeitstudien; man sieht: die heterogensten Kosten verursachenden Tatbestände werden geprüft, und das ist daran praktisch wohl das Wichtigste, daß die Aufmerksamkeit des Betriebsleiters auf bislang unbeachtet gebliebene oder unterschätzte Kostenherde gelenkt wird.

Trotz der Weite der Bewegung, trotz ihres allseitigen Angriffs gegen den Feind „unnütze Kosten“, sind doch besonders markante Gruppen von Maßnahmen, besonders starke Angriffsfronten sichtbar. Wer dächte nicht bei der Erwähnung des Schlagwortes „Rationalisierung“ an die Normungsbestrebungen, an Ford mit seinem „laufenden Band“, an riesenhafte Konzentrationen, wie etwa die J. G., oder an Bestrebungen psychologischer und physiologischer Art zur Optimalgestaltung

34) Handbuch der Rationalisierung, hrsg. vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied des R.K.W., Berlin-Wien, 2. Aufl., 1930.

der körperlichen Arbeit, die im Anschluß und als Reaktion auf Taylors Gedanken entstanden sind? Im allgemeinen leisten diese besonders ins Auge fallenden modernen Rationalisierungsmaßnahmen dem Riesenbetrieb Vorschub, begünstigen ihn oder setzen ihn voraus, was bedeutet, daß ein genügend großer Markt der Massenfabrikation korrespondieren muß.

2. Die Normung.

a) Produktion und Normung.

Bei der Betrachtung der „Prinzipien der technischen Vernunft" sticht hervor, daß letzte technische Rationalität durchweg nur erreicht werden kann in der Massenfabrikation des spezialisierten Großbetriebs. Da Produktion in technischer Vollendung unrationell ist, wenn das Produkt nicht abgesetzt werden kann, muß das Augenmerk auf die Erweiterung des Absatzgebietes gelenkt werden. Der Marktvergrößerung durch Zusammenfassung bisher zersplitterter Märkte nun dient die Normung[35]). Sie ist nach Ermanski[36]) die „.... Zurückführung der zu erzeugenden Produkte auf eine möglichst geringe Anzahl verschiedener Arten". Ergreift sie ein Produkt als Ganzes, so handelt es sich um eine „Typisierung", betrifft sie nur Einzelteile, so ist von „Normalisierung" zu sprechen. Sie ist Voraussetzung einer technisch vernünftigen Produktionsmethode, was bedeutet, daß bei Durchführung der Normung viele Betriebe minderer technischer Qualität etwa einem einzigen Großbetrieb weichen müssen. Daher mögen Widerstände gegen die Normung der Befürchtung schwächerer Konkurrenten entspringen, daß ihr Betrieb eingehen müsse, der jetzt — gerade wegen der fehlenden Einheitlichkeit in der Produktion — noch lebensfähig ist und der Gewinn daraus zieht, daß Reparaturen seiner Artikel etwa nur bei ihm vorgenommen werden können, daß Nachbestellungen an ihn ergehen müssen. Es ist aber nicht einzusehen, warum Arbeit und Kapital in unvorteilhafter Weise, zersplittert in vielen kleinen Betrieben, angewandt werden sollen, warum sie nicht in derartiger Proportion und Anordnung nutzbar zu machen sind, daß die Vorteile voller technischer Rationalität errungen werden — sofern der Verbraucher nicht darunter leidet. Über den Erfolg einer Normalisierung berichtet Riedel. Darnach ließ sich „.... in einer Schraubenfabrik die Zahl der Bohrersorten von 2831 auf 470 vermindern, als die Bestellungsgegen-

35) Vgl. Ermanski, a. a. O. S. 268; vgl. ebenfalls C.-E. Berck, Fließarbeit in der deutschen Betriebswirtschaft, Leipzig 1926, S. 13 ff.

36) Ermanski, a. a. O. S. 269.

stände normalisiert wurden und nur zwei Gewindesysteme Verwendung fanden“[37]).

Von besonderer Bedeutung für die Gestaltung der Produktion ist die Typisierung, d. h. die Vereinheitlichung des ganzen Produkts, sodaß nur ein Typ hergestellt wird. Dann kann die Anlage des Werkes, die Reihenfolge der Werkbänke bestimmt werden mit alleiniger Rücksicht auf die Fertigung des einen Produkts, Umstellungen der Maschinen auf ein anderes Produkt werden überflüssig, womit eine heftig sprudelnde Unkostenquelle zum Versiegen gebracht wäre: „715 Muster monatlich drucken, heißt 715mal die Druckwalzen auswechseln, ebenso oft neue Farbenzusammenstellungen machen und die Maschine der neuen Arbeit anpassen. Die Auswechslung der Druckwalzen allein und ihre Anpassung an die 715 Zeichnungen erfordert etwa 2000 Stunden unproduktiver Arbeit. Während dieser 2000 Stunden oder 250 Arbeitstage könnte man bei einer durchschnittlichen Tagesproduktion der Druckmaschine von 250 Stück 62500 Stück bedrucken“[38]). Welche Ersparnisse durch die Anwendung von Spezialmaschinen, etwa der Fordschen Bohrmaschine mit 49 Bohrern, erzielt werden können, darüber berichtet Ermanski[39]): „Diese Maschine, die soviel Kraft und Zeit erspart, ist nur für eine ganz bestimmte Arbeit geeignet. Würde Ford nicht einen Motortypus herstellen, sondern verschiedene Typen, so würde er viele derartige Bohrmaschinen benötigen, deren Verwendung dann unrentabel wäre. Jetzt dagegen, wo bei Ford die Typisierung in vollem Maße durchgeführt ist, macht sich diese teure Maschine voll bezahlt, da sie täglich etwa 1000 Kraftwagenmotore bearbeitet.

Zugleich bietet diese vollkommene Maschine insofern große Vorteile, als sie eine Unmenge überflüssiger, unproduktiver Arbeiten erspart und den Produktionsprozeß beschleunigt. Wieviel Zeit und Arbeit würde die Aufzeichnung der 49 Löcherzentren allein erfordern, die bei Ford ganz wegfällt, wie oft müßte man den Motor abnehmen, umwenden, wieder einspannen usw., wenn man die Bearbeitung mit einer gewöhnlichen Bohrmaschine vornehmen wollte“.

Es fallen weiter die Unkosten fort, welche bei der Herstellung verschiedenartiger Produkte durch größere Lagerhaltung an Materialien, ungünstigere Einkaufsbedingungen, Anwachsen des Modellagers, durch den relativ großen Maschinenpark

37) J. Riedel Arbeitsrationalisierung, Dresden 1919, S. 11 und 12.
38) Torg.-Prom.-Gaseta vom 3. April 1926 zit. bei Ermanski, a. a. O. S. 279.
39) Ermanski, S. 284.

usw. entstehen[40]). Und auch die Ausnutzung der Arbeitskraft ist lückenhaft gegenüber derjenigen in der „Eintypindustrie"; denn die „Einläufigkeit"[41]) des Betriebes erlaubt weitestgehende Arbeitszerlegung, eröffnet damit die Möglichkeit der Anpassung von Arbeit und Arbeiter aneinander, also die Ausnutzung spezieller Geschicklichkeit, verhindert ferner, da der Übergang zu anderer Arbeit entfällt, der Arbeiter vielmehr tagaus tagein bei seiner Spezialtätigkeit bleibt, den Verlust des Übungsgewinns, spart Übergangszeit. Da schließlich noch Kalkulation und Kontrolle erleichtert werden, liegt es auf der Hand, wie günstig eine Typisierung bezw. Normalisierung, die ja für manche Industrie einer Typisierung gleichkommt, auf die Rationalität der Herstellung einwirkt.

b) Konsum und Normung.

Die Schaffung eines großen Marktes durch Normalisierung und Typisierung muß mißlingen, wenn die Verbraucherschaft standardisierte Waren ablehnt. „Was die persönliche Geschmacksrichtung betrifft, die sich der Normierung der Produkte entgegenstellt, dürfte es nicht möglich sein, das Publikum zu erziehen und ihm zu zeigen, wo sein eigentliches Interesse liegt? In Amerika ist es gelungen. Die Unterscheidung zwischen den zur Serienherstellung und -verteilung geeigneten und denjenigen Artikeln, deren Qualität eine größere Mannigfaltigkeit in der Herstellung verlangt, wird sich ganz von selbst ergeben. Was aber hat, fragen wir, die persönliche Geschmacksrichtung beispielsweise mit Bleiröhren oder Werkzeugmaschinen zu tun"[42])? Allerdings sollte das nichts miteinander zu schaffen haben. Aber nach Rathenaus Klage zu urteilen, scheint die Irrationalität des Verbrauchs nicht nur beim persönlichen Konsum, wo sie sicher in Grenzen ihre Berechtigung hat, zu herrschen, sondern auch beim industriellen Verbrauch: „Gibt es zehn-, zwölf- und fünfzehnpferdige Motoren, so verlangt der Betriebsingenieur des Bestellers in selbstgewisser Ausübung seiner Sachverständigkeit einen 11,5-pferdigen und zwingt den minder willensstarken Fabrikanten den neuen Typ zu schaffen, ungeachtet der Tausende von Arbeitsstunden, die der schrullige Einfall der nationalen Wirtschaft entzieht. Sind tausend Umdrehungen üblich, so werden neunhundert gefordert. Sitzt der Antrieb rechts, so muß er links sitzen . . ."[43]).

40) Vgl. dazu C. Schiffer, a. a. O. S. 41ff.
41) Gottl, Vom Sinn der Rationalisierung, a. a. O. S. 24.
42) P. Devinat, Wissenschaftliche Betriebsführung in Europa, Genf 1927, S. 180.
43) W. Rathenau, Die neue Wirtschaft, Berlin 1918, S. 45.

Es ist gewiß richtig, daß bei der Zusammenfassung der Vielfalt der Produkte zu Typen ein Prinzip häufig verletzt werden kann: das der „exakten Dimensionierung". Aber unbestreitbar ist andererseits auch, daß die dadurch hervorgerufene Irrationalität weitgehend kompensiert wird durch die mit der Massenfertigung verbundenen Vorteile, wobei unter „Vorteilen" hier nur die privatwirtschaftlichen des Verbrauchers verstanden werden sollen: typisierte Waren können durchgehend schneller geliefert werden[44]), wird eine Reparatur notwendig, so sind schnellstens Ersatzstücke zur Hand: aus einem Werbeblatt für die Normung schreit es[45]): „Bisher etwa 400 Sorten[46])! Kein Händler kann sie alle auf Lager halten. Du bekommst also nicht sofort Ersatz, und Deine Maschine muß stillstehen, wenn Du sie am nötigsten brauchst". Bei durchgängiger Normung würden auch tragik-komische Zwischenfälle folgender Art entfallen: „.... das Löschen des Brandes wurde lediglich dadurch unmöglich gemacht, daß die Wasserleitungshähne nach bayerischen Normen hergestellt waren, während die Wasserschläuche württembergische Endstücke hatten"[47])[48]).

Die möglichen Vorteile sollten doch — im Verein mit bewußter Erziehung der Verbraucherschaft — zu rationaler Bedarfsgestaltung anreizen, wenigstens in der Sphäre des Fabrikkonsums. Im Bereiche des privaten Verbrauchs wird das schwerlich erreichbar sein, wenngleich durch geschickte, nicht zu straffe Typisierung wohl noch mancherlei Ersparnisse zu erzielen wären. Die Sachlage auf diesem Gebiete wird erhellt durch den Hinweis auf die individualistischen Konsumgewohnheiten der Deutschen und auf die Mode, die erklärte Feindin aller Rationalisierung. Vershofen[49]) mag Recht haben mit seiner Ansicht, daß die technische Vernunft nicht auch den Verbrauchswillen vernünftig machen könne: „Dazu bedürfte es der metaökonomisch orientierten Gemeinschaft, die eine genügende Uniformität des Bedarfes durchzusetzen vermöchte und damit allerdings auch das Prinzip des kleinsten Mittels durchgängig etablieren könnte"[50]). Das hieße eine

44) Vgl. Ermanski, a. a. O. S. 273 f. und Schiffer, a. a. O. S. 66 f.
45) Handbuch der Rationalisierung, a. a. O. S. 148.
46) Bezieht sich auf die Messerklingen der Mähmaschinen.
47) Ermanski, a. a. O. S. 295.
48) Skeptisch gegenüber der Normung ist K. Bücher, Spezialisierung, Normalisierung, Typisierung (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 76. Jahrg. 1921), S. 427—439.
49) Vgl. oben Teil I, Kapitel I, Abschn. 3.
50) W. Vershofen, Die Grenzen der Rationalisierung, Nürnberg 1927, Seite 47.

andere menschliche Bewertungsskala aufrichten, was Vershofens Hinweise auch zeigen: die Klosterwirtschaft und der Jesuitenstaat in Paraguay[51]), denen die Uniformierung des Verbrauchs gelungen war. Der Weg der technischen Vernunft würde nicht mehr versperrt durch „emotionale Bedarfsimpulse", durch die „Irrationalität" der Anschaffung etwa von modischen Kleidungsstücken, was, vom Käufer aus gesehen, garnicht einmal unrationell zu sein braucht, wenn es sich im Einklang mit seinem Wertungssystem befindet; solche Hindernisse würden nicht mehr vorhanden sein — niemand legt ja den geringsten Wert auf Widerstand gegen typisierte Waren.

Könnte etwa der Kapitalismus in Reinkultur zu diesem Zustand führen, dadurch daß es ihm gelänge, die „unrationelle" Wertungsart der heutigen Menschen mit Hilfe strengster Beachtung des ökonomischen Prinzips auszurotten und damit die „emotionalen Bedarfsimpulse" zu vernichten? Am nächsten kommen diesem Zustand die mit einer vergleichsweise hochrationalisierten Wirtschaft ausgerüsteten Vereinigten Staaten, wo der Widerstand gegen typisierte Waren relativ gering sein soll. Bonn und Hirsch erklären das aus dem Einheitsstreben der verschiedenstämmigen Bevölkerung, aus der Sucht nach Einschmelzung der Verschiedenheiten, was zur Folge habe die Überbetonung der wenigen Gemeinsamkeiten. Die amerikanische Nation „.... ist aus mindestens 35 Völkerschaften geworden und will eine Einheit werden. Deswegen muß sie alle die zahllosen Verschiedenheiten niederwalzen, die in diesem Lande zunächst ihr heimisches Dasein fortzuführen suchen ..."[52]). So wären es letzten Endes also doch irrationale Gründe, die sich zufällig in der Form wirtschaftsrationeller Verbrauchsbetätigung äußern. Und noch ein weiteres ist bemerkenswert. Beispiel für eine hochrationalisierte Industrie ist bekanntlich der amerikanische Automobilbau. Nun gewinnt es den Anschein, als sollte etwas durchaus „Unrationelles" im Gefolge der rationalisierten Produktion eintreten: da der Absatz der ungeheuren Zahl der Autos gefährdet ist, wird zur Hilfe gerufen die — Mode[53]); das bedeutet, daß die Typisierung eingeschränkt wird — es wird häufiger das Modell gewechselt werden müssen — und daß der Verbrauch in „unrationelle" Bahnen gelenkt wird. — Läßt sich auch nicht, wie die Beispiele

51) Vershofen, a. a. O. S. 55.

52) J. Hirsch, Das amerikanische Wirtschaftswunder, Berlin 1926, S. 220. Vgl. auch M. J. Bonn, Geld und Geist, 1.—3. Aufl., Berlin 1927, insbesondere S. 39.

53) Vgl. Mercurius, Die Automobilindustrie in der amerikanischen Wirtschaft (Deutscher Volkswirt, Jahrg. 4, 1930, Nr. 22) S. 702.

zeigen, wegen der emotionalen Bedarfsimpulse eine Rationalität des Verbrauchs und damit eine vollständige Ausnutzung der rationalisierenden Eigenschaften der Normalisierung und Typisierung erreichen, so bleibt doch zu betonen, daß mit ihrer Hilfe manche Ersparnisse zu erzielen sind.

3. Die Fließarbeit.

Durch die Normalisierung und Typisierung wird der Versuch gemacht, Märkte zu vergrößern, um der Vorteile massenhafter Produktion teilhaftig zu werden. Der repräsentative Typus dieser modernen rationellen Massenfertigung ist die Fließarbeit. Sie ist eine „örtlich fortschreitende, zeitlich bestimmte, lückenlose Folge von Arbeitsgängen“[54]). Ihre Rationalität erklärt sich daher, daß sie vielen „Prinzipien“ zur Anwendung verhilft[55]).

Ältere Fabriken sind durchweg in der Weise organisiert, daß gleiche Arten von Werkbänken örtlich zusammengefaßt und vielleicht sogar in abgetrennten Räumen untergebracht sind, sodaß eine Fabrik sich aus Dreherei, Fräserei usw., also aus einzelnen Werkstätten zusammensetzte[56]). Die Wege, welche ein zu bearbeitendes Werkstück zurückzulegen hat, sind demgemäß recht lang, verschlungen und unübersichtlich, sie kreuzen sich, was zu Störungen führen kann. An den Werkbänken häufen sich Raum beanspruchende und Zinsen fressende Materiallager, die Häufigkeit der Transporte erhöht die Unfallgefahr. Vergegenwärtigt man sich noch, daß die Zusammenlagerung der Werkstätten häufig durch Zufälligkeiten bestimmt ist, so gewinnt man ein Bild davon, welche Menge von Arbeit hier verschwendet wird. Ganz anders die Fließarbeit! Ihr wichtigstes Kriterium ist das „örtliche Fortschreiten“, d. h. das Werkstück soll in der Reihenfolge seiner Bearbeitung den Betrieb durchfließen, die Bearbeitungsfolge soll maßgebend sein für die Anordnung der Arbeitsplätze. Haben Werkbänke im Laufe der Bearbeitung in Tätigkeit zu treten, so sind sie in die Verrichtungsfolge einzugliedern, und damit ist die Werkstättenorganisation gesprengt. Gerhardt charakterisiert die Fließarbeit in folgender Weise: „Sie nimmt ihren Ausgangspunkt nicht von der Gestaltung der Handarbeit, sondern von der Anordnungsweise der verschiedenen Fertigungselemente, sucht möglichst Mechanisierung zu erreichen

54) Handbuch der Rationalisierung, a. a. O. S. 331.
55) Zum Thema Fließarbeit vgl. Ermanski, a. a. O. S. 358 f. C. Koettgen, Das wirtschaftliche Amerika, Berlin 1925; C. Schiffer, a. a. O. S. 21 ff.
56) Vgl. Ermanski, a. a. O. S. 358.

und hat zum Ziel die höchst erreichbare Beschleunigung des Produktionsprozesses“ [57]).

Hier wird deutlich, wie eng Normalisierung und Typisierung mit der Fließarbeit zusammenhängen, und zwar schon aus technischen, nicht einmal aus marktwirtschaftlichen Gründen; denn ist der Betrieb im Sinne der einen Bearbeitungsfolge organisiert und stellt er für sie höchste Rationalität dar, so verkehrt sich diese ins Gegenteil, sobald Produkte mit anderer Arbeitsfolge hergestellt werden sollen. Aber es bedarf nicht einmal der Abänderung der Arbeitsfolge, um aus der Rationalität des einen Falles Verschwendung im anderen werden zu lassen; denn die Fließarbeit will nicht nur Anordnung der Arbeitsplätze im Sinne des „Fließens“ sein, sie will auch die Bearbeitungszeiten an den einzelnen Arbeitsplätzen so einander angleichen, daß ein Fließen ungehindert sich vollziehen kann. Ändern sich also beim Übergang zur Fabrikation eines anderen Typs die Verhältnisse der Bearbeitungszeiten, so wird es einen außerordentlichen Aufwand erfordern, die Umorganisation vorzunehmen — erinnert sei an die Umstellungsschwierigkeiten Fords. Allerdings bestehen hier je nach dem Grad der Durchbildung des Betriebes im Sinne der Fließarbeitsorganisation große Unterschiede. Im Handbuch der Rationalisierung heißt es z. B.[58]): „In den allermeisten Fällen umfaßt das Fertigungsprogramm des einzelnen Werkes mehrere Erzeugnisse. Sie können grundverschieden sein (z. B. Bügeleisen und Staubsauger) oder in ihrer Gestaltung, in ihrem Aufbau oder in ihrer Fertigung wesensverwandt sein. Prüft man diese Frage rechtzeitig und zieht daraus die Folgerung, so kann man dadurch in vielen Fällen die Durchführung der Fließarbeit ermöglichen oder ihren wirtschaftlichen Erfolg wesentlich erhöhen“. Bügeleisen und Staubsauger sind typisierte Gegenstände, eine Voraussetzung ihrer Herstellung in Fließarbeit ist also gegeben. Wenn dennoch die zu fabrizierenden Mengen nicht groß genug sind, die andauernde Herstellung in Fließarbeit zu gestatten, sodaß ein Wechsel des herzustellenden Gegenstandes vorgenommen werden muß, so können auch nicht alle Vorteile der Fließfertigung wahrgenommen werden. Nur in einem „niederen Grad“ von technischer Vollkommenheit ist ihre Durchführung möglich, es muß fehlen das Eingehen der Fertigung auf die Eigenheiten des Produkts, das Anschmiegen an seine Besonderheiten, wie es bei Ford geschieht, wo bis ins Kleinste die Arbeitsteilung durchgeführt und die Fertigung durch An-

57) J. Gerhardt, Artikel Rationalisierung in der Industrie (im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Erg.-Bd., Jena 1929), S. 736.
58) Handbuch der Rationalisierung, a. a. O. S. 362.

wendung von Spezialmaschinen weitestgehend mechanisiert und beschleunigt ist. Dennoch ergeben sich — insbesondere auch durch die genaue Durchdenkung des Produktionsprozesses unter einem neuen Organisationsprinzip — auch bei der Fließarbeit minderer technischer Qualität zweifelsohne Vorteile: „Als wirtschaftliche Vorteile der Fließarbeit kommen besonders in Betracht: die Ersparnis an Transportkosten, Raumersparnis, die bis zu 50% und mehr betragen kann, Ersparnis an Lagerungskosten, die Ersparnisse an Arbeitszeit durch Wegfall unproduktiver Betätigungen bei der Montagearbeit, bei Transporten usw., durch planmäßige Arbeitseinteilung, größeren Übungsgewinn, größere Übersichtlichkeit; vor allem aber auch durch die Produktionsbeschleunigung, durch erhöhten Umlauf des Betriebskapitals“[59]).

Die Fließarbeit ist es hauptsächlich, an die gedacht wird, wenn heute von „Rationalisierung“ die Rede ist, und zwar ist sie populär geworden unter der Vorstellung vom „laufenden Band“. Das ist aber eine unzulässige Einengung; denn keinesfalls braucht Fließarbeit am „laufenden Band“ zu erfolgen. Soviel ist richtig, daß die Transportfrage im Betrieb durch sie ganz anders als vorher geregelt wird, wobei aber diese Regelung mehr Abfallprodukt des Wirkens eines neuen Organisationsprinzips ist. Das Charakteristikum eines in Fließarbeit wirkenden Betriebes ist weniger die Äußerlichkeit des „laufenden Bandes“ als die Tatsache der obengezeichneten neuartigen Organisation, die Produktionsbeschleunigung, raffinierte Arbeitszerlegung, erhöhte Kapitalintensität, gewaltig gesteigerte Produktmengen nach sich zieht.

4. Rationalisierung der Arbeit.

a) „Prinzipienlehre“ und Arbeitsrationalisierung.

Bislang war nur die Rede von der technisch-organisatorischen Form der Rationalisierung, von der Gestaltung und Anordnung der toten Betriebsstoffe. Sie allein machen aber noch nicht den Betrieb aus, der vielmehr erst entsteht, wenn lebendige Arbeit sich mit den toten Stoffen zum Schaffen vereinigt. Nicht ausdrücklich wurde in der Prinzipienlehre von der „Arbeit“ gesprochen; wohl aber enthielt sie vieles, das die Arbeit unmittelbar berührte — man denke an das Prinzip der „Mechanisierung“ (Gottl) —; die Arbeitskraft und ihre Träger wurden dabei aber als vollkommen passiv angenommen. Eine derartige Annahme kann natürlich nur vorübergehend gemacht werden; denn die „Arbeit“ ist an den lebendigen Menschen ge-

59) Gerhardt, a. a. O. S. 739.

bunden, was für die „Prinzipien“ und ihre konkrete Ausgestaltung etwa in der Fließarbeit besagt, daß ihnen gegenübersteht ein ethisch Höheres, welches es vermag, kraft seiner eigenen Qualitäten eine Ergänzung bezw. Abänderung der aus der Prinzipienlehre hervorgegangenen praktischen Maßnahmen zu erzwingen.

b) Das Taylorsystem.

Zuerst wurde der Mensch im Betrieb von Taylor betrachtet[60]). Für ihn ist er nichts weiter als ein Objekt, eine Maschine und zwar eine durchweg schlecht funktionierende, deren Wirkungsgrad verbessert werden müsse. Mittel dazu sind Arbeitszeitstudien zur Eliminierung „überflüssiger“ Bewegungen, Anpassung der Arbeitsgeräte an die zu leistende Arbeit, Entlastung der ausführenden Arbeit vom Nachdenken, zu welchem Zwecke dem Arbeiter, der eine durch raffinierte Arbeitszerlegung geschaffene nur kleine Teilarbeit zu leisten hat, eine Anweisung mit genauester Angabe der Art und Weise der Verrichtung ausgehändigt wird. Das Motto ist „Höchstleistung“, Steigerung der Arbeitsintensität aufs Äußerste, wenn auch Taylor und seine Anhänger vorgeben, nur die auf die Dauer mögliche Höchstleistung erzielen zu wollen[61]). „Taylor ging seinen Weg, indem er die kapitalistische Arbeitsanschauung restlos zu Ende dachte: die Arbeit geradezu grundsätzlich und bis zur äußersten Konsequenz auf den Charakter eines kostenden Betriebsstoffes umzuformen, aber so, daß der Träger der Arbeit darin einwilligt. Diese Einwilligung wird durch den Lohnanreiz erreicht und durch raffinierte Lohnformen gesichert“[62]). Es handelt sich gewissermaßen um die Aufstellung einer „Prinzipienlehre“ auch für den Faktor „Arbeitskraft“, allerdings einer oberflächlichen, wobei zu berücksichtigen ist, daß Taylor in dem amerikanischen Arbeiter ein „Objekt“ zur Verfügung stand, das weniger problematisch ist als der europäische Arbeiter[63]). Das Wesentliche aber ist gerade, zu erkennen, daß die notwendige Mitwirkung der menschlichen Arbeitskraft im Produktionsprozeß nicht gestattet, sie als einfaches willensunbegabtes Objekt zu behandeln, daß vielmehr deren ganze psycho-physische Struktur

60) Vgl. dazu Fr. W. Taylor-R. Roesler, Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung, München-Berlin 1922; J. Ermanski, Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylorsystem, Berlin 1925.

61) Vgl. Gottl-Ottlilienfeld, Wirtschaft und Technik, a. a. O. S. 138.

62) G. Briefs, Rationalisierung der Arbeit, in „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben“, Berlin 1928, S. 39.

63) J. M. Witte, Taylor, Gilbreth, Ford, München-Berlin 1925, 2. Aufl., Seite 15.

erforscht werden muß, will man die Bestgestaltung der Arbeit und vollendete Rationalisierung der Betriebe erreichen. Diese Leistung will vollbringen die „Arbeitswissenschaft". „Ihr Gegenstand ist die exakte Erkenntnis von Physis und Psyche des arbeitenden Menschen. Ihr Ziel ist die Erkenntnis der Voraussetzungen und Bedingungen optimalen Werkvollzugs .... Arbeitsphysiologie und Arbeitspsychologie sind die beiden Forschungszweige, die eng ineinander hängen ..."[64]) und die auch in der modernen Rationalisierung eine Rolle spielen.

c) Arbeitsphysiologie.

„Der Gegenstand der Arbeitsphysiologie ist", wie Briefs sagt, „die Untersuchung der physiologisch günstigsten Arbeitsformen"[65]). Hier zeigt sich gleich mit aller Deutlichkeit der Unterschied gegenüber Taylor, der nicht die optimale, sondern die maximale Leistung zur normalen zu machen sucht; der Energieaufwand des Arbeiters wird berücksichtigt und in Beziehung gesetzt zum Arbeitserfolg, sodaß nicht mehr die restlose Auspumpung des Arbeiters das Ziel ist. Hier finden manche der „Prinzipien" eine Schranke, insofern ihre konsequente Durchführung zu einer Übersteigerung der an den Arbeiter gestellten Anforderungen führen würde: „Interessante Ergebnisse können arbeitsphysiologisch in doppelter Richtung gewonnen werden: einmal ist physiologisch festzustellen, daß die weitgetriebene Arbeitsteilung im modernen Betriebe, wie sie insbesondere den angelernten Arbeiter betrifft, bestimmte engumgrenzte Muskeln einseitig und fortgesetzt anspannt, und auf diese Weise zu einer chronischen Ermüdung führt, selbst da, wo diese Arbeiten nicht als schwer anzusprechen sind. Das Ingenieurideal der möglichsten Arbeitszerlegung stößt hier mit dem arbeitsphysiologischen Optimum feindlich zusammen"[66]). Weiter können die „Prinzipien" beeinflußt werden durch die Konstruktion der Werkzeuge und Maschinen und eine Gestaltung des Werkraumes gemäß den Forderungen der Arbeitsphysiologie[67]) [68]).

d) Arbeitspsychologie.

Behandelte die Arbeitsphysiologie den Arbeiter noch weitgehend als Objekt, als Körperlichkeit, deren menschliche Eigenschaften allerdings zu berücksichtigen waren, so trägt die

64) Briefs, a. a. O. S. 42.
65) Briefs, ebenda.
66) Briefs, a. a. O. S. 43/44.
67) Briefs, ebenda.
68) Vgl. zum Thema „Arbeitsphysiologie" E. Atzler, Körper und Arbeit, Leipzig 1927.

Arbeitspsychologie dem geistigen Wesen des arbeitenden Menschen Rechnung, begreift die körperliche Arbeit als durch das ganze Sein, durch die Individualität bedingt, da sie an die durch sie hindurchgehenden Willensimpulse zur Arbeit gebunden ist. Bei Skizzierung der Taylorschen Gedankengänge wurde im Briefs-Zitat[69]) bereits darauf hingewiesen: der Taylorarbeiter müsse „einwilligen" in das System, also auch hier findet sich bereits die „Einwilligung" zwecks Verhütung eines Auseinanderklaffens von Arbeitsaufgabe und Arbeitswillen. Das grundsätzlich Verschiedene zwischen Taylor und der modernen Arbeitspsychologie ist aber, daß Taylor bedingungslose Unterwerfung unter sein System fordert, während die neueren Bestrebungen der Psyche des Arbeiters nachspüren, um innerliche Widerstände gegen die Art seiner Arbeit zu vermeiden. Während das Taylorsystem gewissermaßen einer ganz bestimmten Kategorie von Arbeitern auf den Leib geschrieben, nur für sie rationell ist, will die Arbeitspsychologie die Rationalisierung der Arbeit schlechthin erstreben.

Zu dem Zweck sucht sie die vielen Bedingungen, von denen der „tatsächliche Leistungserfolg" (Zwiedineck-Südenhorst) eines Arbeiters abhängt, zu untersuchen und zu bessern. Nach Zwiedineck[70]) ist der Leistungserfolg abhängig von dem „Leistungsaufwand" und der „Leistungsmöglichkeit", die ihrerseits auch wieder bestimmt werden durch eine Reihe von Faktoren: so wirken auf die eine Voraussetzung eines Arbeitserfolges, auf die „Leistungsmöglichkeit" ein natürliche Verhältnisse — wie etwa das Klima — und betriebliche — wie Maschinenanwendung, rhythmische Gestaltung der Arbeit —, und auf die andere, den „Leistungsaufwand", ist von Einfluß die Leistungsfähigkeit — körperliche Konstitution — und die Leistungswilligkeit. Bis auf die „natürlichen Verhältnisse" sind die genannten Faktoren einer Untersuchung und Beeinflussung unter dem Gesichtspunkte der Arbeitspsychologie zugänglich.

Soll nun das innere Widerstreben des Arbeiters gegen die Art seiner Arbeit beseitigt werden, so müssen Arbeiter und Arbeit einander möglichst angepaßt werden, was grundsätzlich in zweifacher Weise geschehen kann, je nachdem, was als das Gegebene betrachtet wird. Die Anpassung an den

---

69) Vgl. oben unter b).

70) O. v. Zwiedineck-Südenhorst, Arbeitsbedarf und Lohnpolitik der modernen kapitalistischen Industrien (Grundriß der Sozialökonomik, 6. Abt., 2. Aufl.), Tübingen 1923, S. 206.

arbeitenden Menschen ist dann der eine Weg zum Ziel, und der andere ist umgekehrt die Anpassung des Menschen an die Bedingungen[71]). Das Hindernis besserer Leistung kann an vielen Stellen liegen, so sind etwa Werkzeuge und Maschinen so konstruiert, daß ihre Handhabung beziehentlich Bedienung unhandlich ist, daß sie dem Arbeiter Bewegungen aufzwingt, die unrhythmisch sind, was dauernd ermüdende Willensimpulse zur Arbeit verlangt. Oder Arbeitsraum und -platz sind unzweckmäßig gestaltet: unübersichtlich die Lage der Werkzeuge, ungenügend Beleuchtung und Hygiene, übermäßig Lärm und Erschütterung[72]). Vielleicht ist die Arbeitszeit zu lang, werden nicht genügend Pausen eingelegt, vielleicht auch schreitet die Arbeit deshalb nicht in wünschenswerter Weise fort, weil Lohnhöhe und -form dem Arbeiter keinen Reiz bieten sich anzustrengen. In all diesen Fällen können bessere Leistungen erzielt werden durch Anpassung der Arbeitsbedingungen an den arbeitenden Menschen und zwar durch die Wahl des richtigen Werkzeuges, durch rhythmische Gestaltung des Leistungsvollzuges, durch Ordnen der Werkzeuge, Verbesserung der Beleuchtung, durch Arbeiten im Sitzen statt im Stehen, Einlegen von Pausen und dergl.

Ursache von Mißbehagen kann auch sein die Tatsache, daß ein Arbeiter sich bei seiner Arbeit nicht wohlfühlt, daß sie ihn nicht befriedigt, weil er dauernd beobachten muß, wie seine Kameraden mehr leisten als er. Hier kann Abhilfe geschaffen werden — und diese Maßnahmen bewegen sich auf dem zweiten der skizzierten Wege — durch psychotechnische Untersuchung des Arbeiters auf seine Fähigkeiten hin, die in der Form des Experiments oder des Tests in größerer oder geringerer Annäherung an die konkreten Betriebsverhältnisse vorgenommen werden kann[73]). Ergänzt werden diese psychotechnischen Untersuchungen durch eine zweckmäßige Art der Anlernung und Schulung[74]).

Auf diese Weise können störende Unstimmigkeiten zwischen Arbeiter und Arbeit beseitigt, „betriebliche Verhältnisse", „Leistungsfähigkeit" und „Leistungswilligkeit" gebessert werden. Aber damit ist der Leistungswilligkeit gegenüber noch

---

71) Vgl. Briefs, Rationalisierung der Arbeit, a. a. O. S. 45 und insbes. J. Gerhardt, Rationalisierung, a. a. O. S. 720 ff.

72) Hugo Münsterberg, Psychologie und Wirtschaftsleben, 5. Aufl., Leipzig 1922, S. 123 ff.

73) Vgl. z. B. W. Poppelreuter, Allgemeine methodische Richtlinien der praktisch-psychologischen Begutachtung, Leipzig 1923.

74) Briefs, a. a. O. S. 48 und Gerhardt, a. a. O. S. 725.

nicht alles getan. „Der Rest, der trotz Psychotechnik verbleibt, ja den die bloße Psychotechnik und Physiotechnik der Arbeit nur zu steigern die Neigung hat, ist jedem Betriebsleiter und jedem Besucher eines Betriebes spürbar als das geheime dumpfe Grollen unter dem Boden der Betriebe, als eine über dem Betriebe liegende, gewittrige Atmosphäre“[75]), die ihren Grund habe in der Tatsache der Existenz „irrationaler Seelenschichten“ (Briefs). Briefs wendet sich gegen die Auffassung, daß diesem Phänomen beizukommen sei durch eine „Diplomatie der Menschenbehandlung“: „Die Seelenbezirke, um die es sich hier handelt, zeigen keine Reaktion auf psychotechnische Methoden, oder vielmehr sie zeigen konträre Reaktion auf alles bloß „technisch Behandeltwerden“. Hier stehen wir im Bannkreis eines sozialethischen Problems, und bei seiner Lösung liegt die Entscheidung darüber, ob die Wirtschafts- und Betriebsform von heute auf die Dauer „rational“ und dem arbeitenden Menschen tragbar ist“[76]). Eine vollständige Rationalisierung der Arbeit kann also auch die Psychologie nicht bewirken.

5. Die modernen Rationalisierungsmaßnahmen als Teil der kapitalistischen Rationalisierungstendenz.

Die skizzierten modernen Rationalisierungsmaßnahmen, die Normungsbewegung, die Fließarbeit und das Streben nach Rationalisierung der Arbeit, sind ein Teil jener großen Rationalisierungsbewegung, welche die Welt ergriff, nachdem die Gemeinschaftsorganisation mittelalterlichen Lebens mit ihrer Gruppenverantwortlichkeit gesprengt und die Technik ihrer Traditionsgebundenheit entronnen war. „Mit dem Eintritt des Kapitalismus beginnt nun in der Wirtschaft der Prozeß der Rationalisierung . . .“[77]). Das bedeute zunehmende „Intellektualisierung“ (Sombart). „Man hat dafür auch ein deutsches Wort gebracht, nämlich Entzauberung der Welt. Der große Prozeß der Rationalisierung, in dem wir stehen, ist gleichbedeutend mit diesem Zuge zur Entzauberung der Welt“[78]). Und diese „Entzauberung“ vollziehe sich dadurch, daß das Seelische in der Wirtschaft mehr und mehr zurückgedrängt werde zugunsten des „Geistigen“, und das heiße: Herrschaft des Schemas, des Systems[79]).

---

75) Briefs, a. a. O. S. 49 und 50.
76) Briefs, a. a. O. S. 50.
77) W. Sombart, Rationalisierung in der Wirtschaft, Leipzig-Erlangen 1928, S. 11.
78) Sombart, a. a. O. S. 11.
79) Sombart, a. a. O. S. 15.

Abschnitt 4:
Die Besonderheiten der modernen Rationalisierung.

1. Häufung der Rationalisierungsmaßnahmen.

Ist also die Rationalisierung eine dem Kapitalismus innewohnende Bewegung[80]) — und in ihm von besonders großer Bedeutung, da ja die „Lebensnot" jedem durch den Grundsatz der Selbstverantwortlichkeit greifbar vor Augen steht —, so hat doch die moderne Rationalisierungsbewegung immerhin etwas Eigentümliches, etwas Besonderes an sich. Gottl schreibt[81]): „Rationalisierung ist heute in aller Munde — eine neue Sache? Ja, als das Schlagwort, das eine „Forderung des Tages" stammelt, als jener „Schrei" nach Rationalisierung, der unserer deutschen Industrie abgepreßt wurde, vornehmlich durch ihre schwierige Lage nach der Stabilisierung der Mark; während gleichzeitig ihr Blick wie gebannt auf Amerika gerichtet war, das gelobte Land „rationalisierter" Produktion — Henry Ford und kein Ende"! Die konkrete historische Lage demnach ist es, welche der modernen Bewegung ein besonderes Gewicht verleiht, sie nicht als „Trend" wirken läßt, vielmehr sie durch die Häufung, durch ihre Zusammenpressung in einen zeitlich kurzen Raum, nachdem sie lange Jahre hindurch nicht gewirkt hatte, zu einem strukturellen Moment verdichtet[82]). Diese Ansicht tritt einmal übertrieben in dem Wort von der „zweiten wirtschaftlichen Revolution"[83]) zutage, mit dem die Rationalisierung bezeichnet und ihre Wirkungen mit denen der Einführung der Maschine auf eine Stufe gestellt werden.

2. Die Rationalisierung greift über die Grenzen des Einzelbetriebes hinaus.

a) Die Anschauung, daß das „Übergreifen" die Wendung zu einer anderen Wirtschaftsordnung bedeutet.

Diese relative Bedeutsamkeit der letztjährigen Rationalisierungsmaßnahmen ist aber nicht deren einzige Besonderheit.

---

80) Vgl. H. Dietzel, Technischer Fortschritt und Freiheit der Wirtschaft, Bonn-Leipzig 1922.

81) F. v. Gottl-Ottlilienfeld Vom Sinn der Rationalisierung, a. a. O. S. 1.

82) Vgl. O. v. Zwiedineck-Südenhorst, Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit (Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 2. Jahrg. Ergänzungsheft 1, 1927), S. 55.

83) Vorbemerkung der Schriftleitung der „Sozialen Praxis" zu L. Aschers Aufsatz „Der Einfluß von Betriebsverbesserungen auf die Gesundheit des Arbeiters". (Jahrg. 36, 1927, Nr. 31), Spalte 765.

Es kommt noch etwas Wesentliches hinzu, das geeignet ist, diese Rationalisierung zu einer Rationalisierung besonderer Art zu machen: das Übergreifen der Rationalisierungsmaßnahmen über den Bereich des Einzelbetriebes und der Einzelunternehmung auf einen Wirtschaftszweig, das Vordringen des Gedankens der Organisation über den einzelnen Betrieb hinaus; nicht die internen Betriebsverhältnisse sind es allein, die organisiert werden, auch die externen Beziehungen sollen einer festeren Ordnung unterworfen, der Unsicherheit des Marktverkehrs entzogen werden; und nicht nur ganze Wirtschaftszweige sollen organisatorisch zusammengefaßt werden, ins Negative gewendet: nicht nur die Initiative des Einzelbetriebs wird weitgehend zugunsten der höheren Einheit ausgeschaltet, eliminiert wird der Tendenz nach ebenfalls der Handel, der durch den „geschlossenen Warenweg" ersetzt werden soll. Es ist die Tendenz zur „Planmäßigkeit", die organisierend vordringt[84]).

Besondere Betonung findet diese Eigenart der modernen Rationalisierung bei Rauecker[85]): „Von mancher Seite wird nun behauptet, daß die Rationalisierung weder ihrem technischen Charakter noch ihrer ökonomisch-sozialen Tendenz zufolge etwas Neues sei. Diese Behauptung geht an dem Kernproblem der Rationalisierungsfrage vorbei, an der Tatsache nämlich, daß hier zum erstenmal bewußt die Gesamtheit der organisatorischen, technischen und sozialen Funktionen des Wirtschaftslebens unter das einigende Motto der Planmäßigkeit gestellt worden ist. Der Rationalisierung wohnt ein seit dem Mittelalter nicht mehr bekanntes demokratisch-soziales Generalmotiv inne: die Kooperation aller Wirtschaftszweige zu dem Ziele der Produktions- und Absatzverbesserung im gemeinsamen Interesse und andererseits der Verzicht der Käuferschaft auf die Befriedigung individualistisch-heterogener Wünsche und Bedürfnisse. Rationalisierung bedeutet Orientierung nach dem Durchschnittsbedarf".

Die Berufung auf das „gemeinsame Interesse" und die „Kooperation aller Wirtschaftszweige" weist ganz deutlich auf die Vorstellung einer über den Kapitalismus hinausgehen-

---

84) Vgl. J. Hirsch, Der geschlossene Warenweg, in „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben", Berlin 1928, S. 427 ff.

Br. Rauecker, Die soziale Bedeutung der Rationalisierung (R.Arb.Bl. Jahrg. 1926 Nr. 16), S. 267—277.

85) Br. Rauecker, Rationalisierung als Kulturfaktor, Berlin 1929, Seite 7 ff.

den Wirtschaftsordnung hin[86]), ebenso auch der Satz: „Erst die Tatsache ihres reibungslosen aufeinander Abgestimmtseins berechtigt, von einer vollzogenen Rationalisierung zu sprechen“[87]).

b) Die durch die Rationalisierung veranlaßte Konzentrationsbewegung.

Es sind zwei in der kapitalistischen Wirtschaft wirkende Tendenzen, welche deren Struktur zu bestimmen trachten; eine gewisse „Ordnung“ wird geschaffen innerhalb der aus „atomisierten“ Wirtschaften bestehenden Gesamtwirtschaft durch die gestaltende Kraft der Spezialisierung und der Kombinierung oder, wie sie auch genannt werden, der Differenzierung und der Integration[88]). „Spezialisierung heißt fabrikatorische Beschränkung jedes Betriebes auf einen oder wenige Gegenstände, die in großer Zahl nach generalisierenden Methoden hergestellt werden. Kombinierung dagegen ist Zusammenfassung mehrerer Betriebszweige“[89]). Unter ihrem Einfluß erfolgen Zusammenschlüsse der einzelnen Unternehmungen zu spezialisierten und kombinierten Werken, wie etwa dem Stahlverein. Es ist bezeichnenderweise ein kapitalistischer Unternehmer, nämlich Poensgen, der derartige überbetriebliche Abmachungen als Voraussetzung der technischen Rationalisierung fordert[90]); der Rationalisierungsprozeß mußte „... bei uns in zwei, zeitlich natürlich nicht scharf getrennten Phasen verlaufen, einer ersten, der organisatorischen Zusammenfassung zunächst der Unternehmungen, dann der Betriebe, und einer zweiten, der technischen Rationalisierung“. Als Beispiel dienen ihm die Vereinigten Stahlwerke: „Die Grundlage für den ersten, wenn man so sagen darf, organisatorischen Teil der Rationalisierung bildete zunächst der Zusammenschluß von vier der größten rheinisch-westfälischen Montan-Unternehmungen zu den Vereinigten Stahlwerken... Nach außen erweitert wurde dieser Zusammenschluß dann... durch Angliederung einer Reihe weiterer kleinerer und mittlerer Unternehmungen der westlichen Eisenindustrie. So trat an die Stelle der bis dahin selbständigen Einzelkonzerne, die in erster Linie aus rein technischen Notwendigkeiten entstanden, in sich meist von der Kohle bis zum fertigen Eisen-

86) Vgl. auch Br. Rauecker, Die Bedeutung der Rationalisierung (Arbeit 1925, Jahrg. 2 Nr. 11), S. 684.
87) Br. Rauecker, Rationalisierung als Kulturfaktor, a. a. O. S. 87.
88) Vgl. Fr. Wunderlich, Produktivität, Jena 1926, S. 210 ff.
89) Wunderlich, Produktivität, a. a. O. S. 211.
90) H. Poensgen, In der Aussprache zum Vortrag Sombarts, veröffentlicht bei W. Sombart, Die Rationalisierung in der Wirtschaft, Leipzig-Erlangen 1928, S. 27 ff.

produkt vertikal aufgebaut waren, ein großes einheitliches Unternehmen, das mit seinen annähernd 200 000 Arbeitern, Angestellten und Beamten an der Spitze aller europäischen Unternehmungen auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlindustrie steht und mehr als 40% der gesamten deutschen Stahlproduktion erzeugt“[91]).

Daß das Streben nach Rentabilitätssicherung zum Streben nach dem Produktionsmonopol wird, ist bei den riesigen Kapitalien, die in manchen Industrien eine rationalisierte Produktionsweise erfordert, nicht weiter verwunderlich. „Im Wesen derjenigen Produktion, die auf viel stehendes Kapital angewiesen ist, liegt es nun einmal, daß sie den ungehemmten Wettbewerbskampf nur eine Weile lang erträgt. Je größer die Apparatur, desto gefährlicher der neu auftretende Konkurrent, desto größer die für seinen Erfolg erforderliche Kapitalmasse, um so kleiner also die Möglichkeit des Zugangs zu einem derartigen Gewerbe“[92]). Es verstärkt also die Rationalisierung die Zusammenschlußtendenz in Industrien, wo sie bereits herrschte. Sie hat aber, worauf Frieda Wunderlich aufmerksam macht, noch die weitere Folge, Industrien, in denen bislang keine oder wenige Zusammenschlüsse vorgekommen sind, zusammenschlußfähig zu machen. Es handele sich nämlich bei den Zusammenschlußbewegungen um Entwicklungstendenzen, die bislang zur Hauptsache bei der Rohstoffherstellung und ihr nahestehenden Wirtschaftszweigen aufgetreten seien, „während Fertigfabrikate und besonders nach Geschmacksrichtung wechselnde Erzeugnisse sich ihr meist entziehen. Die Normalisierung schafft daher Hemmungen, die dem Zusammenschluß entgegenstehen, hinweg“[93]). Die Fülle der Konzentrationsmöglichkeiten wird damit noch erweitert. Mehr und mehr wird der Einzelunternehmer ersetzt durch eine höhere Stelle, deren Gewicht auf dem Markte bedeutender und deren Übersicht umfassender ist.

c) Ausscheidung des Handels als Folge und als Mittel der Rationalisierung.

Drängt also einmal die Rationalisierung über das Gebiet des Einzelbetriebes hinauf auf Zusammenfassung, auf Konzentration in vertikaler wie horizontaler Richtung, so zeigt sich noch eine zweite über den Rahmen des einzelnen Betriebes hinausgehende Wirkung der Rationalisierung: die der Ausschaltung

91) H. Poensgen bei Sombart, Die Rationalisierung in der Wirtschaft, a. a. O. S. 27.

92) J. Hirsch, Das amerikanische Wirtschaftswunder, a. a. O. S. 56.

93) Wunderlich, Produktivität, a. a. O. S. 217.

des Handels[94]). Schon die Tatsache der Konzentration, wodurch der Handelsverkehr der verbundenen Werke entfällt, wie das Aufkommen der Standardisierung, die ebenfalls die Händlertätigkeit einschränkt[95]), bewirken eine Ausschaltung des Handels. Aber wichtiger ist, daß bei den Werken die Tendenz auftritt, selbst die Funktionen des Handels zu übernehmen, Zwischenglieder auszuschalten und womöglich einen „geschlossenen Warenweg" herzustellen. Verstärkt wurde diese Tendenz durch die Übersetzung des Handels, die in der Inflation noch gesteigert worden war. Frieda Wunderlich urteilt über diese Bewegung: „Die Ausschaltung von Zwischengliedern des Handels wird so allgemein erstrebt, daß man fast glauben könnte, die Entwicklung tendiere auf einen unmittelbaren Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten"[96]). Immerhin gelte das nicht durchgängig, die „Tendenz" sei sehr unterschiedlich verwirklicht, als Rationalisierungsmaßnahme habe sie auch nicht das Gewicht wie die „Konzentration". Dennoch könnten auf die Art im Handel große volkswirtschaftliche Ersparnisse erzielt werden: „Mit der Ausschaltung des Zwischen- und auch des Kleinhandels werden gewaltige Ersparnisse an Arbeitskraft gemacht, an Lagerbeständen, Sortimenten, Krediten und Ausfällen. Die für Geschäftsreisen, Verminderung der Verkäufer ersparten Arbeitstage können sich fruchtbarer Tätigkeit zuwenden"[97]).

Hirsch weiß von einer Stufenleiter der Absatzrationalisierung zu erzählen[98]); zunächst von der Ausschaltung des freien Handels, wie sie etwa in den Vereinigten Staaten für Petroleum vorgenommen ist, wo die pipe-lines durch das ganze Land führen, besondere Tankdampfer und sogar die einzelnen Vertriebsstellen in der Hand der Produktionsgesellschaft liegen; wie sie ferner beim Maschinenabsatz und schließlich noch bei einigen Staatsmonopolen, etwa beim Tabakmonopol, vorkommt. Wichtiger aber als die völlige Ausschaltung des freien Handels sei die „Tendenz zur Teilrationalisierung des Warenweges", oder, wie Hirsch auch sagt „der teilweise geschlossene Warenweg". Zwei Wurzeln hat nach Hirsch diese Tendenz: „Einen Teil hat die Wirtschaftsentwicklung

94) C. Schiffer, a. a. O. S. 31 ff. und 87 ff.
J. Hirsch, Der geschlossene Warenweg, a. a. O. S. 427 ff.
Wunderlich, Produktivität, a. a. O. S. 215.
95) Schiffer, a. a. O. S. 88.
96) Wunderlich, Produktivität, a. a. O. S. 215.
97) Wunderlich, ebenda.
98) J. Hirsch, Der geschlossene Warenweg, a. a. O. S. 427 ff.
J. Hirsch, Das amerikanische Wirtschaftswunder, a. a. O. S. 44 ff., 145 ff., 149 ff.

selber geschaffen, sie ist Eigenprodukt des freien Spiels der Kräfte am Markte. Es sind die tastenden Versuche des Naturgeschehens in der Wirtschaft selber. Das Gewinnstreben des einzelnen sucht kürzere und billigere Wege der Warenverteilung, als sie die altüberkommenen darstellen“[99]). Hirsch deckt dann interessanterweise noch eine zweite Wurzel auf, die nicht aus dem Nährboden der Einzelinitiative ihre Kraft zieht, denn er fährt fort: „Ein anderer Teil ist planmäßig gewollt“. Als Kinder des Kapitalismus nennt er die Großunternehmung und den Großbetrieb im Warenverschleiß[100]). „Von unten her, vom Detailhandel drängen diese neuen Großunternehmungen, gestützt auf neue Kostenvorteile, hinauf in die direkte Fühlung mit der Warenherstellung, zum geschlossenen Warenwege“[101]). Warenhäuser, Großversandgeschäfte und das Massenfilialsystem[102]) seien die kapitalistischen Formen dieser Bewegung zur Ausschaltung des Großhandels von der Seite des Einzelhandels her und zur Rationalisierung des Einzelhandels selber. — Auch von der Produzentenseite her werde der Versuch gemacht, direkt mit dem Konsumenten in Verbindung zu treten oder doch wenigstens den Großhandel auszuschalten: „Die Fabrikanten in Deutschland suchen in ihren Kartellen durch Zentral-Absatzstellen zum mindesten die Selbständigkeit der Mittler im Wege der Ware zu kürzen“[103]).

d) Planmäßige Eingriffe von überbetrieblicher Seite als Rationalisierungsmaßnahmen.

aa) Gemeinschaftsarbeiten.

Hirsch weiß auch zu berichten von Maßnahmen und Bestrebungen — sie gehen nicht nur darauf aus den Handel auszuschalten, sondern wollen allgemein der Rationalisierung dienen —, die nicht als dem kapitalistischen System innewohnende zu betrachten sind, vielmehr der volkswirtschaftlichen Wohlfahrt dienen sollen durch planmäßige Eingriffe höherer Instanzen: „.... Wir brauchen im nationalen Interesse, im Interesse der Steigerung unserer Wirtschaftsleistung, und damit der Hebung der Massenlebenshaltung und der Massenlebensfreude die Senkung der hohen Kosten in der Warenverteilung. Wir wollen diesem Ziel näher kommen durch eine gemeinsame Durchleuchtung und Durcharbeitung aller Handelszweige...[104])“. Beeinflußt wird seine Meinung durch die

99) Hirsch, Der geschlossene Warenweg, a. a. O. S. 441.
100) Hirsch, ebenda.
101) Hirsch, ebenda.
102) Hirsch, ebenda S. 443 und S. 444.
103) Hirsch, ebenda S. 445.
104) Hirsch, ebenda S. 455.

günstigen amerikanischen Erfahrungen, die mit der gemeinsamen Arbeit unter Mitwirkung der Behörden gemacht wurden; „Wir sahen dort einheitlich alle Gruppen des Handels in ganz anderer Weise als bei uns, gemeinsam mit der Wissenschaft und in intensivster Weise unterstützt durch die Regierung dieses wirtschaftlich stärksten Volkes unter genialer Führung an der Rationalisierung arbeiten mit dem Ziel, die Kosten zu senken“[105]). „Eine Reihe tief eindringender Untersuchungen sagt dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft einer ganzen Nation: in der und jener Industrie könnte durch einfache Organisationsveränderungen eine Ersparnis an Material von X-Prozent, eine solche von Arbeit von Y-Prozent eintreten, und nachdrücklich wirken die Behörden auf die Durchführung solcher Ersparnis hin“[106]).

Es handelt sich bei diesem Eingreifen und Fördern seitens der Behörden gewissermaßen um eine Nachhilfestunde, die den privaten Wirtschaftern erteilt wird, damit sie die neuerworbenen Kenntnisse anwenden; ein derartiger Eingriff will auf indirektem Wege, d. h. durch das Handeln der Privaten die Wirtschaft gestalten: Herbert Hoover „.... lehrt nicht die Beseitigung irgendwelches Wirtschaftsbetriebes ...“[107]), wohl aber sendet er „.... seine Beauftragten in die einzelnen Betriebe und läßt die unwirtschaftlichen Teile aus dem Handelsbetrieb herausstellen. Sein Hauptziel ist die Beseitigung der toten Kosten einer unnützen Konkurrenz, und so hat er vor kurzem Musterbeispiele veröffentlicht, wie große Handlungen etwa mit Kolonialwaren eine ganze Reihe von Plätzen bearbeiten, die viel mehr kosteten, als sie einbrachten“[108]). Solche und ähnliche Maßnahmen wünscht Hirsch, durchgeführt nach gleicher Methode, also unter Hilfsstellung von Wissenschaft und Staatsinstanzen, auch für Deutschland, das ein besonderes Interesse daran habe, daß möglichst wenig Kapital auf dem Wege der Ware vom Produzenten zum Konsumenten gebunden werde[109]).

Derartige „Gemeinschaftsarbeit“ ist nun tatsächlich auch in Deutschland geleistet worden. Das Handbuch der Rationalisierung weist eindringlich darauf hin, welche Wichtigkeit der „überbetrieblichen“ Zusammenarbeit zukommt. Bei der Veröffentlichung dieses Buches, so heißt es im Geleitwort, komme es nicht so sehr auf die Einzelheiten, auf die angegebenen Ra-

105) Hirsch, Der geschlossene Warenweg, a. a. O. S. 455.
106) Hirsch, Das amerikanische Wirtschaftswunder, a. a. O. S. 66.
107) Hirsch, Der geschlossene Warenweg, a. a. O. S. 449.
108) Hirsch, ebenda.
109) Hirsch, ebenda S. 455.

tionalisierungsmittel an, „.... sondern darauf, daß sich hier die Wirkungen einer neuen und dringend notwendigen Einstellung zeigen. Haben doch an all den behandelten Rationalisierungsmitteln Hunderte von Menschen aus den Betrieben, der Güterproduktion und der Verteilung gearbeitet und zwar einmütig gearbeitet mit der großen Zahl der Verbraucher". Und ebenda heißt es, der Überblick über die Organisationen, die sich die Förderung der Rationalisierung zum Ziel gesetzt hätten, „.... wird dem Leser vermittelt, und hoffentlich erkennt er dadurch, daß Erfahrungsaustausch das Mittel ist und nicht mehr das Arbeiten hinter verschlossenen Türen, um zu wirtschaftlicheren Methoden zu gelangen". Von Betriebsfremden sollen also durch Untersuchung der aufgedeckten Betriebsvorgänge Vorschläge für die Rationalisierung gemacht werden, die im einzelnen Betrieb nicht gewonnen werden können. Dazu bedarf es, um Vergleichsmöglichkeiten zu gewinnen, als Hilfsmittel etwa der Gemeinschaftsstatistiken, deren Erstellung besonders im Einzelhandel nicht leicht war: „Die Schwierigkeiten, die sich hier auftürmten, erschienen zunächst unüberwindlich. Die Bekanntgabe von Betriebszahlen zum Zweck ihrer Verarbeitung in Verbands- und anderen Gemeinschaftsstatistiken erforderte Überwindung des im Einzelhandel außerordentlich tief wurzelnden Begriffs: „Geschäftsgeheimnis", erforderte ein Maß an Gemeinsinn, das dem bis dahin grundsätzlich individualistischen Einzelhandel lange fremd war"[110]). Hier sind also Ansätze zu Maßnahmen und zur Geisteshaltung der von Hirsch gewünschten Art sichtbar. Und Maßnahmen solcher überbetrieblichen Art sind für unsere Rationalisierung charakteristischer als die aus den Betrieben selber entsprungenen, so groß für die letzten Jahre deren Bedeutung auch im Hinblick auf die Gesamtwirtschaft sein mag. Gerade die Betonung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt, der Gemeinschaftsarbeit mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft gegenüber vereinzeltem „betrieblichem" Vorgehen mit seiner indirekten und ungewollten volkswirtschaftlichen Wirkung, das ist das Neue[111]).

bb) Moderne Rationalisierung und die Organisation der Volkswirtschaft.

Die Bezeichnung dieser Art von Vorgehen als „planmäßig gewollt" klingt allerdings reichlich stark an die „Planwirtschaft" und an die Vorstellung einer von einer Zentrale aus

110) Handbuch der Rationalisierung, a. a. O. S. 777.
111) Vgl. hierzu L. Urwick, Das Wesen der Rationalisierung, Stuttgart 1930, S. 12.

geleiteten Wirtschaft an, bei der nicht mehr das Gewinnmotiv des Einzelnen als Triebkraft wirkt, sondern durch den „Plan" ersetzt wird. Davon ist aber nicht die Rede. Und wenn Gottl von „volkswirtschaftlicher" Rationalisierung spricht, so ist damit nicht gemeint die Zusammenfassung aller privaten Betriebe und ihre planmäßige Lenkung durch eine höchste Instanz. Er versteht vielmehr darunter, daß „sich vor allem auch in der höheren Einheit der Volkswirtschaft die Idee der Wirtschaft verwirklichen" müsse. „Es soll sich das menschliche Zusammenleben derart gestalten, daß der dauernde Einklang von Bedarf und Deckung verbürgt erscheint"[112]). Ein dahingehender Einfluß könne geltend gemacht werden etwa durch Gesetze oder auch durch freiwillige Vereinbarungen, wofür er als Beispiel angibt: „Wenn .... die Wege einer methodischen Betriebsuntersuchung erforscht und solche Betriebsuntersuchungen auch tatsächlich durchgeführt werden, so zeigt sich bereits das Bestreben, über die kommerzielle Rationalisierung[113]) des Einzelbetriebs hinaus ganze Industriezweige zu rationalisieren"[114]). Und das sei volkswirtschaftliche Rationalisierung: „Gegenwärtig betrachtet man als wichtigste Aufgabe[115]) die Durchführung möglichst exakter Betriebsuntersuchungen. Sie schaffen den Betrieben größten Nutzen und führen, auf ganze Gruppen angewendet zur Hebung des Niveaus und damit bereits zu einer volkswirtschaftlichen Auswirkung der Rationalisierung"[116]). Der Weg dieser „volkswirtschaftlichen" Rationalisierung führt also über den Betrieb, über die Initiative der Einzelunternehmung. Die Rentabilität bleibt somit das Tor auf dem Wege zur volkswirtschaftlichen Rationalisierung, das durchschritten werden muß. „Einen Einfluß auf die Verwendung der erzielten Resultate zu nehmen, darf die Öffentlichkeit freilich von den Rationalisierungsorganisationen nicht erwarten; sie sind eingesetzt als neutrale Vermittelungsstellen und im Gegensatz zu manchen ausländischen Organisationen ohne Machtbefugnisse"[117]).

In der Tat gibt es also Ansätze zu „planmäßig Gewolltem". Rauecker, der auf diesem Gebiet besonders anspruchsvoll ist — er versteht unter der wirtschaftsorganisatorischen Rationalisierung, wie er diesen Sachverhalt nennt, die „. . . zweck-

112) Handbuch der Rationalisierung, a. a. O. S. 4 (offensichtlich stammt dieser Abschnitt von Gottl).

113) Das heißt im Sinne der hier benutzten Terminologie Rationalisierung schlechthin.

114) Handbuch der Rationalisierung, a. a. O. S. 5.

115) Aufgabe der Rationalisierung.

116) Handbuch der Rationalisierung, a. a. O. Geleitwort.

117) Handbuch der Rationalisierung, a. a. O. Geleitwort.

mäßigste Eingliederung des rationalisierten Einzelbetriebes in den einschlägigen Gewerbezweig, die „Branche", sowie Einordnung des einzelnen Gewerbezweiges in die Gesamtstruktur der nationalen Wirtschaft, schließlich die planvolle Einfügung der nationalen Wirtschaft in die Weltwirtschaft"[118]), — Rauecker ist mit der bisherigen Durchführung noch unzufrieden, er stellt fest, daß „.... von einer planmäßigen Rationalisierung noch nirgends die Rede ..." sein könne; vielleicht sei das auch niemals erreichbar, weil der Bedarf das Bunte liebe[119]). Hier zeigt sich deutlich, daß Rauecker mit Hilfe der Rationalisierung die heutige Wirtschaft beeinflussen will und zwar durch rationale Bedarfsgestaltung, durch „Orientierung nach dem Durchschnittsbedarf"[120]).

Dennoch ist zu sagen, daß mit der Rationalisierung teils als deren Folge, teils als ihr Mittel, wenigstens Ansätze herbeigeführt werden, von denen aus der Weg in eine andere Wirtschaftsordnung führen kann. Die Zusammenballung der Betriebe bewirkt eine bessere Übersicht über die Wirtschaft; eine andere Folge der Konzentration ist die Einschränkung des Organisationsprinzips der kapitalistischen Wirtschaft, des freien Wettbewerbs[121]), die besonders bei den monopolistisch durchgebildeten Konzentrationen ins Auge fällt. Bei diesen werden die Leiter aus Gründen politischer Rücksichtnahme gezwungen, nicht nur den Eigennutz Motiv des Handelns sein zu lassen, sondern auch auf das Allgemeininteresse Bedacht zu nehmen[122]). Aber das Streben nach dem privatwirtschaftlichen Vorteil, durch dessen Erzielung erst mittelbar das Gemeinwohl erreicht werden kann, bleibt doch grundsätzlich erhalten. Denn eine Organisation, welche an die Stelle der Marktorganisation mit ihrem Gewinn- und Rentabilitätsstreben treten könnte, ist noch nicht vorhanden, nur die gemeinsame Arbeit an der Rationalisierung bildet hierzu einen Anfang.

3. Zusammenfassung.

Die Betrachtung der modernen Rationalisierung führt zu dem Ergebnis, daß sie eigentlich nur an einer Stelle ein Neues ins Wirtschaftsleben einfügt: in der bislang unbekannten Intensität der Gemeinschaftsarbeit, daß sie im übrigen das

118) Br. Rauecker, Rationalisierung als Kulturfaktor, a. a. O. S. 15.
119) Rauecker, a. a. O. S. 8; vgl. dazu oben Teil I, Kapitel I, Abschnitt 3.
120) Rauecker, a. a. O. S. 8.
121) Vgl. F. Wunderlich, Produktivität, a. a. O. S. 224.
122) P. Devinat, Wissenschaftliche Betriebsführung in Europa, a. a. O. Seite 42.

Gleiche darstellt, was unter dem Namen technischer und wirtschaftlicher Fortschritt bekannt ist — wobei natürlich die speziellen Maßnahmen, wie Fließarbeit und dergleichen durchaus neuartig sind —, und schließlich, daß ihre Zusammenpressung auf eine kurze Zeitspanne das Gewicht der Fortschrittsmaßnahmen zu dem eines strukturellen Moments verdichtet. Die Bedeutung der Gemeinschaftsarbeit klingt auch in der allgemein angewandten R.K.W.-Definiton der Rationalisierung an: „Rationalisierung ist die Erfassung und Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Ordnung zur Hebung der Wirtschaftlichkeit bieten. Ihr Ziel ist: Steigerung des Volkswohlstandes durch Verbilligung, Vermehrung und Verbesserung der Güter. Hierzu ist in allen beteiligten Kreisen Gemeinschaftsarbeit erforderlich“[123]).

123) H. Hinnenthal, Die deutsche Rationalisierungsbewegung und das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 11 und 12.

Teil II

Die freien Gewerkschaften und der Charakter der sie beherrschenden sozialökonomischen Theorien.

Vorbemerkung.

Rationalisierung und Arbeiterpsyche.

Die geschilderte Rationalisierungsbewegung übt von den verschiedensten Seiten einen Einfluß auf die Arbeiterschaft aus, sie berührt sie als Produzenten und als Konsumenten, ergreift ihr psychisches und ihr körperliches Dasein. Die weitgetriebene Arbeitszerlegung[1]) begünstigt das Anwachsen des Typs des „Angelernten" auf Kosten des Facharbeiters[2]), raubt damit Teilen der Arbeiterschaft einen Stützpfeiler ihrer Entwicklung zur Individualität, den Beruf. Sie führt zu Klagen über die Monotonie der Arbeit[3]) und über die Zwangsläufigkeit, mit der die Arbeitsbewegungen zu erfolgen haben, wenn die Teilarbeit am laufenden Band zu leisten ist und das Tempo des Fließens nicht vom Arbeiter selbst bestimmt wird[4]).

Die günstigen Wirkungen, die häufig mit einer Rationalisierung etwa in Bezug auf bessere Hygiene, verminderte Unfall-

1) Beispiel bei Hirsch, Das amerikanische Wirtschaftswunder, Berlin 1926, S. 95; C. Schiffer, Die ökonomische und sozialpolitische Bedeutung der industriellen Rationalisierungsbestrebungen, Karlsruhe 1928, S. 88.

2) E. Berger, Wirtschaftsrationalisierung und Facharbeiterfrage (RArb.Bl. Jahrg. 1926 Nr. 25), S. 443/448.

E. Willeke, Grundsätzliches zum Facharbeitsproblem (RArb.Bl. vom 9. April 1926), S. 238; C. Schiffer, a. a. O. S. 92ff.

3) C. Koettgen, Das fließende Band, in „Die Bedeutung der Rationalisierung für das Deutsche Wirtschaftsleben", Berlin 1928, S. 110.

Br. Rauecker, Monotonieproblem und Sozialpolitik (Arbeit, Jahrg. 4 Nr. 1, 1927), S. 8—18.

Br. Rauecker, Rationalisierung und Sozialpolitik, Berlin-Zehlendorf 1926, S. 62ff.

W. Zimmermann, Das Problem der rationalisierten Industriearbeit in sozialpsychologischer Betrachtung (Schmollers Jahrbuch 1925, Heft 5), S. 49ff.

4) Die Unterscheidung zwischen aufgezwungenem und freiwilligem Tempo bei C. Koettgen, Das fließende Band, a. a. O. S. 115.

gefahr[5]) verbunden sind, finden gegenüber diesen kritischen Betrachtungen weniger Beachtung. Desto mehr greifen neben den individual- die sozialpsychischen Erfahrungen in die Tiefe[6]), welche dahingehen, daß durch die Rationalisierung die Macht der sozialen Gegenspieler der Arbeiterschaft gesteigert werden kann, wodurch das Gefühl der „Abhängigkeit" (Gerhardt, S. 6ff.) innerhalb der Arbeiterklasse verstärkt wird: „Jedes gesellschaftliche Gebilde birgt mit Notwendigkeit ein System der Über- und Unterordnung in sich. Der ganze Wirtschaftsapparat funktioniert nur im Zusammenwirken seiner verschiedenstgestellten „Organe". Daß aber dieses Funktionieren ein so mangelhaftes ist, kommt . . . . daher, daß dieser ganze Apparat nicht nur Mittel ist für die Bedarfsdeckung der Wirtschaftsgesellschaft, sondern zugleich das Instrument, das jeder einzelne benutzt, um seinen persönlichen Geltungsdrang in irgendeiner Weise auswirken zu können"[7]).

Diese das Gefühl der Arbeitermenschen durchziehenden Empfindungen können gelindert oder verschärft werden durch die Anschauungen, die in der Arbeiterklasse über die sozialökonomischen Auswirkungen der Rationalisierung herrschen, sie können zur Verzweiflung und Revolution wie zur stummen Erduldung des Schicksals führen.

Kapitel 1:

Wesen und Aufgaben der freien Gewerkschaften.

Die sozialökonomischen Ideen, welche in der Arbeiterschaft leben und deren menschliche und politische Bedeutung kaum zu überschätzen ist, werden zum guten Teil getragen von den Gewerkschaften. Sie sind Zusammenschlüsse von Arbeitern zur Vertretung ihrer Interessen gegenüber den Unternehmern, kartellmäßige Bindungen des Angebots der Ware „Arbeitskraft". „Die Gewerkschaftsbewegung wirkt in der Tiefe des

5) Vgl. dazu W. Kraft, Rationelle Betriebswirtschaft und Unfallverhütung (RArb.Bl. N.F. 7 1927 Heft 11), III 65—68.
A. Durig, Fließarbeit und Arbeiterschutz (RArb.Bl. N. F. 8 1928 Heft 2), III 1—7.
Vgl. auch H. Gerbis, Die Rationalisierung in gewerblichen Betrieben vom gewerbehygienischen Standpunkt (Arbeiterschutz und Rationalisierung, Berlin 1929), S. 11ff.; ferner H. Eibel, Die Rationalisierung in den gewerblichen Betrieben vom unfalltechnischen Standpunkt (Arbeiterschutz und Rationalisierung), a. a. O. S. 27ff.

6) Vgl. J. Gerhardt, Arbeitsrationalisierung und persönliche Abhängigkeit. Tübingen 1925, S. 6ff.
W. Zimmermann, Das Problem der rationalisierten Industriearbeit, a. a. O. S. 49ff.

7) J. Gerhardt, a. a. O. S. 100.

sozialen Lebens, sucht dem unmittelbaren sozialen Gegner, dem Unternehmertum, Vorteile abzuringen und schafft, indem sie das Bild der sozialen Machtverhältnisse verschiebt und die Bedingungen des sozialen Lebens verändert, neue soziale Tatsachen"[8]). Sie stellen also durchaus eine der kapitalistischen Marktorganisation adäquate Einrichtung zur Stärkung der arbeiterlichen Position auf dem Arbeitsmarkt dar, zur möglichsten Besserung der Nöte, die zum Zusammenschluß getrieben hatten: der Armut, welche die Arbeitsuchenden durch das Gespenst des Hungers der Widerstandskraft auf dem Arbeitsmarkt beraubte und sie dazu zwang, sich gegenseitig zu unterbieten.

Neben der Gefahr der Arbeitslosigkeit und damit des Elends waren es die Unübersichtlichkeit des Marktes für den einzelnen Arbeiter und deshalb die mangelnde Ausnutzung etwaiger günstiger Marktverhältnisse, dazu seine allgemeine Kenntnislosigkeit und Unbildung, die seine Lage gegenüber den Unternehmern verschlechterten. Dadurch, daß die Gewerkschaften das Angebot an Arbeitskraft zusammenzufassen und markttechnisch mit möglichster Geschicklichkeit zu verwerten suchen, gewinnen sie schon als innerkapitalistische Marktorganisationen für Arbeiter und Volkswirtschaft eminente Bedeutung.

Eine derartige Charakterisierung erfaßt aber nicht alle Eigenarten der Gewerkschaftsbewegung, nach Briefs und Heimann[9]) nicht einmal das Wesentliche. „Gewerkschaft bildet sich seitens ihrer Träger als Protest und Abwehr gegen die strenge Marktgesetzlichkeit, unter der die Arbeit steht. Sie kann also nur den Sinn haben, das Warengesetz für die Arbeit zu beschränken oder gar aufzuheben . . ."[10]). Eine Protestbewegung also stelle die Gewerkschaft dar und zwar deshalb, weil wegen des unlöslichen Zusammenhanges von Arbeitskraft und ihrem menschlichen Träger auch der Mensch der Marktwertung verfalle. „Gegen die objektiv im Lohnsystem liegende Idee der Arbeit als Ware erhebt die Gewerkschaft die Idee

---

8) R. Seidel, Die Gewerkschaften nach dem Kriege, Berlin 1925, S. 31.

9) Vgl. E. Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929, S. 182 ff.

10) G. Briefs, „Gewerkschaftswesen und Gewerkschaftspolitik" (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Jena 1927, Bd. 4), S. 1115 bis 1117.

J. Mühlenfeld, Zur ökonomischen Theorie der Gewerkschaft (Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 52, Jahrg. 1924), S. 410 betont das „Genossenschaftliche" an der Gewerkschaftsbewegung, vgl. auch Seite 423.

des Menschseins des Arbeiters“[11]). Den Beweis für dieses Streben der Gewerkschaften sieht Heimann in der Tatsache der Spaltung der Arbeiterschaft nach weltanschaulichen Gegensätzen: „.... vom Standpunkt der sozialen Bewegung aus erweist sich die Spaltung als Folgerung aus dem Grundsatz, daß Arbeit keine Ware ist, daß Wirtschaft Sozialgestaltung ist und unter sozialen, menschlichen, geistigen Gesichtspunkten geordnet werden soll. Wie die Einheitlichkeit der kapitalistischen Gesinnung in der über alle Weltanschauungen hinweg einheitlichen Organisation der Arbeitgeber zum Ausdruck kommt, so die einheitliche Richtung der sozialen Bewegung auf den Menschen in der weltanschaulichen Spaltung ihrer Organisation. So große Schwierigkeiten daraus entstehen mögen, so liegt darin doch das Zeugnis für den bewußt überwirtschaftlichen, nachkapitalistischen Charakter der Gewerkschaften“[12]). Und dieser Charakter ist es, der noch besonders auf Äußerungen ökonomisch-sozialer Art von gewerkschaftlicher Seite aufmerken läßt; denn wessen Interesse würde durch den Versuch zur Umgestaltung der Wirtschaftsordnung nicht berührt?

Gemäß den zwei skizzierten Seiten des Charakters der Gewerkschaften verhalten sich auch deren Aufgabenkreise: der eine, die Tagesarbeit, umgreift die Interessenvertretung gegenüber den Arbeitgebern, ist innerkapitalistisch, der andere umfaßt die auf Überwindung der heutigen Wirtschaftsordnung zu richtenden Maßnahmen, ist „nachkapitalistisch“. Wobei zu berücksichtigen ist, daß eine genaue Trennung gewerkschaftlicher Errungenschaften in solche „inner“- und solche „nachkapitalistischen“ Inhalts nicht immer möglich ist, daß häufig ein Erfolg in der einen Richtung einen solchen in der anderen einschließt.

Von den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sollen hier nur die sozialökonomischen Gedanken der einen des näheren betrachtet werden, der freien Gewerkschaften, die am energischsten auf einen „nachkapitalistischen“ Zustand streben, und zwar auf den mit dem Wort „Sozialismus“ bezeichneten.

---

11) Briefs, a. a. O. S. 1146; vgl. dazu auch K. Naskrensky, Mensch und Maschine im Produktionsprozeß (Gewerkschaftsarchiv 2. Jahrg., 1925, Bd. 2, Heft 2), S. 116.

12) E. Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus, a. a. O. S. 189/910.

Kapitel 2:
Charakter der die Gewerkschaften beherrschenden ökonomischen Anschauungen.

Abschnitt 1:
Der marxistische Untergrund.

1. Die Lehren des Liberalismus.

Bestimmend für die Art, in der die freien Gewerkschaften an die ökonomische Beurteilung der Rationalisierung herantreten, ist ihr Bekenntnis zum Sozialismus, genauer zum Marxismus, das modifiziert worden ist durch einige im Laufe der Zeit gesammelte Erfahrungen.

Die Marxschen Ansichten und Theorien sind entstanden als Reaktion auf die im Verfolg der kapitalistischen Entwicklung aufgetretenen Abweichungen vom liberalistischen Ideal: von der sozialen Harmonie. Vollständige Freiheit des Individuums, die darin besteht, „. . . . die Kraft der natürlichen Vernunft zu üben und zur Auswirkung zu bringen, ohne dabei durch menschliche Satzungen gehindert zu werden“[1]), soll zur sozialen Harmonie führen — nach Ansicht des Liberalismus. Zur „sozialen“ Harmonie soll sie hinleiten, sodaß die ökonomische Theorie zugleich „Sozialtheorie“ ist[2]). Ziel des Gedankenganges der ökonomischen Theorie „. . . . ist der mehrteilige Beweis, daß durch die freie Tätigkeit der Individuen — und nur durch sie — die ökonomische und soziale Harmonie gewährleistet sei; anders ausgedrückt: daß die ökonomische und soziale Freiheit sich aus sich selbst immer von neuem erzeuge und sich in sich verstärke“[3]). Der Einklang, die Harmonie von Bedarf und Deckung, von Konsumtion und Produktion wird auf dem Markte hergestellt, indem bei nicht genügendem Angebot die Preise der betreffenden Waren steigen, der dadurch gesteigerte Gewinn dieses Produktionszweiges mehr Kapital und Arbeit anlockt, sodaß künftig Konsumtion und Produktion sich zu decken streben. Regulierendes Prinzip der Wirtschaft ist die Konkurrenz, das gleichzeitige Anbieten seitens mehrerer Produzenten auf dem Markte, wobei jeder Gefahr läuft, seine Waren nicht absetzen zu können, weil ein Konkurrent zweckmäßiger produziert hat, deshalb billiger zu liefern vermag. Hier ist die Wurzel des Vorwärtsdrängens, der Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft, welche zu immer besserer Versorgung der Menschen mit Gütern führen soll.

---

1) E. Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929, S. 6.
2) E. Heimann, ebenda S. 8.
3) E. Heimann, ebenda.

Die Waren werden mit Geld gekauft, das dadurch in die Hände der Verbraucher gelangt, daß die Verbraucher gleichzeitig Hersteller von Waren sind und durch deren Verkauf „Kaufkraft" in Gestalt des Geldes erhalten. „Jeder erhält .... soviel, als er leistet; der Wert seiner Teilnahme an der Produktion entscheidet über die Kraft seiner Teilnahme am Verbrauch"[4]). Und durch die „Richtung der Einkommensverausgabung" (Heimann, S. 13) werde nun auf dem Markte die Richtung der künftigen Produktion bestimmt, sodaß letztendlich überall Harmonie herrsche.

So die Theorie. Der Liberalismus in der Wirtschaft, der Kapitalismus, habe keineswegs zur Harmonie, zur „kleinbetrieblichen Demokratie" geführt; denn unter ihrem Bild glaubte man sich die Harmonie als Folge des Liberalismus vorzustellen zu sollen[5]): „Im Bereich der Wirtschaft führte das Freiheitspathos zu dem Glauben an die unbedingte Überlegenheit des freien Arbeiters über den unfreien, zu dem Vertrauen auf den Sieg der persönlichen Interessiertheit im handwerklichen Kleinbetrieb über die noch so wirksame Organisation im kapitalistischen Großbetrieb"[6]). Aber darin hatte man sich getäuscht: „In der Wirklichkeit führte die Freiheit nicht zur kleinbetrieblichen Demokratie, sondern zur Selbstaufhebung im Großbetrieb"[7]), also zur „großbetrieblichen Herrschaftsorganisation" (Heimann); denn ihre Produktionsweise erwies sich als die überlegene. Und damit gewinnt das Kapital die Übermacht über die Arbeit.

2. Der Marxismus als Reaktion auf den Liberalismus.

Marx erlebte diese Entwicklung, und er sah den Einfluß, welchen die Besitzverteilung, das Eigentum mit seinem „Privilegcharakter" (Heimann) auf sie hatte. Die Zufälligkeit der „ursprünglichen Akkumulation"[8]), der vorkapitalistischen Besitzverhältnisse, wirkte sich sozial dahin aus, daß tatsächlich nicht für alle „gleiche Chancen", in der Wirtschaft frei zu bestehen, gegeben waren. Die unbemittelten Arbeiter waren nichts als Arbeiter und gezwungen, unter allen Umständen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Andererseits bezogen die Kapitalbesitzer arbeitsloses Einkommen. — Die dergestalt vom

4) E. Heimann, Soziale Theorie des Kapitalsimus, a. a. O. S. 13; vgl. auch S. 7 ff.
5) Vgl. dazu Heimann, Soziale Theorie, a. a. O. S. 19 ff.
6) Heimann, ebenda S. 21.
7) Heimann, ebenda S. 23.
8) Vergl. K. Marx Das Kapital, I. Bd., Volksausgabe, Berlin 1928, S. 644 ff.

liberalistischen Ideal abweichende Wirtschaft, den Kapitalismus, analysierte Marx.

Die Produktion im Großbetrieb erfordert das Zusammenwirken von Kapital und Arbeit. Das Kapital befindet sich in der alleinigen Verfügungsgewalt einer Schicht von Kapitalbesitzern, denen die rechtlich freien, jedoch ökonomisch unfreien, weil besitzlosen Arbeiter gegenüberstehen. Produziert wird nur, wenn den Kapitalisten ein Gewinn winkt, d. h. den Arbeitern, die allein „Werte schaffen", wird nur dann die Möglichkeit zu arbeiten gegeben, wenn sie auf einen Teil des von ihnen geschaffenen Wertes Verzicht leisten zugunsten des nichtarbeitenden Kapitalbesitzers: sie werden ausgebeutet[9]). Damit ist das Gewicht ihrer Nachfrage auf dem Markte vermindert, das der Kapitalbesitzer vermehrt. Nicht der ganze Profit wird von den Kapitalisten konsumiert, vielmehr wird ein Teil dazu benutzt, den Betrieb zu vergrößern, um die Vorteile des Großbetriebs zu erlangen und den Konkurrenten zu unterbieten. So wird nach jeder Produktionsperiode der Produktionsapparat vergrößert, die Produktion auf „erhöhter Stufenleiter" fortgeführt[10]). Der unterbotene Konkurrent muß die Fabrikation einstellen, sein Kundenkreis wächst den kapitalstärkeren Gegnern zu, der große Kapitalist frißt den kleinen auf. Das Spiel wiederholt sich so häufig, daß schließlich nur noch einige Riesenbetriebe und -unternehmungen überleben, die sich in der Hand einiger weniger „Expropriateure" befinden. Für die Arbeiterschaft bedeutet die dauernde Betriebsverbesserung durch Einstellung arbeitsparender Maschinen in den Produktionsprozeß die Freisetzung von menschlichen Arbeitskräften: die „industrielle Reservearmee" wird geschaffen und drückt auf den Preis der menschlichen Arbeitskraft, die als „Ware" wie alle anderen auf dem Markt gehandelt wird. Dem kapitalistischen System wohnt die Tendenz inne, die Arbeiterschaft „verelenden" zu lassen[11]). Der gesteigerten Produktionskraft steht eine verminderte Konsumkraft gegenüber, was zu Krisen führen muß.

Aber Marx läßt die Arbeiter trotz der Verelendungstendenz doch nicht in Hoffnungslosigkeit dahinvegetieren. Er verheißt ihnen ein besseres Zukunftsreich: den Sozialismus. Dieser braucht nicht „gewollt" zu werden; denn er kommt von selber, die kapitalistische Entwicklung führt ihn mit sich herauf. Zu diesem Gedankengang kommt Marx auf Grund der materia-

9) Marx, a. a. O. S. 140 ff., 184 ff.
10) Marx, a. a. O. S. 514 ff.
11) Marx, a. a. O. S. 566 ff., S. 578 ff.

listischen Geschichtsauffassung[12]), welche besagt, daß rechtliche und politische Einrichtungen nur einen Reflex der ökonomischen Produktionsverhältnisse darstellen. Es bedarf also einer Untersuchung des Entwicklungsganges der Produktionsverhältnisse, um sagen zu können, welcher rechtliche und politische Zustand dem heutigen folgen wird. Und diese Untersuchung führte zu dem Ergebnis, daß letztlich der Masse der verelendeten Arbeiter im Interessenkampfe, oder wie Marx sagt, im Klassenkampf eine Handvoll kapitalistischer Monopolisten gegenüberstehen werde, daß schließlich in einer der immer verheerender wirkenden Krisen die Empörung der Arbeiterschaft so sehr aufflammen werde, daß sie in einer Revolution die Expropriateure expropriierten. Der bisherige Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktionsweise und privater Aneignung hört auf zu bestehen, sobald das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist und die Gesellschaft selber die privaten Monopole in Betrieb genommen hat: der klassenlose Sozialismus kann die Herrschaft antreten[13]).

3. Marx und die Gewerkschaftsarbeit.

Dieses ist die Grundstimmung einer marxistisch gesinnten Arbeiterschaft: Haß gegen die „Expropriateure", Gewißheit der Verelendung, aber auch die Gewißheit, daß einst der Tag kommt, an dem die Herrlichkeit des Sozialismus anheben wird. Entspricht nun einer derartigen Auffassung eine Gewerkschaftsbewegung, die sich doch gerade darstellt als „Protest und Abwehr gegen die strenge Marktgesetzlichkeit", unter der die Arbeit steht? Muß nicht eine Gewerkschaftsbewegung vom Standpunkt des Marxismus aus ein hoffnungsloses Beginnen innerhalb des Kapitalismus sein?

Auch die Gewerkschaften empfinden einen Widerspruch, und so kommt es, daß von freigewerkschaftlicher Seite der Versuch gemacht wird, aus vielen Marxzitaten die marxistische Legitimität der Gewerkschaften zu erweisen: Hermann Müller unternahm das Unterfangen in dem Buch: Karl Marx und die Gewerkschaften. Er versucht zu zeigen, daß die Gewerkschaftsarbeit sich mit den Marxschen Lehren vereinbaren läßt und ferner, daß Karl Marx selber sich positiv zu ihr gestellt habe.

Für die Lösung der zweiten Aufgabe hat Müller eine Reihe von Zitaten beigebracht, aus denen hervorgeht, daß Marx in der Tat die Gewerkschaften als nützlich betrachtete,

12) Marx, a. a. O. S. 45/46.
13) Marx, a. a. O. S. 689 ff.

weil sie die Arbeiterschaft vor dem vollkommenen Versinken in körperliches und geistiges Elend bewahren könnten, damit am Tage der Revolution nicht gänzlich gebrochene Menschen den sozialistischen Aufgaben gegenüberstehen würden[14]). Das verstößt noch nicht gegen den allgemeinen Charakter der Marxschen Anschauungen[15]). Schwieriger wird die Beurteilung dieser Frage, wenn Müller sogar aus Marx herauslesen will, daß die Gewerkschaften über die Grenzen des eben genannten Aufgabenkreises hinausgreifen und auf die Abschaffung des Lohnsystems hinarbeiten sollen[16]). Er zitiert zu diesem Behuf aus „Lohn, Preis, Profit“[17]): die Arbeiter „.... dürfen nicht vergessen, daß sie mit Wirkungen und nicht mit den Ursachen dieser Wirkungen kämpfen, daß sie die Abwärtsbewegung aufhalten, aber deren Richtung nicht verändern; daß sie Palliativmittel anwenden, aber die Krankheit nicht heilen. Sie sollten deshalb nicht ausschließlich in diesen Guerillakämpfen aufgehen, wie sie die nie aufhörenden Übergriffe des Kapitals und die Änderungen der Marktlage beständig hervorrufen. Sie müssen begreifen, daß das gegenwärtige System, neben all dem Elend, das es ihnen auferlegt, zur selben Zeit die für einen ökonomischen Wiederaufbau der Gesellschaft notwendigen materiellen Bedingungen und sozialen Formen erzeugt. An Stelle des konservativen Mottes: „Ein gerechter Tageslohn für einen gerechten Arbeitstag“, sollten sie das revolutionäre Schlagwort auf ihre Fahne schreiben: „Abschaffung des Lohnsystems““[18]). Will Müller damit beweisen, Marx sei der Ansicht gewesen, daß die Gewerkschaften durch positive Maßnahmen den Sozialismus herbeiführen sollten, so wird man ihm nicht beipflichten können. Schon in dem obigen Zitat ist ja die Rede von dem „Elend“ und den „notwendigen materiellen Bedingungen“ usw., welche das gegenwärtige System im Laufe seiner Entwicklung erstelle, wird also verwiesen auf die dem Kapitalismus innewoh-

14) Herm. Müller, Karl Marx und die Gewerkschaften, Berlin 1918, S. 3.

15) Vgl. auch E. Heimann, Soziale Theorie, a. a. O. S. 184.

16) Hermann Müller, a. a. O. S. 63 und 64.

Vgl. auch Ad. Braun, Die Gewerkschaften vor dem Kriege, 2. Aufl., Berlin 1921, S. 46 und 47: „Gerade vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus ist es ein Verbrechen, die Arbeiter vom Studium der Marxschen Schriften abzuhalten, sie in eine unbegründete und frivole Feindschaft gegen den Marxismus zu treiben.“

17) Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, übersetzt von E. R. Bernstein, Frankfurt a. M. 1910, S. 46 und 47.

18) zit. bei Herm. Müller Karl Marx und die Gewerkschaften a. a. O. S. 64.

nenden Umgestaltungskräfte. Das gleiche gilt für ein anderes Wort Marxens: „In England sind die Streiks regelmäßig Veranlassung zur Erfindung und Anwendung neuer Maschinen gewesen. Die Maschinen waren, man darf es behaupten, die Waffe, welche die Kapitalisten anwendeten, um die Revolte der Geschick erfordernden Arbeit niederzuschlagen. Die self-acting-mule, die größte Erfindung der modernen Industrie, schlug die rebellischen Spinner aus dem Felde. Hätten Gewerkschaften und Streiks keine andere Wirkung als die, mechanische Erfindungen gegen sich wach zu rufen, schon dadurch hätten sie einen ungeheuren Einfluß auf die Entwicklung der Industrie ausgeübt“[19]). Auch hier findet sich der Hinweis auf den Mechanismus der „Entwicklung“, letztlich auf den großen Gegenspieler der Gewerkschaften: die Verelendungstheorie mit anschließender Sozialisierungstheorie, und diese letzteren Theorien — hierbei kann man sich auf Heimann[20]) berufen — bilden den Kern der Marxschen Lehre, weshalb Heimann zu dem Resultat kommt: „Die beherrschende Stellung der Verelendungstheorie in der Marxschen Entwicklungslehre hat .... die Gewerkschaften hoffnungslos abgedrängt“[21]).

Die Tatsache, daß Marx sich überhaupt um die Gewerkschaftsbewegung gekümmert hat, läßt sich in der Weise erklären, daß er in ihnen das Werkzeug sah, der Arbeiterschaft die sozialistischen Gedanken nahezubringen, sie zu Schulen des Sozialismus zu machen, nicht aber aus dem Grunde, weil er von ihnen den Aufbau des Sozialismus erwartet hätte: „Im ganzen scheint ihm . . .“, so urteilt Ad. Weber, „der wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaft nicht mehr zu sein als ein Vorspiel. Die allgemeine Neugestaltung erwartet er jedenfalls nicht von dem Vorgehen der Gewerkschaften, nur als „Kriegsschule“ sind sie ihm lieb und wert . . .“[22]). Heimann faßt die Marxschen Motive noch schärfer, wenn er meint, die Marxsche Hoffnung sei gewesen „daß die Arbeiter durch die Enttäuschung in den Gewerkschaften zum Umsturz hingedrängt würden“[23]).

Zwischen Marxismus und Gewerkschaftsarbeit bleibt eine Kluft: „Die ganze Gewerkschaftsbewegung war eine

---

19) K. Marx, Lohn, Preis, Profit zit. bei Herm. Müller, Karl Marx und die Gewerkschaften a. a. O. S. 42.

20) Heimann, Soziale Theorie a. a. O. S. 183 f.

21) Heimann, Soziale Theorie, a. a. O. S. 185.

22) Ad. Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 3. und 4. Aufl., Tübingen 1921, S. 409.

23) Ed. Heimann, Soziale Theorie a. a. O. S. 183.

einzige große Sabotage der Marxschen Evolutionstheorie..."[24]). Mit dieser Feststellung ist aber noch eine Frage offen geblieben: warum eigentlich die Gewerkschaften den Versuch unternehmen, ihre Tätigkeit in Einklang zu setzen mit der Marxschen Lehre. Dem Wesen der Arbeiterkoalitionen entspricht nicht das Erdulden, sondern das Wirken, die Gegenwartsarbeit, sei es die Führung des Kleinkrieges zwischen Kapital und Arbeit, sei es der Versuch den Sozialismus zu gestalten. Es scheint nun so — und das ist die Antwort —, als wenn das Motiv dieses Versuchs der Erwägung entspringt, die Siegesgewißheit des Marxismus in die Gewerkschaftsbewegung hinüberzuretten. Ihren Mitgliedern die Zuversicht auf das unabwendbare Kommen der glückseligen Zeit des Sozialismus zu geben, den Führern dauernd das letzte Ziel vor Augen zu halten und die Gefahr, im Kleinbürgertum zu versanden, zu bannen: das ist der Sinn des gewerkschaftlichen Versuchs, am Marxismus teilzuhaben.

Abschnitt 2:
Marxismus und Gewerkschaftstätigkeit.

1. Marxismus als Ergänzung gewerkschaftlicher Betätigung.

Wie notwendig die Anlehnung an den Marxismus war, das geht deutlich aus dem Verlauf der Gewerkschaftsbewegung hervor, deren Kräfte anfangs ausschließlich den Problemen des Tages, also dem Kampfe um die Arbeitsbedingungen gewidmet waren; der zweite Aufgabenkreis, die Arbeit an der Verwirklichung des Sozialismus blieb unbeachtet. Daß im Rahmen der Tagesarbeit Forderungen unkapitalistischer Art wie etwa die des Indexlohnes, der sich nicht nach der Arbeitsmarktlage, sondern nach der der Lebensmittelmärkte richtet[25]), somit vollkommen „unkapitalistisch" ist, daß auch solche Forderungen erhoben wurden, besagt nichts; denn wohl waren sie unkapitalistisch, aber es unterlag ihnen nicht der planmäßige Wille auf Schaffung des Sozialismus. Es „... war die Geisteswelt der freien Gewerkschaften vor dem Kriege trotz starken Klassengefühls und sozialistischer Grundauffassung nicht von dem Willen zum Aufbau einer neuen ökonomischen Welt, sondern von der Praxis des Tageskampfes beherrscht. Gewerkschaftlicher Kampf um die bessere Lebenshaltung und Unterstützung dieses Kampfes durch sozialpoli-

24) K. Heimburger, Die Theorie von der industriellen Reservearmee, Halberstadt 1928, S. 61.

25) Vgl. J. Mühlenfeld, Zur ökonomischen Theorie der Gewerkschaft, a. a. O. S. 423.

tische Maßnahmen standen im Mittelpunkt ihrer Interessen“[26]). „Die Gewerkschafter waren Sozialisten, aber das wichtige für sie war nicht der Kampf um eine Umgestaltung der Wirtschaft, sondern die Gegenwartsarbeit“[27]). Beschränkten sie sich also auf diese Arbeit, konnten sie ihren Anhängern nicht die Verwirklichung des Ideals in Aussicht stellen, so mußte ihnen der Schwung, der Auftrieb zum Handeln fehlen. Diese Lücke auszufüllen war der Marxismus mit seiner Theorie der selbsttätigen Entwicklung ganz besonders geeignet, denn er schuf sowohl „Schwung“, indem er den Blick der Massen auf das leuchtende Ziel lenkte, als auch begründete er die Untätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Erarbeitung des Sozialismus. So bestand schließlich zwischen den Gewerkschaftern und den Anhängern der Sozialdemokratischen Partei Personalunion: „Die freien Gewerkschafter in Deutschland waren mit ganz wenigen Ausnahmen überzeugte Sozialdemokraten. Sie waren sämtlich davon durchdrungen, daß die Umwälzung der Wirtschaft einst kommen und von den Arbeitern vorbereitet werden müsse“[28]).

Aber die Zitierung der marxistischen Hilfe bezw. der Verlaß auf sie forderte einen Tribut: „Vor dem Kriege stand das Schlagwort von der Expropriation der Expropriateure im Mittelpunkt der Auffassungen der Arbeiterschaft von einer sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft. Die deutsche sozialistische und die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft war überzeugt, daß die Wirtschaft sich auf Grund ihrer eigenen Entwicklungsgesetze zur Konzentration entwickeln müßte, und daß es die Aufgabe der Arbeiterschaft wäre, sich zu organisieren, damit sie nachher imstande sei, das gewordene Privatmonopol in ein öffentliches Monopol umzuformen“[29]). Die Gewerkschaften werden nur betrachtet — und das ist marxistisch — als Schutzeinrichtungen vor vollständiger Verelendung, aber nicht als Organisationen, in denen die Arbeiterschaft sich die nötigen Kenntnisse für die spätere Leitung der Wirtschaft erwerben könnte und mit denen sich der Sozialismus aufbauen ließ. „Dazu stellte man sich die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung viel zu naiv und einfach vor“[30]). Die marxistische Hilfe war durch den Verzicht auf aufbauende

---

26) Th. Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf, 2. Aufl., Halberstadt 1930, S. 31; ebenso S. Nestriepke, Gewerkschaftsbewegung, Bd. 1, Stuttgart o. J., S. 95.

27) Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, a. a. O. S. 297.

28) Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, a. a. O. S. 291.

29) Cassau, ebenda S. 302.

30) Cassau, ebenda.

Tätigkeit seitens der Gewerkschaften erkauft worden, oder richtiger, der Marxismus hatte verhindert, daß die Gewerkschaften alle Betätigungsmöglichkeiten erkannten.

2. Unfähigkeit der Gewerkschaften, eine eigene Theorie aufzustellen.

So rächte sich die Unfähigkeit der Gewerkschaften, eine eigene Theorie der Gewerkschaftsarbeit hervorzubringen. Cassau stellt fest: „Die Gewerkschaftsbewegung hat sich .... von jeder Arbeit in dieser Richtung ferngehalten; sie hat für den Tag gearbeitet, hat auch geistig von dem Tage gelebt und weder versucht, theoretisch geschulte Köpfe zur Ausbildung ihrer Theorie in ihre Praxis zu ziehen, noch verstanden, aus den Kreisen ihrer Praktiker heraus Theoretiker zu schulen“[31]). Allzu sehr lagen die Gewerkschaften und ihre Führer im Bann der „Tagesarbeit“: „Sie kamen in der Gewerkschaftstheorie nicht über Artikel zu Tagesereignissen und Broschüren hinaus. Weder die zahlreichen soziologischen Probleme des Gewerkschaftslebens, noch die ökonomischen Probleme: Gewerkschaft und Lohn, gewerkschaftliche Erfahrungen und Sozialismus reizten irgendwie zu eigener Arbeit an“[32]). Also nicht einmal auf ihrem noch sehr engen Tätigkeitsfeld waren sie theoretisch tätig, sondern begnügten sich „... im großen und ganzen damit, die Möglichkeiten der Lohnerhöhung .... experimentell festzustellen“[33]). Die Folge dieser Unterlassungssünden muß Unkenntnis sein, und Cassau, der Freund der Gewerkschaften, fällt schließlich folgendes hartes Urteil: „Sie kennen die Werkstatt, aber nicht die Wirtschaft. Sie kennen das sozialpolitische Bedürfnis des einzelnen Arbeiters, aber nicht den größeren Zusammenhang der Arbeiterfrage mit der Gesamtwirtschaft“[34]).

Die Kraftlosigkeit, eine eigene Theorie hervorzubringen[35]), erlaubte es nicht, auf die Hilfsstellung des Marxismus zu verzichten, und das hieß in der Praxis: die Führer der sozialdemokratischen Partei „... hielten die Vorherrschaft der

---

31) Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, a. a. O. S. 162.
32) Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, a. a. O. S. 30.
33) Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, a. a. O. S. 171.
34) Cassau, ebenda S. 340; vgl. auch Ad. Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. 3. u. 4. Aufl., Tübingen 1921, S. 242.
35) L. Erdmann leugnet das Bedürfnis wenigstens eines Programms für die damalige Zeit. Er sagt, daß „angesichts dieser verhältnismäßig einfachen Ziele“ es begreiflich sei, daß die deutschen Gewerkschaften gar kein Bedürfnis nach einem geschriebenen Programm hatten. In „Zu den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften“ (Arbeit 1925, Jahrg. 2 Nr. 7), S. 386.

Partei bezw. ihrer theoretischen Führer über die Gesamtarbeiterbewegung für selbstverständlich“[36]). Konnten die Gewerkschaften eine eigene Theorie nicht schaffen, so mußten sie doch theoretische Bewegungen in der Partei, sofern diese der gewerkschaftlichen Tagesarbeit eher gerecht wurden, begrüßen. So geschah es denn auch mit dem Revisionismus, der Kritik übte an den Marxschen Lehren und aus dieser Kritik heraus zu einer Bejahung der Gegenwartsarbeit kam[37]). Die Gewerkschaften „. . . wurden durch ihre Arbeit und ihre Interessen darauf hingewiesen, mit den Revisionisten, die überdies die Bedeutung der Gewerkschaften sehr betonten, zu sympathisieren. . . .“[38]). Trotz späterer Reaktion auf den Revisionismus, wie sie sich innerhalb der Partei im Vorgehen der Unabhängigen und der Kommunisten zeigte, verstanden es die meisten Gewerkschaften, die auch bei ihnen auftretenden Radikalisierungsbestrebungen zu überwinden und ihre revisionistischen Tendenzen weiter zu verfolgen[39]).

3. Marxismus und Kriegs- und Nachkriegserfahrungen der Gewerkschaften.

Unterstützt wurden die Gewerkschaften durch den allmählichen Machtzuwachs, den der sozialistische Gedanke und insbesondere sie selber in der Kriegszeit gewannen. Die Zahl der Mitglieder zwar ging zurück, aber das Arbeitsgebiet der Gewerkschaften erweiterte sich, nicht, wie es früher gewesen war, daß neue Kampfmittel eingesetzt wurden, sondern derart, daß bislang nicht berücksichtigte Arbeitsgebiete in den Gesichtskreis gewerkschaftlicher Betätigung gerückt wurden; denn „. . . die Wirksamkeit der Gewerkschaften erschöpft sich nicht in dem Wirtschaftskampf um bessere Arbeitsbedingungen, sondern sie umfaßt auch den Kampf um die Sicherung des wirtschaftlich Erreichbaren und um die Verallgemeinerung dieser Fortschritte im Wege der Sozialgesetzgebung“[40]), so schreibt Umbreit im Jahre 1918. Und noch weiter breitete sich das Betätigungsfeld aus nach der Revolution,

---

36) Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, a. a. O. S. 29.

37) Vgl. Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, a. a. O. S. 287/288; vgl. auch K. Heimburger, Die Theorie von der industriellen Reservearmee, a. a. O. S. 65 ff.

38) Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, a. a. O. S. 289.

39) Vgl. R. Seidel, Die Gewerkschaften nach dem Kriege, Berlin 1925, S. 25 f. Charakteristisch für die ruhige Geisteshaltung der Gewerkschaften ist das Buch: Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, herausgeg. v. Fr. Thimme und Carl Legien, Leipzig 1915, vgl. insbesondere das Vorwort.

40) P. Umbreit, Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege, Berlin 1918, S. 129/130.

nach der für eine gewisse Zeit die Gewerkschaften zu höchster Macht emporstiegen: „Der militärische und politische Zusammenbruch im Herbst 1918 und der dadurch erzeugte soziale Wogengang im Innern Deutschlands, der durch die Sturmfluten Osteuropas verstärkte Impulse erhielt, hatte die Arbeiterschaft, genauer gesagt, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die von ihr großenteils abhängigen sozialistischen Parteien an die Spitze der staatlichen Dinge in Deutschland emporgetragen, sehr zur eigenen Überraschung der Gewerkschaften, zum Teil durchaus gegen den Willen mancher ihrer Führer, die sich und die Arbeiterschaft auf die Übernahme dieser Rolle in der schwersten Zeit des Staates und der Wirtschaft nach vierjähriger Kriegserschöpfung gar nicht vorbereitet wußten“[41]). Das hieß: weitere Ausdehnung des Tätigkeitsfeldes durch Einbeziehung der Wirtschaftspolitik.

Je mehr auf die Art die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften in den Vordergrund tritt, desto mehr Gelegenheit ist geboten, die Theorien des Meisters Marx auf ihren Wirklichkeitsgehalt hin zu prüfen, desto mehr auch muß hervortreten, wie weit sich Theorie und Praxis voneinander entfernt haben, — sofern überhaupt die von den Gewerkschaftern herbeigesehnte Verwandtschaft der gewerkschaftlichen Tätigkeit mit der Marxschen Theorie bestanden hat. Sie müssen jetzt auf Grund der Ereignisse und Erfahrungen der Nachrevolutionszeit zu dem Ergebnis kommen, daß tatsächlich nur noch wenig Gemeinsamkeit zwischen Marxismus und Gewerkschaftsbewegung besteht. Und vor allem: sie müssen erkennen, daß bei der Ausdehnung ihres Arbeitsbereiches eine theoretische Übersicht über das Wirtschaftsleben gewonnen werden muß und daß sie zu schaffen ist, sobald die Einsicht wächst, daß aus den Marxschen Theorien keine Anhaltspunkte für Eingriffe in die heutige Wirtschaftsordnung gewonnen werden können.

Schon die Ausdehnung des Wirkungskreises muß ihnen also einen Anreiz bieten, selbstschöpferisch eine Theorie zu bilden. Verstärkend wirkt nun noch in der gleichen Richtung die Enttäuschung, welche entstand, als alle Hoffnungen auf baldige Sozialisierung begraben werden mußten, die vielleicht zur Zeit der Revolution geherrscht haben mochten: die Erfahrungen der Nachrevolutionszeit deckten die Schwächen der Marxschen Sozialisierungstheorie auf, machten das Problem des „Umschlagens“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische akut. „Die hinter uns liegende politische Umwälzung hat die wirtschaftliche Unreife der Arbeiterklasse auf das

41) W. Zimmermann, Die Arbeiterfrage, a. a. O. S. 8 u. 9.

eklatanteste aufgezeigt", so heißt es in dem Eröffnungsaufsatz des „Gewerkschafts-Archivs"[42]). Und damit wird an ein von Marx nicht behandeltes, jetzt zu bestimmender Bedeutsamkeit emporwachsendes Problem gerührt, die Frage der Erarbeitung des Sozialismus. — Diese Kritik an sich selbst, das erwachte Bewußtsein des „Stockens der geistigen Lebenskräfte", der „Verflachung des einst gewaltigen Ethos der organisierten Arbeiterbewegung"[43]), das ist die Atmosphäre, in der eine gewerkschaftliche Theorie geschaffen worden ist. Zeitlich treffen die Bestrebungen, neue Erfahrungen in wirtschaftstheoretische Formeln zu fassen, weitgehend zusammen mit den massierten Rationalisierungsmaßnahmen, sodaß ein erheblicher Teil der gewerkschaftlichen Theorie an der Erörterung der Rationalisierungsprobleme emporgerankt ist.

In zweierlei Richtungen ringen die freien Gewerkschaften um Erfolge, ihre theoretischen Erwägungen können demnach die Rationalisierung und ihre Wirkungen in zweierlei Weise betrachten, ob sie ihren Bestrebungen im Kampfe um innerkapitalistische Besserstellung der Arbeiterschaft dienlich ist, oder ob sie den Trieb zum Sozialismus beflügelt.

---

42) K. Zwing, Gewerkschaftliche Zeitenwende (Gewerkschaftsarchiv, Jahrg. 1, 1924, Heft 1, Bd. 1), S. 3.

43) Zimmermann, a. a. O. S. 26.

Teil III

Sozialökonomische Anschauungen der freien Gewerkschaften zur Rationalisierung.

Kapitel 1:
Betrachtungen im Rahmen des Kapitalismus.

Abschnitt 1:
Rationalisierung und Erwerbslosigkeit.

1. Die Rationalisierung setzt Arbeiter frei.

„Jede Erhöhung der technischen Ergiebigkeit wirtschaftlicher Produktion bedeutet Steigerung der Produktivität menschlicher Arbeit. Steigerung der Produktivität menschlicher Arbeit heißt — bei Festhalten des ursprünglichen Produktionsergebnisses — Ersparung von menschlicher Arbeit“[1]). Auch die Rationalisierung erspart Arbeit und ruft somit Arbeitslosigkeit hervor. Allerdings ist die Fähigkeit der verschiedenen Rationalisierungsmaßnahmen, Menschenkraft zu ersetzen, ungleich: „Für jeden einzelnen Rationalisierungsvorgang muß . . . . hinsichtlich seiner Bedeutung für den Arbeitsbedarf festgestellt werden:

1. Ist er bestimmt, vor allem dem Zwecke einer Verminderung des menschlichen Arbeitskrafterfordernisses für eine gegebene fortlaufende Aufgabe zu dienen?

2. Ist er geeignet, wenigstens vorübergehend eine Erhöhung des Arbeitsbedarfs auszulösen, insbesondere weil seine Ein- oder Durchführung die Schaffung irgendwelcher Anlagen oder Ausrüstungen erheischt: Maschinen, Apparate, Hebezeuge, Transportanlagen, Bauwerke (Stauanlagen, Umbau von Fabriks- insbesondere Kraftanlagen),

3. oder ist er sogar geeignet, dauernd einen Mehrbedarf an gleichzeitig beschäftigten Menschen zu veranlassen“[2]). Die

1) Gerda Leßer, Die Freisetzung des Arbeiters durch die Maschine, Rostock 1928, S. 5.

2) O. v. Zwiedineck-Südenhorst, Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit (Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 2. Jahrg. 1927, Erg.-Heft 1), S. 56.

einzelnen Rationalisierungsmaßnahmen wirken demnach recht verschieden auf den Arbeitsmarkt ein. Dennoch, in ihrer Gesamtheit gesehen, haben sie, wenigstens zunächst, Arbeitskräfte freigesetzt. So heißt es in einem Arbeitsmarktbericht des „Deutschen Volkswirt“[3]: „In Sachsen liegt die Arbeitslosigkeit am stärksten über dem Vorkriegsstand, da die Mittel- und Kleinbetriebe auch noch durch die Zusammenschlußpolitik der Großbetriebe stillgelegt oder abgewandert sind. In einem einzigen Arbeitsamtsbezirk wurden innerhalb des letzten Jahres[4]) 12000 Arbeitskräfte infolge der Rationalisierung freigesetzt. Neben Sachsen und Brandenburg ist auch der Arbeitsmarkt in Hessen durch die Konzentrationsbewegung der Wirtschaft verschlechtert“. Die gleiche Feststellung trifft Hermberg: „Tatsächlich ist die augenblickliche Arbeitslosigkeit erst durch die sogenannte Rationalisierung geschaffen. Noch im Sommer 1925 beschäftigte die Wirtschaft gegenüber 1913 mehr unterzubringende 3 Millionen Arbeitskräfte fast vollständig“[5]). Fritz Tarnow weiß anschaulich von dem Einfluß der Rationalisierung auf die Belegzahl eines Werkes zu berichten: „Einen überwältigenden Eindruck vom Verdrängen der menschlichen Arbeitskräfte durch die Maschine erhält man . . . beim Anblick eines modernen Braunkohlentagebaues. Verschwunden sind die Menschen, die früher wie Ameisen an den freigelegten Kohlen wimmelten und mit der Spitzhacke die Kohle lösten; verschwunden die Füller, die am Fuße des Hanges die Wagen vollschaufelten; verschwunden die Schlepper, die sie abtransportierten; verschwunden die umfangreichen Gleisrückkolonnen, die dauernd in Tätigkeit waren, um die Gleise entsprechend dem fortschreitenden Abbau zu verschieben; verschwunden die Kippkolonnen, die den Abraum in die abgebauten Gruben stürzten.

Heute erinnert ein moderner Braunkohlentagebau auch bei Hochbetrieb an die berühmte Menschenleere des modernen Schlachtfeldes. Auf dem gewaltigen Grubenfeld sind kaum Menschen zu sehen. Mächtige Eimerkettenbagger, dirigiert von der Hand eines einzigen Maschinisten, greifen mit unwiderstehlicher Kraft und Strich für Strich in den Abraum wie in die Kohle, füllen automatisch die Wagen, die in langen Zügen, gezogen von einer elektrischen Lokomotive mit einem Bedienungsmann, an- und abfahren. Das Kippen der Wagen beim

3) „Der deutsche Volkswirt“, herausgeg. v. Gustav Stolper, 4. Jahrg. Nr. 21, S. 674.

4) 1929.

5) P. Hermberg, Notstandsarbeiten und Krisentheorie (Soziale Praxis, 1926, Jahrg. 35 Nr. 47), Sp. 1187.

Entleeren erfolgt durch pneumatische Kraft mittels eines leichten Hebeldrucks durch einen Mann. Die Gleisrückmaschine mit zwei Mann Bedienung fährt die Schienen entlang und schiebt sie fast spielend samt den Schwellen, auf denen sie montiert ist, bei jeder Fahrt um einen halben Meter seitwärts in der gewünschten Richtung“[6]).

Rechnen die Gewerkschaften damit, daß die Rationalisierung wenigstens anfänglich Arbeiter freisetzt, so ist ihnen auch bewußt, daß dieser Vorgang unvermeidlich ist: „Technische und organisatorische Rationalisierungen werden zunächst stets die Freisetzung von Arbeitskräften mit sich bringen, und das Problem der Überwindung der Arbeitslosigkeit, soweit sie Rationalisierungsfolge ist, ist das Problem der Wiederaufsaugung der Arbeitskräfte durch Erweiterung der Produktion auf dem gesenkten Niveau der Unkosten“[7]).

2. Die Kompensation bei Marx.

Den Arbeiter berührt vor allem der Zweifel, ob er wieder eine Arbeitsgelegenheit finden wird, sobald er durch die Rationalisierung, oder wie es früher einfach hieß, durch die Maschine aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen worden ist. Dieses Problem ist schon alt, und gerade in der Kindheit des Kapitalismus zeigte es sich dem von nationalökonomischem Wissen naturgemäß freien Arbeiter von der schrecklichsten Seite, es mußte ihm, der während des Aufkommens der Maschinenanwendung hatte erleben müssen, wie mehr und mehr die Arbeitszeit verlängert wurde, der das Elend des Hungers hatte durchleiden müssen, wenn die Maschine seiner Hände Kraft ersetzte, — einem solchen Arbeiter mußte das Problem, ob er von der Maschine eine Besserung der Lebenslage zu erwarten habe, hoffnungslos erscheinen. So kam es denn auch zu den verzweifelten Leidenschaftsausbrüchen der Arbeiter gegen die Maschinen, zur Maschinenstürmerei, die das Problem durch Vernichtung des gehaßten vermeintlichen Gegners zu lösen hoffte.

Derart krasse, in solchen Zerstörungen sich äußernde Meinungen verloren im Laufe der Zeit innerhalb der Arbeiterschaft an Boden. Und hierbei mag, jedenfalls in Deutschland, der Einfluß der Marxschen Lehren eine Rolle gespielt haben. „Es ist“, so urteilt Ergang[8]), „. . . . zu einem guten Teil dem

6) Fr. Tarnow, Warum arm sein? 3. Aufl., Berlin 1929, S. 32/33.
7) F. Naphtali, Arbeitslosigkeit und Preispolitik (Gewerkschaftszeitung, Jahrg. 36 Nr. 37, 1926), S. 520.
8) C. Ergang, Untersuchungen zum Maschinenproblem in der Volkswirtschaftslehre, Karlsruhe 1911, S. 122.

Verdienste Marxens zuzuschreiben, wenn der heutige deutsche Industriearbeiter — wenn auch in der Hauptsache vorerst noch in der Oberschicht der organisierten Arbeiteraristokratie — der Maschine nicht von vornherein ablehnend gegenübersteht, sondern sich ihr anzupassen bestrebt ist". Aber diese Stellungnahme erklärt sich nicht etwa daraus, daß aus Marxschen Ableitungen hervorginge, es liege in den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft, daß mit Notwendigkeit alle durch die Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit freigesetzten Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden müßten. Ganz im Gegenteil war Marx der Ansicht, daß eine Kompensation im großen und ganzen nicht in Frage käme[9]), vielmehr eine auf die Lohnhöhe drückende industrielle Reservearmee sich bilden müsse.

„Drei Tendenzen", so sagt Gerda Leßer in ihrer Darlegung der Marxschen Theorie, „sind der kapitalistischen Wirtschaft eigentümlich: 1. Die Tendenz der Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit. 2. Die Tendenz der Akkumulation von Kapital. 3. Die Tendenz der Bevölkerungszunahme"[10]. Eine Ausdehnung der Produktion kann in der Weise vor sich gehen, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals die gleiche bleibt, wobei also das variable Kapital in der gleichen Proportion wächst wie der konstante Kapitalteil, der sich darstellt im stehenden Kapital und in dem nicht zu Lohnzahlungen benutzten umlaufenden[11]). „Es bildet sich somit notwendigerweise eine dem Grade der Akkumulation parallel sich erhöhende Nachfrage nach Arbeitskräften"[12]). Aber dieser Fall werde immer seltener, die freie Konkurrenz sorge dafür, daß der Tendenz der Produktivitätssteigerung zum Durchbruch verholfen werde, und das heiße: Anwachsen des konstanten Kapitalteils gegenüber dem variablen, sofern die Maschine dem Unternehmer billiger zu stehen komme als die Anwendung menschlicher Arbeitskraft[13]), die damit ihre Beschäftigung verliert. „Die durch eine Produktivitätssteigerung .... überflüssig gewordenen, daher freigesetzten Arbeiter können nur dann wieder Beschäftigung finden, wenn ein neues Kapital sich bildet, das ihrer bedarf. Das mit der Freisetzung der Ar-

9) Vgl. die Spezialuntersuchung dieser Frage bei Gerda Leßer, Die Freisetzung des Arbeiters durch die Maschine, Rostock 1928, und K. Heimburger, Die Theorie von der industriellen Reservearmee, Halberstadt 1928.

10) Leßer, a. a. O. S. 39 (Die Erörterung der Marxschen Theorien erfolgt im Anschluß an die Ausführungen Leßers und Heimburgers).

11) Vgl. Heimburger, a. a. O. S. 46.

12) Heimburger, ebenda.

13) Vgl. Heimburger, a. a. O. S. 47.

beiter verfügbar gewordene alte Kapital ist nicht imstande, alle freigesetzten Arbeiter wieder zu attrahieren, weil sich bei neuer Verwendung ein Teil von ihm in konstantes verwandelt“[14]). Das sich in höherer organischer Zusammensetzung neu bildende Kapital vermöge relativ weniger Arbeitskraft zu beschäftigen, was aber nicht zu bedeuten brauche, und auf diese Feststellung legt Heimburger großen Nachdruck[15]), daß auch absolut die Attraktionskraft für Arbeiter in der Produktion zurückgehen müsse. Wesentlich sei aber, daß die absolute Zunahme der Resorptionsfähigkeit der kapitalistischen Produktion relativ immer mehr zurückgehe[16]). „Die neu entstehende Arbeitsnachfrage genügt nicht, um die gesamte faktisch und virtuell „freigesetzte“ Arbeiterzahl, sowie alle diejenigen Arbeitskräfte zu absorbieren, die durch die mit dem Vordringen der „kapitalistischen“ Wirtschaft verbundenen Umwälzungen aus ihrer bisher selbständigen Stellung ins Heer der Proletarier gestoßen werden“[17]). Es bleibe ein Rest unbeschäftigter Arbeitskraft. „Zwischen der zunehmenden Masse der Arbeiterbevölkerung und der zunehmenden Zahl der vom variablen Kapital lebenden aktiven Arbeiter entsteht unter „kapitalistischer Anwendung“ des technischen Fortschrittes eine Differenz überflüssiger Arbeitskräfte, die „Surplusbevölkerung““[18]), und diese „industrielle Reservearmee“ habe die Tendenz zu wachsen: „Da mit dem Ausmaß der Kapitalakkumulation, also mit dem Umfang des zusätzlichen Arbeiterbedarfes auch das Ausmaß der Produktivitätssteigerungen, also der Abstoßung beschäftigter Arbeiter, und die Intensität der Bevölkerungszunahme wächst, während die Beanspruchung eine mit den Perioden des industriellen Zyklus wechselnd intensive ist, wächst auch der Umfang der industriellen Reservearmee, sodaß stets freie Arbeiter in einem gewissen Überfluß verfügbar sind“[19]).

Habe der Fortschritt der Technik, die Produktivitätssteigerung, dergestalt Arbeiter freigestellt, so sei damit seine Wirkung auf den Arbeitsmarkt noch nicht erschöpft; vielmehr tendiere er dahin, die Arbeitsverrichtungen zu nivellieren[20]), was zur Folge habe, daß die Arbeiter, alte und junge, männ-

---

14) Leßer, a. a. O. S. 39.
15) Heimburger, a. a. O. S. 48.
16) Vgl. Heimburger, a. a. O. S. 49.
17) Heimburger, ebenda; vgl. Leßer, Die Freisetzung des Arbeiters durch die Maschine, a. a. O. S. 39 f.
18) Heimburger, ebenda S. 50.
19) Leßer, ebenda S. 40.
20) Vgl. Heimburger, a. a. O. S. 52/53.

liche und weibliche sich weitgehend ersetzen, d. h. auf vielen Arbeitsmärkten miteinander konkurrieren können, wodurch die allgemein lohndrückende Tendenz der Reservearmee entstehe. — Verelendung sei das Geschick der Arbeiterklasse im Kapitalismus. Und wenn trotzdem der Einfluß Marxens zu einer Bejahung des technischen Fortschrittes durch die Arbeiter drängte, so deshalb, weil Marx in einer derartigen Entwicklung den Weg in ein besseres Zeitalter, den Sozialismus, sah. Denn nicht die Maschine „an sich" rufe derart verheerende Wirkungen hervor, sondern ihre „kapitalistische Anwendung". Marx führt aus, daß „die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert; an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert; an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht; an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert"[21]). Es ist nach Marx schließlich nur die Hoffnung, durch Erdulden der kapitalistischen Entwicklung ins gelobte Land des Sozialismus zu gelangen, welche die Arbeiterschaft ihre eigene Feindschaft gegen Maschine und technischen Fortschritt vergessen lassen wird.

3. Gewerkschaften und Kompensation in den allgemeinsten Bezügen.

a) Allgemeines zum Thema: Gewerkschaft und Rationalisierung.

Aus dem über Gewerkschaften und Marxismus Gesagten erhellt, daß sie nicht die Marxsche Meinung über den technischen Fortschritt und damit über die heutige Rationalisierung teilen können, und zwar wegen der Unvereinbarkeit von Gewerkschaftsarbeit und Verelendungstheorie[22]), die in der Marxschen Deduktion ein Hauptglied darstellt. Ist aber damit nicht gesagt, daß die freien Gewerkschaften rationalisierungsfeindlich sein müßten, daß sie zu versuchen hätten, den technischen Fortschritt zu verhindern, um wenigstens die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen erhalten zu können? Das würde im Marxschen Sinne den Verzicht auf Erreichung des Endzieles, des Sozialismus, bedeuten. Da hiervon die Rede nicht sein kann, so können die Gewerkschafter nur in dem Falle den technischen Fortschritt begrüßen, wenn sie einen neuen Weg zum Sozialismus zeigen, der nicht über die Verelendung führt. Wollen Sie demnach Stellung nehmen zur modernen Rationa-

21) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Volksausgabe, Berlin 1928, S. 385.
22) Siehe oben Teil II, Kapitel II, Abschn. 1, 3.

lisierung, so müssen sie sich in Gedankengängen bewegen, die von den Marxschen verschieden sind.

Vergegenwärtigt man sich, daß die freien Gewerkschaften bestrebt sind, die Lebenshaltung der in ihnen zusammengeschlossenen Arbeitergruppen zu erhöhen, und vergleicht man damit das Ziel der Rationalisierung, das darin besteht, die Güterproduktion zu verbilligen, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Arbeiterkoalitionen dem Gedanken der Rationalisierung an sich nicht feindlich gegenüberstehen können. So ist es in der Tat. „Die moderne Industriewirtschaft bedingt eine technisch hochentwickelte Durchbildung der Arbeitsmittel, eine rationale Betriebsorganisation, die zu erreichen im Interesse der Leistungsfähigkeit unserer Industrie notwendig ist“[23]). „Die deutschen Gewerkschaften sind keine Maschinenstürmer und werden sich auch hier dem technischen Fortschritt nicht widersetzen“[24]). Und ähnlich heißt es bei Eims: „Der Arbeiter haßt nicht die Technik, er bekämpft nicht seinen „eisernen Kollegen“. Er ist kein Maschinenstürmer. Niemals wendet er sich gegen den technischen Fortschritt, sondern immer nur gegen die Lohnknechtschaft, die ihn wirtschaftlich entwurzelt“[25]). Sogar zum Ziel wird den Gewerkschaften die Rationalisierung: „Ein größerer Gesamtertrag der Wirtschaft ist... unter allen Umständen, auch unter dem fortbestehenden Kapitalismus, ein Ziel der Gewerkschaften, vielleicht sogar, proportional dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften.... auf die Wirtschaftsführung und auf die Verteilung des Ertrages, das allerbedeutsamste Ziel der Gewerkschaften“, sagt Erdmann und meint weiter: „Alle Maßnahmen, die auf eine Steigerung der Produktion abzielen, sind .... für die Gewerkschaften von vitalem Interesse. An der „Ertriebswucht“ der Betriebe, an der Ergiebigkeit der Arbeit sind die Gewerkschaften genau so interessiert wie die Unternehmerschaft. Die Steigerung der Produktion ist eine Bedingung für die Verwirklichung der umfassenden kulturpolitischen Ziele der Arbeiterbewegung, die von den Erträgen der kapitalistischen Wirtschaft in dem erstrebten Umfang nicht finanziert werden können, wenn auch in höherem Maße, als jetzt geschieht“[26]). Olk führt aus: „Wenn Fordismus rasendes Band, Überproduk-

---

23) R. Woldt, Die Stellung der Gewerkschaften zum Problem der Fließarbeit (Gewerkschaftsarchiv, 3. Jahrg. 1926, Bd. IV, Heft 5), S. 243.

24) R. Woldt, ebenda.

25) R. Eims, Krise der Arbeit (Gewerkschaftsarchiv, Jahrg. 5 1928, Bd. 8, Heft 5), S. 263.

26) L. Erdmann, Zu den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften (Die Arbeit, Jahrg. 2 Nr. 7, 1925), S. 394/395.

tion und Desorganisation der Arbeitsmärkte bedeutet, gehört er in den Orkus. Wenn wir unter Fordismus aber die Weitertreibung einer alten wirtschafts-technischen Entwicklung verstehen, durch die allein wirtschaftlicher und kultureller Fortschritt möglich ist, vor allem die Reorganisation unserer Arbeitsmärkte, dann müßten wir ihn erfinden, wenn er noch nicht da wäre“ [27]).

Diese Bejahung der Rationalisierung bedeutet natürlich keinen Übergang mit fliegenden Fahnen zur „bürgerlichen“ Nationalökonomie; denn die Feindschaft gegen den Kapitalismus bleibt bestehen: „Wenn es sich nur darum handelte, wie die Produktion vermehrt werden kann, um die allgemeine Lebenshaltung zu verbessern, wäre die Stellungnahme denkbar einfach; denn keine Bevölkerungsklasse kann an einer solchen Verbesserung ein größeres Interesse haben als die am meisten notleidende. Aber leider liegt das Problem nicht so einfach, weil der natürliche Sinn der Wirtschaft, daß produziert wird, um zu verbrauchen, verlorengegangen ist. Erzeugung und Konsum führen jedes für sich ein Eigenleben, die unmittelbare Verschmolzenheit dieser beiden Seiten der gesellschaftlichen Ökonomie besteht nicht mehr“ [28]).

Nur mit Reserve also gehen die Gewerkschaften an die Beurteilung der sich in der kapitalistischen Wirtschaft vollziehenden Rationalisierung heran, weil diese Wirtschaftsform keine Gewähr dafür bietet, daß die Rationalisierung zu einer verbesserten Güterversorgung der Arbeiterschichten führt. — Ein weiterer Grund für ihre Skepsis liegt in der Anschauung, daß infolge der Struktur des Kapitalismus gewisse Maßnahmen zu „Rationalisierungsmaßnahmen“ erklärt werden könnten, die diesen Namen nicht verdienen. Denn das Erfolgskriterium einer Rationalisierung in der heutigen Wirtschaft sei die Rentabilität. Alle Mittel, welche die Rentabilität erhöhen, seien daher dem Unternehmer genehm. Zwar wirken auch Rationalisierungsmaßnahmen in dieser Richtung, aber das gleiche sei der Fall mit Lohnherabsetzungen, Steigerung der Arbeitsintensität usw.: „Unter dem Schlagwort der Rationalisierung, unter der Tendenz der Unkostenersparung verbirgt sich in der kapitalistischen Wirtschaft nicht nur die Tendenz zur Anwendung höherer Technik und höherer Organisation, sondern auch die Tendenz, einen Druck auf die Arbeiter auszuüben, ihre Arbeit zu beschleunigen, ihre Arbeitskraft rücksichtslos zu verausgaben, ohne Rücksicht darauf, ob die augenblickliche An-

27) Fr. Olk, Ford und wir (Gew. Ztg. Jahrg. 37, Heft 4, 1927), S. 50.
28) Fr. Tarnow, Warum arm sein? a. a. O. S. 16/17.

spannung der Arbeitskraft zu einem vorzeitigen Verzehr der Kräfte der Arbeiter führt“[29]). Der technisch-organisatorische Fortschritt werde bejaht, aber: „Die Arbeiterschaft muß dagegen mit allem Nachdruck kämpfen gegen die Methoden der rücksichtslosen Beschleunigung des Arbeitstempos, gegen die Methoden des Drucks auf eine übermäßige Verausgabung der Arbeitskraft durch die Arbeiter; denn diese Methoden haben mit einer echten fortschrittlichen Rationalisierung nichts zu tun; ich möchte sie als Pseudorationalisierung bezeichnen“[30]). Der gewerkschaftliche Vorstoß gründet sich also nicht auf Rationalisierungsfeindlichkeit, sondern auf Mißtrauen gegen den kapitalistischen Unternehmer: „Über die Notwendigkeit der Rationalisierung selbst kann es angesichts der heutigen Lage der deutschen Wirtschaft nur eine Meinung geben. Die Frage ist nur, was man unter Rationalisierung verstehen soll. Und da besteht die schwere Gefahr, daß man Rationalisierung der Produktion mit Intensivierung der Arbeit verwechselt. Daß man im Unternehmerlager zu dieser Verwechslung gern geneigt ist, versteht sich von selbst“[31]).

b) Allgemeines zum Thema: Gewerkschaften und Kompensation.

Die Zustimmung der Gewerkschaften zur „echten“ Rationalisierung schließt ihre Bereitwilligkeit ein, die auch von ihnen erkannten vorübergehenden ökonomischen Nachteile[32]), also die zeitweilige Freisetzung von Arbeitern, zu erdulden. Nicht mehr mit dem gleichen hoffnungslosen Schreck, der die frühkapitalistischen Arbeiter bei ihrer Freisetzung durch die Maschine befiel, betrachten die Gewerkschaften das durch die Rationalisierung hervorgerufene Phänomen der Arbeitslosigkeit; denn die Erfahrungen vieler kapitalistischer Jahrzehnte haben dargetan, daß die anfangs freigesetzten Arbeiter immer wieder von der Wirtschaft benötigt werden. Die Gewerkschaften können diese Erfahrungen bei der Beurteilung der durch die moderne Rationalisierung geschaffenen Arbeitslosigkeit zugrunde legen, weil auch sie die heutige Rationali-

29) F. Naphtali in seinem Referat „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“, Protokoll des Hamburger Kongresses S. 185/186, zitiert im Handbuch der Gewerkschaftskongresse (herausgeg. v. S. Schwarz), Berlin 1930, S. 327; vgl. ferner K. Schäfer, Die Rationalisierung (Gewerkschaftsarchiv 5. Jahrg., Bd. 8, Heft 1, 1928), S. 10.

30) F. Naphtali, Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, im Handb. der Gew.-Kongr. a. a. O. S. 327.

31) A. Braunthal, Rationalisierung der Produktion oder Intensivierung der Arbeit? (Gewerkschaftsarchiv Jahrg. 3, Bd. 4, Heft 5, 1926), S. 214.

32) Siehe oben Teil III, Kapitel I, Abschn. 1 unter 1.

sierung im wesentlichen als einen forcierten technischen Fortschritt betrachten: „Technische und organisatorische Rationalisierung sind an sich Dauererscheinungen in der modernen hochkapitalistischen Wirtschaft, und was wir in den letzten Jahren in Deutschland auf diesem Gebiet erleben, ist nichts grundsätzlich Neues, sondern nur eine besondere Zusammendrängung des Prozesses der Rationalisierung als Reaktion auf die besondere Unwirtschaftlichkeit des vorangegangenen Jahrzehnts als Folge der Kriegs- und Inflationswirtschaft“ [33]) [34]). Demnach, so nehmen die Gewerkschaften an, muß auch die heutige Rationalisierungsbewegung letzten Endes so ausgehen, daß alle Arbeitskräfte wieder verwandt werden können: „Die Wirtschaftsgeschichte beweist .... auf jeder ihrer Seiten, daß infolge der Umstellung der Produktion usw. auf die Dauer auch nicht ein Arbeiter weniger beschäftigt wird, als wenn die Umstellung nicht erfolgt wäre; vielmehr hat die verbilligte Produktion immer noch den Arbeitsmarkt erweitert und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen“ [35]). Die gleiche Meinung findet in den folgenden Sätzen Ausdruck: „Allerdings, wenn die Vielspindelbohrmaschine, der Druckknopf, die Kaltpresse eine Arbeit für 20 Arbeiter leisten, werden diese in dem ganz bestimmten Arbeitsprozeß natürlich überflüssig.... Diese Entwicklung ist seit dem Tage der schlesischen Maschinenstürmer immer wieder festzustellen. Damals gab es keine elektrische, keine chemische, keine Kaliindustrie, keinen Kohlenbergbau, ganz zu schweigen von den Industrien der Kohlennebenprodukte, und keine, um nur an die jüngste Zeit zu denken, Radioindustrie. Das sind Industrien, die heute in erster Linie den Arbeitsmarkt stützen. Die Weiterverarbeitung, die Veredelung hat gerade in der Übergangszeit zur An-

33) F. Naphtali, Arbeitslosigkeit und Preispolitik (Gew. Ztg. a. a. O.), Seite 520.

34) Einhelligkeit über die Bewertung der „Zusammendrängung des Prozesses der Rationalisierung“, deretwegen Zwiedineck-Südenhorst der modernen Rationalisierung das Gewicht eines strukturellen Moments zuerkennt, besteht allerdings nicht. So bemerkt z. B. Tarnow: bei der Rationalisierung der Wirtschaft ist „nicht die Tatsache an sich das Aufregende, sondern der außergewöhnliche Umfang und die Intensität dieser Erscheinung. In dieser Beziehung unterscheidet sich unsere Zeit so sehr von aller Vergangenheit, auch von den früheren wirtschaftlichen Auftriebsperioden, daß die Rationalisierung unserer Tage in der Tat als eine ganz neuartige Erscheinung betrachtet werden muß, bei der nun auch die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen nicht mehr an der bisherigen Wirtschaftsgeschichte studiert werden können“. (F. Tarnow, Warum arm sein? a. a. O. S. 18.)

35) F. Olk, Rationalisierung und Arbeitsmarkt (Die Arbeit, Jahrg. 3 Nr. 9, 1926), S. 556.

wendung der Maschine in unserer industriellen Erzeugung die Arbeitsmöglichkeiten über das Angebot von Arbeitskräften steigen lassen“[36]).

Abschnitt 2:
Preissenkung und Kompensation.

1. Die Gewerkschaften über die Rolle der Preissenkung bei der Kompensation.

Die Frage, auf welche Weise nun die durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeitermassen wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden, beschäftigt die Gewerkschaftstheoretiker ebenfalls. Im Gegensatz zu Marx stellen sie nicht die Frage in den Vordergrund, ob in den der Rationalisierung folgenden Wirtschaftskreisläufen das zur Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen unbedingt notwendige Kapital sich bildet, sondern bevorzugen einen anderen Gedankengang, der ihnen von ihrer praktischen Tätigkeit im Verteilungsprozeß her geläufig ist: ihr Ausgangspunkt ist die Preislage und deren Veränderung, und zwar erwarten sie die Wiederaufsaugung von den Ausstrahlungen einer durch die Rationalisierung ermöglichten Preissenkung. Damit gewinnt die Preissenkung für die Gewerkschaftsbewegung eine weitere Bedeutung. Bislang war sie von Wichtigkeit allein für die praktischen, auf Reallohnerhöhung gerichteten Zielsetzungen der Gewerkschaften gewesen; jetzt strahlt eine weitere Bedeutsamkeit von ihr aus, indem sie zum Ausgangspunkt sozialökonomischer Überlegungen der Gewerkschaften wird. Die Bejahung der Rationalisierung seitens der Gewerkschaften kann also, sofern eine Preissenkung eintritt, zweierlei Motivationen entspringen, denn einmal kommt die Rationalisierung den praktischen Bestrebungen der Gewerkschaften entgegen, zum zweiten entfällt die Sorge um die Resorption der durch sie freigesetzten Arbeiter.

Wie nun im einzelnen die Preissenkung nach den sozialökonomischen Anschauungen der Gewerkschaften zur Wiederaufsaugung der zeitweilig überzähligen Arbeitskräfte führen soll, darüber gibt es nur grobe Skizzen, jedoch keine genaueren Ausführungen; und diese Andeutungen finden sich durchweg in negativer Ausdrucksweise, denn die Betrachtung der Preissenkung als Initiator der Resorption seitens der Gewerkschaften erfolgte erst, nachdem die erwartete Preisminderung größtenteils ausgeblieben war. Sie lauten dann etwa so: „Statt

36) F. Olk, Ford und wir (Gew. Ztg. Jahrg. 37, Heft 4, 1927), S. 48.

die Erzeugnisse zu verbilligen, den Verbrauch zu steigern, die Erwerbslosen und Kurzarbeiter wieder in den Produktionsprozeß zu ziehen, bleibt auf dem Gebiete der Preisbildung und dadurch auf dem Gebiete des Realeinkommens der Verbrauchermassen alles beim alten“[37]).

Naphtali stellt fest, daß zwar die Großhandelspreise zwischen Ende Juli 1925 und Ende Juli 1926 etwas zurückgegangen seien, nicht hingegen die Kleinhandelspreise und insbesondere die Lebenshaltungskosten. Er knüpft daran die Bemerkung: „Gleichzeitig aber hat durch Lohndruck, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit eine weitere Einschränkung der Kaufkraft eines erheblichen Teiles der Arbeiterschaft stattgefunden. Das bedeutet, anders ausgedrückt, daß diejenige Folge der Rationalisierung, die über die Preissenkung zur Markterweiterung und damit zur Wiederaufsaugung der freigesetzten Arbeitskräfte führen kann, bisher fast gar nicht eingetreten ist“[38]). Bei Olk heißt es: „Soll eine dauernde Entspannung des Arbeitsmarktes von den Neuerungen chemischer und technischer Art ausgehen, dann müssen die sinkenden Gestehungskosten der Kaufkraft zugute kommen, sich marktpolitisch auswirken, dann muß Schluß gemacht werden mit dem Unfug, daß eine falsche Wirtschaftsführung und ein rückständiger Produktionsapparat die Erfolge der Rationalisierung an den einzelnen Stellen auffressen. Und das geht nur, wenn sich die verbilligte Produktion unmittelbar auswirkt auf Preis und Lohn“[39]).

2. Übereinstimmung in dieser Frage mit „bürgerlichen“ Nationalökonomen.

Mit dieser Auffassung bewegen sich die Gewerkschafter durchaus im Rahmen einer „bürgerlichen“ Theorie: Verbesserung der Produktionsweise setzt einerseits Arbeitskräfte frei, verbilligt andererseits die in den verbesserten Betrieben hergestellten Produkte, sodaß deren Käufer mit ihren freigewordenen Einkommensteilen auf anderen Märkten kaufkräftige Nachfrage entwickeln können. Durch die dort vor sich gehende Preissteigerung mit folgender Gewinnerhöhung wenden sich diesen betreffenden Gewerbezweigen Kapitalien zu, sie werden ausgedehnt und saugen die anfangs freigesetzten Arbeitskräfte wieder auf. Bauen die Gewerkschaften auf einen derartigen

37) Zur Lage der deutschen Wirtschaft (Gew.Ztg. Jahrg. 36 Nr. 37, 1926), S. 518.

38) F. Naphtali, Arbeitslosigkeit und Preispolitik (Gew.Ztg. Jahrg. 36 Nr. 37, 1926), S. 521.

39) F. Olk, Rationalisierung und Arbeitsmarkt (Die Arbeit, Jahrg. 3 Nr. 9, 1926), S. 560.

Gang der Ereignisse, so müssen sie im bürgerlichen Lager Gesinnungsgenossen finden, wie es in der Tat geschehen ist. So sagt beispielsweise Zwiedineck-Südenhorst[40]: „Die Arbeitslosigkeit der Ausgestellten dauert unter normalen Anpassungsverhältnissen .... nur solange, bis andere Arbeitsgelegenheiten sich bieten. Und in der Richtung kommt es allerdings auf die Sicherheit an, mit der das Preisgefüge der Wirtschaft reagiert". Tritt die Verbilligung ein, „... so ist die Rationalisierung in ihrer letzten Auswirkung eben der Weg einerseits zur Erweiterung der Lebensführung, andererseits zur anderweitigen Wiederverwendung der durch die Rationalisierung frei gewordenen Arbeitskräfte. Aber freilich muß da ausdrücklich die Voraussetzung betont werden: die Rationalisierungswirkung in der Richtung des Preises muß sich wie eine Welle ungehemmt bis zum letzten Konsumenten fortsetzen. Wo das nicht zutrifft — und das ist in der Regel immer dann zu beobachten, wenn Verbandsbildungen oder sonstige Organisierungen der Wirtschaft sich die Ausnutzung der Produktivitätssteigerung für das eigene Einkommen zum Zweck setzen —, wo also die Produktivitätssteigerung die durch sie ermöglichte Verbilligung des Konsumgutes nicht herbeiführt, überall da kann die gesellschaftliche Nutzwirkung der Rationalisierung eben auch nicht in die Erscheinung treten, oder jedenfalls nur abgeschwächt"[41], dort also sei eine Wiederaufsaugung der Arbeitskräfte in Frage gestellt. Auch Briefs betrachtet den Zusammenhang zwischen Preisreaktion und Resorption: „Die zeitliche Häufung der Rationalisierung ist es, die in großem Umfange Freisetzung von Kräften bezw. ein Aussetzen des Nachfragezuwachses bedeutete, und diese zeitliche Häufung im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die wirtschaftliche Wirkung der Rationalisierung in Gestalt von steigenden Löhnen und sinkenden Preisen ausblieb. Damit wurde die Ursachenkette unterbrochen, die bei freier Konkurrenz die Rationalisierung der Produktion begleitet, nämlich, daß die an einer Stelle freigesetzten Kräfte infolge gesteigerter Kaufkraft der Einkommen an anderen Stellen wieder aufgesaugt werden können"[42][43]).

40) O. v. Zwiedineck-Südenhorst, Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit a. a. O. S. 58.

41) Zwiedineck-Südenhorst, Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit a. a. O. S. 58f. Vgl. ebenda S. 75/76.

42) G. Briefs, Bevölkerungsbewegung und Arbeitsmarktentwicklung (Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 2. Aufl., 1. Bd.) Berlin 1929, S. 71/72.

43) Ganz grundsätzlich erklärt Bonn: „Der Kapitalismus als soziales System hat aber nur dann Sinn, wenn er das Auseinanderbrechen von

3. Das Scheitern des gewerkschaftlichen Gedankenganges in der Praxis.

Bemerkenswert an den gewerkschaftlichen Äußerungen über die Kompensationsmöglichkeit ist, daß die Gewerkschafter als Gegner einer durch den Markt und die freie Konkurrenz organisierten Wirtschaft von diesem Ordnungsprinzip — denn dadurch soll ja die Preissenkung herbeigeführt werden — einen Erfolg in der Richtung ihrer Alltagspolitik, der ohne ihr Zutun erreicht werden sollte, erwarten und sich derart alte liberalistische Gedankengänge zu eigen machen. Es bestand also bei ihnen die Bereitwilligkeit zuzugeben, daß sogar ohne aktives Eingreifen ihrer Organisationen der Kapitalismus in gewisser Hinsicht auch der Arbeiterschaft Nutzen stiften könne.

Bald aber trat ein Umschwung der Meinungen ein; denn die erhoffte Preissenkung blieb aus mehreren Gründen aus, so einesteils, weil die Rationalisierung in vielen Fällen eine technische und nicht eine ökonomische gewesen war[44]), und zum anderen, weil der heutige Kapitalismus nicht mehr identisch ist mit dem vom ursprünglichen Liberalismus betrachteten, man also auch von ihm nicht erwarten darf, was seiner Struktur nicht entspricht. Man muß sich vergegenwärtigen, welchen Umfang die Verbandsbildungen in der heutigen Industrie angenommen haben, in welchem Maße dadurch die Konkurrenz ihren Charakter geändert hat. Briefs spricht davon, „daß in den Fluß der rein individualwirtschaftlichen Kausalprozesse Stauwehren anderer Herkunft eingebaut sind und sich in hohem Grade verfestigt haben“[45]). Dieser Stauwehren gäbe es viele, z. B. Zollschutz und -schranken, ferner Kartelle, welche der Gewinnsicherung der Grenzproduzenten dienten und eine eigene Art von Konkurrenzkampf mit sich brächten, den Quotenkampf und -kauf, d. h. die „Abfindung der Vorbesitzer durch Renten“[46]). Dieser „friedliche Interessenausgleich zwi-

Konsum und Produktion immer wieder durch Verbilligung überwindet“. „Was den Kapitalismus mit seiner ungleichen Teilung der Lebenslose lebensfähig gemacht hat, war seine Fähigkeit, durch Verbilligung des Produktionsprozesses immer größere Gütermengen zu schaffen und immer breiteren Schichten, auch wenn ihr Einkommen ein geringes bleibt, durch Preisfall steigenden Anteil an den materiellen Gütern des Lebens zu geben. Der Kapitalismus kann nicht existieren, wenn er seine Aufgabe nur darin sieht, den Besitzern von Kapital eine Rente zu sichern.“ (M. J. Bonn, Das Schicksal des deutschen Kapitalismus, Berlin 1926, S. 30.)

44) Vgl. A. Ammon, Das Lohnproblem, Gefahren der Lohnsteigerungen, Berlin 1930, S. 49.

45) G. Briefs, Wirtschaftslage und Gewerkschaftskrisis (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 2 Nr. 52, 1926), S. 1754.

46) G. Briefs, ebenda.

schen den Unternehmungen bringt Belastungen mit sich, die die freie Konkurrenz nicht auftreten ließ. Daher rührt es zum Teil, daß die Verbilligung der Preise und die Erhöhung der Löhne, die aus der Rationalisierung folgen konnte, vielfach nicht eintritt. Die Herstellung der Interessensolidarität und des Interessenausgleichs innerhalb der Produzentenverbände ist mit Kosten belastet, die einen Teil der möglichen Preissenkung privatwirtschaftlich unmöglich machen"[47]). Damit ist aber die Konkurrenz als Organisationsprinzip der heutigen Wirtschaft nicht ausgeschaltet: „Es kommt... nicht darauf an, daß sich die Konkurrenz vor aller Augen in einem wilden Kampf äußert, es genügt, wenn sie hinter den Kulissen bleibt, aber doch als Regisseur des auf der Bühne sich abspielenden wirtschaftlichen Schauspiels tätig ist"[48]).

Aber die Modifizierung des Konkurrenzprinzips hat verhindert, daß die Rationalisierung sofort zu einem Preisfall führte: „Die verbandswirtschaftliche Durchorganisierung der gegenwärtigen Wirtschaft ist eine Barriere für die Anpassung von Angebot und Nachfrage. Der Syndikatskapitalismus entlastet zwar auf der einen Seite den Arbeitsmarkt, indem er Betrieben eine Rente zusichert, die sie bei freier Bewegung der Warenpreise nicht erzielen könnten; auf der anderen Seite aber unterbricht er die preis- und einkommensmäßige Weiterwirkung der Rationalisierung, indem er die Preise nach den teuersten Produktionskosten ansetzt; der dadurch gesenkte Reallohn ist die Prämie, die der Arbeiter für seine Beschäftigung an dem kartellierten Unternehmen zahlen muß, und unterbindet dadurch die allmähliche Resorption der schon freigesetzten Arbeitskräfte"[49]). Nicht genug damit, „erweist sich die Differentialrente[50]) als ein Faktor von höchster dynamischer Kraft"[51]). Denn diese Sondergewinne ermöglichten es, die Rationalisierung weiterzutreiben, was wiederum Freisetzung von Arbeitermassen bedeute, „.... so daß der unheilvolle Zirkel entsteht: Rationalisierung unter Freisetzung von Arbeitskräften löst bei Aufrechterhaltung der Preise und damit verbundener Aushöhlung der Reallöhne die Anlässe zu neuer Rationalisierung und neuer Freisetzung von Arbeitskräften aus"[52]). Die

47) G. Briefs, Wirtschaftslage und Gewerkschaftskrisis, a. a. O. S. 1754.
48) Ad. Weber, Ende des Kapitalismus? 2. Aufl., München 1929, S. 44.
49) Briefs, Bevölkerungsbewegung und Arbeitsmarktentwicklung, a. a. O. S. 73.
50) Das ist die Rente, die von den „Nicht-Grenzbetrieben" in den Kartellen erzielt wird.
51) Briefs, Bevölkerungsbewegung und Arbeitsmarktentwicklung, a. a. O. S. 73.
52) Briefs, ebenda.

einfache Formel von der Preissenkung umfaßt also nicht alle Möglichkeiten einer derartigen Wirtschaft. Sie ist eine Theorie mit unzulänglichen Mitteln. Demgemäß, so kann man fast sagen, mußten die Gewerkschaften nach einer gewissen Zeit von der Rationalisierungsbewegung enttäuscht werden.

4. Die Enttäuschung der Gewerkschaften über den Verlauf der Rationalisierung.

Die Enttäuschung der Gewerkschafter über den Verlauf der Rationalisierung machte sich in heftigen Worten Luft: „Ein Jahr der Rationalisierung liegt hinter uns. Es schließt mit einer derartig traurigen Bilanz (Arbeitslose, Lohndruck, Gefährdung des Achtstundentages usw.) ab, daß alle diejenigen, die sich seit Jahren bewußt für die Rationalisierung eingesetzt haben, in .... Verdacht geraten“[53]). In der Gewerkschaftszeitung wird geklagt: „Eine Rationalisierung, die in den Sphären der Technik und Betriebsorganisation stecken bleibt, die Preise nicht volkswirtschaftlich stark fühlbar senkt, das Millionenheer der Erwerbslosen nicht durch erhöhten Umsatz im Inlandmarkt allmählich wieder in die Betriebe zurückführt — eine solche Rationalisierung ist nichts anderes als ein eigennütziges Gewinnstreben der privatkapitalistischen Unternehmungen in Produktion und Handel auf Kosten der Allgemeinheit“[54]). Die Kritik des Verlaufes der Rationalisierung wird zu einer Kritik des Kapitalismus: „Die Rationalisierung, die in ihrer Theorie ausdrücklich keine Verstärkung des Druckes auf die Arbeiter, keine bloße Intensivierung der Arbeit, ... keine Verlängerung der Arbeitszeit, keine Herabdrückung des Lohnes, keine preiserhöhende Kartellierung ... will, wird in der kapitalistischen Wirtschaft zum direkten Anlaß zur verstärkten Anwendung dieser Methoden“[55]). Diese Äußerung läßt von den ursprünglich an die Rationalisierung geknüpften Hoffnungen nichts mehr spüren. Die gleiche Skepsis gegenüber dem Verlauf der Rationalisierung findet sich bei Olk: „Wovon man soviel redet, von der fließenden Fertigung, der Einschränkung in der Lagerhaltung, der Verkürzung der Fertigungs- und Produktionszeiten usw., ist im Grunde doch nur beschleunigte Verwendung der menschlichen Arbeitskraft. Das Verhältnis von aufgewandter Arbeitszeit und aufgewandter Ar-

53) F. Olk, Rationalisierung und Arbeitsmarkt (Die Arbeit, Jahrg. 3 Nr. 9, 1926), S. 550.

54) Zur Lage der deutschen Wirtschaft (Gew. Ztg. Jahrg. 36 Nr. 38, 1926), S. 535.

55) K. Schäfer, Die Rationalisierung (Gew. Arch. 5. Jahrg., Bd. 8, Heft 1, 1928), S. 11.

beitskraft wird günstiger gestaltet. Wir können diese Entwicklung nicht aufhalten und wollen sie nicht aufhalten. Wogegen wir uns wenden und wenden müssen, ist die Methode, mit der die Beschleunigung in der Verwendung der menschlichen Arbeitskraft erzwungen wird. Sie ist in den Jahren der großen Mechanisierung 1926/27 zu einer vermehrten Ausbeutung geworden, die jeder geistigen Durchdringung entbehrt, die jedes Bestreben vermissen läßt, zur Ausbildung neuer Arbeitsmethoden zu kommen, zu einer neuen Fundierung der Handarbeit und ihrer Vereinigung mit geistiger Leistung. Was sich im Zeichen der Mechanisierung vollzog, ist schließlich Auswirkung des Motors, der Maschine auf die Betätigung des Menschen in der Arbeitsreihe, ist Antreiberei größten Stils; eine Ausnutzung des Arbeiters bis zum letzten Hauch“[56]). Dominante in der Klangfülle dieser Klagen ist die durch „Antreiberei größten Stils“ erzielte „vermehrte Ausbeutung“, d. h. die im Verhältnis zur geleisteten Arbeit zu geringe Ausstattung der Arbeiterschaft mit Gütern oder, umgekehrt ausgedrückt, eine gewisse „Verelendung“ der Arbeiterklasse. Dieses Wort ist von einem Wissenschafter auf die heutige Lage der Arbeiterschaft angewandt worden: die heutige Zeit sei geeignet, „.... aus der sogenannten Marxschen Verelendungstheorie auch denjenigen Wahrheitskern wieder hervortreten zu lassen, der durch die Aufschwungszeiten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verdeckt worden ist: die Auswirkung nämlich, welche die Maschinerie, oder wie wir heute sagen würden, die Rationalisierung in einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit hat“[57]).

Abschnitt 3:
Rationalisierung und Lohnfragen.

1. Lohnerhöhung statt Preissenkung zur Behebung der Unterkonsumtion.

Die Preissenkung trat nicht ein. Damit zerriß die Kausalkette, welche zur Resorption der freigesetzten Arbeiter führen sollte. Der Gedanke liegt nahe, das schadhaft gewordene Glied dieser Kette durch ein anderes, mit gleichen Qualitäten ausgestattetes zu ersetzen. Der Preisfall hatte eine Steigerung der Konsumkraft herbeiführen sollen; denn Unterkonsumtion sei die zu behebende Krankheit: es „.... muß über die Tatsache

56) F. Olk, Erfolg und Krise der Rationalisierung in Deutschland (Gew. Ztg. Jahrg. 37 Nr. 32, 1927), S. 440.

57) R. Wilbrandt, Grundsätzliches zu Notstandsarbeiten, Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik (Soziale Praxis Jahrg. 35 Nr. 49, 1926), Sp. 1243.

Klarheit herrschen, daß wir in Deutschland nicht kranken an Überproduktion, sondern an Unterkonsum“[58]). Dieser Satz steht im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Theorie, die sich im Laufe der letzten Jahre herausgebildet hat. Der Steigerung des Konsums kann nun ebenfalls dienen die Lohnerhöhung, die an Stelle der Preissenkung jetzt das erste Glied jener Kausalkette wird, welche zur Kompensation der mit der Rationalisierung verbundenen Arbeitslosigkeit führen soll: „Das wird auch diesmal in der Rationalisierungszeit so bleiben“, heißt es in einem Aufsatz der Gewerkschaftszeitung, und damit ist die mangelnde Resorption der durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeitermassen gemeint, „wenn nicht die Arbeiterschaft in ihren gewerkschaftlichen Verbänden die Kräfte auslöst und in die Wirtschaft schaltet, die den Kreislauf der Wirkungen erst auf dem Wege über Lohnerhöhungen, Zurückführung der Erwerbslosen in die Betriebe und dann die Verbilligung der Preise erzwingen“[59]). „Den Gewerkschaften wäre schon ein Preisabbau durch die Rationalisierung erwünscht, weil der Preisabbau der Gesamtheit der Konsumenten zugute kommt; aber es gibt in der kapitalistischen Wirtschaft keine Stellung, die den Preisabbau garantieren kann, vor allen Dingen haben die Gewerkschaften keine Macht in Händen, die Früchte der von ihnen selbst geforderten Rationalisierung .... anders zu ernten, als daß sie versuchen, höhere Löhne zu erlangen. Der Lohnkampf wird den Gewerkschaften aufgezwungen, weil keine Garantie für den Preisabbau gegeben ist“[60]).

2. Die bisherigen gewerkschaftlichen Lohntheorien.

Eine Beschreibung und Kritik der im Laufe der Zeit aufgetauchten Lohntheorien der Gewerkschaften gibt Herkner[61]). In der Vorkriegszeit habe es eine gewerkschaftliche Lohntheorie noch nicht gegeben: „Die Gewerkschaftsführer besaßen für theoretische Arbeiten weder Zeit noch Beruf noch Neigung. Sie hielten sich ausschließlich an die von ihnen selbst oft recht teuer erkauften Erfahrungen“[62]). Wurde von

58) Zur Lage der deutschen Wirtschaft (Gew. Ztg. a. a. O.), S. 535.
59) Zur Lage der deutschen Wirtschaft (Gew. Ztg. a. a. O.), S. 547; vgl. auch W. Eggert, Rationalisierung und Arbeiterschaft, Berlin 1927, S. 26.
60) „Auf dem Wege zu einem Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften“ (Afa-Bundeszeitung Jahrg. 8, Heft 4 1926), S. 67.
61) H. Herkner, Die Lohntheorie der deutschen Arbeiter- und Arbeitgeberverbände seit der Stabilisierung der Valuta (Wirtschaftstheorie der Gegenwart, Bd. 3 1928), S. 85 ff.
62) Herkner, ebenda S. 86.

der Arbeiterschaft überhaupt theoretisch gearbeitet, so geschah es seitens der Partei: „Theorie wurde nur von den Angehörigen der sozialdemokratischen Partei getrieben, und zwar fast ausschließlich im Banne des Marxismus“[63]).

Nach dem Kriege habe sich darin eine Änderung vollzogen, auch die Gewerkschaften widmen sich jetzt theoretischen Arbeiten[64]), von deren Anfängen jedoch Herkner nicht sehr hoch denkt; denn es komme ihnen weniger darauf an, „.... der Bewegung auf Grund tieferer wissenschaftlicher Einsicht neue Ziele zu setzen, als die Politik, welche die Massen verlangten, besser zu begründen und wirksamer zu verteidigen“[65]). Bei der sozialistischen Gegnerschaft gegen das arbeitslose Einkommen — man spricht vom „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ — und bei der Anschauung, daß die Besitzeinkommen überflüssig seien, ist es verständlich, daß, solange noch arbeitslose Einkommen in der Wirtschaft bestehen, immer weitere Forderungen auf Lohnerhöhungen gestellt werden. „Wir können .... ehrlicherweise nicht bestreiten, daß wir, solange die kapitalistische Profitwirtschaft besteht, immer nur Erhöhung des Lohnanteils fordern werden; denn der Zeitpunkt, wo wir 100 % des Möglichen erreicht haben werden, kann erst jenseits der kapitalistischen Wirtschaft liegen“[66]). Also kann man bei diesen Folgerungen noch nicht von „Theorien“ sprechen, höchstens von „Axiomen“.

Das erste vorgestellte Ziel der gewerkschaftlichen Lohnforderungen, die auf Grund des „Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag“ erhoben wurden, war nach Herkner die Zurückgewinnung des „Lohnanteils der Vorkriegszeit“[67]). Dann trat das Streben nach „Erzielung des Weltlohnes“ auf (Herkner). „Es ist durchaus verständlich“, so bemerkt Herkner dazu[68]), „daß die internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse, welche die vom Völkerbund ins Leben gerufene Internationale Organisation der Arbeit anstrebt, auch das Ideal einer internationalen Angleichung der Löhne erzeugt. Dabei denkt die Arbeiterorganisation allerdings nicht daran, einen mittleren Weltlohn als Norm zu erklären, so daß die Länder mit höheren Löhnen diese entsprechend zu senken und Länder

63) Herkner, ebenda S. 86.
64) Herkner, ebenda S. 87.
65) Herkner, ebenda.
66) F. Tarnow, Das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik (Gew. Ztg. Jahrg. 34 Nr 35, 1924), S. 315.
67) Herkner, ebenda S. 88.
68) Herkner, ebenda S. 90.

mit niedrigeren Löhnen eine Steigerung zu bewirken hätten. Die Angleichung soll einseitig in dem Sinne erfolgen, daß der höchste Lohn, der irgendwo besteht, auch für andere Völker als Vorbild hingestellt wird". Es findet sich also hier noch eine ganz unökonomische Betrachtungsweise, welche nicht nach Bedingtheiten fragt, vielmehr in der gewalttätigen machtpolitischen Lösung des gordischen Knotens bereits die tatsächliche gefunden zu haben glaubt.

Allzu sehr hindert in dieser Zeit die im Gegenschlag auf die seit 1919 sich vollziehende Reaktion[69]) immer wieder betonte grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Kapitalismus die Gewerkschaften daran, dessen Gesetzmäßigkeiten nachzugehen: „Die Erkenntnis, daß das Lohnproblem einer bleibenden Lösung nur näher gebracht werden kann, wenn an Stelle des Individualbesitzrechts an den Produktionsmitteln eine Rechtsordnung tritt, die auf sozialem Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln ruht, muß zum unauslöschlichen Bewußtseinsinhalt eines Gewerkschafters gehören"[70]). Dem Gewicht gegenüber, das sie auf diese Feindschaft legen, verliert die Beachtung der Gesetzmäßigkeiten der konkreten Wirtschaftsordnung bezw. der Eifer zur Aufstellung einer eigenen innerkapitalistischen Lohntheorie an Bedeutung. Gewiß habe auch dieses Problem seinen Wert für die Arbeiterschaft, denn: „Der Arbeiter soll erkennen, daß die in der privatkapitalistischen Wirtschaftsform gebotenen Möglichkeiten zur zeitweiligen Steigerung des Lohnanteils von der dem Wirtschaftssystem eigenen Gesetzlichkeit eng umgrenzt sind. Das heißt mit anderen Worten: Der Lohnanteil, der nur eine Bezahlung für die Ware Arbeitskraft ist, untersteht als solche den gleichen preisgestaltenden Faktoren, wie sie auch auf alle übrigen Warenpreise des freien Marktes mehr oder weniger stark einwirken"[71]). Das Ziel des Gewerkschaftskampfes sei aber gerade die Beseitigung der Marktwertung der Arbeit: „Die nur ihre Arbeitskraft besitzenden Menschen .... ringen .... um die Differenz zwischen der Bewertung der menschlichen Arbeitskraft nach privatkapitalistischen Grundsätzen und der möglichen Bewertung einer auf gleicher Rechtsbasis aufgestellten sozialen Einschätzung"[72]). Zwar wird hingewiesen

69) Über diese Reaktion vgl. W. Zimmermann, Die Arbeiterfrage in Deutschland nach dem Kriege, Berlin 1925, S. 42 ff.

70) M. Stürz, Zum Problem der gewerkschaftlichen Lohnpolitik (Gew. Arch. 2. Jahrg. Bd. 2, Heft 2, 1925), S. 73.

71) M. Stürz, Zum Problem der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, a. a. O. S. 73.

72) Stürz, ebenda S. 74.

auf die Begrenzung der Lohnsteigerungsmöglichkeit im Kapitalismus, aber angesichts der Betonung des antikapitalistischen Strebens der Gewerkschaften ist das Interesse dafür, die Auswirkungen von Lohnsteigerungen im Rahmen des Kapitalismus zu verfolgen, zu gering, als daß es zur Ausbildung einer Theorie über die Möglichkeit der Lohnsteigerung Veranlassung geben könnte. Zu welchen Anschauungen die mangelnde Ausbildung einer innerkapitalistischen Theorie aber führen kann, dafür ein Beispiel: „Eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 1 Pfg. pro Stunde für jeden Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland bedeutet eine wöchentliche Kaufkraftsteigerung von zirka 10 Millionen Mark und eine halbe Milliarde im Jahre oder eine Warenmenge, die herzustellen zirka 50000 Arbeiter erfordert. Jede Erhöhung der Arbeitslöhne vermindert die Zahl der Arbeitslosen“[73]).

3. Das Kaufkraftargument.

a) Allgemeines.

Starken Anteil an der Vertiefung und Ausarbeitung der gewerkschaftlichen Theorien über die Lohnfrage hat die Rationalisierungsbewegung. Wie bereits dargestellt wurde[74]), erwarteten die Gewerkschafter, durch Preissenkung in den Genuß des Rationalisierungserfolges kommen zu können, wurden aber in ihrer Hoffnung enttäuscht. Als geeignetes Mittel ihren Anteil zu erringen, erschien ihnen dann die Lohnbewegung; Unterkonsumtion war die Krankheit, Lohnsteigerung oder, wie sie auch genannt wird, Kaufkraftsteigerung die Therapie. Mit dieser Betrachtungsweise der Lohnerhöhung ist ein bedeutender Schritt nach vorwärts getan, da die Gewerkschafter auf die Art gezwungen werden, ein theoretisches Bild der möglichen Wirkungen einer Lohnsteigerung zu entwerfen. Es wird nun der Versuch gemacht, eine geschlossene Theorie der Lohnsteigerung, wenigstens in ihren Umrissen, aufzustellen.

b) Amerikanische Ideologien und das Kaufkraftargument.

Der Gedanke, mittels der Kaufkraftausdehnung die Kompensation zu erzwingen, steht bei Karl Zwing[75]) im Vordergrund. „Die heute in der Wirtschaft bestimmenden Kreise wollen nicht einsehen, daß Rationalisierung der Wirtschaft

73) G. Riemann, Die sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen hoher Löhne (Gew. Ztg. Jahrg. 35 Nr. 19, 1925), S. 260/261.

74) Siehe oben Teil III, Abschnitt 2.

75) K. Zwing, Rationalisierung und Löhne (Gew. Arch. Jahrg. 5, Bd. 8, Heft 1, 1928).

nicht nur bedeutet, Mehrung der Produktion pro Kopf der Wirtschaftstätigen, sondern auch Mehrung des Umsatzes pro Kopf der Wirtschaftstätigen. Eine Steigerung der Produktion pro Kopf ohne Mehrverbrauch pro Kopf bedeutet Erhöhung der Arbeitslosigkeit und diese wieder noch geringeren Verbrauch. Sollte daher die Rationalisierung, d. h. Erhöhung der Produktion pro Kopf, wirklich Erfolge zeitigen, so ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß neben der Verbesserung der Technik und Erhöhung der Produktion pro Kopf eine Steigerung der Reallöhne und eine Senkung der Preise nebenhergeht"[76]). Ein Musterbeispiel für diesen Gang der Geschehnisse seien die Vereinigten Staaten: „Hier sehen wir gewissermaßen die natürliche Entwicklung der Rationalisierung. Andauernde Senkung der Preise, andauerndes Steigen der Löhne, dadurch herbeigeführter Mehrverbrauch, der wieder belebend auf die Produktion wirkt"[77]). In Deutschland hingegen lägen die Dinge ganz anders, niederer Lohn und hohe Preise bewirkten geringe Kaufkraft. Dieser Zustand müsse, wie das Beispiel Amerikas zeige, beseitigt werden: „Einer Begründung der von den Gewerkschaften zu stellenden Lohnforderungen bedarf es nach diesen Gegenüberstellungen amerikanischer und deutscher Lohn- und Preisentwicklung . . . nicht. Die Lohnkämpfe sind zur volkswirtschaftlichen Notwendigkeit geworden"[78]).

Das Beispiel der Vereinigten Staaten verfehlt demnach nicht seine Wirkung auf die deutschen Gewerkschafter, welche sich daher auch den dort vertretenen Ideologien anschließen. Das geschieht z. B. in einigen Artikeln der Gewerkschaftszeitung aus dem Jahre 1927, worin den in den Büchern „Das Rätsel hoher Löhne" und „Das ist wirtschaftlicher Wohlstand"[79]) von Austin-Lloyd beziehentlich von Garett niedergelegten Gedanken zugestimmt wird. Diese für die amerikanische Auffassung typischen Gedanken betonen nämlich die Wichtigkeit der Absatzvermehrung durch die Erhöhung der Kaufkraft auf dem Wege über die Ausdehnung des Lohnfonds. Garett nennt die amerikanische Theorie die des „ausdehnbaren Lohnfonds". Dieser Theorie schließt sich die Gewerkschaftszeitung voll an: „Der „ausdehnbare Lohnfonds" existiert bei einer Produktionspolitik, die bei fortgesetzter Steigerung der Leistungen zugleich nach einer breiten

76) Zwing, Rationalisierung und Löhne, a. a. O. S. 44.
77) Zwing, ebenda.
78) Zwing, ebenda S. 45.
79) B. Austin-W. Fr. Lloyd, übersetzt von Trapp, Das Rätsel hoher Löhne, Braunschweig 1926.
G. Garett, Das ist wirtschaftlicher Wohlstand, Freiburg 1926.

Absatzbasis trachtet und diese bewußt dadurch schafft, daß sie das Wachstum der Konsumkraft konsequent steigert mit dem Wachstum der Produktionskraft"[80]). Die Frage, ob auch in Deutschland der Lohnfonds ausgedehnt werden könne, wird unbedenklich bejaht[81]), weil man nicht daran glaubt, daß die amerikanische Prosperität die Frucht besonders günstiger Umstände sei. Die wesentlichste Voraussetzung zur Erzielung des Wohlstandes ist also nach gewerkschaftlicher Anschauung die proportionale Ausdehnung von Produktivitätssteigerung und Kaufkraft, beziehentlich sogar das Vorangehen der Nachauf diesem Wege.

Unversehens hat sich unter dem Eindruck der amerikanischen Ideologien der Zweck der Lohnerhöhungen gewandelt und geweitet und damit auch deren sozialökonomische Betrachtung durch die Gewerkschaften. Nicht mehr erschöpft sich die Wirkung der Lohnsteigerung in dem Auslösen des Kompensationsprozesses, sie stellt vielmehr darüber hinaus den Weg dar, der zu wirtschaftlicher Blüte führt; denn die Lohnaufbesserung wird als das geeignete Mittel angesehen, die Unterkonsumtion, die mangelnde Kaufkraft, welche nach gewerkschaftlicher Anschauung das Gedeihen der Wirtschaft verhindere, zu beseitigen. Absatzfragen sind es, welche bei der theoretischen Betrachtung der Lohnsteigerung in den Vordergrund rücken; die Frage, ob die Lohnerhöhung eine Resorption der durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeitermassen bewirkt, wird eingeschlossen in die weitere Fragestellung, inwieweit sie die Absatznot zu beheben vermag und damit zu wirtschaftlichem Wohlstand führen kann.

c) Das Kaufkraftargument bei Nölting.

Beispiele für diese Art, das Lohnproblem zu betrachten, finden sich außer in den bereits genannten, die amerikanischen Ideologien verherrlichenden Aufsätzen sehr zahlreich. So stellt auch Nölting das Absatzproblem in den Vordergrund[82]). Er unterscheidet zwei Arten von Lohntheorien: die „produktivistische" oder „Kostentheorie", welche seitens der Unternehmerschaft vertreten werde, und demgegenüber die „ethische" arbeiterschaftliche Theorie, welche aber in letzter

80) Die Lohnfrage (Gew. Ztg. Jahrg. 37 Nr. 11, 1927), S. 143.

81) Ausdehnbarer oder unveränderlicher Lohnfonds? (Gew. Ztg. Jahrg. 37 Nr. 14, 1927), S. 184.

82) E. Nölting, Der volkswirtschaftliche Sinn der Gewerkschaften (Die Arbeit, Jahrg. 3 Nr. 3, 1926), S. 167 ff.

E. Nölting, Die Lohnfrage im Lichte der neuen Wirtschaftsentwickelung, Berlin 1927.

Zeit der Unternehmertheorie auf das Gebiet der Ökonomik gefolgt sei und sie dort erfolgreich bekämpfe und zwar von drei Seiten[83]): einmal brauche bessere Entlöhnung nicht die Kosten zu erhöhen, weil ihr bessere Leistungen entspringen können; zum andern sei nicht notwendigerweise durch Lohnerhöhung eine Gewinnminderung bedingt, denn hohe Löhne reizten zur Rationalisierung an und ersparten somit Lohn; und schließlich: volkswirtschaftlich gesehen dürfe man den Arbeitslohn nicht allein als Kostenfaktor betrachten, er sei gleichzeitig auch Einkommen und somit Kaufkraft: „Man kann nicht den Lohnempfänger im Arbeiter treffen, ohne auch zugleich den Konsumenten in ihm zu schädigen“[84]). Und diese arbeiterschaftliche Kaufkraft sei gerade in letzter Zeit für die Wirtschaft von eminenter Bedeutung geworden: wir stehen „.... vor einer ökonomisch zusammengeschrumpften Welt, auf die sich der plötzlich zu groß gewordene Produktionsapparat durch Stillegungen, Arbeiterentlassungen, Kurzarbeit und Konkurse einrichten muß“[85]). Denn: „Ein Prozeß der Gegenkolonisation, der Enteuropäisierung der Weltwirtschaft hat begonnen, an dessen ersten Anfängen wir heute stehen, dessen Wirkungen wir aber bereits verspüren. Gewaltige Kontinentalwirtschaften lösen sich ab aus einer bisher unter der Hegemonie Europas stehenden Weltwirtschaft und ringen um ihre ökonomische und soziale Autonomie“[86]). Die Ungunst der Lage auf dem Weltmarkt lenke den Blick auf den Binnenmarkt: „In dem Maße, wie der Auslandsmarkt sich uns verweigert, wird aber der Inlandmarkt unser Schicksal. Und damit wird eine neue Seite des Lohnes entdeckt: der Lohn als Konsumfaktor“[87]). Werde also der Arbeitslohn ermäßigt, so sei das mit Gefahren für die Wirtschaft verknüpft, umso mehr, als die Lohnherabsetzung noch mit relativer Schärfe erfolgen müßte. Denn der Gewinn errechne sich aus zwei Faktoren, dem Reingewinn pro Stück und der Zahl des Absatzes. Vermindere sich der Absatz, die Zahl der Stücke, so suche der Kapitalist sich am Lohn schadlos zu halten. Nun wirken aber die verschiedenen Produktionsfaktoren, sollen sie das Optimum des Nutzens erreichen, in ganz bestimmter Proportion zusammen. Werde durch die Absatz-

---

83) Nölting, Der volkswirtschaftliche Sinn der Gewerkschaften, a. a. O. S. 170.
84) Nölting, ebenda.
85) Nölting, ebenda.
86) E. Nölting, Die Lohnfrage im Lichte der neuen Wirtschaftsentwickelung, Berlin 1927, S. 10.
87) Nölting, ebenda.

minderung das Optimum nicht mehr erreicht, so müsse, soll der Gewinn erhalten bleiben, der Lohn unverhältnismäßig schärfer herabgesetzt werden, als der Minderung des Absatzes entspreche. Die gegenwärtige Situation der deutschen Wirtschaft sei die, „. . . . daß sie durchweg nur mit Unternutzung zu arbeiten vermag, weil der durch Überpreise und Unterlöhne geschwächte Markt die Aufnahme größerer Produktionsmassen verweigert. Damit aber hebt sich der Preis der anderen sachlichen Kostenfaktoren des Produktionsprozesses, und auch der stärkste Druck auf den Kostenfaktor Lohn vermag die Tendenz der wachsenden Gestehungskosten nicht in eine rückläufige Bewegung zu verwandeln, ganz abgesehen davon, daß der Lohndruck die Chancen für jede kommende Produktionsreihe immer ungünstiger gestaltet“[88]). Denn wohl einzelnen Unternehmern möge eine Lohnherabsetzung zur Rentabilität verhelfen, aber niemals der Gesamtheit der Wirtschaft: „Was für jeden einzelnen Unternehmerproduzenten rentabel ist, bedeutet . . . für die gesamte Klasse eine unentrinnbare Sackgasse, weil die Proportionalität zwischen Produktionskraft und Verbrauchskraft innerhalb des volkswirtschaftlichen Prozesses damit verloren geht“[89]). Nölting sucht also den Nachweis zu führen, „daß eine Erhöhung der Löhne in der derzeitigen Situation nicht nur ein Interessenziel der Arbeiterklasse und ein Gebot sozialer Gerechtigkeit darstellt, sondern eine notwendige Voraussetzung einer gedeihlichen ökonomischen Fortentwicklung“[90])[91]).

d) Die Ausgestaltung dieser Theorie bei Tarnow.

Die umfassendste Ausgestaltung der behandelten „Kaufkrafttheorie des nationalen Wohlstands“ — so nennt Röpke

88) Nölting, Der volkswirtschaftliche Sinn der Gewerkschaften, a. a. O. S. 171.

89) Nölting, ebenda.

90) E. Nölting, Die Lohnfrage im Lichte der neuen Wirtschaftsentwickelung, a. a. O. S. 15.

91) Es sei hier vermerkt, daß aus den Reihen der Gewerkschafter selber auf die Möglichkeit eines Einwands gegen diese optimistische Auffassung des Lohnproblems hingewiesen wird und zwar von Hanns Müller, der einmal sagt: „Die Löhne treten zunächst als Produktionskosten auf, und mit deren Erhöhung verbundene Arbeitslosigkeit kann geeignet sein, nicht die Gesamtkaufkraft zu stärken; sie kann sie schwächen“. Die Folgerung daraus, daß dann die Lohnerhöhung nicht stimulierend wirken könne, zieht er allerdings nicht, weil er von einer gewerkschaftlichen Durchforschung der einzelnen Wirtschaftszweige die Aufzeigung von Unkostenquellen erwartet und von deren Ausmerzung die Ermöglichung der Lohnerhöhung erhofft. (Hanns Müller, Lohnpolitik und gewerkschaftliche Wirtschaftsforschung (Gew. Arch. Jahrg. 5, Bd. 9, Heft 5, 1928), S. 249.)

sie — durch einen Gewerkschaftsangehörigen erfolgte durch Fritz Tarnow in dem Büchlein „Warum arm sein?“[92]). Er beschreibt zunächst den faszinierenden technischen Aufstieg, der seit der letzten Betriebszählung im Jahre 1907 vor sich gegangen ist. Die Zahl der verwandten motorischen Kräfte habe sich annähernd verdreifacht, was allein aber noch nicht das richtige Bild der gesteigerten Industrialisierung Deutschlands gebe, es müßten weiter das beschleunigte Tempo und die vertiefte Intensität des Produktionsprozesses in Rechnung gestellt werden. Das müsse doch, so sei zu denken, die ausreichende Versorgung aller Menschen gewährleisten. Jedoch: „Was dem arbeitenden Volke Erlösung bringen, was ihm die Arbeitsqualen erleichtern, das Dasein behaglicher und gesicherter gestalten könnte, zeigt sich in Wirklichkeit als furchtbares soziales Ungeheuer, das erbarmungslos Hunderttausende, Millionen in den Abgrund der Verzweiflung stößt. Aus dem Füllhorn der verbesserten Wirtschaft ergießen sich über die enttäuschten Massen größere Not, vermehrte Unsicherheit der Existenz“[93]). Die Beantwortung der Frage nun, ob dem so sein müsse, ob nicht auch die kapitalistische Wirtschaft eine derartige Regelung erlaube, daß ebenfalls der Arbeiterklasse ein auskömmliches Dasein gewährt werde, sei „. . . entscheidend für die Stellung der Arbeiterschaft zur Rationalisierung“[94]).

Die frühere Ökonomik habe die Ansicht vertreten, daß das Elend der Arbeiterklassen unabänderlich sei — so z. B. Malthus, Lassalle. Daran glaube man nicht mehr: „Wissenschaft, Technik und Arbeitsorganisation heißen die Zauberkräfte, mit denen die feste Umgrenzung des Nahrungsspielraums niedergelegt worden ist“[95]). Schon an dieser Stelle, bei der Gegenüberstellung der gigantisch gesteigerten Produktionskräfte und der heutigen Lebenshaltung, enthüllt sich seine Anschauung von den Besserungsmöglichkeiten: „Wenn der Reichtum einer Nation im Umfang der Produktionsfähigkeit begriffen wird, dann sind wir heute schon viel reicher, als aus der durchschnittlichen Lebenshaltung zu schließen ist. Oder, was dasselbe ist: Wir leben viel armseliger, als es unseren wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht“[96]). Warum dem so sei? Darauf werde häufig die Antwort gegeben, daß wir durch Krieg und Inflation ein armes Volk geworden seien, welches die

92) F. Tarnow, Warum arm sein? 3. Aufl. Berlin 1929.
93) Tarnow, ebenda S. 8.
94) Tarnow, ebenda S. 8.
95) Tarnow, ebenda S. 12.
96) Tarnow, ebenda S. 13.

Lebenshaltung, die vor dem Kriege üblich war, nicht aufrechterhalten könne. Gewiß hätten wir eine Zeit durchlebt, und zwar kurz nach dem Kriege, in der wegen des fehlenden Produktionskapitals nicht genug produziert werden konnte. Aber schließlich könne das Kapital aus dem Auslande herbeigezogen werden. Sicherlich würden dafür an die ausländischen Kapitalbesitzer umfangreiche Zinszahlungen zu entrichten sein, die aber gegen den Produktionsausfall, der entstehen würde, sofern Deutschland nur mit Hilfe seines eigenen knappen Kapitals zu produzieren versuchte, garnicht ins Gewicht fallen würden. Denn schließlich: „Die allgemeine Lebenshaltung wird bedingt nicht durch den vorhandenen Besitz, sondern durch das, was laufend neu erzeugt wird, durch den Umfang der Produktion, und da wir ganz genau wissen, daß die vorhandene Fähigkeit, Güter zu erzeugen, erheblich größer ist als die ausgeübte Produktion, haben wir ein Recht, schon von der heutigen Wirtschaft eine Lebenshaltung zu fordern, die dem Stande der Produktionsfähigkeit entspricht und also wesentlich höher sein muß als die gegenwärtige“[97]).

Insbesondere seitdem die Rationalisierungsbewegung den Produktionsfortschritt noch beschleunigt hat, wofür Tarnow viele Beispiele anführt[98]), sei das Problem der Erhöhung des Lebensstandards noch brennender geworden. „Wohin mit dem Segen?“ ruft er aus. „Das ist also die Frage, die angesichts der wachsenden Produktivität zum Drehpunkt aller wirtschaftlichen Überlegungen wird“[99]). Die Absatzverhältnisse seien für das heutige Wirtschaftssystem, bei dem nicht für das reale Bedürfnis, sondern für den Markt, d. h. für den kaufkräftigen Bedarf, produziert werde, entscheidend. „In der modernen Wirtschaft ist nichts leichter, als bei einem Steigen des Absatzes auch die Produktion zu steigern. Aber nichts ist unmöglicher, als die Produktion zu vermehren, wenn der Absatz dafür fehlt“[100]). Da nun, so meint Tarnow weiter, die herrschende Lehre der Ansicht war, daß im Binnenland fleißiger gearbeitet und sparsamer gelebt werden müsse, so blieb für den Absatz nur der Weltmarkt übrig. Aber es zeigte sich schnell, daß der Export nicht zu forcieren war. „Wenn die Exportträume sich nicht verwirklichten, so lag das nicht an einem Mangel an Wollen oder Können unserer Produktion, sondern ganz einfach am Mangel an Absatzmöglich-

97) Tarnow, ebenda S. 16.
98) Vgl. Tarnow, ebenda S. 18 ff.
99) Tarnow, ebenda S. 34.
100) Tarnow, ebenda S. 34.

keit auf dem Weltmarkt“[101]). Denn der sei eingeengt worden durch Neuschaffung von Industrien und durch das „Erwachen des nationalen Selbständigkeitsgefühls“, das bestrebt sei, die jungen neuerstandenen Industrien zu schützen. Man solle nicht glauben, auf dem Wege über Lohnsenkungen zu einer Minderung der Gestehungskosten, weiterhin zu billigen Preisen und damit zu einer Eroberung des Weltmarktes kommen zu können. Diese „naive Vorstellung“ (S. 36) „... erledigt sich durch den Hinweis auf die Methoden der Zollpolitik, die überall besonders stark gegen Dumpingversuche eingestellt sind“[102]). Vielmehr habe man ganz im Gegenteil die Erfahrung machen können, „.... daß die Länder mit den hohen Löhnen in der Regel auch am erfolgreichsten konkurrieren können“; das komme daher, daß „.... die Exportfähigkeit um so größer ist, je mehr die Wirtschaft für den eigenen Bedarf beschäftigt ist“[103]). Nur die „Erweiterung des inneren Absatzgebietes“ (S. 37) sei es daher, welche in der heutigen Not helfen könne.

Für welche Güterarten, so fragt Tarnow, für die Produktions- oder für die Konsumgüter soll der Binnenmarkt erweitert werden? Nach seiner Ansicht sei der Produktionsapparat in einem Maße ausgedehnt worden, „... das weit über den Bedarf, wie er durch die Konsumgütererzeugung bestimmt ist, hinausgeht“[104]). Anders könne man es sich garnicht erklären, daß der ungeheure Zuwachs mechanischer Kräfte seit 1907 sich kaum auf die Lebenshaltung ausgewirkt habe. Die „kurzsichtige Lohnpolitik“ (S. 40) gleich nach Beendigung der Inflation zusammen mit dem Kapitalzufluß aus dem Ausland habe wiederum die Produktionsmittelindustrien relativ bevorzugt; die dadurch anfangs hervorgerufene Konjunktur mußte naturgemäß an der mangelnden Ausdehnung des Absatzes schnell scheitern. Man habe geglaubt, daß die Krise hereingebrochen sei wegen Kapitalmangels, aber diese Meinung sei unhaltbar geworden, nachdem sich herausgestellt habe, daß trotz flüssigen Kapitalmarktes „.... dennoch die Räder stillstehen blieben“[105]). Der eigentliche Grund der Krise sei vielmehr zu suchen in der, wie er sagt, „Verstopfung der Abflußrohre“[106]), d. h. in der Unmöglichkeit, die Produkte abzusetzen, die Produktionsmöglichkeiten auszunutzen.

101) Tarnow, ebenda S. 35.
102) Tarnow, ebenda S. 36.
103) Tarnow, ebenda S. 36.
104) Tarnow, ebenda S. 40.
105) Tarnow, ebenda S. 41.
106) Tarnow, ebenda S. 41.

Bedürfnisse seien genug vorhanden, ebenso Produktionsmöglichkeiten. Nun sei es aber in der kapitalistischen Wirtschaft zur Bedürfnisbefriedigung erforderlich, daß man über „Kaufkraft" verfüge. Man gelange in den Besitz von Kaufkraft durch eine Verteilung des Arbeitsertrages, die zur Hauptsache durch soziale Machtverhältnisse beeinflußt werde[107]). Am zweckmäßigsten hätte die Verteilung der Kaufkraft so zu erfolgen, daß ein „richtiges Verhältnis" zwischen „. . . dem Verbrauch von Gütern des Lebensbedarfs und Akkumulation, d. h. der Anschaffung von Produktionsmitteln und der Ansammlung von Kapital gesichert ist"[108]). Nun seien aber zweifelsohne zurzeit die Produktionsgüter im Verhältnis zu den absetzbaren Konsumgütern zu zahlreich, sodaß Produktionsgüter brach lägen. Diesem Mißstand abzuhelfen, hätten die Unternehmer den Vorschlag gemacht, den Wirtschaftsablauf durch Rationalisierung wieder in ungehemmte Bewegung zu setzen. Aber das bedeute eine weitere Verstärkung des Produktionsapparates, und „wer die Krise glaubt lösen zu können allein durch eine weitere Steigerung der Produktionsfähigkeit, sieht an dem Kern des Problems überhaupt vorbei, nämlich an der Differenz zwischen Produktion und Absatz"[109]). Es bleibe nur der Ausweg der Hebung des Verbrauchs und zwar des Verbrauchs von Konsumgütern. Soziale Machtverhältnisse, wodurch einzelne Gruppen sich relativ hohe Anteile am Produktionsertrag sichern könnten, und die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, d. h. die vollständig freie Verfügung jedes einzelnen darüber, wo er seine Kaufkraft geltend machen will, diese zwei Gründe hätten es bislang verhindert, daß das „richtige Verhältnis" zwischen der Herstellung von Produktions- und Konsumgütern erzielt werden konnte. Wolle man also versuchen, den Absatz der Konsumgüter durch eine andere Verteilung der Kaufkraft zu ermöglichen, so müsse „. . . . ein größerer Anteil in solche Hände gelangen, die davon voraussichtlich zu Konsumzwecken Gebrauch machen"[110]), und das seien die breiten Schichten der Lohnempfänger. Ihre Nachfrage nach Konsumgütern würde zu einer Steigerung der Produktion führen. Aus dieser Einstellung heraus wagt Tarnow den Satz: „So gesehen, können — und nach unserer wirtschaftlichen Situation müssen — Konsumkredite überaus produktiv sein, während dagegen Produktionskredite vielfach sehr unproduktiv waren, indem sie

107) Tarnow, ebenda S. 48.
108) Tarnow, ebenda S. 44/45.
109) Tarnow, ebenda S. 47.
110) Tarnow, ebenda S. 48/49.

nämlich im stilliegenden Produktionsapparat einrosteten und verloren gingen“[111]).

Die Form, in der die Arbeiterschaft Kaufkraft erlangt, sei der Lohn. Einst sei dessen Stellung als Produktionskostenfaktor überragend gewesen. Je mehr jedoch die technische Arbeitskraft vorgedrungen sei, desto unbedeutender sei vergleichsweise derjenige Teil der gesamten Produktionskosten geworden, der auf Lohnzahlungen entfalle. Zehrend an der kostenmäßigen Bedeutung des Lohnes wirke ferner die Möglichkeit, die Lohnsteigerung durch Rationalisierung „einzuholen“[112]). Umgekehrt, für die Größe des Konsums habe sich die Wichtigkeit des Arbeitslohnes dauernd gesteigert. Allein schon die Zahl der Lohnempfänger, die sich jetzt auf rund zwei Drittel der Erwerbstätigen belaufe[113]), weise auf deren Bedeutung hin, umso mehr, als in der Kriegs- und Inflationszeit weitgehende Vernichtung von Kaufkraft der übrigen Bevölkerungsschichten erfolgt sei. Und letztlich — das sei das Wichtigste — führe die technische Entwicklung zur Massenfabrikation, welche auf den Massenverbrauch angewiesen sei. Der durchrationalisierte moderne Betrieb, wie er zur Massenfabrikation notwendig sei, stelle eine riesige Einheit dar; bei ihm werde deshalb „... die Regelung und Sicherung der Absatzverhältnisse zu einer gebieterischen Notwendigkeit von der Produktionsseite aus ....“[114]). „Das fließende Band im Betriebe ist ein hilfloser Apparat, wenn es nicht angeschlossen ist an ein fließendes Band des Absatzes“[115]). Dem Zwecke der Massenfabrikation einen Massenabsatz zu verschaffen, müsse die veränderte Verteilung der Kaufkraft dienen. „Und dieser Weg“, so sagt er in seiner bilderreichen Sprache, „führt durch durch die Lohntüte“[116]). Zwar sei es denkbar, durch Preissenkungen das gleiche Resultat zu erzielen. Aber auf die Preisermäßigung hätten Gewerkschaften und Staat kaum einen Einfluß, wie der Mißerfolg der Preisabbauaktionen deutlich erwiesen habe, während es umgekehrt genug Institutionen und Kräfte gäbe, welche in der Richtung einer Preissteigerung wirkten, so die Kartelle und die Zölle. Die Preise seien viel weniger einer Regelung zugänglich als die Löhne, deshalb sei es sehr viel aussichtsreicher, Lohnsteigerungen durchzusetzen

111) Tarnow, ebenda S. 49.
112) Gegen diese Ansicht A. Ammon, Das Lohnproblem, Gefahren der Lohnsteigerungen, Berlin 1930, S. 54 und R. Wedemeyer, Mit Lohnsenkungen gegen die Arbeitslosigkeit? Berlin 1930, S. 32 f.
113) Tarnow, a. a. O. S. 52.
114) Tarnow, ebenda S. 54.
115) Tarnow, ebenda S. 57.
116) Tarnow, ebenda S. 57.

als auf Preissenkungen zu hoffen, wie denn auch die erwartete Preissenkung im Anschluß an die Rationalisierung nicht eingetreten sei. Dagegen sei es aber den Gewerkschaften gelungen, die Löhne seit 1924 zu erhöhen.

Der Einwand, daß der Arbeiterschaft Lohnsteigerungen keinen Nutzen bringen könnten, verfange nicht. Denn einmal liege „zwischen dem Preisstande und dem Lohnstande zweifellos eine Reserve, die zu Lohnerhöhungen verwendet werden kann, ohne daß auch die Preise bewegt werden müßten“ [117]), und zum andern, wenn wirklich die Preise erhöht würden, so könnten sie doch nicht um den Prozentsatz steigen, um den die Löhne erhöht worden seien, „da der Lohn nur einen Teil des Warenpreises ausmacht“ [118]). Schließlich sei noch zu berücksichtigen, daß die Lohnsteigerungen eine Kraft darstellen, die auf die Beschleunigung des technischen und wirtschaftlichen Fortschrittes hindränge, also immer weitere Rationalisierungen veranlasse.

Tarnow faßt seine Ansicht zusammen: „Wir beantworten also die Frage, ob wir arm sein müssen, mit einem entschiedenen Nein. Angesichts des vorhandenen leeren Raumes zwischen Produktionskapazität und wirklicher Produktion, angesichts der Tatsache, daß auch die Produktionskapazität auf allen wichtigen Gebieten der Gütererzeugung schon nach dem heutigen Stand der arbeitswissenschaftlichen Ergebnisse noch unübersehbar ausgedehnt werden könnte, ist Armut kein ökonomisches Muß, sondern eine soziale Krankheit, deren Heilbarkeit auch schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft außer Zweifel steht“ [119]).

Im Verfolg der Betrachtungen über die ökonomischen Folgen der Rationalisierung haben die Gewerkschaften dergestalt ihr Blickfeld mehr und mehr erweitert. Es ist ein weiter Weg, den die Arbeiterschaft unter dem Einfluß der Gewerkschaftsbewegung zurückgelegt hat. Aus der dumpfen Ergebenheit in das Schicksal, der Marktwertung unterworfen zu sein, erweckten die Gewerkschaften ihre Mitglieder zur aktiven Vertretung ihrer Interessen, zu dem Versuch die Löhne zu steigern. Vorerst bemühten sie sich ohne den Untergrund einer Theorie, die Möglichkeiten der Lohnsteigerung im Wege des Experiments aufzuspüren. Und jetzt, in den letzten Jahren, ist es ihnen gelungen, eine Theorie hervorzubringen, die ihrem Streben nach Besserung der Lohnverhältnisse und damit ihrer Lebenslage weitestgehend entgegenkommt, eine Theorie, die es

117) Tarnow, ebenda S. 66.
118) Tarnow, ebenda S. 66.
119) Tarnow, ebenda S. 71.

vermag, in der Arbeiterschaft das Bewußtsein zu erzeugen, daß sie für den technischen und kulturellen Fortschritt kämpft; denn dahin ist durch diese Theorie die Arbeiterschaft gekommen, daß sie nicht mehr, wie es einmal war, eine Rationalisierung als unabänderlich zu erleiden bereit ist, sondern daß sie gewillt ist, sie zu fordern, daß sie sogar durch das Mittel der von ihr erzwungenen Lohnerhöhung versucht, zu Rationalisierungsmaßnahmen anzureizen[120]).

e) Massars Theorie der Lohnsteigerung.

Inwiefern Lohnsteigerungen zur Anwendung von Rationalisierungsmaßnahmen führen, mit dieser Frage beschäftigt sich insbesondere Karl Massar, der zwar nicht den Gewerkschaften angehört, der aber sein Buch „Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne“[121]) im Verlage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht hat.

Eine exakte Darstellung und Gruppierung der ökonomischen Fragen, welche nach Massar im Zusammenhang mit den Lohnsteigerungen in der kapitalistischen Wirtschaft auftreten, gibt Jakob Marschak[122]). Die Vertreter der Arbeiterschaft hätten demnach zu dem Behufe, Lohnsteigerungen für allgemeinnützlich erklären zu können, folgendes zu beweisen:

„entweder, daß durch die Lohnerhöhung die Erweiterung und Erhaltung des Produktionsapparates überhaupt nicht immer berührt werden muß, sondern, daß die Lohnerhöhung aus anderen volkswirtschaftlichen Reserven gespeist werden kann;

oder, daß die Steigerung des Verzehrs an sich zu solchen Erscheinungen führen kann, die die etwaige Verlangsamung der Kapitalbildung infolge der Lohnerhöhung mit Überfluß aufwiegen kann;

oder endlich, daß die Verlangsamung in der Erweiterung des Produktionsapparates, wenn eine solche Verlangsamung stattfindet, in einem Maße vor sich geht, das nicht als schädlich, sondern im Gegenteil als nützlich zu bezeichnen ist“[123]).

Es sei möglich, so meint Massar, daß die Erhöhung des Lohnes die Kapitalbildung nicht beeinträchtige, und zwar dann nicht, wenn sie bezahlt werde aus dem persönlichen Verbrauch der „reichen“ Unternehmer. Denn die bislang in den

120) Mit diesen Feststellungen ist nichts über die Falschheit oder Richtigkeit der gewerkschaftlichen Theorien gesagt.

121) K. Massar, Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne, 3. Aufl., Berlin 1928.

122) J. Marschak, Hohe Löhne und die Volkswirtschaft (Die Arbeit, Jahrg. 4 Nr. 11, 1927), S. 725 ff.

123) Marschak, a. a. O. S. 725/726.

Händen einiger weniger Unternehmer zusammengeballten Kaufkraftsummen seien im großen ganzen dazu verwandt worden, Luxusgüter zu kaufen und zwar Güter von der Art des „Schwerluxus", wie Massar sie nennt[124]). Wenngleich nun diese Kaufkraftmasse nach ihrer Verteilung auf die breiten Arbeiterschichten relativ kleine Kopfbeträge darstellen würde, sei dennoch anzunehmen, daß durch die Verteilung ein größerer subjektiver Nutzen entstände. Denn die gleichen Kaufkraftbeträge in den Händen der Arbeiterschaft würden dazu benützt werden, den „Bedarfskonsum", d. h. die Aufwände für Nahrungsmittel, Kleidung und Wohnung zu erweitern, bezw. die Ausgaben für den „Leichtluxus" zu vermehren[125]). „Was der Unternehmer durch Einschränkung seines Luxuskonsums an Wertteilen freigibt, verteilt sich auf so viele Arbeiter, daß jeder davon nur einen Bruchteil für sich in Anspruch nehmen kann. Die subjektive Einschätzung ist daher bei dem einzelnen Arbeiter sehr groß. Der gesamte subjektive Wert, übertragen vom Unternehmer auf die Arbeiter, erfährt eine Erhöhung, das heißt aber, es müssen bei dem Arbeiter mit dem Lohnzuschlag subjektiv wertvollere Bedürfnisse befriedigt werden"[126]).

Die durch eine so geänderte Verteilung erfolgende Ablenkung der volkswirtschaftlichen Produktion in der Richtung, daß weniger Güter des schweren Luxuskonsums und mehr des Bedarfskonsums nachgefragt und hergestellt werden, gehe verschieden vor sich, je nachdem, in welcher Industrie die Löhne gesteigert werden und je nach der marktmäßigen Machtstellung der von der Lohnerhöhung betroffenen Unternehmungen[127]). Erfolgt die Lohnsteigerung in einer Luxusgüterindustrie, und nimmt man an, der betreffende Produzent sei in der Lage, die dadurch entstandene Kostenmehrung durch Preiserhöhung weiterzuwälzen, so sei die Folge die: „Diejenigen Konsumenten, die sich den betreffenden Artikel seither gerade noch kaufen konnten, d. h. die Grenzkonsumenten, werden von diesem Konsum Abstand nehmen müssen. Es wird eine Verminderung des Luxuskonsums erfolgen und das für diese Konmenten freiwerdende Wertäquivalent wird wahrscheinlich in niedrigeren Luxusschichten Verwendung finden"[128]). Das bedeute bereits Verschiebung der Produktion in der Richtung vom Luxusgut zum Bedarfsgut, und in der gleichen Richtung

124) Massar, Volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne, a. a. O. S. 31.
125) Massar, ebenda S. 31.
126) Massar, a. a. O. S. 31.
127) Vgl. hierzu Massar, a. a. O. S. 33 ff.
128) Massar, ebenda S. 35.

wirke auch die Erhöhung der arbeiterschaftlichen Kaufkraft: „An die Stelle dieses geringeren Schwerluxuskonsums der seitherigen Abnehmer dieser Luxusindustrie tritt nun volkswirtschaftlich der Mehrkonsum der höher entlohnten Arbeiter, der sich wieder in den festeren Bahnen des Massenkonsums bewegen wird“[129]). Über die Frage, auf welche Weise sich die Produktion verschiebt, wenn es dem Produzenten nicht gelingt, die erhöhten Kosten abzuwälzen, spricht Massar nicht ausdrücklich. Es ist klar, daß dann der Gewinn des oder der betreffenden Unternehmer sich verringern, hingegen die Gewinne der Bedarfskonsumgüter herstellenden Produzenten wegen der vermehrten Nachfrage seitens der Arbeiterschaft steigen müßten, sodaß in diesen Industriezweigen zu deren Ausdehnung Kapitalien investiert werden.

Nicht so einfach liegen nach Massar die Dinge, wenn eine Lohnsteigerung durchgesetzt wird in einer Bedarfsgüterindustrie. Denn diese — Massar führt als Beispiel die Lebensmittelindustrie an[130]) — stellten nicht Güter her, die von einer kleinen kaufkräftigen Schicht konsumiert werden, sondern solche, nach denen aus allen Klassen Nachfrage bestehe. Trete hier Abwälzung der Lohnerhöhung ein, so treffe der Nachteil der Preiserhöhung alle Konsumenten und damit auch die Arbeiterschaft. Nun frage es sich: „Wenn aber der Arbeiter, der eben einen höheren Lohn erhalten hat, sich selbst wieder eine Abwälzung auf die Produktpreise gefallen lassen muß, hat dann eine Lohnerhöhung für diesen Arbeiter überhaupt noch eine Bedeutung?“[131]) Gewiß habe sie das: „Selbst wenn wir die wirklichkeitsfremde Annahme machen, daß allen Arbeitern der Lohn erhöht wurde, so wird doch die Abwälzung außer von diesen Arbeitern auch noch von allen übrigen Schichten der Bevölkerung übernommen“[132]), sodaß in den Händen der Arbeiterschaft trotz der Preiserhöhung ein Plus bleiben müsse. Größer noch sei der Vorteil, wenn der Lohn nur partiell gesteigert würde, weil dann die Abwälzung sich auf noch weitere Kreise erstrecke. Zwar hätten dann die nicht im Genuß einer Lohnerhöhung stehenden Arbeiterschichten sich mit einem etwas kleineren Anteil am Bedarfskonsum zu begnügen. Da aber andere Schichten der Bevölkerung gezwungen seien, für die Bedarfsgüter die erhöhten Preise zu bezahlen, so bleibe ein Vorteil für die gesamte Arbeiterschaft. Gleichzeitig trete auch Verschiebung der Nachfrage nach Gütern des Massen-

129) Massar, a. a. O. S. 35.
130) Massar, ebenda S. 35.
131) Massar, a. a. O. S. 35.
132) Massar, ebenda S. 35.

konsums ein, weil die Käuferschichten, die nicht „Arbeiter" sind, mehr Kaufkraft auf den Erwerb der Bedarfsgüter verwenden müssen, sodaß weniger Kaufkraft für die Nachfrage nach Luxusgütern übrig bleibe: „Die Verschiebung nach der Massenkonsumseite wird zwar etwas gemildert, aber die Tatsache der Verschiebung bleibt bestehen"[133]). Und auf diese Verschiebung in der Richtung auf den Massenkonsum legt Massar den größten Wert.

Immerhin könne es einige Fälle geben, bei denen eine Lohnerhöhung der Arbeiterschaft keinen Nutzen stifte. So z. B., wenn eine bereits gut entlohnte Arbeiterschaft, welche Artikel — Massar nennt als Beispiel Arbeitskleidung — herstelle, die von schlecht entlohnten Arbeitern gekauft werden müssen, eine Lohnsteigerung durchsetzen kann. Dann müßte die Folge davon sein, daß die eine Arbeiterkategorie ihren notwendigen Lebensbedarf einzuschränken gezwungen sei, „. . . . während die hochentlohnten Einkommensempfänger ihren Bedarf nach der Luxusseite hin erweitern können"[134]). Massar fügt jedoch gleich hinzu: „Ein solcher Fall ist aber, wenn wir ihn nicht als rein theoretische Konstruktion betrachten wollen, so wirklichkeitsfremd, daß er für unsere Untersuchung nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein kann"[135]). Deshalb bleibe also das Ergebnis der bisherigen Überlegungen bestehen: Lohnerhöhung führe zur Verbreiterung des Massenkonsums auf Kosten des Verzehrs von Luxusgütern[136]).

Bislang hat Massar abgeleitet, daß der durch Lohnsteigerung den Arbeitern zufließende Vorteil gesamtwirtschaftlich keine schädlichen Folgen zu haben braucht, wenn er durch Einschränkung des Verbrauchs der Unternehmer erzielt werden kann. Es läßt sich nach Meinung von Massar aber sogar zeigen, daß die Volkswirtschaft geradezu Nutzen von der geänderten Verteilung des Sozialproduktes haben kann. Nicht umsonst betonte er immer die Ablenkung der Produktion von der Luxusgüterherstellung zur Fabrikation von Massenkonsumgütern. „Massenproduktion ist aber billiger als Produktion in kleinen Mengen. Steigerung desjenigen Anteils des Volkseinkommens, der die Form von Massenprodukten annehmen kann, und entsprechende Senkung desjenigen Anteils des Volkseinkommens, der in Form von in geringen Mengen erzeugten Gütern erscheint, bedeutet daher eine volkswirtschaft-

133) Massar, ebenda S. 36.
134) Massar, a. a. O. S. 37.
135) Massar, ebenda S. 37.
136) Vgl. auch Marschak, Hohe Löhne und die Volkswirtschaft, a. a. O. S. 733.

liche Ersparnis“[137]). Produktion von Luxusgütern erfordere relativ viel Handarbeit, verlange häufige Umstellungen der Produktion, wodurch die Maschinen, sofern sie überhaupt angewandt werden können, nicht voll ausnutzbar seien. „Also: relativ großer Lohnanteil am Produkt und relativ großer Maschinenverbrauchsanteil pro Produkteinheit ergibt einen relativ hohen Preis“[138]). Demgegenüber weise die Massenfabrikation den Vorteil auf, daß die Produktionsvorgänge weitgehend maschinisierbar seien und die Maschinen dauernd in Gang gehalten werden könnten. Sogar Ausstrahlungen in die Sphäre der Produktion dieser benutzten Maschinen seien denkbar, nämlich in der Hinsicht, daß die Maschinen selber fortan in Massenproduktion hergestellt würden, was weiterhin die Kosten für die Maschinen und damit für die mit ihnen hergestellten Produkte herabmindern würde[139])[140]). Denn das „Naturgesetz maschineller Produktion“ mache sich bemerkbar, es lautet, wie Massar etwas grobdrähtig formuliert: „Je größer die Produktion, desto niedriger die Kosten pro Einheit“[141]). Die produktionstechnischen Vorteile könnten durch Preissenkung den Konsumenten zugute kommen: „Aus unseren bisherigen Darlegungen ergäbe sich so eine recht paradoxe Tatsache: Lohnerhöhung auf der einen und Produktverbilligung — das Gegenteil von dem, was man erwarten sollte — auf der anderen Seite“[142]). Massar schränkt diese Möglichkeit aber gleich wieder ein: „In der Wirklichkeit werden aber die Dinge in den meisten Fällen nicht so einfach liegen. Hier werden wir uns meist mit der Feststellung einer inneren Kaufkrafterhöhung des Gesamtlohnes begnügen müssen“[143]), etwa in der Weise, daß die Lohnsteigerungen immer die vielleicht auftretenden Preissteigerungen überträfen.

Der Fall, daß infolge der Lohnerhöhung ein volkswirtschaftlicher Gewinn durch Kostensenkung entsteht, ergänzt den bereits erwähnten, in dem dargetan wurde, daß eine Lohnerhöhung keinen Schaden anzurichten brauche, wenn sie aus der Luxusreserve der Volkswirtschaft finanziert werde. Diese Reserve ist aber beschränkt, sodaß nur einige begrenzte Lohnsteigerungen aus ihr dotiert werden können. Weitere Lohn-

137) Marschak, Hohe Löhe und die Volkswirtschaft, a. a. O. S. 733. Vgl. Massar, a. a. O. S. 52 ff.
138) Massar, ebenda S. 53.
139) Massar, ebenda S. 53.
140) Überhaupt ist zu beachten, daß manche Rationalisierungsmaßnahmen sich erst bei Massenfabrikation auswirken können.
141) Massar, ebenda S. 53.
142) Massar, a. a. O. S. 53.
143) Massar, ebenda S. 53/54.

erhöhungen müßten dann zu Lasten der Kapitalbildung vor sich gehen. Die Tatsache nun, daß bei der Lohnsteigerung der Vorteil einer Kostensenkung errungen werden kann, vermag dem Nachteil verminderter Kapitalbildung entgegenzuwirken. Und mit dieser Feststellung wird der oben zitierten Forderung Marschaks nachgekommen, darzulegen, „.... daß die Steigerung des Verzehrs an sich zu solchen Erscheinungen führen kann, die die etwaige Verlangsamung der Kapitalbildung infolge der Lohnerhöhung mit Überfluß aufwiegen kann“[144]).

In der gleichen Richtung wirke auch die Möglichkeit des Auftretens einer Leistungssteigerung im Gefolge der Lohnaufbesserung[145]). Ein schlecht ernährter Arbeiter sei naturgemäß nicht so arbeitsfähig wie ein solcher, der genügend Nahrung erstehen könne, auch sei er nicht so anfällig gegen Krankheiten. Aber für dieses Argument gebe es eine Grenze, denn schließlich müsse sich ein Optimum der Ernährung finden lassen. Je höher also die Löhne steigen, desto belangloser werde dieser Hinweis. Nicht zu vergessen sei aber, daß nicht nur der Mensch in seiner Körperlichkeit eine bestimmte Qualität aufweisen müsse, um leistungsfähig zu sein, auch der menschliche Geist sei ein bestimmender Faktor der Leistung. Insofern durch Lohnerhöhungen die Arbeitsfreude gehoben, Unruhe aus den Betrieben verbannt werde, könne ein volkswirtschaftlicher Gewinn zu verzeichnen sein. „Die Lehrmeinungen sind sich zum Teil widersprechend. Wir glauben, daß Lohnerhöhungen innerhalb der obenbezeichneten Grenzen zweifellos Leistungssteigerungen nach sich ziehen. Die Steigerungen werden um so geringer sein, je höher die Stufe der Lebenshaltung schon ist. Wir geben zu, daß eine unmittelbare Steigerung durch Lohnerhöhung nicht eintritt, wenn der Lohn schon so hoch ist, daß er zur Befriedigung der von dem Arbeiter empfundenen Bedürfnisse ausreicht. Doch vermag darüber hinaus eine weitere Lohnerhöhung die Leistung später wieder zu beeinflussen, und zwar in günstigem Sinn“[146]).

Neben der Leistungssteigerung, die Massar im großen und ganzen annimmt, sei es der durch die Lohnsteigerung herbeigeführte Anreiz zu Rationalisierungen, welcher einer möglichen Verlangsamung der Kapitalbildung entgegenwirken könne. „Es ist .... bekannt“, so meint Massar, „daß erst dort Taten zu erwarten sind, wo ein Anreiz vorhanden ist,

144) Marschak, Hohe Löhe und die Volkswirtschaft, a. a. O. S. 725/726.
145) Vgl. Massar, ebenda S. 58 ff.
146) Massar, ebenda S. 62/63.

und daß bei genügender Stärke des Anreizes auf irgendeinem Gebiete erstaunliche Leistungen vollbracht werden können“[147]). Die Anspannung der finanziellen Lage des von der Lohnerhöhung betroffenen Werkes und der dadurch bewirkte Druck auf den Unternehmer wirken also in der Richtung anreizend, daß der Betriebsleiter alle Kräfte darauf konzentriert, seine Fabrikationsanlagen zu verbessern, um auf diese Weise Aufwände zu ersparen. Massar vertritt nun aber nicht die Ansicht, daß durch die Einführung dieses Druckes der Quell allgemeinen Wohlstandes angeschlagen sei, indem Steigerung des Lohnes eine Verbesserung der technischen Betriebsausrüstung und damit eine Ausweitung der Güterversorgung nach sich ziehe, eine weitere Lohnerhöhung wiederum zu Rationalisierungen führe, sodaß auf diese Art eine Volkswirtschaft automatisch in den Reichtum hineinwachsen könnte: „Hier haben wir“, so sagt Massar bei Betrachtung der Grenzen der stimulierenden Wirkung von Lohnaufbesserungen, „eine rein äußerlich unerschöpflich erscheinende, zu steter Benutzung anreizende Quelle für den Unternehmer zur Deckung von Mehrausgaben für Lohnerhöhungen, eine Quelle, die allerdings eine gewisse Anpassungsfähigkeit und Tatkraft des Unternehmers voraussetzt, die eine Kompensation in fast allen Fällen nicht sofort realisiert, und die . . . doch sehr wohl auch ihre Grenzen hat“[148]). Diese seien gelegen in persönlichen Momenten, z. B. in der Anpassungsfähigkeit bezw. dem Traditionalismus des Unternehmers; oder, falls eine Rationalisierung die Umgestaltung eines Betriebes verlangt, in der bisherigen Betriebsstruktur, in der „schon vorhandenen wirtschaftlichen Verfassung des Betriebes“ (S. 48); eine weitere Grenze sei gegeben „in der finanziellen Lage des Unternehmers und in dem Vorhandensein von Reserven an Arbeitskraft in der Volkswirtschaft“ (S. 47), und schließlich bestehe eine letzte Schranke in der „maximalen technischen Entwicklung“ (S. 48), d. h. im jeweiligen Stand der Technik[149]). Innerhalb dieser Grenzen werde eine Lohnsteigerung sich als Ansporn zu wirtschaftlichem Fortschritt erweisen. Und da Massar der wirtschaftliche Fortschritt als begehrenswert erscheint — „. . . wir verweisen . . . auf die durch Einführung der Maschinen neben der Ausgabe für die Lohnerhöhungen erzielbaren Mehrersparnisse, die eine fortschreitende Akkumulation und damit eine größer werdende Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes nach

147) Massar, ebenda S. 39.
148) Massar, ebenda S. 39.
149) Vgl. zu Vorstehendem Massar, ebenda S. 46 ff.

sich ziehen“[150]), — deshalb kann der aus der Lohnsteigerung entspringende Anreiz zu Betriebsverbesserungen als eine günstige Folge der Lohnaufbesserung der in verminderter Kapitalbildung bestehenden ungünstigen Folge gegenübergestellt werden.

Ermöglichung rationeller Massenfabrikation, Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft und Anreiz, Betriebsverbesserungen vorzunehmen, das sind die Folgen einer Lohnsteigerung, die geeignet seien, den Nachteilen einer etwaigen Verminderung der Kapitalbildung entgegenzuwirken.

Nun wird von Massar aber garnicht jede Verlangsamung der Kapitalbildung als schädlich betrachtet. Im Gegenteil, es könne geradezu ein volkswirtschaftlicher Gewinn dadurch eintreten, daß der Prozeß der Kapitalbildung gebremst werde, dann nämlich, wenn dadurch eine Krise mit dem damit verbundenen, durch Nichtarbeit entstehenden Verlust vermieden werde.

Massar kommt in folgender Weise zu diesem Ergebnis. Die Depression sei gekennzeichnet durch Flauheit des Geschäftslebens, durch niedrige Preise und Löhne, wobei zu beachten sei, daß die Löhne relativ höher seien als in der Zeit des Aufschwungs[151]). Erfolge dann von irgendeiner Seite ein Anstoß der Wirtschaft und belebe sich die Geschäftstätigkeit, so beginnen die Preise zu steigen. Aber — und darauf komme es an — sie steigen nicht gleichmäßig. Sehr leicht stiegen beispielsweise die Rohstoffpreise, weniger anpassungsfähig seien die Preise der Fertigfabrikate und gar die Preise der Arbeit folgten am langsamsten. Das heiße, daß die Kaufkraft der Lohnempfänger nachlasse, in den Händen der Unternehmer bleibe ein relativ größerer Gewinn zurück, der hauptsächlich zur Akkumulation verwandt werde. Infolgedessen werde die Nachfrage sich vergleichsweise stark auf Produktionsmittel erstrecken, sodaß deren Produktion sich zu stark ausdehne. Und das bedeute „Schwierigkeit der Realisierung des zusätzlich akkumulierten Kapitals“ (S. 70), was Absatzstockungen und schließlich den Zusammenbruch der Konjunktur, die Depression und Krise mit sich führe. Letzte Ursache für diese Entwicklung sei das Zurückbleiben der Löhne hinter der allgemeinen Preissteigerung in der Aufschwungsperiode. Nun sei es zwar nicht leicht, den rechten Zeitpunkt und das rechte

150) Massar, ebenda S. 40.

151) Vgl. hierfür und für das Folgende Massar, ebenda S. 69 und 70; vgl. ebenfalls F. H. Curschmann, Zur sozialökonomischen Funktion hoher Löhne, Berlin 1929.

Maß der Lohnerhöhung zu finden, aber: „Immer werden hohe Löhne, ganz gleich, wann sie eingeführt wurden, die Krise hinausziehen und abschwächen“[152]). Sogar die Hochhaltung der Löhne in der Krise zeitige volkswirtschaftlich erwünschte Folgerungen. Im Zeitpunkt der Krise ständen die Löhne relativ höher als die Preise der Rohstoffe und Fertigfabrikate, weshalb die Unternehmer auf Lohnabbau drängten. Sie sei aber unsinnig, da die Krise ja durch Absatzstockung entstanden sei: „Wenn es daher den Gewerkschaften gelingt, nach Eintritt der Krise die Löhne auf ihrer Konjunkturhöhe zu fixieren, das heißt das volkswirtschaftliche Wohl einmal dem privatwirtschaftlichen überzuordnen, dann werden die Folgen der Krisen milder sein als sonst“[153]).

Zusammenfassend charakterisiert Marschak die Ergebnisse der Massarschen Überlegungen: „Das also ist die volkswirtschaftliche Natur der Lohnerhöhungen: sie sind ein Vorschuß, der der kaufenden Klasse gemacht wird. Soweit er aus dem Luxusfonds geschöpft wird, wird er durch die Ersparnisse wieder eingebracht, die sich aus der Produktionskostensenkung infolge der steigenden Massenproduktion ergeben. Soweit er aus dem Sparfonds geschöpft wird, wird er durch die Ersparnisse wieder eingebracht, die die Vermeidung von Krisen, das heißt die Vermeidung der Brachlegung von Kapital und Arbeitskräften bedeutet“[154]).

Zweimal spielt der Gedanke an die Rationalisierung in den Deduktionen Massars eine bedeutsame Rolle. An der einen Stelle wird von ihr erwartet, daß sie den volkswirtschaftlichen Gewinn herbeiführen werde, der sich in der „Produktionskostensenkung infolge der steigenden Massenfabrikation“ darstellt und der zur Rechtfertigung einer Lohnsteigerung auf Kosten der Luxusreserve benötigt wurde. Und zum anderen bestehe „eine vornehme und wünschenswerte Wirkung hoher Löhne .... in der Schaffung wirtschaftlichen Fortschritts“, in dem Anreiz zur Rationalisierung[155]). Als wichtiges Glied wird sie in die Gedankenkette der Massarschen Aufschwungsökonomie eingestellt, und da sie auf dem Wege der Lohnsteigerungen erfolgen soll, muß sie den Gewerkschaften besonders am Herzen liegen. Enger kann die theoretische Verbindung zwischen den gewerkschaftlichen Aufgaben im Bereich der heutigen Wirtschaftsordnung und der Rationalisierung kaum gefaßt werden.

152) Massar, a. a. O. S. 71.
153) Massar, ebenda S. 71.
154) Marschak, Hohe Löhne und die Volkswirtschaft, a. a. O. S. 747.
155) Massar, ebenda S. 39.

f) Marxsche Lehren und die Lohnsteigerungstheorie.

Es wurde schon davon gesprochen, daß einige Gewerkschaftsschriftsteller den Versuch machten, die Tatsache des Bestehens einer Gewerkschaftsbewegung mit den Marxschen Theorien in Einklang zu bringen[156]), was zurückzuführen war auf ein Streben, eingereiht zu werden in die marxistische Front der Arbeiterbewegung, um deren idealistische Schwungkraft auch der Gewerkschaftsbewegung nutzbar zu machen. Wenn nun die Gewerkschaften die dargestellten Lohnsteigerungstheorien mit aller Energie vertreten, so muß sich die Frage erheben, inwieweit diese mit den Marxschen Theorien harmonieren. Man verspricht sich, wenn gemäß der Lohnsteigerungstheorie gehandelt wird, von ihr ein stetiges Fortschreiten auf dem Wege technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Damit ist die Verelendungstheorie auch in der Form der „relativen Verelendung" d. h. der gegenüber dem Anwachsen des Unternehmereinkommens unterproportionalen Lohnsteigerung nicht mehr zu vereinbaren. Tarnow erklärt offen: „... bei uns ist eine geistige Umstellung zu diesem Problem ganz unverkennbar. Nach dem Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei sollte das „riesenhafte Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit" unabweisbar dazu führen, daß ausschließlich die Kapitalisten und Großgrundbesitzer Nutznießer dieses Reichtumszuwachses würden, während für das Proletariat daraus nur eine Zunahme der Existenzunsicherheit, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung erwachsen könne. Diese hoffnungslose, pessimistische Auffassung über das Schicksal der Arbeiterklasse unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist überwunden[157]). Ohne daß wir im geringsten aufgehört haben, für die sozialistische Wirtschaftsordnung einzutreten, lehnen wir doch heute die Theorie ab, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung trotz steigender Produktivität die gleiche oder gar eine sich verschlechternde Lebenshaltung für die Arbeiterklasse naturnotwendig sei. Wir haben begriffen, daß bei wachsender Produktivität die steigende Konsumkraft der Arbeiterklasse nicht nur für diese eine berechtigte soziale Forderung ist, sondern auch für das kapitalistische Produktionssystem eine ökonomische Notwendigkeit bedeutet. Aber es fällt uns gar nicht ein, daraus nun etwa die Konsequenz zu ziehen, wir müßten die Konsumkraft der breiten Masse niedrig halten, um dadurch

156) Siehe oben Teil II, Kapitel 2, Abschnitt 1, 3.

157) Vgl. hierzu auch E. Schalldach, a. a. O. S. 54.

den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems herbeizuführen, denn wir wissen, daß der Kapitalismus auf anderen Wegen überwunden werden kann und muß als durch den Selbstmord der Arbeiterklasse“[158]). Unumwunden wird damit die Marxsche Verelendungstheorie aufgegeben, und mit ihr muß fallen die Sozialisierungstheorie, nicht nur, weil die Verelendung, die ihr wichtigstes Glied darstellt, nach den modernen gewerkschaftlichen Anschauungen nicht eintreten wird, sondern auch aus dem Grunde, weil von den Lohnsteigerungen eine Milderung der Krisen erwartet wird. Und in einer schweren Krise sollte doch das psychologische Moment der Empörung der Arbeiterklasse zur Revolution und zum Sozialismus führen. „Die Tatsache, daß die periodisch eintretenden, den glatten Verlauf des ökonomischen Prozesses unterbrechenden Wirtschaftskrisen in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege weniger verheerend waren und schneller überwunden werden konnten als in früherer Zeit, ist .... zum guten Teil daraus zu erklären, daß die Kaufkraftmenge im Inlande gestiegen war und auch während einer Krise aktiv blieb durch Ersparnisse, die infolge besserer Löhne angesammelt waren“[159]). Um wieviel mehr müßte man also jetzt, wenn man systematisch den Anweisungen der Kaufkrafttheorie folgt, fähig sein, Krisen zu verhüten[160]). Demgegenüber stand Marx doch auf dem Standpunkt, die Krisen müßten mit immer größerer Intensität auftreten, sie würden schließlich derartige Ausmaße annehmen, daß die verelendeten Proletarier die Expropriateure expropriierten. Zwischen der Lohnsteigerungstheorie und den Marxschen Lehren ist keine Harmonie mehr herzustellen.

Abschnitt 4:
Rationalisierung und Fragen der Kapitalbeschaffung.

1. Die Gewerkschaften über die Rolle des Kapitals im Produktionsprozeß.

a) Anerkennung seiner Notwendigkeit.

Rationalisierung erfordert im allgemeinen Kapitalien etwa zur Aufstellung moderner Maschinen oder zur Einrichtung einer Fließarbeitsanlage. Das gewerkschaftliche Urteil über

---

158) F. Tarnow, Eine Lohntheorie der amerikanischen Gewerkschaften (Gew. Ztg. Jahrg. 37 Nr. 36, 1927), S. 494/495.

159) Ausdehnbarer oder veränderlicher Lohnfonds? (Gew. Ztg. Jahrg. 37 Nr. 15, 1927), S. 198.

160) Vgl. darüber F. H. Curschmann, Zur sozialökonomischen Funktion hoher Löhne, a. a. O.

die Rationalisierung wird auch diese Tatsache zu berücksichtigen haben. Eine Gedankenrichtung allerdings, wie sie in den Darstellungen der Massarschen und der Tarnowschen Auffassung zutage tritt, die von der Lohnerhöhung die Verwirklichung des Volkswohlstandes erwartet, kann der Ansicht nicht gerecht werden, die in einer vermehrten Kapitalbildung das Heil für die Wirtschaft sieht. Zu wichtig ist innerhalb der gewerkschaftlichen Ausführungen die Rolle der Unterkonsumtion, als daß die Notwendigkeit der Kapitalbildung ihr besonderes Interesse erregen könnte. „Hebt die Massenkaufkraft — sonst kracht die Wirtschaft", ruft Tarnow[161]) und zeigt damit die Richtung an, in der die Gewerkschafter die Gefahr wähnen. Bei Massar ist es die Besorgnis, daß die Bewegung der verschiedenen Einkommenskategorien im Aufschwung der Konjunktur zugunsten des Unternehmergewinnes und damit zugunsten einer verstärkten Kapitalbildung verlaufe, die ihn veranlaßt, von der Lohnerhöhung eine Drosselung zu starker Kapitalbildung zu erwarten[162]). Nicht daß zu wenig Kapital vorhanden sei, macht die Gewerkschaften besorgt, sondern daß relativ zuviel Kapital die Wirtschaft in Krisen stürzen könnte, das erregt ihre Aufmerksamkeit. Berücksichtigt man ferner, daß im Massarschen System zur Erlangung des Wohlstandes der Steigerung der Löhne, also desjenigen Teils des Gesamteinkommens, der relativ am wenigsten Kapital bildet, die Rolle einer Antriebskraft zukommt, so kann man ermessen, daß die Frage der Notwendigkeit der Kapitalbildung in der modernen gewerkschaftlichen Theorie keinen rechten Platz finden kann.

Dennoch finden sich auch bei Gewerkschaftsschriftstellern Hinweise auf die Kapitalnot. Tarnow sagt im Jahre 1924, als die gewerkschaftliche Theorie von der Funktion hoher Löhne noch nicht ausgebildet war, über die Frage der Kapitalbildung: „Dieses Argument ist außerordentlich bestechend gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo durch Mangel an Betriebskapital die Wirtschaft im großen Umfange brach liegt. Dabei handelt es sich um einen Mangel an mobilem Kapital . . . Der Mangel an mobilem Kapital ist ja vornehmlich mit dadurch verursacht, daß in der Inflationszeit die Umwandlung von mobilem in immobiles Kapital im größten Maßstab vorgenommen wurde. Daß nun aber tatsächlich das Geldkapital in der deutschen Wirtschaft viel zu klein geworden ist, kann

161) F. Tarnow, Hebt die Massenkaufkraft — sonst kracht die Wirtschaft (Hamburger Echo, Hamburg, 55. Jahrg., Sondernummer vom 20. Oktober 1929).

162) Massar, a. a. O. S. 69.

nicht bestritten werden“[163]). Ebenso urteilt E. Berger: „Die wundeste Stelle der deutschen Wirtschaft bleibt für die nächste Zeit die Kapitalbeschaffung. Wissen wir auch keine festen Ziffern, die Tatsache wesentlicher Kapitalverluste in der Inflationszeit bleibt bestehen. Sie muß umso mehr beachtet werden, als die Reparationsleistungen ... uns fortschreitend Kapital entziehen“[164]). Treffend tritt seine Ansicht von der Bedeutung des Kapitals in dem kurzen Satz hervor: „Fehlendes oder teures Kapital .... bedeutet Drosselung der Konjunktur und damit auch des Arbeitsmarktes“[165]).

Die Gewerkschaften betonen ebenfalls, daß zur Durchführung der Rationalisierung häufig Kapital notwendig sei, nur bestreiten sie, daß jeder betreffende Unternehmer es vor Inangriffnahme der Betriebsverbesserungen selbst erspart haben müsse: „Auch da, wo Kapitalaufwand[166]) erforderlich ist, muß er keineswegs vorher in der eigenen Wirtschaft erübrigt worden sein, sondern er kann erborgt und aus der Ertragssteigerung verzinst und amortisiert werden, bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne und der Betriebsgewinne“[167]). Auch ein den Gewerkschaften nahestehender Revisionist, Max Schippel, läßt sich bei Betrachtung der Steuerlast über die Notwendigkeit der Kapitalien für eine Rationalisierung aus: „... Allgemein wird man von unserer Seite ohne Bedenken zugestehen können: Eine Steuerlast, die mehr als bloß vorübergehend, für die einmalige Not des Augenblicks, die Substanz des unentbehrlichen Produktionsapparats mit allen seinen notwendigen Ergänzungen tatsächlich angreift, die das für die Produktionskontinuität und Produktionsrationalisierung unentbehrliche Betriebskapital wegsaugt, während sie zugleich die Neubildung von leihweise heranziehbarem fremdem Kapital untergräbt, ist, weil produktionshemmend und produktionsvernichtend, abänderungsbedürftig auch im Sinne der Arbeiterproduzenten, das heißt der gesamten Lohnarbeiterklasse“[168]). Verschließen sich somit die Gewerkschafter nicht der Notwendigkeit der Kapitalmitwirkung im Produktionsprozeß, speziell bei der Rationalisierung, so befürworten sie

163) F. Tarnow, Die lohnpolitische Idee der Arbeitgeber (Gew. Ztg. Jahrg. 34 Nr. 34, 1924), S. 304.

164) E. Berger, Arbeitsmarktbericht (Die Arbeit, Jahrg. 4 Nr. 10, 1927), S. 662.

165) E. Berger, ebenda S. 663.

166) Zu Rationalisierungszwecken.

167) F. Tarnow, Die Konjunkturtheorie der niedrigen Löhne (Gew. Ztg. Jahrg. 38 Nr. 5, 1928), S. 66.

168) Max Schippel, Die deutsche Wirtschaft und die Arbeiter (Sozialistische Monatshefte Jahrg. 31 Nr. 8, 1925), S. 457.

dennoch nicht eine Politik des Sparens an den Löhnen zum Zwecke der Kapitalbildung, finden vielmehr schärfste Worte gegen sie: „Geradezu unverschämt mutet die Forderung an die Arbeiterschaft an, Lohneinschränkungen auf sich zu nehmen, damit das Unternehmertum in den Besitz neuen Kapitals gelangt“[169]). Diese im Jahre 1924 geschriebenen Worte vernachlässigen noch den Zusammenhang zwischen hohen Löhnen und Kapitalbildung, der später von der Kaufkraft- oder Lohnsteigerungstheorie hergestellt wurde, allerdings in einer Weise, welche die Bedeutung der Kapitalbildung relativ zurücksetzte. Die Entwicklung der Wirtschaftslage führte, wie wohl von niemandem mehr bestritten wird, zur Kapitalnot und verstärkte die Problematik der Kapitalfrage derartig, daß auch die Gewerkschaften sich genötigt fühlen, sich des Näheren mit dem Problem der Kapitalbeschaffung auseinanderzusetzen. Die Untersuchung erfolgt in dem Büchlein „Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen“[170]).

b) Das Kapital und seine Bedeutung für die Verursachung der Depression des Jahres 1929.

Es überrascht ein wenig, daß ohne weiteres zugegeben wird, die heutige schwere Wirtschaftslage sei eine Folge der Kapitalnot: „Da diese letzte Störung der deutschen Wirtschaftsentwicklung ohne Zweifel entscheidend beeinflußt worden ist von den Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung, soll diese diese Seite des Problems der deutschen Wirtschaft . . . einer besonderen Untersuchung unterzogen werden“[171]). Die angekündigte Untersuchung beginnt mit den Worten: „Die besondere Natur der gegenwärtigen Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft . . . . macht es verständlich, daß die Fragen der Kapitalversorgung der Wirtschaft und besonders der inneren Kapitalbildung heute viel mehr als je zuvor zu einem volkswirtschaftlichen Problem und zum Gegenstand schwerer wirtschaftspolitischer Sorgen und Kämpfe geworden sind“[172])-[173]).

Ein Mißverhältnis zwischen der Größe der Kapitalnachfrage und des Kapitalangebots wird festgestellt. Die riesen-

---

169) Tarnow, Die lohnpolitische Idee der Arbeitgeber, a. a. O. S. 305.

170) „Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen“, herausgeg. vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin 1930.

171) W. K. F. a. a. O. S. 21.

172) W. K. F. a. a. O. S. 22.

173) Das Ringen der Gewerkschafter um die Probleme der Kapitalbildung tritt ebenfalls hervor in den Diskussionsbeiträgen von Naphtali und Tarnow auf der Konferenz der Franz List-Gesellschaft zu Bad Eilsen. Vgl. darüber „Kapitalbildung und Steuersystem“, herausgegeben von G. Colm und H. Neisser, Berlin 1930, S. 142, 143, 197, 198 und 240.

hafte Nachfrage nach Kapitalien erkläre sich aus den Kapitalverlusten im Kriege, aus Tribut- und Zinsverpflichtungen an das Ausland, aus der Tatsache, daß zur Schaffung eines gegenüber der Vorkriegszeit vermehrten Sozialprodukts eine größere Kapitalmasse benötigt werde, und nicht zuletzt aus den Anforderungen, welche die forcierte Rationalisierungsbewegung an den Kapitalmarkt stelle[174]): es galt „... die gewaltige Lücke, die durch den Krieg und die Inflation in die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen, Straßen, Verkehrsmitteln usw. gerissen worden war, wieder zu schließen; anderseits entfaltete die Industrie einen stürmischen Kapitalbedarf, um den technischen Vorsprung, den die konkurrierenden Länder in den zehn Kriegs- und Inflationsjahren gewonnen hatten, durch rasche Rationalisierung und Produktionsumstellung wieder einzuholen ...."[175]).

Das Kapitalangebot, so wird grundsätzlich festgestellt, könne aus zwei Quellen stammen, aus der inneren Kapitalbildung und der Kapitaleinfuhr aus dem Ausland[176]). Über das Verhältnis dieser beiden Arten von Kapitalversorgung zueinander heißt es bemerkenswerterweise: „Die Kapitaleinfuhr kann aber in der Regel nur ergänzend und auf weite Sicht nur vorübergehend neben die innere Kapitalbildung treten und ist auch dann mit dem Nachteil verbunden, daß sie nur bei Zinssätzen möglich ist, die gegenüber dem internationalen Zinsniveau erhöht sind. Daher ist innere Kapitalbildung für das natürliche Wachstum der Wirtschaft notwendig und als Vorbedingung besserer Güterversorgung unerläßlich"[177]). Nach der Stabilisierung der Währung sei diese unerläßliche Vorbedingung allmählich wieder geschaffen worden: „Am Beginn der Stabilisierungsperiode stand die innerdeutsche Kapitalbildung weit unter der im letzten Vorkriegsjahre erreichten Höhe. Dann aber setzte eine rasche Steigerung der Kapitalbildung ein, die bis zum Jahre 1928 anhielt und die Geldkapitalbildung auch unter Berücksichtigung der Geldentwertung auf eine Höhe hob, die kaum unter dem Vorkriegsniveau liegt"[178]), und das sei angesichts „.... der schweren Kriegs- und Inflationsschäden der Wirtschaft, des Gebietsverlustes und der gewaltigen Reparations- und inneren Kriegslasten ..." „überraschend hoch"[179]).

---

174) Vgl. hierzu W.K.F. a. a. O. S. 28.
175) W.K.F. a. a. O. S. 28/29.
176) W.K.F. a. a. O. S. 22.
177) W.K.F. a. a. O. S. 22.
178) W.K.F. a. a. O. S. 23.
179) W.K.F. a. a. O. S. 24.

Trotzdem genüge das Kapitalangebot, so wird weiter gesagt, keineswegs den Ansprüchen der deutschen Wirtschaft: „Aber so hoch auch absolut die Kapitalbildung in den letzten Jahren war, relativ, das heißt im Verhältnis zum Kapitalbedarf, der in diesen Jahren außerordentlich dringlich und hoch war, war sie in keinem Jahre seit der Stabilisierung der Währung ausreichend", wie der Unterschied zwischen den ausländischen Zinssätzen und dem binnenländischen, sowie die Tatsache der Kapitaleinfuhr zeige[180]). Sicherlich sei ein Teil dieser Zinsspanne daraus zu erklären, daß Deutschland auf Grund seiner prekären Wirtschaftslage eine höhere Risikoprämie bezahlen müsse, als sie in den „führenden Weltmarktländern"[181]) üblich sei. „Aber selbst wenn man diese Risikospanne einrechnet, die heute zweifellos .... besteht, muß doch aus der Höhe der Zinsspanne geschlossen werden, daß das Verhältnis zwischen Kapitalbildung und Kapitalbedarf in Deutschland wesentlich ungünstiger ist als in jenen Ländern, und daß, angeregt durch den Anreiz der Zinsspanne, dauernd Kapital nach Deutschland einströmt, um dieses Mißverhältnis auszugleichen ...."[182]).

Im Jahre 1929 nun sei sowohl die innere Kapitalbildung wie die Kapitaleinfuhr zurückgegangen[183]). Da zurzeit der Kapitaleinfuhr die größere Bedeutung zukomme, so sei deren Hinderung von schwerwiegenden Folgen für das Wirtschaftsleben begleitet. Die Gewerkschafter nehmen sogar an — der Satz ist wichtig —, daß „... die Stockung der Kapitaleinfuhr die Depression hervorrief oder zumindest empfindlich verschärfte"[184]). „Hohe Zinssätze und schwerer Kapitalmangel in der privaten und öffentlichen Wirtschaft trotz Wirtschaftsdepression — dieser regelwidrige Zustand weist deutlich daraufhin, daß der Druck auf die Wirtschaft von außen her, von der Seite der Kapitaleinfuhr ausging"[185]).

Daß die Kapitalzufuhr aus dem Auslande sich verringert habe, hänge einmal zusammen mit der ungünstigen Lage des internationalen Kapitalmarktes und als zweites sei dafür maßgebend, daß Deutschland vom internationalen Kapital mit kritischen Augen angesehen werde[186]). Der Grund für die zu-

180) W.K.F. a. a. O. S. 24.
181) Gemeint sind die Vereinigten Staaten, England und Frankreich. Vgl. W.K.F. a. a. O. S. 25.
182) W.K.F. a. a. O. S. 25.
183) W.K.F. a. a. O. S. 29.
184) W.K.F. a. a. O. S. 30.
185) W.K.F. a. a. O. S. 30.
186) Vgl. hierzu und zum Folgenden W.K.F. a. a. O. S. 30/31.

rückhaltende Betrachtung der deutschen Wirtschaft sei gelegt worden bei den Pariser Reparationsverhandlungen, hauptsächlich durch ihre Krise im April 1929. Dadurch sei Kapitalflucht und Zurückziehung ausländischen Kapitals hervorgerufen worden. Des weiteren sei das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft gestört worden durch den Zusammenbruch der „Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft", und schließlich habe die Stellungnahme Schachts gegen die Auslandsanleihen der öffentlichen Hand und der Pessimismus der deutschen Industrieführer die ausländischen Kapitalisten davon abgehalten, ihr Kapital nach Deutschland zu geben. Dabei wird dem Versiegen des ausländischen Kapitalzustromes die Hauptschuld an der Depression beigemessen, schon weil er relativ umfangreich sei gegenüber der inneren Kapitalbildung. Aber noch aus einem zweiten Grund sei es berechtigt, in der Zurückhaltung gerade des ausländischen Kapitals die wichtigste Störungsursache zu sehen, weil nämlich dadurch gleichzeitig die innere Kapitalbildung gehemmt worden sei[187]). Neben diesem Grund für die Beeinträchtigung der inneren Kapitalbildung des Jahres 1929 sei es die Beängstigung der Sparer gewesen, die wegen der Zusammenbrüche von Versicherungs- und Bankinstituten, der Krise der Reparationsverhandlungen und der öffentlichen Finanzschwierigkeiten teils durch Stärkung der Kapitalflucht, teils durch Minderung des Sparwillens zu einer Verknappung auf dem inländischen Kapitalmarkt geführt habe. Wenn als weiterer Grund für den Rückgang der inländischen Kapitalbildung die Wirtschaftsdepression verantwortlich gemacht wird, so bewegen sich die Gewerkschafter mit dieser Argumentation im Kreise[188]).

Verschärft werde die Kapitalknappheit durch einige Eigenheiten der kapitalistischen Wirtschaft. Da sei zunächst die allzu leicht mögliche Fehlleitung von Kapitalien zu nennen: „Es muß . . . . betont werden, daß sich der Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft zu einem großen Teil auf Kapitalfehlleitungen zurückführen läßt. Es sei daran erinnert, welch ungeheure Kapitalverschwendung selbst in der Zeit des schwersten Kapitalmangels dadurch getrieben wurde, daß Stickstoffanlagen, Kokereien, Zementfabriken usw. weit über den Bedarf hinaus errichtet wurden"[189]). Bei dieser Gedanken-

187) Diese Feststellung wird nicht ausdrücklich getroffen. Man gelangt aber durch Rückschluß zu ihr. Auf S. 32 verspricht man sich nämlich von einer Steigerung der Kapitaleinfuhr die gleichzeitige Steigerung der inneren Kapitalbildung.

188) Vgl. hierzu W. K. F. a. a. O. S. 24.

189) W. K. F. a. a. O. S. 29.

führung scheint es aber den Gewerkschaften entgangen zu sein, daß sie mit diesem den Kapitalismus im allgemeinen und in allen Konjunkturphasen treffenden Argument eine Depression nicht erklären können. Anders steht es vielleicht mit ihrem spezielleren Hinweis, daß die ohnehin kurze Kapitaldecke noch mehr verkürzt werde durch die Methode der Selbstfinanzierung, insofern als diese Art der Kapitalbildung gerade in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen hat. Die Gewerkschaften werfen ihr vor: „Es fehlt bei dieser Art der Finanzierung die Kontrolle des Kapitalmarkts und die Selbstkontrolle der Rentabilitätsrechnung. Daher wächst, besonders im Zusammenhange mit fortschreitender Konzentration und Monopolbildung, die Gefahr der Fehlinvestierungen bedenklich“[190]). Soweit die Gewerkschaften über die Rolle des Kapitals bei der Verursachung der heutigen Depression.

2. Kapitalnotwendigkeit und Kaufkrafttheorie.

Nach den oben dargestellten Theorien über die Kaufkraft, insbesondere nach den Tarnowschen Anschauungen, die den Weg zum Wohlstand durch Lohnerhöhungen bahnen wollen[191]), stand zu vermuten, daß die Gewerkschaften andere Gründe für die Entstehung der heutigen Depression anführen würden; denn der Gedanke, daß die Unterkonsumtion es ist, die zu Depressionen und Krisen führt — das Tarnowsche Wort: „Wohin mit dem Segen?“ drückt das prägnant aus —, dieser Gedanke hätte dazu führen müssen, Lohnerhöhungen als Heilmittel gegen Krisen zu verfechten, umso mehr wenn in dem gleichen Büchlein[192]) über die Lohnentwicklung zu lesen steht: „Auf jeden Fall bleibt die Entwicklung der Reallöhne hinter der Produktionsentwicklung der letzten Jahre zurück. Die Früchte der Rationalisierung sind in erster Linie den Unternehmungen zugute gekommen“[193]). Trotzdem wird die Diagnose auf „Kapitalmangel“ gestellt.

Es fragt sich, ob die Gewerkschaften damit ihre Lohnsteigerungstheorie, die Röpke als die „Kaufkrafttheorie des nationalen Wohlstandes“ bezeichnet, haben aufgeben wollen. Da das nicht anzunehmen ist, muß weiter geforscht werden, ob sich nicht doch die Gedanken über die Depressionsgründe mit der genannten Kaufkrafttheorie zur Übereinstimmung bringen lassen. Einen Ausweg zu finden ist umso schwieriger, je an-

190) W.K.F. a. a. O. S. 32.
191) Siehe oben Teil III, Kapitel 1, Abschnitt 3, 3.
192) „W.K.F.“ a. a. O.
193) W.K.F. a. a. O. S. 21.

spruchsvoller die Kaufkrafttheorie auftritt, je mehr sie verlangt, für jederzeit gültig angesehen zu werden. Eine Eingrenzung des Wirkungsfeldes der Lohnsteigerungstheorie nun ist bei Massar angedeutet, besonders aber bei Marschak näher bezeichnet[194]), hingegen findet sie sich nicht bei Tarnows stofflicher Betrachtungsweise, welche jede Absatznot durch Lohnerhöhung beseitigt wissen will. Gerade angesichts der heutigen, auf Kapitalmangel beruhenden Absatznot wird die Einseitigkeit der Tarnowschen Auffassung deutlich, zeigt sich auch deren Unterschied gegenüber den Gedanken etwa Marschakscher Prägung, welche die Möglichkeit einer Lohnsteigerung an die Bedingung knüpfen, daß die Kapitalbildung keinen Schaden leide bezw. daß deren Schädigung durch anderweitige Vorteile kompensiert werden können. Sollte nun etwa die heutige Wirtschaftslage gemäß der Kaufkrafttheorie Marschakscher Formulierung betrachtet werden, so würde ein etwaiges Eingeständnis der Gewerkschaften, daß die Löhne zu hoch getrieben worden seien, genügen, Theorie und Wirklichkeit zur Übereinstimmung zu bringen. Gegenüber der Tarnowschen Fassung der Theorie würde ein solches Zugeständnis aber nicht verfangen, weil diese ihre Gültigkeit nicht von der Voraussetzung genügender Kapitalbildung abhängig gemacht hat. Zur Aufrechterhaltung dieser Fassung genügt es nicht, wenn die Gewerkschaften die ihnen ohnehin unangenehme Erklärung abgeben, daß die Löhne zu stark gesteigert worden seien, vielmehr werden zur Erklärung des augenblicklichen Kapitalmangels Gründe anderer Art beigebracht werden müssen, ganz abgesehen davon, daß die Gewerkschafter sich den Ausweg, zuzugeben, daß die Löhne zu hoch seien, selbst versperrt haben durch die Erklärung, daß die Entwicklung der Reallöhne hinter der Produktionsentwicklung zurückgeblieben sei. Nun scheint es, als wenn die Gewerkschafter tatsächlich den letzteren Weg beschreiten und die Depression des Jahres 1929 nicht aus den im Wirtschaftskreislauf selber wirksamen ökonomischen Kräften und Tendenzen erklären wollen, sondern aus einer Reihe besonderer, exogener Störungserscheinungen sie abzuleiten sich bemühen. So beginnt beispielsweise der Abschnitt, der über die Kapitalbildung handelt, mit den Worten: „Die besondere Natur der gegenwärtigen Schwierigkeiten“[195]), und bei Betrachtung der verminderten Kapitalbildung wird ge-

194) Charakteristisch für die Marschaksche Auffassung auch das neuerdings erschienene Werk „Die Lohndiskussion“, Tübingen 1930, und der Artikel „Das Kaufkraft-Argument in der Lohnpolitik“ (Magazin der Wirtschaft. Jahrg. 6 Nr. 31, 1930).

195) W. K. F. a. a. O. S. 22.

sagt: der Rückschlag[196]) im Jahre 1929 sei auf „vorübergehende Ursachen zurückzuführen"[197]). Die „vorübergehenden Ursachen" bestünden in der Krise der Reparationsverhandlungen, dem Schachtschen Vorgehen, ferner sei verantwortlich dafür der „übertriebene und sachlich ungerechtfertigte Pessimismus" der deutschen Industrieführer[198]). Bis auf den angreifbaren letzten Grund, der den Kapitalmangel und damit die Depression wenigstens zum Teil zurückführen will auf eigenes Verschulden der Unternehmer, ohne den Grund für deren Pessimismus genauer untersucht zu haben[199]), sind sicherlich die erwähnten Gründe für die Herbeiführung der heutigen Wirtschaftskrise von Bedeutung.

Wenn die Gewerkschaften derart die Depression aus ganz besonderen Ursachen erklären, ohne auf die immanenten Gesetze des Kreislaufs der Wirtschaft einzugehen, so kann der Hinweis auf diese besonderen Gründe dazu dienen, die Kaufkrafttheorie, auch diejenige Tarnowscher Prägung, mit den Auslassungen über die Kapitalnot zu versöhnen, ohne daß zugegeben zu werden braucht, daß die Löhne zu hoch sind. Die Kaufkrafttheorie wäre dann eine abstrakte Theorie, deren Voraussetzungen nicht erfüllt waren, sodaß sie für den Augenblick keine Geltung beanspruchen konnte.

Damit wird aber das Wirkungsfeld dieser Theorie, das, jedenfalls bei Tarnow, unbegrenzt schien und gerade in dieser Unbegrenztheit den Grund für den faszinierenden Reiz der Theorie abgab, eingeengt. Es kann also auch nach gewerkschaftlicher Ansicht nicht so sein, daß immer, wenn die Wirtschaftsnot am größten, diese Theorie in ihrer Wirkung am sichersten ist. Denn die Unterkonsumtion, auf welcher sie aufgebaut ist, wird nicht mehr als der alleinige Krisengrund angekannt, wie es noch bei Tarnow, allerdings nicht bei Marschak schien; für die Depression des Jahres 1929 jedenfalls ist, wie bereits häufiger dargetan, Kapitalmangel als Ursache festgestellt. Immer dann also, wenn es aus irgendwelchen Gründen zur übermäßigen Einschränkung der Kapitalbildung kommt, hat die Kaufkrafttheorie die Grenze ihrer Wirksamkeit gefunden.

Nicht notwendigerweise müssen diese Gründe exogener Natur sein, es ist denkbar, daß die Lohnerhöhung selbst, da die Löhne gleichzeitig Kosten darstellen, derart hemmend in den

196) Der Rückschlag der Kapitalbildung.
197) W.K.F. a. a. O. S. 24.
198) W.K.F. a. a. O. S. 31.
199) Es wird nur gesagt, daß er „sehr durchsichtigen innerpolitischen Zwecken diente . . ." (W.K.F. a. a. O. S. 31).

Kapitalbildungsprozeß eingreift, daß die erwünschte Folge der Wohlstandsmehrung nicht eintritt, weil die Produktion der Produktionsmittel zu sehr eingeschränkt bezw. das notwendige Kapital für die im Anschluß an die Lohnerhöhung vorgestellte Rationalisierung nicht verfügbar sein würde. Die „Kaufkrafttheorie des nationalen Wohlstandes" leistet also nur dann, was sie verspricht, wenn die jeweiligen Lohnsteigerungen sich in solchen Grenzen bewegen, daß die Kapitalbildung nicht beeinträchtigt wird, oder in der Marschakschen Formulierung, daß die eventuellen Schäden einer verminderten Kapitalbildung aufgewogen werden durch Vorteile anderer Art[200]).

Bislang hatten scheinbar die Gewerkschaftsführer selber nicht so recht geglaubt, daß die ihrer Theorie gezogene Grenze vergleichsweise nahe liegt; denn sonst hätte wohl Tarnow die Kaufkrafttheorie nicht noch im Jahre 1929 so energisch vertreten, ohne der Grenzen ihrer Wirksamkeit zu achten[201]). Immerhin stößt doch schon Kurt Mendelsohn bei Betrachtung der tatsächlichen Wirtschaftslage auf Probleme. „Die Erhöhung des Masseneinkommens", so heißt es dort[202]), „gab .... die Grundlage ab für eine sehr bedeutende Ausweitung der Konsumgüterindustrien", welche auch auf die Produktionsmittelindustrien belebend gewirkt habe. „Wenn heute bereits wieder ein erheblicher Rückgang des Absatzes industrieller Konsummittel eingetreten ist, insbesondere im Bekleidungsgewerbe starke Betriebseinschränkungen zu großer Arbeitslosigkeit und umfangreicher Kurzarbeit geführt haben, ohne daß die Gesamtkaufkraft der Bevölkerung wesentlich zurückgegangen ist, so scheint das zunächst befremdend. Diese empfindlichen Störungen scheinen zu einem Teil durch besondere Momente, starke Zurückhaltung des Handels, eine gewisse Umschichtung des Konsums hervorgerufen zu sein. Die Konsumenten haben gleichfalls eine gewisse Voreindeckung vorgenommen und beschränken sich bei den immerhin labilen Konjunkturverhältnissen auf die notwendigsten Anschaffungen"[203]). Das sind Argumente, denen deutlich die Verlegenheit des Verfassers anzumerken ist. Vollkommen sicher scheint er sich nicht zu fühlen, denn er fährt fort: „Es ist

200) Siehe oben Teil III, Kapitel 1, Abschnitt 3, 3e.

201) Tarnow, Warum arm sein? a. a. O.

202) K. Mendelsohn, Kaufkraftsteigerung und Kapitalbildung im Wachstumsprozeß der deutschen Wirtschaft (Gew. Ztg. Jahrg. 38 Nr. 35, 1928), S. 552.

203) Mendelsohn, Kaufkraftsteigerung und Kapitalbildung a. a. O. S. 552.

noch immerhin möglich, daß die gegenwärtigen Störungen nur Übergangserscheinungen sind"; so klammert er sich an die Hoffnung: „Ein Ausgleich zwischen Produktion und Konsum wird sich jedenfalls dann leichter anbahnen, wenn die Massenkaufkraft eine neue Stärkung erfährt". Der leise Zweifel an dem richtigen Funktionieren der Lohnsteigerungstheorie ist bald vergessen und wird übertönt von der energischen Feststellung, „daß die Lohnerhöhungen den Kapitalbildungsprozeß durchaus nicht gehemmt haben, daß sie vielmehr durch ihre Auswirkungen (Absatzerweiterung — bessere Ausnutzung der Produktionsanlage — höhere Rentabilität der Unternehmungen) die Akkumulation förderten"[204]). Damit war der erste Anlauf, Kaufkrafttheorie und Kapitalbildung in ihren wechselseitigen Bedingtheiten zu erkennen, gescheitert. Erst die Lehre der Erfahrung vermochte den Gewerkschaften das Anerkenntnis der tatsächlichen Wichtigkeit des Kapitals abzuringen, was zwangsläufig, wie oben gezeigt, zu einer Einschränkung der Kaufkrafttheorie führen muß, zumindest zu ihrer Rückführung auf die vorsichtige Marschaksche Formulierung.

Nun wird in der Tat in dem Buche „Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen" eine Einschränkung der Theorie vorgenommen, allerdings eine Einschränkung eigentümlicher und problematischer Art. Es heißt dort nämlich, daß „. . . der Kapitalbildung der unteren Einkommensschichten, der Sozialversicherung und der öffentlichen Hand steigende Bedeutung zukommt. Würden durch die Angriffe auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung, auf die Sozialversicherung und auf die öffentliche Hand diese Kapitalbildungsquellen versiegen, so würden weite und wichtige Bezirke des Wirtschaftslebens aufs schwerste betroffen werden und sich von ihnen eine schwere Wirtschaftskrise auf die Gesamtwirtschaft fortpflanzen"[205]). Der Akzent dieser Ausführung liegt auf der Notwendigkeit Kapital zu bilden. Da die jetzt übliche Methode der Selbstfinanzierung zu vermehrter Fehlleitung von Kapitalien, zu deren Verknappung führe, sodaß für den Baumarkt, der für den Beschäftigungsgrad so wichtig sei, kaum Kapitalien übrig blieben, umso weniger, als das Institut der Selbstfinanzierung dort nicht anwendbar sei —, deshalb müsse die Kapitalbildung der unteren Schichten usw. forciert werden[206]). Eine solche, hohe Löhne mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Kapitalbildung begründende Argumentation schränkt

204) Mendelsohn, Kaufkraftsteigerung und Kapitalbildung a. a. O. S. 552.
205) W. K. F. a. a. O. S. 32.
206) Vgl. hierzu W. K. F. a. a. O. S. 32.

die Kaufkrafttheorie nicht ein, sie negiert sie vielmehr; denn jener Theorie gemäß sollte die Kaufkraft doch gerade in Hände geleitet werden, die vermutlich sie zu Konsumzwecken verwenden würden. Die Berufung darauf, daß „Angriffe auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung" deren Kapitalbildung hindern und so zu Krisen führen könne, ist deshalb im Sinne der Kaufkrafttheorie deplaciert. —

Die Gewerkschaften betrachten den Tatbestand „Rationalisierung", wie sich im Laufe der Darlegungen zeigte, in zweierlei Weise, einmal als die jetzige, forcierte Rationalisierung und zum zweiten als eine durch Lohnsteigerungen zu erstrebende Bewegung. Es wird von ihnen anerkannt, daß Rationalisierung Kapitalien erfordert, daß ohne Kapitalien keine Rationalisierung durchzuführen ist und daß mangelnde Kapitalbildung zu Krisen führen kann. Wenn — auch nach Ansicht der Gewerkschafter — die heutige Depression dadurch verursacht ist, daß Kapitalmangel herrscht, so ziehen sie dennoch nicht die Folgerung, die Löhne abzubauen, die doch vorwiegend dazu verwandt werden, Konsumgüter zu kaufen, sondern suchen auf einem anderen Wege der Kapitalnot beizukommen, indem sie nämlich auf die Kapitaleinfuhr verweisen: „Wirtschaftspolitisch vernünftig ist heute einzig und allein die Losung: verstärkte Kapitalbildung durch verstärkte Kapitaleinfuhr"[207]). Dieser Hinweis — wirtschaftstheoretisch gesehen ein deus ex machina — erlaubt es den Gewerkschaftern, die Frage der Herabsetzung der Löhne außer Betracht zu lassen, die sie doch eigentlich stellen müßten, wenn sie schon die Geltung der Lohnsteigerungstheorie auf die durch Unterkonsumtion gekennzeichnete Wirtschaftslage stillschweigend beschränken; denn es müßten doch ganz analog der in Zeiten der Unterkonsumtion durch die Lohnaufbesserung erfolgenden Lenkung der Kaufkraft in Hände, welche sie zu konsumtiven Zwecken benutzen, in Zeiten des Kapitalmangels durch Lohnminderung diejenigen Hände bevorzugt werden, die sie zur Kapitalbildung verwenden. Indem die Gewerkschafter diesen Gedanken nicht fassen, sehen sie noch nicht den intimen Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Kapitalbildung, was ihnen insbesondere von bürgerlichen Kritikern vorgeworfen wird.

Abschnitt 5:
Kritiker der gewerkschaftlichen Anschauungen.

1. Allgemeines.

Die Kritiker der gewerkschaftlichen Anschauungen unterziehen zur Hauptsache deren Lohnsteigerungstheorie einer

207) W.K.F. a. a. O. S. 33.

Prüfung. Insoweit diese Theorie von Rationalisierungen spricht, die im Anschluß an Lohnsteigerungen eintreten sollten, insoweit ist ihre Kritik auch eine solche der sozialökonomischen Anschauungen der mit einer Rationalisierung zusammenhängenden Fragen.

Die Lohnsteigerungstheorie in ihrem Grundgedanken, dem Kaufkraftargument, macht zunächst einen bestechenden Eindruck, und es ist wohl vorstellbar, wie sie einem Arbeiter einleuchtet, der die unbenutzten Maschinen verrosten sieht, während er und die Seinen einen Teil dringlicher Lebensbedürfnisse nicht zu befriedigen vermögen, ja, während er vielleicht arbeitslos ist. Der Gedanke: erhöht den Lohn, damit wir kaufen können, dann nützt ihr euch selber, denn ihr schafft Absatz für eure Waren — dieser Vorschlag wird begeistert als Lösung des Problems hingenommen werden.

Im Gedankengebäude des Liberalismus hingegen ist dieses Vorgehen ein Fremdkörper. Dort ist der Lohn bestimmt durch den Preismechanismus der auf dem regulierenden Prinzip der Konkurrenz aufgebauten Marktorganisation. Dieser Lohn ist der einzige ökonomisch richtige. Aber das Konkurrenzprinzip funktioniert nicht mehr einwandfrei[208]), es wird teilweise verdrängt durch das Monopolstreben, durch die Machtstellung der Verbände[209]). Können sich diese durch ihre Preisgestaltung die Verfügungsgewalt über einen relativ größeren Teil des Sozialprodukts sichern, so erscheint jetzt auch der Gedanke nicht mehr absonderlich, daß die Arbeiter ihrerseits durch Zusammenschluß ihren Anteil am Sozialertrag zu erhöhen suchen.

Die Lohnsteigerungstheorie will aber mehr, als von einem statisch vorgestellten Sozialprodukt der Arbeiterschaft einen größeren Anteil zusprechen, sie will ein Weg zur Wohlstandsmehrung sein: die Produktivität will sie steigern, sodaß die Lohnaufbesserung nur einen „Vorschuß" (Marschak) an die Arbeiterschaft darstellt, welcher durch die Verbesserung der Produktionsverfahren legimitiert wird. Es gibt bereits eine Theorie des Weges zum Wohlstande[210]), welche von Unternehmerseite vertreten wird. Aber diese beiden Theorien, die arbeiterschaftliche und die der Unternehmer unterscheiden sich wesentlich voneinander: „Der wesentlichste Unterschied ist der, daß die Gewerkschaften den Anfang der Fortschritts-

208) Vgl. F. Wunderlich, Produktivität, Jena 1926, S. 224.

209) Vgl. dazu G. Briefs, Wirtschaftslage und Gewerkschaftskrisis (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 2 Nr. 52, 1926), S. 1754 ff.

210) Vgl. dazu besonders Ad. Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 3. u. 4. Aufl., Tübingen 1921.

dynamik an einer anderen Stelle sehen als die Unternehmer. Während jene von der Verbilligung des Produktionsprozesses durch Rationalisierung und elastische Gestaltung von Arbeitszeit und Arbeitslohn ausgehen und das notwendige Kapital durch Entlastung von Steuern und sozialen Abgaben, sowie durch Spartätigkeit der Unternehmungen heranziehen wollen, ist für die Gewerkschaften die Rationalisierung erst das Ergebnis der Reallohnsteigerung, die sich als Zwang zur Besserung der Technik und Organisation auswirken werde. Steht bei den Unternehmern die Kapitalbildung im Vordergrund, so bei den Arbeitnehmern die Schaffung von Kaufkraft"[211]). Das Ziel ist beiderseits das gleiche: Steigerung der Produktivität. Aber der Weg dorthin ist verschieden, jede Partei will zuerst in den Genuß der Vorteile kommen — Verfügung über mehr Kapital bezw. Verfügung über mehr Kaufkraft —, ehe die Produktivitätssteigerung auch der Gegenpartei Vorteile verschafft bezw. Vorteile verschaffen „soll". Die Kritiker der gewerkschaftlichen Theorie, wenn sie nicht als extrem Liberale bereits das verbandsmäßige Vorgehen der Gewerkschaften verurteilen, wenden sich meist der Frage zu, ob der von den Gewerkschaftern aufgewiesene Weg überhaupt gangbar ist.

2. Cassels Kritik.

Ganz grundsätzlich werden die gewerkschaftlichen Versuche den Lohn zu steigern von Cassel kritisiert, der nicht der Ansicht ist, daß die Gewerkschaften ohne Schaden für die Gesamtwirtschaft die Löhne über den Marktstand erhöhen könnten, der demnach erst recht die produktivitätserhöhende Wirkung, welche die moderne Lohnsteigerungstheorie behauptet, leugnen muß. „Durch eine vollständige Umstellung der Arbeitslöhne nach der tatsächlichen Marktlage würde man . . . immer jede Arbeitslosigkeit beseitigen können"[212]). Das ist der eine Grundgedanke der Casselschen Kritik: dem Marktmechanismus muß zur Auswirkung verholfen werden. Der andere lautet: überseht nicht die Wichtigkeit der Kapitalbildung für das Fortschreiten einer Volkswirtschaft auf dem Wege zum Wohlstand! Erhöhe man die Löhne über den Marktstand, so beeinträchtige das die Kapitalbildung und verhindere damit die gewünschte Produktivitätssteigerung, die bei unterproportionalem Vorhandensein des Kapitals nicht

211) F. Wunderlich, Die Antwort der drei freien gewerkschaftlichen Spitzenverbände auf die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie (Soz. Praxis, Jahrg. 35 Nr. 17, 1926), Sp. 423/424.

212) G. Cassel, Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeit (Soz. Praxis, Jahrg. 35 Nr. 42, 1926), Sp. 1059.

durchgeführt werden könne[213]). Gegenüber dieser Argumentation sei der Einwand nicht berechtigt, daß verstärkte Kapitalbildung zu Überproduktion führen müsse: „Man wähnt, an einer allgemeinen „Überproduktion" zu leiden und die ökonomische Unwissenschaft, die gewöhnlich im öffentlichen Leben die Führung hat, verteidigt eine Politik der Zurückhaltung der Produktion mit der Begründung, daß in der heutigen Welt ein Mangel an „Kaufkraft" bestehe, der dem Absatz eine bestimmte Grenze setzt! Das ist der größte Unsinn unserer Zeit. Eine selbständige abstrakte „Kaufkraft" existiert überhaupt nicht. Es gibt keine andere Kaufkraft als die Produktion selbst"[214]). Nach dieser Auffassung muß die gewerkschaftliche Theorie der Lohnsteigerung von Anfang bis zu Ende falsch sein.

3. Röpkes Anstände und Konzessionen, Wunderlichs und Wilbrandts Urteile.

Gegen die anfangs die Gewerkschaften beherrschende Vorstellung, daß die Kaufkraft durch Lohnerhöhungen „vermehrt" werden könnte, zieht auch Röpke zu Felde: „Das Plus an Kaufkraft, über das die Arbeiter nunmehr verfügen, wäre auch sonst verausgabt worden; es ist nichts der vierten Dimension Entnommenes"[215]). Nur um eine Einkommensverschiebung könne es sich demnach handeln, bei der in der Hand der Unternehmerklasse nach der Lohnerhöhung weniger Kaufkraft bleibe, was kaum zur Einschränkung des Verbrauchs seitens der Unternehmer, viel eher zur Verminderung der Kapitalbildung führen werde: „Weit entfernt, die Konsumtion der Unternehmerklasse nennenswert einzuschränken, bedeutet es[216]) vielmehr, daß der Volkswirtschaft im ganzen weniger Kaufkraft zu reproduktiven Zwecken zur Verfügung steht als vorher"[217]), sodaß demnach die Voraussetzung einer Rationalisierung fehle. Suchten die Gewerkschaften durch den Hinweis auf den Gang der Ereignisse in den Vereinigten Staaten ihre Ansicht zu erhärten, so gehe dieser Beweisversuch völlig fehl. Wenn „.... amerikanische Finanzjournalisten uns glauben machen wollen, daß die amerikanische Prosperität auf einer sozialen Verteilungspolitik beruht, so ist auf die nackte Tat-

213) Cassel, a. a. O. Sp. 1058.
214) G. Cassel, Selbstkritik! (Soziale Praxis, Jahrg. 36 Nr. 8, 1927), Sp. 180.
215) W. Röpke, Einige grundsätzliche Bemerkungen zur gegenwärtigen Lohnkontroverse (Soz. Praxis, Jahrg. 34 Nr. 42, 1925), Sp. 926.
216) Das Vorgehen gemäß der Lohnsteigerungstheorie.
217) Röpke, a. a. O. Sp. 926.

sache zu verweisen, daß sich der Aufbau der Vermögens- und Einkommenspyramide in den letzten Jahren ganz unwesentlich zugunsten der unteren Gruppen verschoben hat“[218]). „Außerdem zeigen alle neueren Statistiken, daß die Steigerung der amerikanischen Reallöhne bei weitem nicht der Steigerung der Gesamtproduktivität entsprochen hat, was .... der Kaufkrafttheorie widerspricht“[219]). Demnach könne es auch nicht die von dieser Theorie angenommene Kausalverbindung gewesen sein, welche Amerikas Prosperität hervorrief. Wie denn Röpke überhaupt den ihr entsprechenden Gang der Ereignisse für unmöglich hält: „Hat man nicht“, so ruft er aus, „das Absurde der Vorstellung gesehen, daß die amerikanischen Unternehmer ihren Arbeitern aus freien Stücken Geld in die Hand drücken, um ihren Überschuß an Produkten abzusetzen? Warum verschenken sie ihn dann nicht“[220])?

Und dennoch, so urteilt Röpke bemerkenswerterweise, enthalte die Kaufkrafttheorie einen richtigen Kern. So sei es wahr, daß hohe Löhne die Durchführung der Massenproduktion erleichtern, was besonders für diejenigen Volkswirtschaften von Vorteil sei, deren Produktion sich noch weit von den Grenzen des abnehmenden Ertrags entfernt halte; diese könnten besonders leicht „.... in ein gestiegenes Sozialprodukt hineinwachsen ....“[221]). Und ferner stecke in dieser Theorie „.... die durchaus richtige Empfindung, daß eine künstliche Niederhaltung der Konsumtion im Verhältnis zur Kapitalakkumulation eine gewisse Krisengefahr in sich birgt“, denn es sei eine „... irrige Anschauung, daß der heutige Mangel an Betriebskapital .... durch forciertes Sparen ohne die Gefahr einer Verschlimmerung der Disproportionalität zwischen Kapitalgüter- und Konsumgütererzeugung wettgemacht werden könnte, falls nicht der Export entsprechend gesteigert werden kann“[222]).

Der gleiche Gedanke, daß in der Kaufkrafttheorie ein richtiger Kern enthalten sein kann, insofern sie darauf hinweist, daß gegenüber der Kapitalbildung der Konsum nicht vergessen werden darf, kehrt auch bei Frieda Wunderlich wieder. Ihr wird dann zum Problem die Frage der propor-

---

218) W. Röpke, Die Kaufkrafttheorie des nationalen Wohlstandes (Soz. Praxis, Jahrg. 36 Nr. 25, 1927), Sp. 627.

219) W. Röpke, Kaufkrafttheorie a. a. O. Sp. 627.

Vgl. dazu auch A. Wolfers, Amerikanische und Deutsche Löhne, Berlin 1930, S. 116.

220) W. Röpke, Kaufkrafttheorie a. a. O. Sp. 627.

221) Röpke, Kaufkrafttheorie a. a. O. Sp. 628.

222) Röpke, Einige grundsätzliche Bemerkungen zur gegenwärtigen Lohnkontroverse a. a. O. Sp. 926.

tionalen Zerteilung des Sozialertrages einer Produktionsperiode in einen Posten, welcher der Kapitalbildung dienen soll, und einen anderen, — der „Kaufkraft" im Sinne der Gewerkschaften —, der bestimmt ist, den Konsum zu finanzieren: „Überall dort, wo die Massen, deren Kaufkrafterhöhung gefordert wird, eine solche mit einer Konsumerweiterung, nicht mit Sparen, beantworten würden, wird das Verteilungsproblem zum Problem der Proportionalität zwischen Kapitalbildung und Verbrauch"[223]).

Wegen der Persönlichkeit des Autors ist die Kritik Wilbrandts von Bedeutung und Interesse. Auch er spricht der gewerkschaftlichen Theorie nur den Wert einer Teilwahrheit zu. Denn durch Lohnerhöhungen werde nicht der Absatz jeder Industrie vermehrt, beispielsweise nicht der von Eisen. Die eisenschaffende Industrie würde deshalb den von der Lohnerhöhung ausgehenden Anstoß nur „indirekt und deshalb abgeschwächt" empfangen. Andererseits sei es denkbar, daß für eine Reihe von Industriezweigen eine Lohnerhöhung zur Massenfabrikation führen würde, die eine Kostenminderung erlaube und zwar eine derart weitgehende, daß die Differenz zwischen Preis und Herstellungskosten zur Kapitalbildung dienen könne. Dennoch befürchtet er, daß im ganzen die Kapitalbildung, die er für wesentlich hält, zu sehr zurückgehen würde[224]). Bei Wilbrandt ist also keineswegs ungeteilte Zustimmung zu dieser gewerkschaftlichen Theorie festzustellen.

4. Ad. Weber und seine Schule als Kritiker.

Es sind nur kleine Konzessionen, welche Adolf Weber der Lohnsteigerungstheorie zu machen bereit ist: „.... die Möglichkeit, die Macht der Gewerkschaften zu benutzen, um auf eine Steigerung der Produktivität der Arbeit einzuwirken, ist unbestreitbar gegeben, sei es dadurch, daß die Arbeitgeber unter dem Druck steigender Löhne weiter technische und organisatorische Fortschritte erzielen, oder sei es dadurch, daß die Arbeiter ihrerseits mehr leisten und dadurch die Produktivität der Arbeit fördern"[225]). Das große „Aber", das diesen Gang der Ereignisse aufzuhalten geeignet sei, ist nach Weber der Rückgang der Kapitalbildung, während gleichzeitig die

223) F. Wunderlich, Das Kaufkraftargument (Soz. Praxis, Jahrg. 34 Nr. 51, 1925), Sp. 1138.

224) R. Wilbrandt, Lohnerhöhung zwecks Produktionsverbilligung? (Soz. Praxis, Jahrg. 36 Nr. 37, 1927), vgl. insbesondere Sp. 908.

225) Ad. Weber, Ende des Kapitalismus? 2. Aufl., München 1929, S. 67.

Nachfrage nach Kapital zur Einführung von Maschinen anwachse, sodaß der Zins steige. Das, sowie die Tatsache, daß infolge der Lohnerhöhung die Preise der Maschinen steigen würden, erschwere die vermehrte Anwendung von Maschinen [226]). Hatte Frieda Wunderlich die Formel angegeben, aus der zu ersehen sein würde, ob Lohnerhöhungen günstig wirken, nämlich die Proportionalität von Konsumsteigerung und Kapitalbildung, so setzt Adolf Weber gewissermaßen Größen in die Formel ein und rechnet sie aus, wobei er zu dem Resultat kommt: „Dem vermehrten Wollen des Unternehmers, technische Neuerungen einzuführen, steht ein vermindertes volkswirtschaftliches Können gegenüber“ [227]). Ebenso urteilt sein Schüler Curschmann: „Die Theorie, die mittels künstlicher Lohnsteigerung glaubt die Wirtschaftsentwicklung fördern zu können, übersieht .... ein notwendiges Zwischenglied, die notwendigerweise voraufgehende Besserung bzw. Erweiterung des Produktionsertrages und die notwendige, dieser parallel gehende Sparkapitalbildung. Rationalisieren die Unternehmer von sich aus, so sind diese Voraussetzungen erfüllt. Rationalisieren sie unter dem Druck der Lohnforderungen, so sind sie nicht nur im Augenblick nicht erfüllt, sondern ihre Erfüllung wird auch für die Zukunft zunichte gemacht; einer augenblicklichen Konsumsteigerung mittels zusätzlicher Kaufkraft muß in der Zukunft eine Konsumverknappung folgen“ [228]). Mit dieser Deduktion ist die Produktivitätstheorie wieder erreicht: „Der einzig mögliche Weg, dem Wirtschaftsfortschritt zu dienen, beginnt immer bei der Steigerung der Produktivität“ [229]).

5. Herkners Meinung.

Für Herkner ist die Steigerung der Produktivität nicht der „einzig mögliche Weg“ zum Wohlstand; er erkennt vielmehr durchaus an, daß es auch Fälle geben könne, bei denen die Fortschrittsdynamik sich in der von den Gewerkschaften bezeichneten Weise durchzusetzen vermöge: „Unter einiger-

---

226) Weber a. a. O. S. 68/69.

227) Weber, a. a. O. S. 70. Vgl. zur Problematik der durch Lohnsteigerungen bewirkten Rationalisierung auch A. Wolfers, a. a. O. S. 81 ff.

228) F. H. Curschmann, Zur sozialökonomischen Funktion hoher Löhne, Berlin 1929, S. 88.

vgl. ebenfalls Ad. Lampe, Arbeitslosenunterstützung, Monopolismus und Arbeitslosigkeit (Soz. Praxis Jahrg. 36 Nr. 35, 1927) Sp. 862 und A. Ammon, Das Lohnprogramm, Gefahren der Lohnsteigerungen, Berlin 1930, insbesondere S. 50 ff.

229) F. H. Curschmann, a. a. O. S. 89. Zu dem gleichen Resultat kommt R. Wedemeyer, Mit Lohnsenkungen gegen die Arbeitslosigkeit? Berlin 1930, S. 32/33.

maßen normalen Verhältnissen kann .... in einem kapitalreichen Lande die Lohnerhöhung in der Tat, namentlich wenn sie noch von anderen äußeren Vorgängen unterstützt wird, eine aufsteigende Entwicklungstendenz des Wirtschaftslebens fördern“ [230]). Aber schwerlich seien diese Verhältnisse in dem Deutschland von heute gegeben. Es fehle an Kapital die Lohnerhöhungen zu finanzieren, sodaß Arbeiter entlassen werden müßten. Das vermehre nur den ohnehin auf dem Arbeitsmarkt lastenden Druck. Deshalb mußte die Gewerkschaftstheorie Schiffbruch erleiden: „Es ist durchaus verständlich, daß die Lohnerhöhungen des Jahres 1925 die deutsche Wirtschaftslage keineswegs so wohltätig beeinflußt haben, wie es nach den Vorhersagen der Gewerkschaftsführer hätte der Fall sein müssen“ [231]). Der Fehler der gewerkschaftlichen Theorie sei eben ihr „.... grenzenloser Optimismus in der Beurteilung dessen, was die bestehende Wirtschaftsordnung leisten kann“ [232]).

6. Striglş Deduktionen.

Zum Schluß soll noch ein Theoretiker zu Worte kommen, der im allgemeinen mehr zu der Ansicht hinneigt, daß durch Lohnsteigerungen die Arbeiterschaft Vorteile erringen und der wirtschaftliche Fortschritt angeregt werden könnte: Richard Strigl [233]). Einer bestimmten Lohnhöhe entspreche ein bestimmter Umfang der Nachfrage nach Arbeit. Wenn demnach der Lohn gesteigert werde, so sei mit der Entlassung von Arbeitern zu rechnen [234]). Diese ungünstige Wirkung könne aber behoben werden durch anderweitige im Gefolge der Lohnerhöhung auftretende Wirkungen, durch die Steigerung der Produktivität. Es sei durchaus denkbar, daß durch die finanzielle Verschlechterung der Unternehmungslage eine gewisse „Trägheit der Leitung“ beseitigt werde, welche der Anwendung von Betriebserneuerungen hindernd im Weg stand, und daß die jetzt besser entlohnten Arbeiter eine größere Leistung vollbringen würden [235]). Für die leistungsfähigen unter den von der Lohnerhöhung betroffenen Betrieben entspringe außerdem noch ein Vorteil, da ihre „Schmutzkonkurrenz“, welche sich nur auf Grund der niedrigen Löhne hatte aufrecht erhalten lassen, nunmehr beseitigt werde, sodaß die Leistungsfähig-

230) H. Herkner, Die Lohntheorie der deutschen Arbeiter- und Arbeitgeberverbände seit der Stabilisierung der Valuta (Wirtschaftstheorie der Gegenwart Bd. 3, 1928), S. 92.
231) Herkner, a. a. O. S. 93.
232) Herkner, a. a. O. S. 94.
233) R. Strigl, Angewandte Lohntheorie, Leipzig und Wien 1926.
234) Strigl a. a. O. S. 66.
235) Strigl a. a. O. S. 68.

keit der überlegenen Betriebe durch die Steigerung der Erzeugungsmenge weiterhin verbessert werde[236]). Durch alle diese Wirkungen werde es ermöglicht, „daß der zunächst künstlich erhöhte Lohn wieder der Produktivität der Arbeit entspricht, da der Preis der Arbeit, wie er sich unter den neuen Verhältnissen auf dem freien Markte bilden würde, gehoben wird"[237]).

Nicht immer gehe die Produktivitätssteigerung auf derart einfachen Wegen vor sich. Wenn nämlich die bisher genannten Methoden der Betriebsverbesserung sich nicht anwenden ließen, dann müßten Arbeiter zur Entlassung kommen. „Es wird die jetzt teurere Arbeit durch das jetzt relativ billigere Kapital ersetzt . . ."[238]), ein Prozeß, der „. . . sicher nicht von heute auf morgen durchgeführt werden . . . ." könne[239]). Seine Durchführung „. . . ist gebunden an die Voraussetzung einer oft bedeutenden Kapitalsvermehrung, weil nur durch diese die notwendige Verbesserung des Produktionsapparates möglich ist. Es wird vor allem von dem Tempo, in welchem diese Kapitalsansammlung vor sich geht, abhängen, wie lange die Übergangszeit dauert, während welcher die wegen Lohnerhöhung entlassenen Arbeiter keine Beschäftigung finden können, und wie schnell diese Arbeiter wieder bei der Produktion der neugebrauchten Kapitalsgüter unterkommen"[240]). Die Beantwortung der Frage, ob durch Lohnerhöhungen die Arbeiterschaft Vorteile erringen könne, hänge also ab von der Möglichkeit der Kapitalvermehrung. Und hier ist er im Gegensatz zu Röpke und Weber optimistischer, indem er darauf verweist, daß infolge der durch die Lohnerhöhung erfolgten Ertragsminderung der Unternehmungen jetzt mehr erspart, daß durch sie der Anreiz zum Sparen erhöht werde. Wenn das der Fall sei, dann wäre die „Spannung zwischen dem Lohn des freien Marktes und dem Vertragslohne[241]) nur eine vorübergehende Erscheinung . . ." gewesen[242]). Wieder also, allerdings unter Opfern der durch die Entlassung betroffenen Arbeiter, habe die Lohnsteigerung eine Produktivitätssteigerung nach sich gezogen.

Die zusammenfassende Frage schließlich, ob künstliche Lohnerhöhungen möglich seien, beantwortet Strigl dahingehend,

236) Strigl a. a. O. S. 69.
237) Strigl a. a. O. S. 69.
238) Strigl a. a. O. S. 70.
239) Strigl a. a. O. S. 71.
240) Strigl a. a. O. S. 73.
241) Dem durch Lohnsteigerung erhöhten Vertragslohn.
242) Strigl a. a. O. S. 74.

daß immer Raum für ein „Feilschen auf dem Markte“ gegeben sei, weil sich die Höhe des Marktlohnes theoretisch nicht eindeutig festlegen lasse, und daß innerhalb dieses Raumes ohne weiteres Lohnerhöhungen erfolgen können .Aber auch über diese Marge hinaus könne der Lohn gesteigert werden, wenn es gelinge, die Wirtschaft durch Produktivitätssteigerung dem neuen Lohnniveau anzupassen[243]).

Kapitel 2:

Rationalisierung und Gestaltung der sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Abschnitt 1:

Der Weg zum Sozialismus.

1. Der Weg zum Sozialismus nach Marx.

Die Aufgabe der Gewerkschaften ist mit der Wahrnehmung der arbeiterschaftlichen Interessen innerhalb der kapitalistischen Welt nicht erfüllt. Gemäß ihrer Anschauung, daß es notwendig sei, die jetzige Wirtschaftsform in den Sozialismus zu überführen, bleibt noch eine Tätigkeitssphäre, die auf die Erlangung des Sozialismus gerichtete. Sollen demnach die Wurzeln der gewerkschaftlichen Meinungen über die Rationalisierung aufgezeigt werden, so wird zu berücksichtigen sein, inwiefern die geäußerten Anschauungen sich daraus erklären, daß die Rationalisierungswirkungen dem Fortschreiten auf dem Wege zum Sozialismus günstig oder hinderlich sind.

Es ist ein Kennzeichen des von Marx geschaffenen wissenschaftlichen Sozialismus, daß nach seiner Anschauung der Lauf der ökonomischen Entwicklung mit eiserner Notwendigkeit zum Sozialismus führen muß. „Stets war Marx . . ., nachdem er sich von der deutschen idealistischen Philosophie und speziell vom Hegelianismus abgewandt und seine eigene neue philosophische Grundanschauung, die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung, begründet hatte, Vertreter des Gedankens der Evolution.... Sein Grundgedanke war der, daß im Laufe allmählicher Entwicklung von selbst und unabhängig vom Wünschen und Wollen der Menschen mit Notwendigkeit die sozialistische und dann die kommunistische Gesellschaftsform kommen müsse. Dies wäre dann der Fall, wenn die wirtschaftlichen Produktivkräfte sich so weit entwickelt hätten, daß die gesellschaftliche Form, in welcher diese Kräfte bisher ausge-

243) Strigl a. a. O. S. 79/80.

nutzt wurden, nämlich die des kapitalistischen Privateigentums, neuen gesellschaftlichen Formen Platz machen müsse. Wenn das Privateigentum nicht mehr imstande sei, diese gewaltigen Kräfte zu zügeln, könne nur durch eine neue organisatorische gesellschaftliche Leitung der Produktivkräfte das Wirtschaftsleben gedeihlich durchgeführt werden"[1]). Der Kapitalismus müsse die Produktivkräfte entwickeln[2]), indem er sie nach dem jeweiligen Stand der Technik zu immer riesenhafteren Werken zusammenschweiße, die in dem Besitz einiger weniger Expropriateure seien, während die große Masse der Arbeiterschaft verelende. Für die ungeheure Produktivkraft sei bei einer verelendeten Arbeitermasse keine Absatzmöglichkeit gegeben, es müsse zur Überproduktion und damit zu Krisen kommen, die immer verheerender wirken müßten[3]). In einer solchen Krise würden dann — nachdem ein gewisser Stand der Technik erreicht sei —, die Arbeiter sich empören und den konzentrierten Produktionsapparat den Händen der Unternehmer entreißen, um durch seine Vergesellschaftung eine neue Ära menschlichen Zusammenlebens einzuleiten[4]).

Der menschlichen Tat überlassen bleibt bei solcher Anschauung nur der Akt der Enteignung, während im übrigen die immanenten Gesetze des Kapitalismus diesen dazu zwingen werden, sich in der vorausgesehenen Weise zu entfalten, „unabhängig vom Wünschen und Wollen der Menschen" (Diehl). Nicht irgendwelche Gerechtigkeitsideologie, welche die Arbeiterschaft begeistert, sei die Triebkraft des sozialen Fortschritts, sondern lediglich die Tatsache der technischen Entwicklung führe den Sozialismus herauf[5]), sodaß es auf das Handeln in der Gegenwart garnicht ankomme. „Die heutige deutsche Sozialdemokratie steht ihrer Weltanschauung nach auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung... Nach dieser Auffassung soll die künftige Gesellschaft nicht geschaffen werden nach dem Plan irgendeines Weltverbesserers, der durch eine von ihm erdachte Ordnung den Menschen Glück und Wohlstand verschafft ...., sondern die neue Gesellschaftsordnung soll sich entwickeln durch bestimmte Produktivkräfte, die in der alten Gesellschaft schon

1) K. Diehl, Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, 4. Aufl. Jena 1922, S. 360.
2) Vgl. dazu F. Wunderlich, Produktivität, Jena 1926. S. 79.
3) Vgl. dazu, Diehl, Über Sozialismus a. a. O. S. 163/170.
4) Diese „Konzentrationstheorie" ist nicht die einzige die aus Marx abgeleitet wird. Vgl. darüber
A. Braunthal, Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, Berlin 1927, S. 5.
5) Vgl. Diehl, Über Sozialismus a. a. O. S. 16 und 17.

vorhanden sind“[6]). In der Gegenwart bleibe nichts zu tun, als zu warten; höchstens könne von Maßnahmen die Rede sein, die indirekt der Herbeiführung des Sozialismus dienen: „Die Gewerkschaften stärken die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse und fördern dadurch indirekt die Verwirklichung des Sozialismus; als Sozialisten sind wir doch einig darüber, daß wir die Emanzipation des Proletariats nicht von einer wachsenden Verkommenheit, sondern von einer wachsenden Kraft erwarten“[7]).

Von einer direkten Arbeit am Aufbau des Sozialismus kann noch nicht gesprochen werden. Die Aufmerksamkeit bleibt gerichtet auf die „Revolution“, die sich unter Umständen auch in evolutionären Formen vollziehen könne[8]); aber sie muß erst erlitten sein, sie als die Eingangspforte zum Sozialismus muß durchschritten sein, ehe man ernsthaft an den Aufbau einer sozialistischen Welt zu denken vermöge. Kautsky ist „.... davon überzeugt, daß es nicht unsere Aufgabe ist, Rezepte für die Garküche der Zukunft auszuspintisieren“[9]). Und ferner: „Als vor mehr als 15 Jahren die deutsche Sozialdemokratie ein neues Programm diskutierte, wurde vorgeschlagen, darin die Forderung von Maßregeln aufzunehmen, die den Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise vermitteln sollten. Damals war ich unter denjenigen, die gegen die Aufnahme derartiger Forderungen auftraten, weil ich es für falsch hielt, der Partei jetzt schon einen bestimmten Weg vorzuschreiben für ein Ereignis, das wir uns garnicht vorstellen, von dem wir nur eine dunkle Ahnung haben können und das uns mit sehr viel Unerwartetem überraschen wird“[10]).

Dieser orthodoxen Auffassung können die Gewerkschaften nicht zustimmen, weil sie aufgebaut ist auf der zunehmenden Verelendung der Arbeitermassen. Das widerspricht dem Wesen der Gewerkschaften ebenso wie der Glaube, daß die Entwicklung zum Sozialismus fatalistisch abgewartet werden soll, daß die gegenwärtige Betätigung sich bestenfalls darauf zu beschränken habe, die Arbeiterschaft vor vollständiger physischer und psychischer Verkommenheit zu bewahren.

---

6) Vgl. Diehl a. a. O. S. 41.

7) A. v. Elm, Partei und Gewerkschaft (Soz. Monatshefte, Jahrg. 9 Nr. 9, 1905) 2. Bd. S. 735.

8) Vgl. K. Kautsky, Die soziale Revolution, 3. Aufl. Berlin 1909, S. 62 und 67.

9) Kautsky a. a. O. S. 67.

10) Kautsky a. a. O. S. 67.

2. Die revisionistische Anschauung.

Der den Gewerkschaften nahestehende Revisionismus verwirft die orthodoxe Evolutionstheorie, welche der Arbeiterklasse nicht erlaube, „Ideale zu verwirklichen, sondern nur die in der Wirklichkeit selbst arbeitenden Elemente einer neuen Gesellschaft zu befreien“[11]; denn es bestehe bei ihr ein „Monismus zwischen Sein und Sollen, zwischen Wirklichkeit und Ziel, zwischen Wissenschaft und Ideal . . .“[12]. Dieser Einheit setze der Revisionismus gegenüber die „. . . . Dualität des Voluntarismus auf der einen und der tendenzfreien Wissenschaft auf der anderen Seite. Ihm ist der Sozialismus etwas, was kommen soll, was zu verwirklichen ist und was daher in seinem Sollen in hohem Maße vom menschlichen Wollen abhängt“[13][14]. Indem diese Anschauung nicht den Verelendungsgedanken verwendet, hingegen dem menschlichen Wollen und damit der menschlichen Tätigkeit die Hauptbedeutung an der Erreichung des Sozialismus zuspricht, kommt sie dem Wesen der Gewerkschaften entgegen. Diese wehren sich energisch dagegen, untätig der Entwicklung zusehen zu sollen: „Die Vorstellung, daß die kapitalistische Wirtschaft ganz von sich aus diesen Konzentrationsprozeß zur Reife bringen wird, und daß der Sozialismus während dieses ganzen Entwicklungsstadiums in der Oppositionsstellung verharren kann, um dann später nach Vollendung der Konzentration die fertig organisierte Wirtschaft zu „übernehmen“, muß definitiv über Bord geworfen werden“[15]. Damit ist die Bahn freigemacht für die Aufstellung einer Theorie der Erarbeitung des Sozialismus, aber gleichzeitig ist auch die Gewißheit verloren worden, daß unter allen Umständen man zum Sozialismus kommen werde.

3. Das Streben nach Wirtschaftsdemokratie als Weg zum Sozialismus.

Ist somit die Gewißheit der sozialistischen Zukunft verloren, so wird es für die Gewerkschafter zur dringenden Not-

---

11) S. Marck, Philosophie des Revisionismus (Grundsätzliches zum Tageskampf, Festgabe für Ed. Bernstein, Breslau 1925) S. 25.

12) Marck a. a. O. S. 24.

13) Marck a. a. O. S. 25.

14) Inwiefern auch bei der orthodoxen Theorie von einem „Wollen“ die Rede sein kann, darüber vgl. M. Adler, Was ist Notwendigkeit der Entwicklung? (Der Kampf Jahrg. 8 Nr. 4, 1915), S. 173 ff. und ferner M. Adler, Die psychologische und ethische Läuterung des Marxismus, Berlin 1928.

15) F. Baade, Zukunftsaufgaben sozialistischer Wirtschaftspolitik (Die Arbeit, Jahrg. 3 Nr. 1, 1926) S. 51/52.

wendigkeit, eine Theorie der Erarbeitung des Sozialismus zu schaffen. Zieht man ferner die nach der Revolution von 1918 enttäuschten Sozialisierungshoffnungen in Betracht, so wird diese Notwendigkeit unabweisbar. Gerade die Enttäuschungen der Nachrevolutionsjahre sind darauf zurückzuführen, daß eine Theorie des Aufbaues gefehlt hat. Beckerath urteilt darüber: „Man trat, wie Lensch es ausdrückt, die Regierung an mit der „unerschütterten Doktrin einer radikalen Oppositionspartei", die früher niemals Gelegenheit und Möglichkeit zur praktischen Regierungsarbeit gehabt und dieselbe auch nicht ernstlich gesucht hatte, und man blieb, um wieder mit Lensch zu reden, auch in der Herrscherstellung befangen in der „Psychologie einer unterdrückten Klasse". Daher blieb u. a. das Augenmerk stark auf die Kontrolle und Schmälerung der Vorrechte der bisher wirtschaftlich und sozial privilegierten Klassen gerichtet. Man wandte die Kraft zu viel auf den Versuch, die Nutznießer der alten Ordnung zugunsten der breiten Masse in ihren Vorteilen zu beschränken, und zu wenig darauf, positiv und planmäßig eine neue Wirtschaftsordnung zu entwickeln"[16]). Noch schärfer in seinem Urteil ist der Gewerkschaftsfreund Theodor Cassau: „Die sozialistische Ideologie hatte sich stets auf die Erforschung der großen Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft beschränkt und die Erörterung der organisatorischen und soziologischen Probleme dieser neuen Großwirtschaft vermieden. Sie war Jahre hindurch an allen Untersuchungen vorbeigegangen und besaß aus diesem Grunde nicht die Stoßkraft, die zum Erfolge nötig ist"[17]). Der Mangel an schöpferischer Aufbautätigkeit ist ein Erbe des orthodoxen Marxismus, verschuldet durch dessen Selbstsicherheit. Und erst unter dem Druck der Ereignisse machten sich die Gewerkschaften an die Aufstellung einer Theorie der Erarbeitung des Sozialismus. „Der Übergang von der Aufdeckung der „sozialen Bewegungsgesetze", der kritischen Analyse der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer mutmaßlichen Entwicklung zu Versuchen des Aufbaues einer praktisch brauchbaren Theorie der sozialistischen Gemeinwirtschaft, einer positiven sozialistischen Staatsauffassung ist erst vollzogen worden, als die geschichtliche Situation mit unvorhergesehener Wucht umfassende praktische Wirksamkeit von den Arbeiterparteien wie den Gewerk-

16) H. v. Beckerath, Kräfte, Ziele und Gestaltungen in der deutschen Industriewirtschaft, 2. Aufl., Jena 1924, S. 16.

17) Th. Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf, 2. Aufl., Halberstadt 1930, S. 310.

schaften in der Richtung ihrer Ideen verlangte“[18]). Wollte man sich also den Anforderungen der Zeit nicht verschließen, so mußte man über Marx hinausgehen: „Durch die Praxis von Partei und Gewerkschaften ist eine Lockerung der Verbindung von Sozialismus und Marxismus eingetreten. Sie mußte eintreten, nicht so sehr deshalb, weil Marx „überwunden“ worden wäre, oder seine Gedanken nicht der theoretischen Fortbildung, Ergänzung und Vertiefung fähig wären, sondern weil die praktischen Aufgaben, die der Sozialismus heute zu lösen hat, zu einem erheblichen Teile jenseits der Probleme liegen, denen Marx' Lebenswerk galt“[19]). Die freien Gewerkschaften suchen sie zu lösen mit Hilfe der Theorie der „Wirtschaftsdemokratie“.

Das Erstreben der Wirtschaftsdemokratie bedeutet nach gewerkschaftlicher Auffassung kein Aufgeben des Sozialismus, der vielmehr das Ziel der Wünsche bleibt, sondern stellt lediglich einen Weg zu diesem Endziel dar, und zwar einen solchen, der den Gewerkschaften, indem er sich an ihre aufbauende Tätigkeit wendet, als besonders gangbar erscheinen muß: „Wenn die deutschen Gewerkschaften die Forderung der Wirtschaftsdemokratie aufstellen, so bedeutet das für sie keinen Verzicht auf das sozialistische Ziel und keinen Ersatz für den Sozialismus, sondern es bedeutet eine Ergänzung der sozialistischen Idee in der Richtung der Klärung des Weges zu ihrer Verwirklichung. Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie sind als Endziel untrennbar miteinander verknüpft. Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches Wirtschaftssystem, und das Ideal des Sozialismus ist ohne demokratischen Aufbau der Wirtschaftsführung nicht zu verwirklichen. Wenn trotz dieser Einheit des Endzieles die Idee der Wirtschaftsdemokratie innerhalb der sozialistischen Gedankenwelt sich ausbreitet, so deshalb, weil mit ihr neue konkretere Vorstellungen über den Weg zur Verwirklichung der neuen Gesellschaftsstruktur verbunden sind“[20]). Wenn seitens der Gewerkschaften das „Bekenntnis der Treue zum Sozialismus“ neben die Forderung der Wirtschaftsdemokratie gestellt werde, so bedeute das nichts anderes, „. . . als daß wir versuchen wollen, den Weg, der uns von der dunklen Gegenwart in die hellere Zukunft des Sozialismus führen soll, greifbar, mindestens in seinen nächsten Etappen zu erkennen.

18) L. Erdmann, Gewerkschaften und Sozialismus (Die Arbeit, Jahrg. 2 Nr. 11, 1925), S. 657.

19) Erdmann a. a. O. S. 659.

20) „Wirtschaftsdemokratie“ herausgeg. im Auftrage des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes von F. Naphali, Berlin 1928, S. 10.

Wir wollen den einzelnen Schritt in der Gegenwart, die einzelne Forderung, die wir um der Gegenwartsinteressen der Arbeiterschaft willen aufstellen, prüfen auf ihre Bedeutung für die Umgestaltung des Wirtschaftssystems. Wir wollen jede einzelne Etappe der Machterweiterung, jedes einzelne Verlangen an die Gesetzgebung einordnen in das große Bild, das wir uns von der Entwicklung zum Sozialismus machen"[21]). Der Grundton dieses Bildes sei der tägliche „. . . Kampf um die sofortige Neugestaltung der sozialen Verhältnisse"[22]). In breiter Front soll der Kampf ausgetragen werden, er soll entbrennen beispielsweise um den Ausbau des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung, um die „Durchführung der paritätischen Vertretung der Arbeiterschaft in allen Körperschaften, denen wirtschaftspolitische Beratung oder wirtschaftspolitische Funktionen durch Staat oder Gemeinde übertragen werden . . ."[23]), ferner um die Errichtung von Ämtern zur Kontrolle industrieller Monopole, um die Förderung der öffentlichen Betriebe; man will ringen um die Unterstützung der Konsumgenossenschaften, um die Entwicklung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe und nicht zuletzt um die Durchbrechung des „Bildungsmonopols"[24]).

Abschnitt 2:
Die Rationalisierung und ihre Wirkung auf die Erringung des Sozialismus.

1. Die Wirkung der Rationalisierung nach der orthodoxen Theorie.

Einem Menschen, der durch die Marxsche Sozialisierungstheorie von dem unaufhaltsamen Kommen des Sozialismus überzeugt worden ist, kann die heutige Rationalisierung kein Problem sein, wenn sie zu Betriebskonzentrationen, d. h. zur Entwicklung der Produktivkräfte, also einen Schritt weiter in der Entwicklung zum Sozialismus führt. Daß sie konzentrierend und damit organisierend wirkt, dafür gibt es viele Beispiele. So sagt z. B. Schäffer: „Sobald die Technik auf irgendeinem Gebiete einen neuen Schritt nach vorwärts getan hatte, sobald es beispielsweise möglich geworden war, das Eisen vom Hochofen noch heiß in das Stahlwerk oder in die Gießerei einzuführen, zeitigten solche technischen Fortschritte in großem Umfange Organismen und führten dann zu Konzern-

21) F. Naphtali auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß, Hamburger Protokoll, S. 189/190, zit. bei S. Schwarz, Handbuch der Gewerkschaftskongresse, Berlin 1930, S. 421.
22) „Wirtschaftsdemokratie", a. a. O. S. 13.
23) „Wirtschaftsdemokratie", a. a. O. S. 178.
24) Vgl. hierzu „Wirtschaftsdemokratie", a. a. O. S. 177/179.

bildungen, zu Fusionen, zu räumlichen und organisatorischen Zusammenlegungen“[25]). Und Lengersdorff meint über die infolge der Rationalisierung auftretenden Konzentrationstendenzen: „Die alten, mit der Mentalität unserer Großväter aufgewachsenen Betriebe sterben ab, und riesige, zu leibhaftigen Automaten ausgebaute Werke treten an ihre Stelle. Tausende Kleinbürger wurden aus ihrer Existenz herausgespült und mitten in das wogende und brausende Meer des Proletariats geworfen. Eine in ihrem Ende noch gar nicht abzusehende Umschichtung droht, bis dahin in der Gesellschaft einflußreiche und führende Schichten in die Tiefen der sozialen Niederungen herabzudrücken. Aus diesem, in der Geschichte ohne Beispiel dastehenden Ringen formen sich Truste und Syndikate gleich babylonischen Türmen zu Götzenbildern des vom Überschwang seiner Macht trunkenen Kapitalismus“[26]).

Die sich auftürmenden Trusts erleichtern den Überblick über die Wirtschaft, dessen eine sozialistische Wirtschaft, die an die Stelle der „Anarchie“ des Kapitalismus eine zentrale Regelung setzen will, so dringend bedarf. „Ohne den entwickelten Großbetrieb ist der Sozialismus unmöglich. Wo dagegen der Großbetrieb in ausgedehntem Maße vorhanden ist, ist es für eine sozialistische Gesellschaft ein leichtes, in ihm die Produktion zu konzentrieren und den Kleinbetrieb raschestens los zu werden“[27]). Auch Hermann Müller urteilt derart über die Ausbreitung der Kartelle und Trusts: die Unternehmer „.... wollen damit nicht sozialisieren und tun es auch nicht, aber sie leisten doch eine Arbeit, die sonst dem Proletariat zugefallen wäre, und die uns dem Sozialismus ein gewaltiges Stück näher bringt“[28]). Die gleiche Meinung vertritt Ammon: „Eine der wichtigsten .... Voraussetzungen[29]) ist eine entsprechend weit fortgeschrittene Konzentration der Produktion in Großbetrieben, weil nur unter dieser Voraussetzung eine einheitliche gesellschaftliche Leitung der Produktion und Verwaltung der Produktionsmittel technisch-organisatorisch möglich ist“[30]).

25) H. Schäffer, Kartelle und Konzerne (in „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft“, 2. Aufl., 1. Bd., Berlin 1929), S. 339.

26) R. Lengersdorff, Gemeinwirtschaft, Rationalisierung und Arbeiterschaft, Berlin 1927, S. 53.

27) K. Kautsky, Soz. Revolution, a. a. O. S. 89.

28) Hermann Müller, Karl Marx und die Gewerkschaften, Berlin 1918, S. 102.
Vgl. auch B. Kautsky, Wirtschaftsprobleme der Gegenwart, Wien 1923, S. 60 ff.

29) Voraussetzungen der Sozialisierung.

30) A. Ammon, Planwirtschaft und Sozialisierung (Wirtschaftskunde, 1. Bd., 5. Heft, Leipzig und Berlin 1924), S. 25.

2. Die Wirkung der Rationalisierung auf die Erringung des Sozialismus nach gewerkschaftlicher Anschauung.

Insofern die auf Grund der Rationalisierung auftretende Konzentration zur Ermöglichung des späteren Sozialismus unerläßlich ist, können auch die Gewerkschaften in der gleichen Weise wie die orthodoxen marxistischen Theoretiker der heutigen Rationalisierung zustimmen. Allerdings ist ihre Lage gegenüber der Konzentrationstendenz verwickelter als die der reinen Marxisten, denen sie die Sicherheit des Kommens der neuen Wirtschaftsordnung bedeutet. Da aber die Gewerkschafter durch die Annahme einer neuen Theorie über den Weg zum Sozialismus, deren Hauptelement der eigene Wille und die eigene Kraft ist, auf das Gefühl unbedingter Sicherheit, mit welcher der Sozialismus eintreten wird, haben verzichten müssen, so muß ihnen die Konzentration außer als Vorbedingung des Sozialismus zunächst als Machtzusammenballung in der Hand des Gegners erscheinen. In der Tat wird sie so von ihnen bewertet: „Diese Durchorganisierung des Kapitalismus, diese fortschreitende Entwicklung von der freien Konkurrenz zur planmäßigen Produktionsgestaltung mit dem Ziel der monopolistischen Marktgestaltung hat an sich gewiß nichts mit einer Demokratisierung der Wirtschaft zu tun. Im Gegenteil, es findet hier eine kapitalistische Zusammenballung der Macht statt, die an sich geeignet ist, die autokratische Stellung des Unternehmertums in der Wirtschaftsführung noch viel schärfer zu betonen und in Erscheinung treten zu lassen, als es in der Periode der freien Konkurrenz der Fall war“ [31]). Die gleiche Ansicht kehrt bei Lengersdorff wieder: „Diese Steigerung der Machtstellung und des Machtbewußtseins der Wirtschaftsführer ist die größte Gefahr, die die Rationalisierung der Wirtschaft in den letzten Jahren uns gebracht hat“ [32]).

Aber damit ist bei dem voluntaristischen Ausgangspunkt der Gewerkschaftstheorie dann noch nichts verloren, wenn durch die Konzentration gleichzeitig Wirkungen herbeigeführt werden, die geeignet sind, die Machtstärkung des Gegners zu kompensieren. Und diese Wirkungen treten nach gewerkschaftlicher Ansicht auf: die eine bestehe in der besseren Übersicht über das komplizierte Gefüge der Wirtschaft, die andere in der Stärkung des Willens, den Kampf um den Sozialismus aufzunehmen oder zu verschärfen: „Aber trotz-

31) „Wirtschaftsdemokratie“, a. a. O. S. 29/30.

32) Lengersdorff, Gemeinwirtschaft, Rationalisierung und Arbeiterschaft, a. a. O. S. 55.

dem, und obwohl es uns fernliegt, den hochkapitalistischen Charakter der neuen Organisationsformen verschleiern zu wollen, glauben wir, daß von dieser Entwicklung zum organisierten Kapitalismus in letzter Linie ein großer Antrieb in der Richtung der Entwicklung zur Demokratisierung der Wirtschaft ausgehen wird und bereits auszugehen beginnt. Gerade weil hier die Macht der einzelnen kapitalistischen Gruppen sich bis zur vollen Beherrschung der Märkte steigern kann, ruft sie zwangsläufig die Erkenntnis wach, daß hier innerhalb der Unternehmungsorganisationen Entscheidungen über das wirtschaftliche Wohl und Wehe gefällt werden, die nicht mehr in der Sphäre des Privaten bleiben können, sondern zwangsläufig zur Gemeinschaftssache werden. Gegenüber den höchsten Formen autokratischer Wirtschaftsbeherrschung durch die einzelnen Unternehmergruppen erwächst die Gegenbewegung, die den Ruf nach Unterordnung der Führer der großen Unternehmungsorganisationen unter das Gemeinschaftsinteresse, vertreten durch den Staat, erhebt"[33]). Das Wort „zwangsläufig" bedeutet in diesem Zusammenhang aber nicht mechanische Verursachung, nicht Selbsttätigkeit der Entwicklung, sondern es will sagen: durch die Aufdeckung der kapitalistischen Entwicklungstendenz und die Darstellung der möglichen Gegenmaßnahmen wird der Wille der Arbeiterschaft zum Kampf um den Sozialismus verstärkt: „Die Klarheit über die nächsten Etappen des Kampfes, die Beleuchtung der neuen Kampffronten, vor die die wirtschaftliche Entwicklung die Gewerkschaften stellt, ist . . . das vornehmste Mittel zur Belebung des Kampfwillens der Arbeiterschaft"[34]).

Ist die Konzentrationstendenz den Gewerkschaften willkommen, weil sie geeignet sei, die wirtschaftsdemokratischen Strömungen zu verstärken, so muß es auch die Rationalisierungsbewegung sein, sofern sie in eine Konzentration ausmündet. Ferner müssen die Arbeiterkoalitionen eine Rationalisierung begrüßen, wenn sie in sonstiger Weise die vielen unter dem Namen „Wirtschaftsdemokratie" zusammengefaßten Mittel zur Erreichung des Sozialismus fördern kann, beispielsweise wenn die beim öffentlichen Betrieb auftretende Gefahr der Bürokratisierung, der mangelnden Initiative durch die mit der Rationalisierung auftretende bessere Berechenbarkeit vermindert wird[35]). Zwar — ein Zitat läßt sich nicht

33) „Wirtschaftsdemokratie", a. a. O. S. 30.
34) „Wirtschaftsdemokratie", a. a. O. S. 182.
35) Vgl. J. Schumpeter, Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute (Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 2. Aufl., 1. Bd., Berlin 1929), S. 317. Vgl.

dafür anführen, in dem die Gewerkschaften ihre Zustimmung zur Rationalisierung wenigstens zum Teil damit begründen, daß sie der Wirtschaftsdemokratie förderlich sei. Wohl aber ist dieser Gedanke darin eingeschlossen, daß sie die Konzentrationstendenz begrüßen; denn daß die Rationalisierungsmaßnahmen zu Konzentrationen führen, daß sie ein und zwar ein bedeutsamer Grund zur Zusammenfassung der Einzelwirtschaften in Trusts und dergleichen bilden, der Ansicht sind die Gewerkschafter auch. Und wenn sie die Forderung der Wirtschaftsdemokratie damit begründen, daß der Kapitalismus sich geändert habe, daß er zum organisierten Kapitalismus geworden sei, dessen Kennzeichen die wirtschaftliche Autokratie bilde, so liegt auch darin eingeschlossen die Zustimmung zur Rationalisierung; denn die Rationalisierung ist an der Herbeiführung der wirtschaftsautokratischen Zustände nicht schuldlos. Und da man nun gerade von diesen Zuständen einen Willensimpuls zur Verschärfung des Kampfes um den Sozialismus erwartet, können die Gewerkschaften auch aus ihrem sozialistischen Streben heraus die Rationalisierungsbewegung befürworten[36]).

Abschnitt 3:
Die Rationalisierung, kritisiert an den Vorstellungen von einer sozialistischen Wirtschaftsordnung.

1. Die Unrationalität der heutigen Wirtschaft.

Mit der Feststellung, daß die Rationalisierung den wirtschaftsdemokratischen Strömungen förderlich ist, ist die Aufzählung der gedanklichen Beziehungen zwischen Rationalisierung und Wirtschaftsdemokratie bezw. zwischen ihr und dem Sozialismus noch nicht erschöpft. Es zeigt sich, daß die Gewerkschafter die Wirtschaftsdemokratie u. a. aus dem Grunde befürworten, weil sie zu einer gegenüber dem Kapitalismus rationelleren Gestaltung der Wirtschaft führen soll, indem man z. B. auf ein „freudiges Gefühl der Mitverantwortung" seitens der Arbeiterschaft rechnet und hofft, „durch bewußte planmäßige Umgestaltung immer größere Produktivität zum Segen der Allgemeinheit zu erzielen"[37]). In dem Falle wäre

ferner W. Sombart, Die Wandlungen des Kapitalismus (Weltw. Arch. 28. Bd., Heft 2, 19), S. 249; ferner K. Muhs, Die Chance des Kapitalismus (Weltw. Arch. 31. Bd., Heft 1, 1930), S. 25.

36) Vgl. „Wirtschaftsdemokratie", a. a. O. S. 11.
Vgl. ebenfalls F. Naphtali, Monopolistische Unternehmungsorganisationen und Arbeiterschaft (Die Arbeit, Jahrg. 4 Nr. 3, 1927), S. 158 ff.

37) „Wirtschaftsdemokratie", a. a. O. S. 125.

eine „Rationalisierung" die Folge der Wirtschaftsdemokratie. Da deren allmähliche Durchführung als ein Weg zum Sozialismus betrachtet wird, letztendlich Sozialismus und vollendete Wirtschaftsdemokratie das gleiche darstellen, wird auch die sozialistische Wirtschaftsform von den Gewerkschaften als „rationeller" denn die kapitalistische angesehen: „Die Gewerkschaften erblicken . . . . . im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation"[38]). Sehr häufig sind die gewerkschaftlichen Klagen über die Unrationalität der heutigen Wirtschaftsform anzutreffen. So bemerkt Ungern-Sternberg: „Wir leiden unter einer Unrationalität der Wirtschaft. Eine Volkswirtschaft gibt es heutigentags überhaupt noch nicht. Was man so bezeichnet, ist ein Konglomerat von Einzelwirtschaften, die untereinander wohl verschiedene Zusammenschlüsse und Verbindungen eingehen, zwischen denen jedoch eine organisatorische Abstimmung, eine Rollenverteilung im Produktionsprozeß nicht besteht"[39]). Und Hermberg erklärt: „Es ist ja gerade einer der Hauptvorwürfe, der vor allem von seiten der Sozialisten gegen die herrschende Wirtschaftsform gerichtet wird, daß in ihr die Kräfte gegeneinanderlaufen, daß sie ohne einheitliche Führung sei, daß die Zersplitterung der Produktionsmittel in der Hand der Privaten den einheitlichen Einsatz der Produktivkräfte unmöglich macht und damit die Ergiebigkeit auch im Sinne des Kapitals herabsetzt"[40]). Verschwendung bedeute die heutige Wirtschaftsordnung, das ist auch die in dem Werke „Wirtschaftsdemokratie" vertretene Auffassung: „Der Privatbetrieb muß auf dem freien Markt Absatz suchen. Er sieht sich ständig einer Masse von Konkurrenten gegenüber, gegen die er sich durchsetzen soll. Dieser Absatzkampf kostet Geld, er erhöht die Unkosten gewaltig; eine ständige Verkaufsorganisation, oft phantastische Reklameausgaben, Bearbeitung der Kunden durch Reisende, und dabei immer das Risiko, auf seinen Produkten sitzen zu bleiben, das Risiko zu langsamen Einganges des Geldes oder sogar der völligen Zahlungsunfähigkeit der Kunden. Geschmacks- oder Modeumschwung erfordert eine völlige Umstellung des Betriebes; ist der Kon-

38) Aus der Entschließung über die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, gefaßt auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß (Hamburger Protokoll S. 20 zit. bei S. Schwarz, Handbuch der Gewerkschaftskongresse, a. a. O. S. 424.

39) R. v. Ungern-Sternberg, Die wirtschaftsorganisatorischen Aufgaben der deutschen Arbeiterschaft (Die Arbeit, Jahrg. 2 Nr. 6, 1925), S. 334.

40) P. Hermberg, Wirtschaftsführung und Wirtschaftsdemokratie (Die Arbeit, Jahrg. 3 Nr. 3, 1926), S. 149.

kurrent schneller, dann sind die Kunden verloren. All diese Unsicherheitsmomente müssen als Risiko auf die Unkosten aufgeschlagen werden. Die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft ist ein kostspieliger Luxus, den der Verbraucher bezahlen muß“[41]). Nimmt man hinzu, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft gar die Güterzerstörung einen rentablen Akt darstellen kann — eine Beobachtung, die einen Fourier zum Sozialisten machte —, während genügend unbefriedigte Bedürfnisse vorhanden sind, die sich aber nicht in kaufkräftiger Nachfrage äußern können, so klingt der Vorwurf der Verschwendung, der seitens der Gewerkschafter erhoben wird, verständlich[42]).

2. Die von den Gewerkschaftern an die Rationalisierung gestellten Anforderungen.

Dieser gewerkschaftlichen Mentalität liegt es nahe, bei der Würdigung und Kritik der heutigen Rationalisierung diese zu vergleichen mit der Wirtschaftsrationalität, die den Sozialismus bezw. die Planwirtschaft auszeichnen soll. So schreibt z.B. Wissel: „Der Umbau der deutschen Wirtschaft[43]) vollzieht sich, wie ich fürchte, auch diesmal leider nicht so, wie er sich vollziehen müßte: nach den Voraussetzungen eines bewußten Plans, der zwar den Tendenzen der freien Wirtschaft nicht entgegenwirkt, aber das Tempo, die Formen und Begleiterscheinungen des Umbaus den sozialen Bedingungen des proletarischen Daseins anpaßt“[44]). Auch der Angelpunkt der Schäferschen Kritik der Rationalisierung liegt in dem Fehlen einer über den Einzelwirtschaften stehenden Stelle, welche die Rationalisierung im Sinne der Gesamtwirtschaft leiten könnte: „Die technische Vernunft in ihrer unverdorbenen Gestalt verwirft den Raubbau an Arbeitskräften. Sie fordert in Hinsicht auf die Arbeit möglichste Vereinfachung, optimale Leistungen, einwandfreie Arbeitsbedingungen . . . ., sie fordert in Hinsicht auf den Betrieb die Verwendung modernster Verfahren, Abwälzung aller großen Arbeit auf Maschinen, Vermeidung aller unnötigen Transporte . . ., sie

41) „Wirtschaftsdemokratie“, a. a. O. S. 78.

42) Vgl. dazu Wunderlich, Produktivität, a. a. O. S. 228; ferner F. Oppenheimer, Sozialismus und soziale Bewegung, Jena 1913, S. 179/180 und

C. Landauer, Das Verhältnis von Rentabilität und Produktivität und seine Bedeutung für das Sozialisierungsproblem (Jb. f. N. u. St. 3. Folge Bd. 62, Jena 1921), S. 481 ff.

43) Gemeint ist die Rationalisierung.

44) R. Wissel, Deutsche Wirtschaftsnot (Soz. Monatshefte, Jahrg. 31 Nr. 8, 1925), S. 4.

fordert im Hinblick auf die gesamte Volkswirtschaft weitgehende Typisierung und Normalisierung, Stillegung veralteter Betriebe, Zusammenlegung aufeinander angewiesener Betriebe, also planwirtschaftliche und gesellschaftliche Regelung der Produktion mitsamt ihrer Voraussetzung: Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln“[45]). Aber diesen letzteren Anforderungen entspreche die heutige Rationalisierung nicht: „Planmäßigkeit im volkswirtschaftlichen Maßstabe hätte man sich vorzustellen als Planwirtschaft, d. i. als eine rechnerisch durchleuchtete Wirtschaft, in der die Produktion nach einem vorbedachten Plan erfolgt. Diese Forderung ist im Programm der heutigen Rationalisierung nicht enthalten“[46]). Es sei vielmehr in der Sphäre der Gesamtwirtschaft diesbezüglich eine „schreiende Leere“ festzustellen: „Rechenhaftigkeit ist in ihr nicht vorhanden. Zweckmäßigkeit wird von einigen beobachtenden und beratenden Institutionen erstrebt und Planmäßigkeit wird als Forderung nicht gestellt“[47]).

Die kapitalistische Rationalisierung bedeutet demnach noch nicht den höchsten Grad der rationellen Wirtschaftsgestaltung. Die liberalistische Vorstellung wird also vollkommen verworfen, daß die Privatwirtschaften durch den Verfolg ihres Eigennutzes — die Richtung ihres Strebens wird dabei reguliert durch die Rentabilität — größte volkswirtschaftliche Produktivität verwirklichen würden. Das will Schäfer sagen, wenn er ausführt: „Jede größere privatwirtschaftliche Aktion wird volkswirtschaftliche Wirkungen haben, aber es ist etwas anderes, ob etwas um dieser Wirkung selbst willen getan wird, oder ob die volkswirtschaftliche Wirkung nur als Nebenprodukt abfällt“[48]). Man will die „volkswirtschaftliche Wirkung“ eben als Hauptprodukt; die privatwirtschaftlichen Maßnahmen, in diesem Falle die Rationalisierungsmaßnahmen, sollen deshalb von vornherein auf die höchste Produktivität abgestellt werden, sie soll das Kriterium der Rationalität bilden, nicht mehr soll es in der Rentabilität gelegen sein.

Mit diesen Argumentationen bewegen sich die Gewerkschaften nicht mehr im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung; denn sie messen die volkswirtschaftliche Qualität der modernen Rationalisierung an einem ihr nicht adäquaten,

45) K. Schäfer, Die Rationalisierung (Gew. Arch. Bd. 8, Heft 1, 5. Jahrg. 1928) S. 9.

46) K. Schäfer, Der privatwirtschaftliche Charakter der Rationalisierung (Gew. Arch. Bd. 8, Heft 5, 5. Jahrg. 1928), S. 274.

47) Schäfer, Der privatwirtschaftliche Charakter der Rationalisierung, a. a. O. S. 275.

48) Schäfer, Die Rationalisierung, a. a. O. S. 10.

dem sozialistischen Wunschbild entnommenen Maßstab. Die von ihnen gewünschte Rationalisierung ist eine andere als die unter dem Walten des Kapitalismus mögliche. Ihr in dieser Hinsicht gegen die Rationalisierung erhobener Vorwurf mag die gesamte heutige Wirtschaftsordnung treffen, nicht aber die Rationalisierung selber.

Wenn trotz dieser Kritik die Gewerkschaften bei ihren weit ausgesponnenen Betrachtungen zu einer Bejahung der heutigen Rationalisierung kommen, so aus dem Grunde, weil sie von ihr einmal eine Besserung des Lohnarbeitsverhältnisses erwarten, und zum zweiten, weil sie annehmen, die Rationalisierung werde den wirtschaftsdemokratischen Vorstoß auf den Sozialismus beflügeln.

Literaturverzeichnis.

Darstellungen.

Adler, Max: Kant und der Marxismus, Berlin 1925.
— Die psychologische und ethische Läuterung des Marxismus, Berlin 1928.
— Was ist Notwendigkeit der Entwicklung? (Der Kampf, Jahrg. 8 Nr. 4, 1915).

Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer, Berlin 1926.

Ammon, A.: Hauptprobleme der Sozialisierung, Leipzig 1920.
— Planwirtschaft und Sozialisierung (Wirtschaftskunde, 1. Bd 5. Heft, Leipzig und Berlin 1924).
— Das Lohnproblem, Gefahren der Lohnsteigerungen, Berlin 1930.

Ascher, L.: Der Einfluß von Betriebsverbesserungen auf die Gesundheit des Arbeiters (Soz. Praxis, Jahrg. 36 Nr. 31, 1927).

Überwindung der Arbeitslosenkrise durch Senkung der Löhne? (Gew. Ztg. Jahrg. 36 Nr. 44, 1926).

Atzler, E.: Körper und Arbeit, Leipzig 1927.
— Arbeitsphysiologie und Rationalisierung (RArbBl., N. F. 6 Nr. 20, 1926).

Auerbach, N.: Marx und die Gewerkschaften, Berlin 1922.

Austin, B.-Lloyd, W. Fr., übersetzt von Trapp: Das Rätsel hoher Löhne, Braunschweig 1926.

Bauer, O.: Der Weg zum Sozialismus, Wien 1919.

Baumgarten, Fr.: Rationalisierung und Denken (Zukunft der Arbeit, Jahrg. 5 Nr. 2/4, 1927).

Beckerath, H. v.: Kräfte, Ziele und Gestaltungen in der deutschen Industriewirtschaft, 2. Aufl., Jena 1924.

Berck, C.-E.: Fließarbeit in der deutschen Betriebswirtschaft, Leipzig 1926.

Berger, E.: Arbeitsmarktbericht (Die Arbeit, Jahrg. 4 Nr. 5 und 10, 1927).
— Wirtschaftsrationalisierung und Facharbeiterfrage (RArbBl. N. F. 6 Nr. 25, 1926).

Bernstein, E.: Gibt es Grenzen der Lohnsteigerung? (Soz. Monatshefte, Jahrg. 15 Bd. 1 Heft 3, 1911).
— Der Revisionismus in der Sozialdemokratie, Amsterdam 1909.

Birnbaum, B.: Die Organisation der Rationalisierung Amerika-Europa, Berlin 1927.

Bonn, M. J.: Das Schicksal des deutschen Kapitalismus, Berlin 1926.
— Geld und Geist, 1.—3. Aufl., Berlin 1927.
— Technische oder finanzielle Rationalisierung? (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 2 Nr. 11, 1926).
— Rationalisierung als finanzielles Problem (Arch. f. Soz. W. Bd. 56 Heft 2), S. 289 ff.

Bonn, M. J.: Technische und wirtschaftliche Rationalisierung (in „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben", Berlin 1928).

Boom, E. von den: Der Sozialismus nach dem Kriege, Gladbach 1923.

Borst-Hellpach: Das Problem der Industriearbeit, Berlin 1925.

Brauer, Th.: Gewerkschaft und Volkswirtschaft, 2. Aufl., Jena 1922.

— Produktionsfaktor Arbeit, Jena 1925.

Braun, A.: Die Gewerkschaften vor dem Kriege, 2. Aufl., Berlin 1921.

Braunthal, A.: Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, Berlin 1927.

— Kapitalbildung und Lohnhöhe (Die Arbeit, Jahrg. 6 Heft 4, 1929).

— Rationalisierung der Produktion oder Intensivierung der Arbeit? (Gew. Arch., Jahrg. 3 Bd. 4 Heft 5, 1926).

Brentano, L.: Die Lehre von den Lohnsteigerungen (Jahrb. f. Nat. u. Stat. Bd. 16).

Briefs, G.: Bevölkerungsbewegung und Arbeitsmarktentwicklung (Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 2. Aufl., 1. Bd., Berlin 1929), S. 57 ff.

— Artikel: „Gewerkschaftswesen und Gewerkschaftspolitik" (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bd. 4, Jena 1927), S. 1108 ff.

— Die Preiskartelle der Arbeitnehmer (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 3 Nr. 26, 1927).

— Das Proletariat (G. d. S. IX. Abtlg. 1. Teil, Tübingen 1926).

— Rationalisierung der Arbeit (Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben, Berlin 1928), S. 32 ff.

— Wirtschaftslage und Gewerkschaftskrisis (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 2 Nr. 52, 1926).

Brieger, H.: Berufsauslese als Rationalisierungsmittel (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 2 Nr. 19, 1926).

— Die Rationalisierung der menschlichen Arbeit (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 1 Nr. 36, 1925).

Bücher, K.: Das Gesetz der Massenproduktion, abgedruckt in „Die Entstehung der Volkswirtschaft", 2. Sammlg., 7. Aufl., Tübingen 1922, S. 87 ff.

— Spezialisierung, Normalisierung, Typisierung (Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft, 76. Jahrg., 1921), S. 427 ff.

Cassau, Th.: Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf, 2. Aufl., Halberstadt 1930.

— Die sozialistische Ideenwelt vor und nach dem Kriege (in „Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege", Festgabe für L. Brentano, Bd. 1, München und Leipzig 1925).

Caspary, A.: Die Maschinenutopie, Berlin 1927.

Cassel, G.: Selbstkritik! (Soz. Prax. Jahrg. 36 Nr. 8, 1927.)

— Sozialismus oder Fortschritt? übersetzt von J. v. Orgies-Rutenberg, Berlin 1929.

— Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeit (Soz. Prax., Jahrg. 35 Nr. 42, 1926).

Chaym, G.: Taylorismus (Soz. Monatshefte, Jahrg. 26 Nr. 7, 1920).

Curschmann, F. H.: Zur sozialökonomischen Funktion hoher Löhne, Berlin 1929.

Czolbe, B.: Die wirtschaftliche Funktion der Normalisierung in der deutschen Maschinenindustrie (Arch. f. exakte Wirtschaftsforschung, Bd. 7 Heft 1, 1916).

Demuth, F.: Vorwort zu „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben", Berlin 1928.

Denkschrift der Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften an die Reichsregierung: Wirtschaftskrise und Gewerkschaftsforderungen, Berlin 1925.

Devinat, P.: Wissenschaftliche Betriebsführung in Europa, Genf 1927.

Diehl, K.: Die sozialpolitische Bedeutung des technischen Fortschrittes (Jahrb. f. Nat. u. Stat. Bd. 36, 1908).

— Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, 4. Aufl., Jena 1922.

Dietzel, H.: Technischer Fortschritt und Freiheit der Wirtschaft, Bonn-Leipzig 1922.

Durig, A.: Fließarbeit und Arbeiterschutz (RArbBl. N.F. 8 Heft 2, 1928) III S. 1ff.

Eckert, C.: Die Aussichten des Kapitalismus (Weltw. Arch. Bd. 29 Heft 1, 1929).

Eggert, W.: Rationalisierung und Arbeiterschaft, Berlin 1927.

Ehrenberg, R.: Anfänge und Ziele industrieller deutscher Normalisierung (Arch. f. exakte Wirtschaftsforschung, Bd. 7 Heft 1).

Eibel, H.: Die Rationalisierung in den gewerblichen Betrieben vom unfalltechnischen Standpunkt (in „Arbeiterschutz und Rationalisierung", Berlin 1929).

Eims, R.: Die Krise der Arbeit (Gew. Arch., Jahrg. 5 Bd. 8 Heft 5, 1928).

Eliasberg, W.: Richtungen und Entwicklungstendenzen in der Arbeitswissenschaft (Arch. f. Soz. W., Bd. 56).

Ellinger, A.: Produktionsförderung und Arbeiterschaft (Neue Zeit, Jahrg. 37 Nr. 1, 1919).

Elm, A. v.: Partei und Gewerkschaft (Soz. Monatshefte, Jahrg. 9 Heft 9, 1905), S. 733ff.

Erdmann, L.: Gewerkschaften und Sozialismus (Die Arbeit, Jahrg. 2 Nr. 11, 1925).

— Zu den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften (Die Arbeit, Jahrg. 2 Nr. 7, 1925).

Ergang, C.: Untersuchungen zum Maschinenproblem in der Volkswirtschaftslehre, Karlsruhe 1911.

Ermanski, J.: Theorie und Praxis der Rationalisierung, Wien-Berlin 1928.

— Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylorsystem, Berlin 1925.

Eulenburg, Fr.: Neue Wege der Wirtschaft, Leipzig 1919.

Feiler, A.: Amerika-Europa, Frankfurt 1926.

Fließarbeit, Beiträge zu ihrer Einführung, herausgegeben von F. Mäckbach und O. Kienzle, Berlin 1926.

Ford, H.: Mein Leben und Werk, übersetzt von Thesing, 23. Aufl., Leipzig 1924.

„Ford und wir": herausgegeben v. Sozialen Museum in Frankfurt a.M., Berlin und Wien 1926.

Garbotz, G.: Vereinheitlichung in der Industrie, München und Berlin 1920.

Garett, G.: Das ist wirtschaftlicher Wohlstand, Freiburg 1926.
Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik, herausgegeben vom ADGB., Berlin 1926.
Gerbis, H.: Die Rationalisierung in gewerblichen Betrieben vom gewerbehygienischen Standpunkt (in „Arbeiterschutz und Rationalisierung", Berlin 1929).
Gerhardt, J.: Arbeitsrationalisierung und persönliche Abhängigkeit, Tübingen 1925.
— Artikel „Rationalisierung in der Industrie" (Handw. d. Staatswissenschaften 4. Aufl., Ergänzungsband, Jena 1929).
— Liberalismus und Wirtschaftsdemokratie, Berlin 1930.
Gilbreth, F.-Roß: Das ABC der wissenschaftlichen Betriebsführung, 3. Aufl., Berlin 1920.
Görner, A.: Die Grundprobleme europäischer Rationalisierung. Graz 1928.
Gottl-Ottlilienfeld, F. v.: Fordismus? Jena 1926.
— Industrie im Geiste Fords (Weltwirtschaftliches Archiv Bd. 22 H. 1, 1925) S. 17 ff.
— Vom Sinn der Rationalisierung, Jena 1929.
— Wirtschaft und Technik (G. d. S. 2. Abtlg. 2. Teil, 2. Aufl. Tübingen 1923).
Günther, A.: Die revisionistische Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie (Schmollers Jahrbuch Bd. 29).
Halasi, A.: Kapitalismus und Vergeudung (Die Arbeit Jg. 2 Nr. 1, 1925).
Happ, W.: Das Problem der industriellen Normalisierung in seiner Bedeutung für die wirtschafts- und sozialpolitischen Gegenwartsfragen, Frankfurter Dissertation 1923.
Heidebroek, E.: Fließarbeit und Arbeitsverhältnis in Deutschland (in „Ford und wir", Berlin-Wien 1926).
Heilborn, O.: Die „freien" Gewerkschaften seit 1890, Jena 1907.
Heimann, E.: Mehrwert und Gemeinwirtschaft, Berlin 1922.
— Die sittliche Idee des Klassenkampfes, Berlin 1926.
— Macht und ökonomisches Gesetz (Arch. f. Soz. W. Bd. 55) S. 780 ff.
— Der Sozialismus als sittliche Idee und die materialistische Geschichtstheorie (Arch. f. Soz. W., Bd. 52) S. 139 ff.
— Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929.
— Sozialisierung (Neue Blätter für den Sozialismus Jg. 1, Nr. 1, 1930).
Heimburger, K.: Die Theorie von der industriellen Reservearmee, Halberstadt 1928.
Heinemann, F.: Neue Wege und Ziele der Arbeiterpolitik (Gew. Ztg. Jg. 35 Nr. 7, 1925).
Herkner, H.: Die Arbeiterfrage, Berlin-Leipzig 1922.
— Die Lohntheorie der deutschen Arbeiter- und Arbeitgeberverbände seit der Stabilisierung der Valuta (Wirtschaftstheorie der Gegenwart, Bd. 3, Wien 1928).
— Arbeit und Arbeitsteilung (G. d. S. 2. Abtlg. 1. Teil, 2. Aufl., Tübingen 1923).
Hermberg, P.: Das Lohnproblem (Soz. Prax. Jg. 34 Nr. 46, 1925).
— Notstandsarbeiten und Krisentheorie (Soz. Prax. Jg. 35 Nr. 47, 1926).
— Wirtschaftsführung und Wirtschaftsdemokratie (Die Arbeit, Jg. 3 Nr. 3, 1926).

Hermes, G.: Die geistige Gestalt des marxistischen Arbeiters, Tübingen 1926.

Herrmann, A.: Wie stellen sich die deutschen Gewerkschaften zum Taylorsystem? Greifswalder Dissertation 1920.

Hertz, P.-Seidel, R.: Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung, Berlin 1923.

Heyde, L.: Rationalisierung und Arbeiterschaft (Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 2. Aufl., 1. Bd., Berlin 1929) S. 287 ff.

Hinnenthal, H.: Die deutsche Rationalisierungsbewegung und das RKW, 2. Aufl., Berlin 1928.

Hirsch, J.: Das amerikanische Wirtschaftswunder, Berlin 1926.

— Der geschlossene Warenweg (in „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben", Berlin 1928) S. 427 ff.

— Rationalisierung und Arbeitslosigkeit (in „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben", Berlin 1928) S. 53 ff.

— Wandlungen im Aufbau der deutschen Industrie (in „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft", 2. Aufl. 1. Bd., Berlin 1929) S. 191 ff.

Hirschfeld, P.: Die freien Gewerkschaften in Deutschland, Jena 1908.

Holzer, R. v.: Systematische Fabriksrationalisierung, München-Berlin 1928.

Honegger, H.: Produktivität und Soziabilität (Jahrb. f. Nat. u. Stat., 3. F. B. 71, 1927).

Honermeier, E.: Die Ford Motor Company, Leipzig 1924.

Honisch, H. E.: Die Rationalisierung des industriellen Produktionsprozesses, Greifswald 1924.

Hultzsch, H.: Fordsche Arbeitsmethoden in der Werkstatt (in „Ford und wir", Berlin-Wien 1926).

Jostock, P.: Der Ausgang des Kapitalismus, München 1928.

Kaliski, J.: Wirtschaftsdemokratie (Soz. Monatshefte Jg. 31 Nr. 8, 1925).

Kampffmeyer, P.: Der Produktionsgedanke in den Gewerkschaften (Soz. Monatshefte, Jg. 31 Nr. 8, 1925).

— Der Produktionsgedanke in der Sozialdemokratie (Soz. Monatshefte, Jg. 31 Nr. 9, 1925).

— Der Geist des neuen sozialdemokratischen Parteiprogramms (Jahrb. f. Nat. u. Stat., 1922, H. 1) S. 193 ff.

Kapitalbildung und Steuersystem, herausgegeben von G. Colm und H. Neisser, Berlin 1930.

Der Kaufmann als Lehrmeister (Voss. Ztg. Jg. 1930 Nr. 156 vom 2. Juli).

Kautsky, B.: Wirtschaftsprobleme der Gegenwart, Wien 1923.

Kautsky, K.: Das Erfurter Programm, 9. Aufl., Stuttgart 1908.

— Die soziale Revolution, 3. Aufl., Berlin 1919.

— Kriegsmarxismus, Wien 1918.

Keßler: Die Lage der deutschen Arbeiterschaft seit 1914 (Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 2. Aufl., 1. Bd., Berlin 1929) S. 455 ff.

König, Fr.: Akkumulation des Industrie- und Finanzkapitals (Gew.Arch. Jg. 4 Bd. 6, H. 4, 1927).

Koettgen, C.: Das fließende Band (in „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben", Berlin 1928) S. 77 ff.

Koettgen, C.: Das wirtschaftliche Amerika, Berlin 1925.

Zur Lage der deutschen Wirtschaft (Gew. Ztg. Jg. 36 Nr. 36/39, 1926).

Lampe, A.: Arbeitslosenunterstützung, Monopolismus und Arbeitslosigkeit (Soz. Prax. Jahrg. 36 Nr. 35 und 36, 1927).

— Notstandsarbeiten oder Lohnabbau? Jena 1927.

Landauer, C.: Grundprobleme der funktionellen Verteilung des wirtschaftlichen Wertes, Jena 1923.

— Theorie der Verteilung (in „Wirtschaftstheorie der Gegenwart", Bd. 3. Wien 1928).

— Das Verhältnis von Rentabilität und Produktivität und seine Bedeutung für das Sozialisierungsproblem (Jb. f. N. u. St. 3. Folge, Bd. 62, Jena 1921).

Lange, K.: Rationalisierung des Maschinenbaus (in „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben", Berlin 1928), S. 318 ff.

Lederer, E.: Die ökonomische und sozialpolitische Bedeutung des Taylorsystems (Arch. f. Soz. W., Bd. 38. 1924).

— und Brauer, Th.: Die Wirkung von Lohnerhöhungen auf die Kaufkraft und den inneren Markt (Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, 12. Bd.).

— und Marschak, J.: Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Organisationen (G. d. S., 9. Abtlg., 2. Teil, Tübingen 1927).

Lengersdorff, R.: Gemeinwirtschaft, Rationalisierung und Arbeiterschaft, Berlin 1927.

Lensch, P.: Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1919.

Leontief, W.: Über die Theorie und Statistik der Konzentration (Jahrb. f. Nat. u. Stat. 3. Folge Bd. 71 Nr. 3).

Leßer, G.: Die Freisetzung des Arbeiters durch die Maschine, Rostock 1928.

Lipmann, O.: Grundriß der Arbeitswissenschaft und Ergebnisse arbeitswissenschaftlicher Statistik, 1926.

Ausdehnbarer oder unveränderlicher Lohnfonds? (Gew. Ztg. Jahrg. 37 Nr. 14 und 15, 1927.)

Die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der deutschen Gewerkschaften — ein wirtschaftliches Erfordernis! (Gew. Ztg. Jahrg. 35 Nr. 34, 1925.)

Die Lohnfrage (Gew. Ztg. Jahrg. 37 Nr. 11, 1927).

Marck, S.: Die Philosophie des Revisionismus (in „Grundsätzliches zum Tageskampf", Festgabe für Ed. Bernstein, Breslau 1925).

Marr, H.: Die Moral des Fordismus (in „Ford und wir", Berlin und Wien 1926).

— Von der Arbeitsgesinnung unserer industriellen Massen, Frankfurt 1924.

Marschak, J.: Das Kaufkraft-Argument in der Lohnpolitik (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 6 Nr. 31, 1930).

— Hohe Löhne und die Volkswirtschaft (Die Arbeit, Jahrg. 4 Nr. 11, 1927).

— Die Lohndiskussion, Tübingen 1930.

— Zur Politik und Theorie der Verteilung (Arch. f. Soz. W., Bd. 64 Heft 1, Tübingen 1930).

Marx, K.: Lohnarbeit und Kapital, herausgegeb. von K. Kautsky, Berlin 1930.

Marx, K.: Lohn, Preis und Profit. Übersetzt von E. R. Bernstein, Frankfurt a. M. 1910.
— Das Kapital, 1. Bd. Volksausgabe. Berlin 1928.
Massar, K.: Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne, 3. Aufl., Berlin 1928.
Mendelsohn, K.: Kaufkraftsteigerung und Kapitalbildung im Wachstumsprozeß der deutschen Wirtschaft (Gew. Ztg. Jahrg. 38 Nr. 35, 1928).
Menz, G.: Irrationales in der Rationalisierung, Breslau 1928.
Mercurius: Die Automobilindustrie in der amerikanischen Wirtschaft (Der deutsche Volkswirt, Jahrg. 4 Nr. 22, 1930).
Meyenberg, F.: Rationalisierung der technischen Betriebsorganisation (in „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft", 2. Aufl. 1. Bd., Berlin 1929), S. 227 ff.
Moeller, H.: Hooverismus (Der deutsche Ökonomist, Jahrg. 46 Nr. 41, 1928).
— Die Lehre vom Gelde, Leipzig 1925.
Mönch, H.: Formen der Rationalisierung (Gew. Arch. Jahrg. 5 Bd. 9 Heft 5, 1928).
Mombert, P.: Die Ökonomie der Arbeitskraft (Jahrb. f. Nat. u. Stat., 3. Folge Bd. 53, 1917).
Mühlenfeld, J.: Zur ökonomischen Theorie der Gewerkschaft (Arch. f. Soz. W., Bd. 52, 1924).
Müller, Hanns: Lohnpolitik und gewerkschaftliche Wirtschaftsforschung (Gew. Arch. Jahrg. 5 Bd. 9 Heft 5, 1928).
Müller, Herm.: Karl Marx und die Gewerkschaften, Berlin 1918.
Müller, W.: Soziale und technische Wirtschaftsführung in Amerika, Berlin 1926.
Müller-Oerlinghausen: Rationalisierung der Textilwirtschaft (in „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben", Berlin 1928), S. 341 ff.
Münsterberg, H.: Psychologie und Wirtschaftsleben, 5. Aufl., Leipzig 1922.
Muhs, K.: Die Chance des Kapitalismus (Weltwirtschaftl. Archiv, 31. Bd. Heft 1, 1930).
Naphtali, F.: Arbeitslosigkeit und Preispolitik (Gew. Ztg. Jahrg. 36 Nr. 37, 1926).
— Monopolistische Unternehmungsorganisationen und Arbeiterschaft (Die Arbeit, Jahrg. 4 Nr. 3, 1927).
Naskrensky, K.: Mensch und Maschine im Produktionsprozeß (Gew. Arch. 2. Jahrg. Bd. 2 Heft 2, 1925).
Nestriepke, S.: Die Gewerkschaftsbewegung Bd. 1, Stuttgart o. J., Bd. 2 und 3 Stuttgart 1921.
Neuberg, E.: Amerikanisierung der deutschen Betriebe? (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 2 Nr. 27, 1926.)
Nölting, E.: Die Lohnfrage im Lichte der neuen Wirtschaftsentwickelung, Berlin 1927.
— Die zwei Ausgangspunkte des Sozialismus (Die Gesellschaft, Jahrg. 2 Nr. 2, 1925).
— Der volkswirtschaftliche Sinn der Gewerkschaften (Die Arbeit, Jahrg. 3 Nr. 3, 1926).

Olk, F.: Erfolg und Krise der Rationalisierung in Deutschland (Gew. Ztg. Jahrg. 37 Nr. 31 und 32, 1927).
— Ford und wir (Gew. Ztg. Jahrg. 37 Nr. 4, 1927).
— Rationalisierung und Arbeitsmarkt (Die Arbeit, Jahrg. 3 Nr. 9, 1926).
— Wo steht die deutsche Rationalisierung? (Die Arbeit, Jahrg. 3 Nr. 1, 1926).
Oppenheimer, F.: Der heutige Stand der Theorie des Sozialismus in Deutschland (Wirtschaftstheorie der Gegenwart, Bd. 4, Wien 1928), S. 303 ff.
— Sozialismus und soziale Bewegung, Jena 1913.
Die politische Bedeutung des Parteitages in Kiel (Gew. Ztg. Jahrg. 35 Nr. 40, 1925).
Pesl, L.: Die deutschen Gewerkschaften ,Würzburg 1925.
Poppelreuter, W.: Allgemeine methodische Richtlinien der praktisch-psychologischen Begutachtung, Leipzig 1923.
Potthoff, H.: Sozialpolitik als Rationalisierung der Wirtschaft (Gew. Ztg. Jahrg. 37 Nr. 19, 1927).
Pound-A.-Witte, J. M.: Der eiserne Mann in der Industrie, München-Berlin 1925.
Preller, L.: Sozialpolitische Fragen aus der deutschen Rationalisierung (Zukunft der Arbeit, Jahrg. 5 Nr. 2/4, 1927).
Rathenau, W.: Neue Wirtschaft, Berlin 1918.
Handbuch der Rationalisierung, herausgegeb. vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied des RKW., 2. Aufl., Berlin-Wien 1930.
Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben, herausgegeb. von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, Berlin 1928.
Bilanz der Rationalisierung (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 6 Nr. 29, 1930).
Rationalisierung der Produktion (Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 1 Nr. 17, 1925).
Raecker, B.: Die Bedeutung der Rationalisierung (Die Arbeit, Jahrg. 2 Nr. 11, 1925).
— Die soziale Bedeutung der Rationalisierung (RArbBl. N. F. 6 Nr. 16, 1926).
— Monotonieproblem und Sozialpolitik (Die Arbeit, Jahrg. 4 Nr. 1, 1927).
— Rationalisierung als Kulturfaktor, Berlin 1929.
— Rationalisierung und Sozialpolitik, Berlin-Zehlendorf, 1926.
— Wirtschaftsdemokratie, Berlin 1929.
Reimann, G.: Das deutsche „Wirtschaftswunder", Berlin 1927.
Respondek, E.: Verlauf und Ergebnis der internationalen Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes zu Genf (vom 4. bis 23. Mai 1927), Berlin 1927.
Riedel, J.: Arbeitsrationalisierung, Dresden 1919.
Riemann, G.: Die sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen hoher Löhne (Gew. Ztg. Jahrg. 35 Nr. 19, 1925).
Rieppel, P.: Fordbetriebe und Fordmethoden, 2. Aufl., München 1926.
Rocker, R.: Die Rationalisierung der Wirtschaft und die Arbeiterklasse, Berlin 1927.
Röpke, W.: Amerikanische Prosperität und deutsche Armut (Soz. Prax. Jahrg. 36 Nr. 19 und 20, 1927).

Röpke, W.: Einige grundsätzliche Bemerkungen zur gegenwärtigen Lohnkontroverse (Soz. Prax. Jahrg. 34 Nr. 42 und 43, 1925).

— Die Kaufkrafttheorie des nationalen Wohlstandes (Soz. Prax. Jahrg. 36 Nr. 25, 1927).

Schack, H.: Der moderne Kapitalismus und die Arbeiterschaft (Jahrb. f. Nat. u. Stat., 3. Folge Bd. 71. 1927).

Schäfer, K.: Die Rationalisierung (Gew. Arch. Jahrg. 5 Bd. 8 Heft 1, 1928).

— Der privatwirtschaftliche Charakter der Rationalisierung (Gew. Arch. Bd. 8 Heft 5, 5. Jahrg. 1928).

Schäffer, H.: Kartelle und Konzerne (in „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft", 2. Aufl., 1. Bd., Berlin 1929), S. 327 ff.

Schalldach, E.: Rationalisierungsmaßnahmen der Nachinflationszeit im Urteil der deutschen freien Gewerkschaften, Jena 1930.

Schapitz, W.: Die Entwicklung des Kapitalismus, Berlin 1925.

Schiffer, C.: Die ökonomische und sozialpolitische Bedeutung der industriellen Rationalisierungsbestrebungen, Karlsruhe 1928.

Schilling, A.: Die Lehre vom Wirtschaften, Berlin 1925.

Schippel, M.: Die deutsche Wirtschaft und die Arbeiter (Soz. Monatshefte, Jahrg. 31 Nr. 8, 1925).

Schoepf, R.: Die Vereinheitlichungsbestrebungen in der Industrie, insbesondere im Wege der Spezialisierung, Normalisierung und Typisierung (Würzburger Dissertation 1922).

Schumpeter, J.: Grundprinzip der Verteilungslehre (Arch. f. Soz. W. Bd. 42 Heft 1).

— Sozialistische Möglichkeiten von heute (Arch. f. Soz. W. Bd. 48 Heft 2).

— Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute (in „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft", 2. Aufl., 1. Bd., Berlin 1929), S. 303 ff.

— Grenzen der Lohnpolitik (Der deutsche Volkswirt, Jahrg. 3 Nr. 25 und 26, 1929).

Schwarz, S.: Handbuch der Gewerkschaftskongresse, Berlin 1930.

Seidel, R.: Die Gewerkschaften nach dem Kriege, Berlin 1925.

— Gewerkschaften und Wirtschaft (Die Gesellschaft, Jahrg. 2 Nr. 6, 1925).

Sombart, W.: Der proletarische Sozialismus, 10. Aufl., Jena 1924.

— Die Rationalisierung in der Wirtschaft, Leipzig-Erlangen 1928.

— Wandlungen des Kapitalismus (Weltw. Arch. Bd. 28 Heft 2, 1928).

Strigl, R.: Angewandte Lohntheorie, Leipzig und Wien 1926.

Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, herausgegeb. von B. Harms, 2. Aufl., Berlin 1929.

Stucken, R.: Theorie der Lohnsteigerung (Schmollers Jahrbuch, 45. Jahrg. Heft 3 und 4, 1921).

Stürz, Max: Zum Problem der gewerkschaftlichen Lohnpolitik (Gew. Arch. 2. Jahrg. Bd. 2 Heft 2, 1925).

Grundsätzliches zum Tageskampf, Festgabe für Ed. Bernstein, Breslau 1925.

Tarnow, F.: Die Konjunkturtheorie der niedrigen Löhne (Gew. Ztg. Jahrg. 38 Nr. 54, 1928).

Tarnow, F.: Hebt die Massenkaufkraft — sonst kracht die Wirtschaft (Hamburger Echo, Hamburg, 55. Jahrg. Sondernummer vom 20. Oktober 1929).
— Die lohnpolitische Idee der Arbeitgeber (Gew. Ztg. Jahrg. 34 Nr. 34, 1924).
— Eine Lohntheorie der amerikanischen Gewerkschaften (Gew. Ztg. Jahrg. 37 Nr. 36, 1927).
— Rationalisierung und Lohnpolitik (Gew. Ztg. Jahrg. 36 Nr. 11 und 12, 1926).
— Warum arm sein? 3. Aufl. Berlin 1929.
— Das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik (Gew. Ztg. Jahrg. 34 Nr. 35, 1924).

Taylor, F. W.-Roesler, R.: Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung, München-Berlin 1922.

Thimme, Fr.-Legien, C.: Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Leipzig 1915.

Tönnies, F.: Zur Cassel-Controverse (Soz. Prax. Jahrg. 36 Nr. 15, 1927).
— Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten (Soz. Prax. Jahrg. 35 Nr. 45, 1926).

Tugan-Baranowsky, M.: Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwickelung, Dresden 1908.

Umbreit, P.: Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege, Berlin 1917.
— Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege, Berlin 1918.

Ungern-Sternberg, R. v.: Die Industriegemeinschaft, Berlin 1925.
— Probleme der gemeinwirtschaftlich organisierten Industrie (Gew. Arch. Jahrg. 5 Bd. 9 Heft 5, 1928).
— Die wirtschaftsorganisatorischen Aufgaben der deutschen Arbeiterschaft (Die Arbeit, Jahrg. 2 Nr. 6, 1925).

Urwick, L.: Das Wesen der Rationalisierung, Stuttgart 1930.

Vershofen, W.: Die Grenzen der Rationalisierung, Nürnberg 1927.

Vogel, E. H.: Amerikanische Betriebssysteme und ihre Anwendbarkeit auf das deutsche Wirtschaftsleben (Jahrb. f. Nat. u. Stat., 3. Folge Bd. 70 Heft 5, 1926).

Waffenschmidt, W. G.: Das Wirtschaftssystem Fords, Berlin 1926.
— Technik und Wirtschaft, Jena 1928.

Walcher, J.: Ford oder Marx, Berlin 1925.

Webb, S. und B.: Die Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine, deutsch von C. Hugo, Stuttgart 1898.

Weber, A.: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1928.
— Ende des Kapitalismus? 2. Aufl., München 1929.
— Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 3. und 4. Aufl., Tübingen 1921.

Wedemeyer, R.: Konjunkturverschlechterung durch Lohnerhöhungen? Essen und Leipzig 1928.
— Mit Lohnsenkungen gegen die Arbeitslosigkeit? Berlin 1930.

Wegeleben, F.: Die Rationalisierung im deutschen Werkzeugmaschinenbau, Berlin 1924.

Weiß, H.: Rationalisierung und Arbeiterklasse, Berlin 1926.

Westhoff, E.: Industrielle Konzentration und Marxismus (Gew. Arch. Jahrg. 4 Bd. 6 Heft 4, 1927).

Wilbrandt, R.: Die Entwicklungslinie des Sozialismus, Leipzig 1925.
— Grundsätzliches zu Notstandsarbeiten, Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik (Soz. Prax. Jahrg. 35 Nr. 49 und 50, 1926).
— Lohnerhöhung zwecks Produktionsverbilligung? (Soz. Prax. Jahrg. 36 Nr. 37, 1927.)
— Die moderne Industriearbeiterschaft, Stuttgart 1926.
— Sozialismus, 2. Aufl., Jena 1921.

Willeke, E.: Grundsätzliches zum Facharbeitsproblem (RArbBl. N.F. 6 Nr. 14, 1926).

Wirkungen der Entwicklung der modernen Arbeitsmethoden auf die Arbeiterklasse (Zukunft der Arbeit, Jahrg. 5 Nr. 2/4, 1927).

Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen, für die Funktionäre herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, vom Allgemeinen Freien Angestelltenbund und vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, Berlin 1930.

Wirtschaftsdemokratie, herausgegeb. im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von F. Naphtali, Berlin 1928.

Das Problem der Wirtschaftsdemokratie, herausgegeb. von der Deutschen Bergwerkszeitung, Düsseldorf 1929.

Auf dem Wege zu einem Wirtschaftsprogramm (AfA-Bundeszeitung, Jahrg. 8 Heft 4, 1926).

Wissel, R.: Deutsche Wirtschaftsnot (Soz. Monatshefte, Jahrg. 31 Nr. 8, 1925).

Witte, J. M.: Taylor, Gilbreth, Ford, 2. Aufl., München-Berlin 1925.

Woldt, R.: Die deutschen Gewerkschaften in der Nachkriegszeit (in „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft", 2. Aufl., 1. Bd., Berlin 1929), S. 503 ff.
— Die Stellung der Gewerkschaften zum Problem der Fließarbeit (Gew. Arch. 3. Jahrg. Bd. 4 Heft 5, 1926).

Wolfers, A.: Amerikanische und Deutsche Löhne, Berlin 1930.

Wunderlich, F.: Das Kaufkraftargument (Soz. Prax. Jahrg. 34 Nr. 51, 1925).
— Produktivität, Jena 1926.

Zimmermann, W.: Die Arbeiterfrage in Deutschland nach dem Kriege, Berlin 1925.
— Gustav Cassels Kritik der Erwerbslosenfürsorgepolitik und die deutsche Arbeitslosenkrisis (Soz. Prax. Jg. 35 Nr. 43, 1926).
— Psychische Wirkungen der Rationalisierung auf die Arbeiterschaft (RArbBl. N.F. 6 Nr. 44 und 45, 1926).
— Das Problem der rationalisierten Industriearbeit in sozialpsychologischer Betrachtung (Schmollers Jahrbuch Jg. 49 H. 5, 1925).

Zwiedineck-Südenhorst, O. v.: Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit (Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 2. Jg. Ergänzungsheft 1, 1927).
— Arbeitsbedarf und Lohnpolitik der modernen kapitalistischen Industrien (G. d. S. 6. Abtlg. 2. Aufl., Tübingen 1923).

Zwing, K.: Gewerkschaftliche Zeitenwende (Gew. Arch. Jg. 1 Bd. 1 H. 1, 1924).
— Rationalisierung und Löhne (Gew. Arch. Jg. 5 Bd. 8 H. 1, 1928).
— Soziologie der Gewerkschaftsbewegung, Jena 1925.

Periodika

Die Arbeit
Die deutsche Arbeit
Der Arbeitgeber
Arbeit und Beruf

Betriebsrätezeitung für die Funktionäre der Metallindustrie

Gewerkschaftszeitung
Gewerkschaftsarchiv
Die Glocke
Die Gesellschaft

Der Kampf
Kartellrundschau

Magazin der Wirtschaft

Neue Blätter für den Sozialismus
Neue Zeit

Praxis, die Soziale

Reichsarbeitsblatt

Die Tat

Volkswirt, der Deutsche
Volkswirt, der Oesterreichische

Der Wirtschaftsdienst
Deutsche Wirtschaftszeitung

Die Zukunft der Arbeit

Lebenslauf.

Ich, Hans-Erich Meyer, preußischer Staatsangehöriger, bin am 13. Dezember 1905 zu Altona als Sohn des Fabrikanten Hans Jens Meyer und seiner Frau Paula, geb. Timm geboren. Nach Besuch der Realschule an der Bogenstraße in Hamburg und der Oberrealschule Altona bestand ich an der letztgenannten Anstalt zu Anfang des Jahres 1924 das Abitur. Ich wandte mich zunächst dem Chemiestudium an der Universität in Freiburg i. Br. zu, ging dann aber zum staatswissenschaftlichen Studium über, dem ich an den Universitäten Freiburg i. Br., Hamburg, Heidelberg und Erlangen oblag. In Erlangen unterzog ich mich am Ende des Sommersemesters 1928 bzw. zu Anfang des Wintersemesters 1928—1929 mit Erfolg der Diplomprüfung für Volkswirte.